

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

HANS MOMMSEN

Politische Wissenschaft und Geschichtswissenschaft

ERNST NOLTE

Zur Phänomenologie des Faschismus

JÜRGEN RUNZHEIMER

Der Überfall auf den Sender Gleiwitz

DOKUMENTATION

Aus den Prozessen gegen die Erzberger-Mörder

NOTIZEN

BIBLIOGRAPHIE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Theodor Schieder,
Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann und Paul Kluge

Schriftleitung:

DR. HELMUT KRAUSNICK
München 27, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

| | | |
|---|--|-----|
| <i>Hans Mommsen</i> . . . | Zum Verhältnis von Politischer Wissenschaft und Geschichtswissenschaft in Deutschland . . . | 541 |
| <i>Ernst Nolte</i> | Zur Phänomenologie des Faschismus | 373 |
| <i>Jürgen Runzheimer</i> . . | Der Überfall auf den Sender Gleiwitz im Jahre 1939 | 408 |
| Hermann Mau zum Gedächtnis (<i>Hans Buchheim</i>) | | 427 |

DOKUMENTATION

| | | |
|---|--|-----|
| Aus den Akten der Prozesse gegen die Erzberger-Mörder (<i>Gotthard Jasper</i>) | | 430 |
|---|--|-----|

| | | |
|-------------------|--|-----|
| NOTIZEN | | 454 |
|-------------------|--|-----|

| | | |
|-------------------------|--|----|
| BIBLIOGRAPHIE | | 49 |
|-------------------------|--|----|

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 43 36 51.
Preis des Einzelheftes DM 7.- = sfr. 8.05; die Bezugsgebühren für das Jahresabonne-
ment (4 Hefte) DM 24.- = sfr. 26.40 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im
Abonnement jährlich DM 19.-. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bestellungen
nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen.

Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit ausdrücklicher
Genehmigung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer
10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M.,
Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmen-
abkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der
Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. — Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser
dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen
zu erteilen.

Dieser Nummer liegen folgende Prospekte bei:

„Geschichtswerke“ des A. G. Ploetz Verlags in Würzburg; „Stalin“ des W. Kohlhammer Verlags in
Stuttgart; „Geschichte - Neuerscheinungen 1962“ des Vandenhoeck & Ruprecht Verlags in Göttingen/
Zürich.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

10. Jahrgang 1962

4. Heft/Oktober

HANS MOMMSEN

ZUM VERHÄLTNIS VON POLITISCHER WISSENSCHAFT UND GESCHICHTSWISSENSCHAFT IN DEUTSCHLAND

Die Frage nach dem Verhältnis, in dem Politische Wissenschaft und Geschichtswissenschaft zueinander stehen, ist primär ein methodisches Problem, sekundär eine Frage zweckmäßiger Organisation des Forschungs- und Lehrbetriebs. Ihre Beantwortung ist jedoch über den wissenschaftlich methodischen Bereich hinaus von allgemeiner Bedeutung. Das gilt nicht zuletzt für die in letzter Zeit umstrittenen Bestrebungen, den Geschichtsunterricht in den Primen der Höheren Schulen in dem Fach der Gemeinschaftskunde aufgehen zu lassen, wobei die eigentliche Problematik mehr in der Verbindung von politischem und historischem Unterricht als in der Einbeziehung der Geographie zu suchen ist, da diese als vorwiegend informatives Fach mit beiden wohl verknüpft werden könnte. Eine sachgemäße Entscheidung hierüber setzt die Klärung des methodischen Selbstverständnisses beider Wissenschaftszweige voraus. Denn anders ist eine begründete Beurteilung des gegeneinander abzuwägenden didaktischen Wertes der beiden Fächer in unseren Schulen, in der Erwachsenenbildung und im besonderen in der Politischen Bildung nicht zu erzielen.

Schon der Umstand, daß die Abgrenzung und die Beziehungen zwischen der Politischen Wissenschaft und der Historie im Nachkriegsdeutschland noch keine eingehende Behandlung gefunden haben, deutet darauf hin, daß über das methodische Selbstverständnis beider Disziplinen und, im Zusammenhang damit, ihren eigentümlichen Bildungsauftrag hinreichende Klarheit noch nicht erreicht ist. Gerade auf dem Grenzsäum beider Wissenschaften, dem Arbeitsgebiet der Zeitgeschichte, bedarf es präziser Distinktionen, wenn nicht Methodenwirrniss um sich greifen soll. Die Festlegung der im exemplarischen Unterricht bevorzugt zu behandelnden historisch-politischen Problemkreise kann auch nicht ohne Berücksichtigung der spezifischen methodischen Schwerpunkte beider Fächer vor sich gehen. Es genügt nicht, jeweils dem Nachbarfach die Funktion der Hilfswissenschaft zuzuweisen und sich darauf zu beschränken, von einer nützlichen und fruchtbaren Polarität beider Disziplinen zu sprechen. Es ist vielmehr notwendig, zunächst ihre spezifische Funktion im Umkreis der historisch-politischen Bildung und innerhalb des geisteswissenschaftlichen Denkens zu bestimmen. Die Herausarbeitung der jeweiligen Eigenart beider Disziplinen ermöglicht erst wirkliche gegenseitige Befruchtung, die auf einer Durchdringung, nicht auf einer Vermengung wesensverschiedener Fragehorizonte beruht.

Das Selbstverständnis der Geschichtswissenschaft in Deutschland ist in dem Maße einer Veränderung unterworfen, als sich die Politische Wissenschaft ihr gegenüber durchsetzt und mit dem Anspruch auftritt, für die praktische Daseinsorientierung des modernen vergesellschafteten Menschen und für die Bewahrung seiner persönlichen Freiheit unentbehrlich zu sein. In der zunehmenden Aktivität der Politischen Wissenschaft deutet sich eine Abkehr vom seitherigen historisch-politischen Denken an, das von der großen politischen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts geprägt war und die Notwendigkeit einer selbständigen Politischen Wissenschaft nur unzulänglich erkannte. Die früher unbestrittene Hochschätzung des Bildungswertes der Geschichte ist in einem Rückgang begriffen, indem sich eine im wesentlichen empirisch verfahrenende Politische Forschung an die Stelle der Historie setzt. Gelegentlich wird die Notwendigkeit historischer Bildung mit Argumenten verteidigt, die eigentlich nur auf die Politische Wissenschaft zutreffen und die das Essentielle geschichtlichen Denkens aus dem Blick verlieren.

Der Prozeß der Veränderung, dem unser traditionelles Bild von der Geschichte unterworfen ist, zeigt sich aufs deutlichste in der Forschung selbst. Die Politische Wissenschaft ist auf dem besten Weg, Thematik, Methodik und Fragestellungen der historischen Arbeit maßgebend zu beeinflussen. Eine Fülle von Begriffen, Typen und Modellen, die ursprünglich in der Politischen Wissenschaft entwickelt wurden, hat in den historischen Wissenschaften Eingang gefunden. Die Unterschiede beider Disziplinen scheinen, was die neueste Geschichte angeht, sich mehr und mehr zu verwischen. Indessen bedarf die Übernahme eines stärker systematisch geprägten Begriffsapparats durch die Historie methodischer Kritik, wenn anfängliche Befruchtung nicht zur Überfremdung führen soll.

Von solchen Erwägungen her drängt sich die Notwendigkeit auf, die spezifische Funktion und methodische Eigenart der Geschichtswissenschaft im Verhältnis zur Politischen Wissenschaft neu zu bestimmen. Andererseits wird zu fragen sein, ob nicht die Politische Wissenschaft, die in Deutschland erst im Begriff steht, eine gemeinsame Plattform ihrer verschiedenen Richtungen zu schaffen, aus der Konfrontation mit der Geschichtswissenschaft Kategorien und Gesichtspunkte gewinnen kann, die zur Klärung ihres methodischen Selbstverständnisses und ihrer Stellung innerhalb der Wissenschaften überhaupt beitragen. Auf dem Hintergrund ihrer Verschiedenheit werden die Gemeinsamkeiten, die Politischer Wissenschaft und Historie im Rahmen der modernen Bildung einen unverlierbaren Platz zuweisen, und damit auch die Bedingungen ihrer gegenseitigen Befruchtung deutlich werden.

I

Betrachtet man die Lage der deutschen Geschichtswissenschaft der Gegenwart, so läßt sich feststellen, daß der Aufstieg der Politischen Wissenschaft für sie eine Herausforderung darstellt, ihre bisherige methodische Grundhaltung zu überprüfen. Bislang hat man sich mit den methodischen Konsequenzen kaum befaßt.

Außerlich zeigt sich das darin, daß die wiederholten Behandlungen des alten Themas „Geschichte und Politik“ die Tätigkeit der Politischen Wissenschaft nur am Rande berühren, wohingegen die Bedeutung der Soziologie unter sozialgeschichtlichem Gesichtspunkt lebhaft erörtert worden ist¹. Sachlich tritt die Distanz zur modernen Politischen Forschung darin hervor, daß die von ihr entwickelten empirisch-positivistischen Methoden einer gewissen Unbeholfenheit und gelegentlich einer unverhohlenen Skepsis begegnen. Gleichwohl wird man der Frage stärkere Aufmerksamkeit schenken müssen, inwiefern sich die Bestrebung der Politischen Wissenschaft, zu einer umfassenden Systematik des politischen Verhaltens und politischer Prozesse zu gelangen, für den Arbeitsbereich der Geschichte fruchtbar machen läßt. Denn eine Geschichtsforschung, die jeden Ansatz zu einer umfassenden Lehre von der Politik leugnet, wird möglicherweise an der historischen Bewältigung der für unsere politisch-soziale Situation existentiellen Fragen vorbeigehen oder sie nur unzulänglich erreichen.

Zur Begründung und Erläuterung dieser These empfiehlt es sich, die historischen Voraussetzungen der gegenwärtigen Methodendiskussion zu betrachten. Es gehört zur Eigenart der deutschen Entwicklung, daß Historie und Politik als Wissenschaft getrennte Wege gegangen sind. Die Ursachen dafür liegen nicht allein in der Zersplitterung und Verselbständigung der geisteswissenschaftlichen Disziplinen, die mit dem Aussterben der aristotelischen Wissenschaftstradition² und dem Vordringen des Positivismus im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts einsetzte. Die Entfremdung zwischen den beiden Fächern vollzog sich recht eigentlich mit dem Durchbruch des Historismus und ging auf dessen besonderen methodischen Ansatz zurück, der mit dem Begriff der idiographischen Methode umschrieben ist. Die Betonung der Einmaligkeit und Konstellationsbedingtheit geschichtlicher Vorgänge, deren Aufhellung des sich individuell einfühlenden Verstehens bedürfte, richtete sich nicht nur gegen alle Versuche, Geschichte als Gesetzeswissenschaft im Sinne Karl Lamprechts zu betreiben, sondern auch gegen die klassische liberale Historie, die die Trennung zwischen generalisierender Politischer Theorie und geschichtlicher Darstellung nicht gekannt hatte.

Indem die Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts die Fesseln von sich abstreifte, die ihr Staatslehre und Politik angelegt hatten, vollzog sich eine Abwertung der Lehre von den „Politica“, die allerdings am Ausgang des 18. Jahrhunderts zur reinen Staatsverwaltungslehre und Staatsökonomie herabgesunken war. Die Geschichtswissenschaft vermochte die Lehre von der Politik allenfalls als empirisch-

¹ H. Freyer: Soziologie und Geschichtswissenschaft, Th. Schieder: Zum gegenwärtigen Verhältnis von Geschichte und Soziologie, beide in: *Gesch. in Wiss. u. Unterr.* 3 (1952); O. Brunner: *Neue Wege der Sozialgeschichte*, Göttingen 1956; W. Conze: *Die Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters als Aufgabe für Forschung und Unterricht*, Köln-Opladen 1957; ders.: Artikel Sozialgeschichte in *RGG* 2. Aufl.; H. Mommsen: Artikel Sozialgeschichte in: *Geschichtswissenschaft*, hrsg. von W. Besson, Frankfurt 1961.

² Vgl. Hans Maier: *Die Lehre der Politik an den deutschen Universitäten vornehmlich vom 16. bis 18. Jahrhundert*, in: *Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie*, hrsg. von D. Oberndörfer, Freiburg 1962, S. 105.

deskriptive Hilfswissenschaft anzuerkennen. Leopold von Ranke verglich im „Politischen Gespräch“ die „allgemeine Politik“ mit der philosophischen Grammatik und lehnte sie als ungeschichtlich, weil nicht individualisierend, ab³. Seine Berliner Antrittsvorlesung von 1836 stand unter dem hier zu erörternden Thema: „Über die Verwandtschaft und den Unterschied der Historie und der Politik“. Sie befaßte sich mit der Frage, wie sich die von Ranke repräsentierte quellenkritische und quellennahe Geschichtsforschung zu den zeitgenössischen Staatswissenschaften und zur liberalen Politischen Theorie verhalte⁴. Ranke war sich bewußt, daß der Anspruch, die historische Erfahrung zur Grundlage des politischen Handelns zu machen, nach der praktischen Seite begrenzt sein mußte, wie er umgekehrt die Geschichtsforschung zum unmittelbaren Verständnis vergangener Epochen zu führen suchte, ohne daß sie gleich nach den konkreten Konsequenzen für das politische Entscheidungshandeln frage. Er stimmte daher einer eigenständigen Wissenschaft zu, die – pragmatisch orientiert – den „zur Staatsleitung geeigneten Männern“ Einblick in die Funktionsweise des staatlichen Mechanismus verschaffte, und er räumte ein, daß es ein unmittelbares Verständnis politischer Situationen gibt, das ohne den Ballast allzu gelehrten historischen Wissens die gebotenen Maßregeln zu ergreifen fähig ist⁵. Gleichwohl war er überzeugt, daß die Politik die Historie zur Grundlage habe: „Denn da es keine Politik gibt als die, welche sich auf eine vollkommene und genaue Kenntnis des zu verwaltenden Staates stützt – eine Kenntnis, die ohne ein Wissen des in früheren Zeiten Geschehenen nicht denkbar ist –, und da die Historie eben dieses Wissen entweder in sich enthält oder doch zu umfassen strebt, so leuchtet ein, daß auf diesem Punkte beide auf das innigste verbunden sind“⁶. Es sei die Aufgabe der Historie, das Wesen des Staates aus der Reihe der früheren Begebenheiten zur Darstellung zu bringen, die Aufgabe der Politik, es nach gewonnener Erkenntnis weiterzuentwickeln und zu vollenden.

Theodor Schieder hat auf den restaurativen Grundzug in Rankes Ablehnung der „allgemeinen Politik“ hingewiesen, der besonders klar werde, wenn man Dahlmanns maßvolles und keineswegs zu blutleerer Abstraktion drängendes Werk „Politik auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände zurückgeführt“ dagegenhalte⁷. Die Forderung nach einer bewußt politischen Geschichtsschreibung spielte dabei die geringste Rolle. Sie war Gemeingut der Epoche, und gerade die liberale Historie hatte an ihrer Durchsetzung hervorragenden Anteil. Der Gegen-

³ Die Großen Mächte, Politisches Gespräch, hrsg. von Th. Schieder, Göttingen 1955, S. 56: „Wie mit jener Grammatik, so steht es mit der Politik, die von der leeren Idee des Staates ausgeht.“

⁴ Leopold von Ranke. Geschichte und Politik, hrsg. von H. Hofmann, Stuttgart 1942, S. 115 ff.; vgl. dazu W. Hofer: Geschichte, Politik und totalitäre Ideologie, in: Geschichte zwischen Philosophie und Politik, Stuttgart 1956, S. 125 ff.; H. Herzfeld: Politik und Geschichte bei Leopold von Ranke im Zeitraum von 1848 bis 1871, in: Festschrift für Gerhard Ritter, Tübingen 1950.

⁵ Vgl. Hofer a. a. O., S. 126.

⁶ Ranke, a. a. O., 118 f.

⁷ Die großen Mächte, a. a. O., S. 89.

satz zur liberalen Staatsanschauung und Lehre von der Politik ergab sich erst aus der Betonung des historischen Staatsprinzips. Sie folgte aus einem grundsätzlich anderen Verhältnis zur geschichtlichen Welt. Der von Ranke erhobene Anspruch, daß der historischen Erfahrung der Primat bei der politischen Urteilsfindung gebühre, erhielt seine Zuspitzung durch die dahinter stehende Geschichtstheologie. Geschichte war für Ranke weniger das Resultat frei und selbstverantwortlich handelnder Individuen als vielmehr Verwirklichung überpersönlicher, real-geistiger Tendenzen. Sein berühmtes Wort an Bismarck: „Der Historiker kann von Ihnen lernen“ – macht den eigentümlichen Zusammenhang zwischen geschichtlicher Erfahrung und politischem Wollen bei Ranke deutlich. Bismarck erschien hier als Vollstrecker der Geschichte, als Verkörperung der ihr immanenten Tendenzen. In der „Historisch-Politischen Zeitschrift“ verdichtete sich das Prinzip, daß das historisch Gewachsene den natürlichen Maßstab für das politisch Erstrebenswerte bilden müsse, zum aktuellen politischen Programm.

Die Hervorhebung des historisch-individuellen Staatsgedankens mußte in der Tat alle Politische Wissenschaft zur Verwaltungslehre und zur Polizeiwissenschaft degradieren, was nun freilich auch ihrer damaligen wissenschaftsgeschichtlichen Entwicklungsstufe entsprach⁸. Die älteren *Ethica* und *Politica* verschwanden von den deutschen Universitäten, die Staatslehre führte sie in einem formalistischen Sinne fort, und es bedurfte erst des Aufstiegs der Sozialwissenschaften, die sich von der Historie allmählich emanzipierten, um die Erkenntnis vorzubereiten, daß Politik als Lehre von den politisch-gesellschaftlichen Gestaltungen und deren normativer Grundlegung eigene Methoden und Verfahren verlangte und daß sie nicht von der Geschichtswissenschaft treuhänderisch verwaltet werden konnte⁹.

Diese Erkenntnis wurde von der deutschen Geschichtsforschung unter dem Einfluß des Historismus geradezu hintangehalten. Sie trachtete förmlich danach, ihre Sachverständigkeit für Fragen der Politik zu monopolisieren. Nun hat auch die Geschichtsschreibung anderer Länder, wenngleich nicht mit solcher Einseitigkeit, nachdrücklich auf das politische Geschehen eingewirkt. Der stärker positivistische Geist des Westens lenkte sie jedoch immer wieder zur konkreten politischen Erfahrung und zur Mannigfaltigkeit der politisch-sozialen Frontstellungen zurück. In Deutschland erstarrte die Historie hingegen in der Nachfolge Rankes trotz der Fruchtbarkeit der Einzelforschung in einer zu eng gewordenen preußisch-deutschen oder nationalliberalen Staatsideologie. Der an sich fruchtbaren Verhältnissetzung von Geschichte und Politik lag eine Auffassung des Politischen zugrunde, die die Gesamtheit des politischen Kräftespiels nicht mehr umfaßte und deren Begrenztheit sich insbesondere darin kundtat, daß Politik nahezu vollständig mit dem Staatshandeln zusammenfiel. Nur dadurch war es möglich, daß sich die Tendenz zur

⁸ Vgl. dazu Hans Maier, a. a. O., S. 98 ff.; W. Hennis: Zum Problem der deutschen Staatsanschauung, in dieser Zeitschrift, Bd. 7 (1959), S. 6 f.

⁹ Vgl. die Bemerkungen Friedrich Meineckes über die Vernachlässigung der Sozialwissenschaften durch die Historie des ausgehenden 19. Jahrhunderts, in: Drei Generationen deutscher Gelehrtenpolitik, Hist. Zschr. 125 (1922), S. 250 f.

Staatengeschichte so weitgehend durchsetzte und sich in der Lehre vom Primat der äußeren Politik zu einer Art von historischem Grundgesetz verdichtete¹⁰.

Zwei Dinge wirkten hierbei ineinander. Zum einen das Individualitätsaxiom, das ursprünglich den Gesichtskreis der Historie entscheidend erweitert und von spekulativen und moralisierenden Schemata gereinigt hatte. Mit der Berufung auf die Einmaligkeit und Unverwechselbarkeit historischer Situationen leugnete man alle normativen Maßstäbe des Politischen, ohne zu sehen, daß ein solcher historischer Relativismus nicht davor gefeit war, in eine restaurative Verherrlichung des deutschen Machtstaats umzuschlagen. Das zeigte sich vor allem bei der kleindeutschen Schule. In Ablehnung historischer Analogien und der westeuropäischen Entwicklung beharrte sie darauf, daß den speziellen deutschen Verhältnissen auch eine eigentümliche Form der Staatlichkeit entspreche. Zum andern stand die deutsche Geschichtsschreibung im Banne der romantischen Identitätsphilosophie, die an die Stelle des Aufsteigens vom Besonderen zum Allgemeinen die verborgene Identität beider setzte. Die Macht dieser Tradition erleichterte die Gewöhnung an den status quo und beförderte die Neigung, die Konflikte und Spannungen in der jüngeren deutschen Geschichte, vor allem in der Reichsgründungspolitik Bismarcks, unzulässig zu harmonisieren.

Diese beiden für den Historismus der Spätphase charakteristischen Denkformen führten bei der kleindeutschen Schule zu einer Verengung des politisch-historischen Blickfeldes. Die „Symbiose von Geschichte und Politik“ in Deutschland, von der Friedrich Meinecke vor allem in bezug auf die liberalen Historiker des 19. Jahrhunderts gesprochen hat¹¹, ist daher mit dem Fortgang des Jahrhunderts verkümmert. Der Anspruch politischer Geschichtsschreibung leistete umgekehrt einer Einengung des politischen Blickfeldes Vorschub. Friedrich Meinecke deutete das an, wenn er von dem Rückgang der deutschen Gelehrtenpolitik sprach und den Wunsch ausdrückte, daß sich die deutsche Geschichtsforschung „mutiger baden dürfe in Philosophie wie in Politik“, gerade um zur Entfaltung ihres innersten Wesens fortzuschreiten¹².

In der Tat litt die deutsche Geschichtsforschung des ausgehenden 19. Jahrhunderts keineswegs an einem Übermaß konstruktiven politischen Engagements. Sie unterlag vielmehr in mancher Hinsicht einem Prozeß fortschreitender Entpolitisierung. Es mutet zunächst merkwürdig an, daß dies für eine Geschichtsschreibung gelten soll, die sich leidenschaftlich mit dem beschäftigte, was man damals unter den Lebensfragen der Nation verstand. Ohne Frage hatte die imperialistische Strömung in Deutschland vor 1914 und noch im Kriege namhafte Verfechter in der Historie. Aber es ist ebenso unzweifelhaft, daß sich die Geschichtsschreibung gleichzeitig von den

¹⁰ So hat H. Freyer gegen eine einseitige Staatengeschichte geltend gemacht: „Nicht der ideelle Zusammenhang zwischen den Staaten, die je einen geistigen Gehalt vertreten, sondern der reale Wechsel der gesellschaftlichen Kräftekonstellationen macht den Inhalt der Geschichte aus“ (zitiert nach H. Proesler: Hauptprobleme der Sozialgeschichte, Tübingen 1951, S. 63 f.).

¹¹ Hist. Zechr. 152 (1935), S. 102.

¹² Weltbürgertum und Nationalstaat, Berlin 1924², Einleitung.

grundlegenden innenpolitischen Problemen entfernte, die mit dem Begriff der nicht durchgesetzten „inneren Reichsgründung“ umschrieben sind. Die von Theodor Schieder aufgewiesene Grundspannung der deutschen Verhältnisse im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert zwischen politischer und gesellschaftlicher Verfassung¹³ hat die Historie mit wenigen Ausnahmen nahezu unberührt gelassen, sie wurde vielmehr von ihr durch die Betonung des Machtstaatsprinzips noch vertieft.

Der Strukturwandel des modernen Staates, den die industrielle Revolution erzwang, blieb weithin außerhalb des historischen Interesses. Kathedersozialismus und Verein für Socialpolitik erwiesen sich eher imstande, die Ansätze für eine nüchterne und gründliche Einsicht in die Probleme der entstehenden Industriegesellschaft zu schaffen, als die nationalstaatliche und imperialistische „Realpolitik“ verfechtende Historie¹⁴. Lorenz von Stein war für diese ebenso Außenseiter wie später Max Weber, als er die innere Verfassung des Bismarck-Reiches unnachsichtiger Kritik unterzog¹⁵, und es wäre zu fragen, ob nicht Friedrich Meinecke und Ernst Troeltsch gründlich abseits von der Phalanx deutscher Historiker zu stehen kamen, als sie sich auf die Seite der Republik stellten und für den Ausgleich der Klassengegensätze eintraten¹⁶.

Der politische Substanzschwund der kleindeutschen Schule zeigt sich auch am Beispiel Heinrich von Treitschkes, ihres politisch am stärksten engagierten und wohl auch am meisten profilierten Vertreters. Obwohl er selbst auf einem Lehrstuhl für Staatswirtschaft gesessen hatte¹⁷, lehnte er eine selbständige Staats- oder Gesellschaftswissenschaft ab. Treitschke war scharfsinnig genug, um die Problematik zu erkennen, die in der Aushöhlung des liberalen Parlamentarismus durch parteienstaatliche Tendenzen und interessenpolitischen Pluralismus bestand. Aber sein nationales Pathos und seine einseitige Betonung des außenpolitischen Machtstandpunkts versperrten weiten Teilen der Bildungsschicht den Weg zu einer nüchternen Einschätzung der innen- und außenpolitischen Probleme¹⁸. Von seiner streitbaren Geschichtsschreibung führte kein Weg zu einer empirisch orientierten Politischen Wissenschaft, die unterdessen im Westen bereits zu klassischer Höhe aufstieg¹⁹.

¹³ Die Krise des bürgerlichen Liberalismus, in: Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit, Göttingen 1958, S. 60 ff.; ders.: Das deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat, Köln-Opladen 1961.

¹⁴ Vgl. Meinecke: Drei Generationen, a. a. O., S. 262 f.

¹⁵ Vgl. J. W. Mommsen: Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920, Tübingen 1959, S. 153 ff.

¹⁶ Vgl. W. Hofer in der Einleitung zu F. Meinecke: Die Idee der Staatsräson, München 1960, S. XIV u. XXV f.; L. Dehio: F. Meinecke, der Historiker in der Krise, Berlin 1953; ferner W. Besson: Friedrich Meinecke und die Weimarer Republik, in dieser Zeitschrift Bd. 7 (1959), S. 114 ff.

¹⁷ Vgl. Maier, a. a. O., S. 100.

¹⁸ Vgl. neben W. Bußmann: Treitschke. Sein Welt- und Geschichtsbild, Göttingen 1952, die Bemerkungen Th. Schieders in: Die Partei im älteren deutschen Liberalismus, in: Staat und Gesellschaft, a. a. O., S. 123 ff.

¹⁹ Es sei an die Namen James Bryce, Arthur F. Bentley, Charles Merriam, M. Ostrogorsky erinnert, denen vielleicht Roscher und Hintze zur Seite gestellt werden könnten.

Das harte Urteil Ludwig Dehios, daß die deutsche Historie der Weimarer Jahre es verabsäumt habe, die Konsequenzen aus der Niederlage des ersten Weltkriegs zu ziehen²⁰, betrifft die Stellungnahme zu den außenpolitischen Problemen. Betrachtet man die Folgen des von der deutschen Historie vertretenen national- und obrigkeitsstaatlichen Geschichtsbildes, so drängt sich eine entsprechende Kritik auch in innenpolitischer Hinsicht auf. Was hat die Geschichtsschreibung getan, um die Ausbreitung der Dolchstoßlegende zu verhindern, in der sich das wilhelminische politische Wunschdenken fortsetzte? Inwiefern hat sie ein Verständnis für die veränderten gesellschaftlich-politischen Bedingungen schaffen helfen, die sich im Interessenpluralismus und der gewaltigen soziologischen Umschichtung der vorangehenden Jahrzehnte ankündigten? Die weiterhin „nationalen“ Geschichtsbücher verdeckten ein Vakuum politischen Denkens, und die Geschichtsschreibung trug nicht wenig dazu bei, die Neigung des deutschen Bürgertums, Politik in mythischem Lichte zu sehen und gegenüber der Erfahrung alltäglichen Interessenkampfes dem chimärischen Wunschbild „wahrer“ Politik zu folgen, lebendig zu erhalten.

Das Vakuum politischer Begrifflichkeit und politischer Wertvorstellungen, das durch die Verflachung der romantisch-idealistischen Überlieferung entstand und durch Historisierung überdeckt worden war, stellte den Nährboden dar, auf dem formalistische und aktivistische politische Ideologien wie die Lehre Carl Schmitts oder die Ideen der Konservativen Revolution gedeihen konnten und ohne den die erfolgreiche Propagierung des nationalsozialistischen Volksgemeinschaftsidols unmöglich gewesen wäre. Die Geschichtswissenschaft hat hier – nicht als einzige unter den Wissenschaften – politisch versagt, gerade weil sie des Zusammenhanges von Politik und Geschichte zu sicher war. Es ist nicht zufällig, daß sie zu der nach 1918 in Deutschland inaugurierten Politischen Wissenschaft keine Beziehungen geknüpft hat. Die Entfremdung und Distanz zwischen beiden Disziplinen ist auch heute nicht voll überwunden, wenngleich sich die geschichtliche Forschung mit Nachdruck den gesellschaftspolitischen Fragen zugewandt hat²¹. Die historische Erfahrung lehrt, daß die Historie auf das Korrektiv einer Politischen Forschung nicht verzichten kann, die die „Politik auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände“ zurückführt, d. h. durch empirische Analyse des politischen Verhaltens und der politisch-sozialen Funktionalismen ein Abgleiten in utopische Zielsetzungen verhindert und die normativen Grundlagen politischer Urteile systematisch zu umfassen sucht.

II

Angesichts der geschilderten Aversion der Geschichtswissenschaft gegen ein System der Politik leuchtet es ein, daß die in Deutschland als akademische Disziplin junge Politische Wissenschaft bei ihrer Bemühung, zu einer eigenständigen theore-

²⁰ Ludwig Dehio: *Ranke und der deutsche Imperialismus*, in: *Deutschland und die Weltpolitik*, München 1955, S. 62 ff.

²¹ Vgl. Th. Schieder: *Zum gegenwärtigen Verhältnis von Geschichte und Soziologie*, a. a. O., S. 29 ff.

tischen Grundlegung zu gelangen, kaum auf den methodologischen Erfahrungsschatz der Geschichtswissenschaft zurückgegriffen hat. Das lag auch deshalb fern, weil für sie die Abgrenzung von den Sozialwissenschaften und die Auseinandersetzung mit der pragmatisch-positivistischen Strömung des „behaviorism“ und der „policy science“²² im Vordergrund standen. Nur gelegentlich finden sich Stellungnahmen zum Verhältnis zur Historie, während auf die Abgrenzung zur Soziologie, zur Staatslehre und zur Staatsphilosophie großes Gewicht gelegt worden ist²³. Die Vorstellungen über Methode und Fragestellung der modernen Geschichtsforschung weisen dabei manchmal die gleiche Phasenverschiebung auf, wie sie gemeinhin zwischen dem Stand der historischen Erkenntnis und deren Abschilderung in den Handbüchern beobachtet werden kann. Anstelle der Bemühung um eine grundsätzliche Klärung tritt auf seiten der Politischen Wissenschaft gelegentlich die Tendenz, diejenigen Felder der Geschichtsforschung stillschweigend zu annektieren, denen unmittelbare politische Aktualität anzuhaften scheint. Auf die Frage, inwieweit der Gesamtsektor der Zeitgeschichte auch im Rahmen der politischen Disziplinen fruchtbar bearbeitet werden kann, wird zurückzukommen sein.

Der Prozeß der methodologischen Selbstklärung der Politischen Wissenschaft in Deutschland ist in jüngster Zeit in ein neues Stadium getreten. Ursprünglich ging es dabei vor allem um eine Bestandsaufnahme, durch die zugleich das Arbeitsfeld inhaltlich festgelegt werden sollte. Ossip K. Flechtheims „Grundlegung der Politischen Wissenschaft“ und Carl J. Friedrichs „Der Verfassungsstaat der Neuzeit“²⁴ sind dafür repräsentativ. Dazu trat das Bemühen, normative Grundlagen für eine umfassende politikwissenschaftliche Systematik zu legen. Die hierbei bestehende Frontstellung war eine doppelte: einmal galt es, den Anspruch der Wissenschaftlichkeit zu behaupten, ohne auf die schiefe Ebene der von Max Weber postulierten Wertfreiheit zu geraten. Zum andern verknüpfte sich damit die Auseinandersetzung

²² Zu diesem für die positivistische Strömung typischen Begriff vgl. D. Lerner u. H. D. Lasswell: *The Policy Sciences, Recent Developments in Scope and Method*, Stanford 1951, S. 5 ff. L. bevorzugt das neutrale und nicht mit negativem Sinngelastete Wort *policy* vor dem Ausdruck *political*.

²³ H.-P. Schwarz: *Probleme der Kooperation von Politikwissenschaft und Soziologie in Westdeutschland*, in: *Wissenschaftliche Politik*, a. a. O., S. 197 ff.; O. Stammer: *Herrschaftsordnung und Gesellschaftsstruktur. Erkenntnisobjekt und Aufgaben der politischen Soziologie*, in: *Schmollers Jhb.* 71 (1951); ders.: *Politische Soziologie*, in: *Soziologie*, hrsg. von A. Gehlen und H. Schelsky, 1955². V. d. Gablentz: *Politische Wissenschaft und Philosophie*, in: *Pol. Vierteljahrsschrift* 1 (1960); Alexander Schwan: *Die Staatsphilosophie im Verhältnis zur Politik als Wissenschaft*, in: *Wissenschaftliche Politik*, a. a. O., S. 153 ff.; Hans Maier: *Zur Lage der Politischen Wissenschaft in Deutschland*, in dieser Zeitschrift 10. Jg. (1962), S. 225 ff.

²⁴ O. K. Flechtheim: *Grundlegung der Politischen Wissenschaft*, Meisenheim 1958; C. J. Friedrich: *Der Verfassungsstaat der Neuzeit*, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1953; vgl. dessen Quellenedition: *„Die Politische Wissenschaft“*, Freiburg/München 1961. Einen Überblick über die bisherigen Arbeiten gibt O. H. von der Gablentz: *Politische Forschung in Deutschland*, in: *Politische Forschung* (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Bd. 17), Köln u. Opladen 1960, S. 153 ff.

mit der positivistisch orientierten empirischen Sozialforschung, deren ungebrochenes Verhältnis zur politischen Wirklichkeit und deren Glauben an die objektive Feststellbarkeit der Bedingungen politischen Verhaltens den deutschen Erfahrungen wenig entsprach. Auf der gleichen Linie lag das Bedürfnis, sich gegen eine falsche und kryptototalitäre Deutung des Politischen zur Wehr zu setzen, wie sie am provozierendsten Carl Schmitt mit der Theorie des Freund-Feind-Verhältnisses vertreten hatte. Neuerdings bemüht sich die Schule Arnold Bergstraessers um eine Konzeption der Politischen Wissenschaft, die bewußt „an die historisch-soziologische Tradition des deutschen Staatsgedankens anknüpft“²⁵. Auf die Problematik dieser Bestrebungen, insbesondere des Rückgriffs auf einen normativen Begriff des Politischen wird in anderem Zusammenhang eingegangen werden. Bemerkenswert an dieser Strömung ist zunächst, daß sie der Politischen Wissenschaft die alte zentrale wissenschaftsgeschichtliche Stellung zurückerobern will, die sie noch im 18. Jahrhundert eingenommen hat.

Die deutsche Politische Wissenschaft nimmt daher nach einer Periode stärkster Beeinflussung durch die empirischen Sozialwissenschaften die ältere politikwissenschaftliche Tradition wieder auf, die an die Namen Robert von Mohl und Lorenz von Stein geknüpft ist und die durch die politische Soziologie Max Webers verdeckt worden war. Die Entwürfe Hermann Hellers und Hans Kelsens kommen zu neuem Recht. Das gilt insbesondere für Hellers „Staatslehre“, die Grundlegendes zu dem heute im Vordergrund stehenden Problem der Abgrenzung der Politischen Wissenschaft von den empirischen Sozialwissenschaften ausgesagt hat. Bei dieser Auseinandersetzung ist jedoch die Rolle der Historie, oder genauer: der historischen Methode bislang vernachlässigt worden, und es obliegt uns zu zeigen, daß ihr bei der Bestimmung der Eigenart der Politischen Wissenschaft eine wichtige, wenngleich nicht ausschlaggebende Rolle zukommt. Was wir von der Historie behauptet haben, daß sie ihren Aufgaben nicht gerecht wird, wenn sie jeden systematischen Ansatz zu einer Lehre der Politik leugnet, gilt umgekehrt von der Politischen Wissenschaft in dem Sinne, daß sie auf die individualisierende historische Methode durchaus nicht verzichten kann.

Schon Hermann Heller, der als der Vater der Politischen Wissenschaft in Deutschland gelten kann, hat sie vom Bereich sozialwissenschaftlicher Gesetzmäßigkeiten auf das engere, freilich normative Stellungnahmen voraussetzende Gebiet autonomer politischer Entscheidungen führen wollen: „Nicht alles Politische, ja nicht einmal alles Staatliche, ja sogar nicht einmal jede Staatstätigkeit gehört in den Kreis der Probleme“, den sie als Spezialdisziplin behandle“²⁶. Hellers Postulat einer Strukturwissenschaft war so das gerade Gegenteil einer bloß deskriptiv-analytischen Lehre

²⁵ Vgl. H. Maier: Zur Lage der Politischen Wissenschaft, a. a. O., S. 237; ferner die Beiträge von D. Oberndörfer, K. Sontheimer und G. K. Kindermann, in: *Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie*, a. a. O., sowie W. Hennis: Bemerkungen zur wissenschaftsgeschichtlichen Situation der politischen Wissenschaft, in: *Gesellschaft, Staat, Erziehung* 5 (1960).

²⁶ Hermann Heller: *Staatslehre*, Leiden 1961², S. 22.

von der Politik. Es ging ihm darum, die Politische Wissenschaft von der bloß sozialwissenschaftlichen Betrachtungsweise zur Analyse des eigentlichen politischen Entscheidungshandelns hinzulenken.

Karl Mannheim ist in diesem Zusammenhang noch weiter gegangen und hat im Anschluß an Schäffles Unterscheidung von „laufendem Staatsleben“ und „Politik“ die politische Entscheidung in dem „irrationalen Spielraum“ angesiedelt, der im Gegensatz zum „rationalisierten Gefüge“ der Gesellschaft autonomes, auf persönlicher Entscheidung und Verantwortung basierendes politisches Handeln zuläßt²⁷. Das ist insofern zu eng gefaßt, als das Gefüge selbst durchaus Gegenstand der politischen Forschung sein kann und muß. Aber Mannheims Entgegensetzung macht deutlich, daß es die Politische Wissenschaft in klarem Unterschied zur Soziologie und den ihr verwandten sozialwissenschaftlichen Zweigen gerade mit dem Spannungsfeld zu tun hat, das sich zwischen dem Entscheidungshandeln von Individuen und Gruppen und den vergleichsweise starren gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, ideologischen und politisch-staatlichen Strukturen erstreckt. In der Orientierung der Politischen Wissenschaft auf das politische Entscheidungshandeln ist sie auf das engste mit der Historie verbunden; beide Disziplinen haben es zentral mit der Analyse und Beschreibung individueller Willenshandlungen und individueller Motivationen zu tun.

Wiewohl man gerade hier den Unterschied zwischen Historie und Politik zu finden gemeint hat, ist die Notwendigkeit individualisierender Analyse für die Politische Wissenschaft aus ihrem Gegenstand heraus gegeben. Sie trifft ständig auf das zentrale Problem, wie individuelle Akte der politischen Willensbildung sich innerhalb von nur langsamer Veränderung unterworfenen gesellschaftlichen Strukturen und relativ konstanten historischen Entwicklungstendenzen auswirken²⁸. Soziologische Strukturanalyse und Erforschung der Herrschaftsgefüge und -techniken sind ihr nicht Selbstzweck, sondern dienen der Feststellung der Bedingungen, unter denen politisches Handeln möglich und sinnvoll ist. Die Politische Wissenschaft wird daher nach den Mitteln fragen, durch die konkrete politische Zielsetzungen realisierbar erscheinen, und untersuchen, inwieweit politische Akte unter den gegebenen Bedingungen zur Denaturierung verurteilt sind, weiter, welche Bedeutung den handelnden Individuen und Gruppen jeweils im politischen Gesamtprozeß zukommt²⁹. Es ist geradezu ihre Aufgabe und einer der Gründe ihrer Existenz als selbständiger Disziplin, die Unüberschaubarkeit des politisch-sozialen Gesamtgefüges so zu durchdringen, daß die Momente spontanen oder von langer Hand vorbereiteten politischen Wollens erkennbar werden, zugleich dieses Wollen

²⁷ K. Mannheim: *Ideologie und Utopie*, Frankfurt 1952², S. 98 ff.

²⁸ Eine ähnliche Unterscheidung liegt Alfred Webers *Kultursoziologie* zugrunde, vgl. H. v. Borch: *Geschichtssoziologie*, in: Alfred Weber: *Einführung in die Soziologie*, München 1955, S. 178 f.

²⁹ Vgl. dazu die zutreffenden Ausführungen D. Oberndörfers: *Politik als praktische Wissenschaft*, in: *Wissenschaftliche Politik*, a. a. O., S. 31 ff. gegen das Postulat einer systematischen Wissenschaft der Gesetze des Politisch-Sozialen.

daraufhin zu analysieren, ob es genuinen politischen Leitbildern entspringt und nicht bloß Anpassung einer vorgegebenen Interessenlage an sich verändernde politisch-soziale Bedingungen darstellt. Ihr Fragen richtet sich nicht nur auf die allgemeinen Ursachen politischer Vorgänge, sondern vor allem auf die jeweiligen Verantwortlichkeiten. Die vielkritisierte Apparatisierung im politischen Leben wie die Eskamotierung politischer Entscheidungen durch Juridifizierung oder die Einschaltung von Fachgremien – diese scheinbare Versachlichung und „Entpolitisierung“ der Politik – fordern die ständige Analyse der verborgenen politischen Antriebe durch die Politische Wissenschaft heraus.

Unter diesem Gesichtspunkt scheint die Verwandtschaft zur Geschichtswissenschaft evident zu sein. Denn die erwähnte Spannung zwischen politischem Wollen und präformiertem politischen Gefüge stellt im gleichen Sinne das Lebenselixier auch aller historischen Forschung dar, die eben aus diesem Grunde zäh am Individualitätsaxiom festhält. Die Spannung zwischen Tradition und Revolution, zwischen Notwendigkeit und Freiheit, zwischen Beharrung und Bewegung, zugleich zwischen ursprünglicher politischer Intention und ihrer Deformierung im Stadium der Realisierung ist unerschöpfliche Quelle des historischen Interesses, und es wird vermittelt durch konkrete, individuelle, anschauliche Akte und Impulse³⁰. Es will scheinen, daß das politische Interesse – und zur Politik gehört alles, was von diesem umgriffen wird – gar nicht anders strukturiert ist, wenn man einmal davon absieht, daß sich die Geschichte als prozeßhaftes Nacheinander, die Welt der Politik als Fülle von nebeneinander angeordneten und einander überschneidenden Sozial- und Herrschaftsgebilden erweisen. Politik und Geschichte ereignen sich überall dort, wo der Wille konkreter Individuen und Gruppen aktiv auf eine Veränderung der sozialen Umwelt gerichtet ist, und dieser Wille ist nichts Abstraktes, ist auch nicht bloß Überbau nur wirtschaftlicher und soziologischer Faktoren, sondern gegenständliches individuelles Wollen. Dies ist – wenn man überhaupt den Versuch machen will, den Gegenstand der Politischen Wissenschaft formal zu definieren³¹ – ihr eigentlicher Bereich.

III

Wenn es sich so verhält, daß die Geschichtswissenschaft und die Politische Wissenschaft in gemeinsamer Frontstellung gegen die reine empirische Sozialforschung auf die individualisierende Betrachtungsweise nicht verzichten können, ergibt sich als zentrales Problem die Frage der Zulässigkeit von Werturteilen und deren normativer Grundlegung. Verfolgt man die bisher innerhalb der Politischen Wissenschaft geführte Werturteilsdiskussion, so gewinnt man den Eindruck, daß sie aus den von Max Weber und Carl Schmitt vollzogenen Weichenstellungen trotz aller Bemühungen nicht wirklich hinausgelangt ist. Es ist dafür bezeichnend, daß die Frage der Werturteilsfreiheit eben an dem Punkt wieder aufgenommen wird, bis

³⁰ Vgl. hierzu Reinhard Wittram: *Das Interesse an der Geschichte*, Göttingen 1958, S. 10 ff.

³¹ Vgl. unten S. 359 f.

zu dem sie durch Max Webers Wissenschaftslehre, Karl Mannheims Wissenssoziologie und Hermann Hellers Staatslehre geführt worden ist. Die verschiedenen Standpunkte in dieser Frage sind nicht ohne weiteres erkennbar, da ihre Beantwortung durchweg mit der Bemühung verquickt worden ist, den Begriff des Politischen als Gegenstand der Politischen Wissenschaft formal und inhaltlich zu bestimmen. Im allgemeinen hat sich die Auffassung durchgesetzt, daß ein wertneutraler Ansatz im Sinne der von Max Weber theoretisch postulierten Wertfreiheit oder des modernen Neopositivismus verfehlt ist, da sich die Politische Wissenschaft nicht auf die wertfreie Analyse der Herrschaftstechniken und der politischen Funktionalismen in der modernen Gesellschaft beschränkt, sondern zur wertenden Beurteilung vollzogener oder denkbarer politischer Entscheidungen vordringt.

Gleichwohl lassen verschiedentliche Ansätze, Politik formal zu definieren, etwa als „das umfassende Handeln in allen öffentlichen Angelegenheiten“, eine gewisse Tendenz erkennen, wertneutrale Vorstellungen weiterzuschleppen³². Das gilt insbesondere für die in der deutschen Politischen Wissenschaft einflußreiche Richtung, die Politik wesentlich als „Technik des Machterwerbs und der Machtbehauptung“ aufgefaßt wissen will. Sie besaß in Deutschland ihren stärksten Befürworter in Max Weber. In „Politik als Beruf“ definierte er Politik als „Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt.“ Ähnlich wie Mannheim unterschied Weber zwischen „eigentlich politischem Handeln (i. S. letztinstanzlicher Ausübung von Gewaltsamkeit)“ und „politisch orientiertem“ Handeln, wobei es ihm auf die Hervorhebung des Machtelements ankam³³. Bertrand Russel definierte nicht anders: „Der Grundbegriff der Sozialwissenschaften ist Macht in dem gleichen Sinne, in dem Energie der Grundbegriff der Physik ist³⁴.“ Diese Auffassung wird auch heute noch von der überwiegenden Mehrheit der politischen Theoretiker, darunter Lasswell, Kaplan, Duverger und Neumann³⁵ geteilt. Von den deutschen Fachvertretern tendieren insbesondere

³² O. H. von der Gablentz: Macht, Gestaltung und Recht – die drei Wurzeln politischen Denkens, in: Faktoren der Machtbildung. Wissenschaftliche Studien zur Politik (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Bd. 2), Berlin 1952, S. 159 ff. Gablentz unterscheidet zwischen den Anhängern einer „Gestaltungs“- und denjenigen einer „Machttheorie“. Derartige Definitionsversuche sind in Westdeutschland häufig unternommen worden, vgl. etwa Franz Neumann: Die Wissenschaft von der Politik in der Demokratie (Schriftenreihe der Deutschen Hochschule für Politik), Berlin 1950; M. Freund: Ist eine Wissenschaft von der Politik möglich?, in: Gesch. in Wiss. u. Unterr. 5 (1952); C. J. Friedrich: Grundsätzliches zur Geschichte der Wissenschaft von der Politik, in: Zschr. f. Politik 1 (1954); O. H. von der Gablentz: Politik als Wissenschaft, in: Zschr. f. Politik 1 (1954); O. K. Flechtheim: Die Politik als Wissenschaft, Berlin 1953; Carlo Schmid: Was ist Wissenschaft von der Politik, in: Politik und Geist, Stuttgart 1961; D. Sternberger: Begriff des Politischen, Frankfurt 1961; A. Rüstow: Weshalb Wissenschaft von der Politik, in: Zschr. f. Politik I (1954).

³³ Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1959², S. 50; Ges. Pol. Schr., Tübingen 1960, S. 494.

³⁴ Über die Macht, Zürich 1948⁶, S. 10.

³⁵ Maurice Duverger: Méthodes de la science politique, Paris 1959; Franz L. Neumann, a. a. O., S. 6.

Flechtheim und von der Gablentz in diese Richtung. Die Thesen der Deutschen Hochschule für Politik heben hervor, die Politische Wissenschaft habe „insbesondere zu tun mit dem Erwerb, dem Gebrauche, dem Verbrauch der Macht“³⁶. Am radikalsten wurde dieser Standpunkt in der Sammelstudie „Faktoren der Machtbildung“, die gewissermaßen eine Programmschrift der neu entstehenden Politischen Wissenschaft darstellte, zum Ausdruck gebracht: „Für die Politische Wissenschaft stehen im Mittelpunkt die gesellschaftlichen Machtgebilde, die als aktive Faktoren die politischen Entscheidungen bestimmen, und die sozialen, ökonomischen und psychischen Prozesse, aus denen politische Macht in der modernen Gesellschaft hervorgeht, in denen sie sich zum Herrschaftssystem entfaltet und durch die sie zersetzt wird oder der Auflösung verfällt“³⁷.

Der Errichtung einer politikwissenschaftlichen Systematik auf der Basis des Machtbegriffs, wie sie beispielsweise von Maurice Duverger unternommen wurde³⁸, ist jedoch neuerdings scharf widersprochen worden. Wilhelm Hennis wandte ein, daß damit die Politische Wissenschaft zur Lehre von den Techniken der Politik erniedrigt werde und wertrelativistisch verfare, Arnold Bergstraesser machte geltend, daß sie eine künstliche Einengung ihres Blickfeldes auf das Machtphänomen vollziehe, die wesentliche Bereiche des politischen Handelns außer acht lasse; sein Schüler Kurt Sontheimer urteilte, daß man „die Wissenschaft von der Politik auf eine Trivialität gründen würde, wollte man sie auf die Kategorie der Macht als ihrem entscheidenden Begriff fundieren“, und zugleich einem wertneutralen Agnostizismus verfallen müsse³⁹. Arnold Brecht geht darüber noch hinaus, wenn er den Begriff der Macht als „adäquate Grundeinheit der Politischen Theorie“ überhaupt ablehnt⁴⁰.

In der Tat verfährt eine Politische Wissenschaft, die konsequent an der Machtorientierung festhält, nominalistisch im Sinne von Webers Werturteilsfreiheit. Flechtheim und von der Gablentz haben dem zu entrinnen versucht, indem sie den Machtbegriff mit dem Begriff der Kultur kombinierten oder das Feld politischer Entscheidungen in der Dreiheit von Macht, Gestaltung und Recht begreifen wollten. Die damit verknüpften logischen Hilfskonstruktionen – wie die Unterscheidung von „politischer“ und „sozialer“ Macht sind jedoch keineswegs zwingend⁴¹.

³⁶ Feststellungen der Arbeitstagung der Deutschen Hochschule für Politik, in: A. Weber und E. Kogon: Die Wissenschaft im Rahmen der Politischen Bildung (Schriften der Deutschen Hochschule für Politik 2), Berlin 1950; vgl. Politische Forschung, a. a. O., S. 155.

³⁷ Faktoren der Machtbildung, a. a. O., S. 139 ff.

³⁸ Méthodes de la science politique S. 3 ff.; ähnlich Flechtheim: Grundlegung der Politischen Wissenschaft, a. a. O.; ausgesprochene Vertreter einer machtorientierten Betrachtung sind H. D. Lasswell u. A. Kaplan: Power und Society, New Haven 1950, S. XVII ff.; K. Loewenstein: Verfassungslehre, Tübingen 1959, S. 4 ff.; G. Schwarzenberger: Machtpolitik. Eine Studie über die internationale Gesellschaft, Tübingen 1955, S. 7 ff.; zum ganzen vgl. Sontheimers Kritik: Zum Begriff der Macht als Grundkategorie der Politischen Wissenschaft, in: Wissenschaftliche Politik, a. a. O., S. 197 ff.

³⁹ Sontheimer, a. a. O., S. 205.

⁴⁰ Arnold Brecht: Politische Theorie, die Grundlagen politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Tübingen 1961, S. 418, vgl. S. 414.

⁴¹ Vgl. v. d. Gablentz: Macht, Gestaltung und Recht, a. a. O., S. 139 f. sowie Sontheimer, a. a. O., S. 200 f.

Der Grund dafür ist darin zu suchen, daß Macht eine amorphe Größe ist, die sich jeder Einordnung in ein werthafte System entzieht. Deshalb sind auch alle Versuche, den Machtbegriff zu entdämonisieren, sei es durch dessen Einengung auf den Bereich der Potestas und Auctoritas, sei es durch dessen Reduzierung auf die Begriffe „Herrschaft“ und „Ordnung“ unzureichend⁴². Derartige begriffliche Operationen umgehen zwar die Schwierigkeit, die jeder machtorientierten Betrachtungsweise entgegensteht, daß alle sozialen, ökonomischen, rechtlichen und geistigen Beziehungen zwischen Menschen letztlich auf Machtansübung beruhen, ohne damit politisch zu sein; aber sie kehren nur eine andere, noch unbefriedigendere Seite der machtorientierten Theorie hervor: ihren Formalismus, der nicht gestattet, die Frage nach den Aufgaben der Politik, nach ihrem materiellen Gehalt, hinreichend zu beantworten. Das zeigt die Bemerkung Max Webers in „Wirtschaft und Gesellschaft“, daß ein politischer Verband nicht durch die Angabe des Zwecks seines Verbandshandelns definiert werden könne⁴³.

Man kann darüber streiten, ob die Politische Wissenschaft durch die bewußte Beschränkung auf eine deskriptive Analyse der bestehenden Machtgebilde zur Dienerin des status quo herabsinkt oder nicht⁴⁴. Unter Umständen kann gerade eine wissenschaftliche Dekouvrierung institutionell, legalistisch oder ideologisch verkleideter Machtverhältnisse für die Erhaltung der politischen Freiheit unentbehrlich sein und ist sie die Voraussetzung dafür, daß man zu den Kernproblemen der jeweiligen politischen Konstellationen vordringt. In diesem Sinne hat die amerikanische Realistische Schule Reinhold Niebuhrs und Hans J. Morgenthau, die vorwiegend mit den Begriffen „Macht“ und „Interesse“ arbeitet, das Verdienst, einer wirklichkeitsfremden Überschätzung der idealistisch-normativen Komponenten im politischen Geschehen entgegengewirkt zu haben. Aber es ist nichts weniger als befriedigend, wenn dem marxistisch-leninistischen Ökonomiebegriff lediglich ein anthropologisch und psychologisch fundierter Begriff des menschlichen Machtstrebens gegenübergestellt wird⁴⁵. Überdies kann die Ambivalenz des Machtbegriffs unversehens zu einer Vertauschung der Positionen führen. Die eigentliche Problematik der machtorientierten Betrachtungsweise liegt indessen darin, daß sie, wenn sie wirklich wertneutral verfährt, manchmal interessante, selten aber relevante Aus-

⁴² Vgl. A. Bergstraesser: *Wissenschaftliche Politik in unserer Zeit*, in dieser Zeitschrift Bd. 6 (1958), wenig verändert in: *Politik in Wissenschaft und Bildung*, unter dem Titel: *Die Stellung der Politik unter den Wissenschaften*, S. 21; C. J. Friedrich: *Grundsätzliches zur Geschichte der Wissenschaft von der Politik*, a. a. O., S. 355.

⁴³ *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 33.

⁴⁴ Vgl. Hans Maier: *Zur Lage der politischen Wissenschaft*, a. a. O., S. 236ff.; H. J. Morgenthau: *Reflections on the State of Political Science*, in: *Review of Politics*, Vol. XVII (1955) (auch in: *Dilemmas of Politics*, Chicago 1958).

⁴⁵ Vgl. G. K. Kindermann: *Philosophische Grundlagen und Methodik der Realistischen Schule von der Politik*, in: *Wissenschaftliche Politik*, a. a. O., S. 294. Kindermann lehnt eine Parallele zur „Realpolitik“ ab, während A. Bergstraesser von „gleichsam einer Renaissance der alten europäischen Theorie der Realpolitik in differenzierter Form“ spricht (Prinzip und Analyse in der amerikanischen wissenschaftlichen Politik, in: *Politik in Wissenschaft und Bildung*, Freiburg 1961, S. 225).

sagen machen kann. Im ganzen verbirgt sich in diesem methodischen Ansatz eine gewisse Hochschätzung von Macht und Autorität, die dahin tendiert, deren Mittelcharakter aus den Augen zu verlieren.

Zur weiteren Begründung unseres Standpunktes liegt es nahe, auf das Beispiel der Historie zurückzugreifen. Arnold Brecht hat bei der Kritik des Machtbegriffs auf die Machtverherrlichung durch die kleindeutsche Historie hingewiesen. In der Tat tritt die Problematik einer Deutung historisch-politischer Abläufe unter dem Gesichtspunkt der Macht hier deutlich hervor. Zugespitzt findet sich diese Sehweise in der Entgegensetzung der „Realpolitik“ gegen die liberale Prinzipienpolitik durch die deutsche Geschichtsschreibung des ausgehenden 19. Jahrhunderts. So hieß es in der 1853 erschienenen Schrift August Ludwig von Rochaus über „Grundzüge der Realpolitik, angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands“: „Die praktische Politik hat es zunächst mit der einfachen Tatsache zu tun, daß die Macht allein es ist, die herrschen kann. Herrschen heißt Macht üben, und Macht üben kann nur der, der Macht besitzt. Dieser unmittelbare Zusammenhang von Macht und Herrschaft bildet die Grundwahrheit aller Politik und den Schlüssel der ganzen Geschichte⁴⁶.“ Rochau fand hierin die begeisterte Zustimmung Heinrich von Treitschkes, und seine Auffassungen sind darüber hinaus repräsentativ für den Verfall der politischen Gesinnung seiner Epoche.

Der Begriff der „Realpolitik“ trat alsbald seinen Siegeszug an und führte zu einer verhängnisvollen Verkennung der politischen Realitäten. Hans Rothfels hat den Zusammenhang aufgewiesen, der zwischen der Ausbreitung dieses Begriffes und der politischen Desillusionierung des deutschen Bürgertums besteht⁴⁷. Diese Desillusionierung konnte im Zusammenhang mit dem Niedergang des Liberalismus in eine Überbewertung, ja teilweise eine Mythisierung des Machtfaktors umschlagen. Eine ähnliche Desillusionierung erfaßte die westliche Welt, als der Kreuzzug für die Demokratie in eine ungeahnte Verstärkung der totalitären Bedrohung des Westens durch das bolschewistische Herrschaftssystem ausmündete. Die Realistische Schule Morgenthau erfuhr dadurch eine beträchtliche Intensivierung, und sie konnte ihren Einfluß auf die amerikanische political science vervielfachen. So richtig es ist, daß sie sich weit entfernt hält von Rochaus naiver Hochschätzung der Macht, daß sie im Gegenteil um die Kanalisierung und Institutionalisierung des Machthandelns bemüht ist, so sehr steht sie dadurch in der Gefahr, sich den Blick für wesentliche Phänomene des politischen Handelns zu verstellen⁴⁸.

⁴⁶ Grundzüge der Realpolitik I (1853), S. 2. Vgl. dazu S. A. Kaehler: Realpolitik zur Zeit des Krimkrieges – eine Säkularbetrachtung, Hist. Zschr. 174 (1952), S. 418 ff.

⁴⁷ Hans Rothfels: Zeitgeschichtliche Betrachtungen zum Problem der Realpolitik, in: Zeitgeschichtliche Betrachtungen, Göttingen 1959, S. 181 f. Für die Rückwirkung auf die Staatsrechtslehre vgl. Ulrich Scheuner: Das Wesen des Staates und der Begriff des Politischen in der neueren Staatslehre, in: Staatsverfassung und Kirchenordnung, Festgabe für Rudolf Smend, Tübingen 1962, S. 239 ff.

⁴⁸ Vgl. A. Bergstraesser: Die Stellung der Politik unter den Wissenschaften, a. a. O. S. 21: „Die Begriffe des Interesses, der Macht und der Unterscheidung von Freund und

Das läßt sich am Beispiel der Geschichtsschreibung erhärten. Es gab ja in Deutschland lebhafteste Bestrebungen, Geschichte unter dem Aspekt der Machtbildung zu schreiben. Wie wenig aber eine solche Interpretation der Geschichte, aus der, um mit Jacob Burckhardt zu urteilen, alle spezifischen Kulturwerte als belanglos oder als Überbau eliminiert werden, zu konstruktiven Resultaten fähig ist, zeigen hinlänglich die Versuche, Weltgeschichte als Machtgeschichte zu schreiben. Als abschreckendes Beispiel realpolitischer Geschichtsforschung mögen die Blut- und Eisen-Biographien Bismarcks dienen, die die wahren politischen Motive und Zielsetzungen des Reichskanzlers gründlich verkannten⁴⁹. Der Begriff der Macht ist seinem Wesen nach eine unproduktive historische Kategorie. Es ist zwar eine Binsenwahrheit, daß der Machttrieb, den Friedrich Meinecke „die Naturseite alles staatlichen Lebens“ genannt hat und als „persönliche Pleonexie der Macht“ als nicht weiter auflösbare Größe betrachtete⁵⁰, eine Grundkraft des historisch-politischen Geschehens darstellt. Gleichwohl entzieht sie sich weithin dem Zugriff des analysierenden Historikers. Das ist nicht die Folge unzulänglicher Methoden oder einer primär idealistisch orientierten Geschichtsdeutung, vielmehr Ausdruck des Umstandes, daß der Machttrieb als Kontinuum in allen sozialen und politischen Prozessen das am wenigsten Spezifische derselben ist.

Gewiß trifft der Historiker immer wieder auf das Phänomen der Dämonie der Macht, und er wird versuchen, die machtpolitischen Strukturen zu analysieren. Aber er wird nicht dabei stehen bleiben, sondern den geistigen und sozialen Kräften nachspüren, die am Anfang der großen machtpolitischen Entscheidungen stehen und von denen sie ihren geschichtlichen Sinn erhalten. Friedrich Meinecke hat in der „Idee der Staatsräson“ diese Problematik in vorbildlicher Form dargestellt. Indem er auf dem Wege ideengeschichtlicher Untersuchung den Machtbegriff als Antriebs-element geschichtlicher Prozesse in die Deutung einbezog, bemühte er sich zugleich um eine idealtypische Verknüpfung des Machtbegriffs mit den grundsätzlichen Aufgaben staatlichen Lebens. Man hat dieses Buch einen modernen Antimachiavelli genannt. In der Tat ist es von dem Willen getragen, die elementaren Grundkräfte des Politischen zu bändigen⁵¹. Meinecke nahm immer mehr die Gegenposition zur herrschenden Tendenz ein, den Gedanken der Staatsräson und die Idee des Kräftegleichgewichts der großen Mächte in den Dienst des deutschen Imperialismus zu stellen.

Es ist also nicht nur die Ambivalenz des Machtbegriffs, die die moderne Geschichtsschreibung dazu veranlaßt, ihn zurückhaltend anzuwenden, sondern vor allem das Wissen darum, daß Historie als geistige Form, in der eine Kultur über Feind tragen dazu bei, den Begriff des Politischen durch die in ihnen angelegte Reduktion auf Faktoren zu verengen, die das Ganze nicht zu tragen vermögen.“

⁴⁹ Vgl. dazu H. Rothfels: Bismarck und das 19. Jahrhundert, in: *Zeitgeschichtliche Betrachtungen*, a. a. O., S. 181 f.

⁵⁰ Die Idee der Staatsräson, München 1960², S. 5 ff.

⁵¹ Vgl. W. Hofers Einleitung zur „Idee der Staatsräson sowie Geschichte zwischen Philosophie und Politik“, a. a. O., S. 51. Vgl. Scheunér, a. a. O., S. 241 f., der auf die Begrenztheit des Lösungsversuchs bei Meinecke und bei Ritter (Die Dämonie der Macht, 1948*) hinweist.

sich selbst Rechenschaft legt, mit einer machtorientierten Analyse am Eigentlichen ihrer Aufgabe vorbeigeht, daß Geschichte verstanden als Abfolge von Machtbildungs- und -zersetzungsprozessen in Hinsicht auf die in ihr zur Anschauung erhobenen Kulturwerte verarmt. Man sagt, daß Macht wächst – aber sie entwickelt sich nicht.

Daß die hier vorgetragene Ansicht nicht Resultat einer politikfremden Geschichtsanschauung ist, läßt sich am Beispiel einiger politikwissenschaftlicher Arbeiten zeigen, die eine machtorientierte Systematik auf das zeitgeschichtliche Feld übertragen und erprobt haben. Das gilt vor allem für Karl Dietrich Brachers umfassendes Werk über den Niedergang der Weimarer Republik⁵². Es stellt eine Art historiographischer Verifizierung der in der erwähnten Schrift „Faktoren der Machtbildung“ dargelegten Programmatik in den Mittelpunkt der Betrachtung und deutet den Niedergang der ersten deutschen Republik als stufenweisen Machtverfall. Ist es wirklich nur ein Mißverständnis, wenn Brachers Buch häufig dahin aufgefaßt wurde, daß es einem Strukturfatalismus das Wort rede und den Niedergang der Republik als zwangsläufig hinstelle? Brachers zusammenfassende Einleitung in seinem nachfolgenden Werk über „Die nationalsozialistische Machtergreifung“⁵³ betont im Unterschied dazu gerade die Offenheit der Situation, die vor der Bildung des Hitler-Kabinetts bestanden hat.

Ohne Zweifel ist der Eindruck der Zwangsläufigkeit Folge des deduktiv herangebrachten Schemas vom stufenweisen Machtverlust, das sich nicht recht mit dem historischen Stoff amalgamiert. In Brachers Darstellung, die methodisch bedeutsam ist durch den Versuch einer strukturgeschichtlichen Analyse, wirkt sich das in einer Überflutung der Gliederungsgesichtspunkte durch eine schier unübersehbare Detailfülle aus. Die angewandten theoretischen Kategorien vermögen den historischen Stoff nicht zu durchdringen und ziehen einen Rückfall in positivistisches Einzelwissen nach sich. Die für die Forschung wichtigen und neuartigen Thesen und Resultate ergeben sich eher beiläufig; gerade ihnen gegenüber tritt die abstrakte Blässe des Prinzips der Machtverlagerung, wie man wird besser sagen müssen⁵⁴, eigentümlich hervor. Der Rückgang der Macht des Reichstags oder des Präsidialkabinetts Brüning ist eben nur eine sekundäre Folge der von Bracher zutreffend geschilderten Selbstausschaltung des Parlaments oder der gesellschaftlichen Isolierung des Präsidialkabinetts. Das Prinzip von Machtverfall und Machtverschiebung verwandelt die Schilderung der Ursachen in eine abstrakte Theorie der Ursachen⁵⁵.

⁵² K. D. Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Bd. 4); Stuttgart-Düsseldorf 1957². Vgl. A. Brechts Besprechung in Zeitschrift für Politik NF 1 (1954), S. 7 f.

⁵³ K. D. Bracher / W. Sauer / G. Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34 (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Bd. 14), Köln u. Opladen 1960, S. 31 ff.

⁵⁴ Vgl. Brachers Vorstudie: Auflösung einer Demokratie, in: Faktoren der Machtbildung, a. a. O., S. 45 f.

⁵⁵ Die Polemik Bracher Besson (vgl. W. Besson: Württemberg und die deutsche Staats-

IV

Für beide Wissenschaften ist demnach festzuhalten, daß das Machtphänomen für sie nicht spezifisch ist, da es von den eigentlich politischen Phänomenen, dem *Entscheidungshandeln*⁵⁶, abstrahiert und durch einen im Prinzip wertneutralen Ansatz das Wertproblem nur verdunkelt. Das ist selbst von den Anhängern der „Machttheorie“⁵⁷ empfunden worden, und man hat sich bemüht, dieses Problem dadurch zu lösen, daß man in einer Art gleitender Begriffsbildung normative Postulate und historisch-politische Erfahrung verknüpfte, um so zu einem wertenden Ansatz im Sinne einer Orientierung an bestimmten objektiven Normen zu gewinnen. Das ist der Sinn der wiederholten Bemühungen, den Begriff des Politischen formal und inhaltlich festzulegen und grundlegende Wertbezüge mit der Bestimmung des Gegenstandes der Politischen Wissenschaft zu koppeln. Die Mehrheit der Politikwissenschaftler ist sich darin einig, daß Politik auf den Staat oder das Gemeinwesen bezogenes Handeln sei. Allen Definitionen haftet indessen etwas Willkürliches an, ob man mit Hennis unter Politik „die Realisierung der einem Gemeinwesen aufgegebenen Zwecke“ oder darunter mit C. J. Friedrich den im Begriff des „government“ angesprochenen Erfahrungskreis verstehen will, ob man sich Dolf Sternbergers These vom „Frieden als Grund und Merkmal und Norm des Politischen“ oder der Formel von der Gablentz': „Politik ist Kampf um die gerechte Ordnung“ anschließt⁵⁸. Auch Arnold Bergstraessers wertbezogener Rückgriff auf das Modell der antiken Polis⁵⁹ erscheint für die Bestimmung des Tätigkeitsfeldes der Politischen Wissenschaft und der sie konstituierenden normativen Vorstellungen als nicht zwingend. Wenn Bergstraesser darüber hinaus das Moment der „Entscheidung für ein soziales Ganzes“ als konstitutiven Faktor politikwissenschaftlicher Forschung bezeichnet, trägt er zwar dem Gedanken Rechnung, daß die Fülle sachbezogener oder juristisch determinierter Maßregeln im modernen Staatsleben nicht primär politischen Charakter besitzt, aber der Begriff des „sozialen Ganzes“, das

krise 1928–1933, Stuttgart 1959, S. 18 f.; Bracher: *Machtergreifung*, a. a. O., S. 35 f., u. W. Sauer, in: *Zschr. f. Politik* NF 8 [1961], S. 172 ff.) verfehlt das eigentliche Problem, da ein Gegensatz zwischen strukturierender und individualisierender Geschichtsschreibung bei beiden Autoren nicht vorliegt, zumal Besson, freilich zurückhaltend, den Bracherschen Begriff der Machtverlagerung benützt.

⁵⁶ Dazu vgl. Jean Meynaud: *Schwierigkeiten der wissenschaftlichen Politik*, in: *Zschr. f. Politik* NF 6 (1959), S. 99 f.

⁵⁷ Dieser Begriff bei v. d. Gablentz in Entgegensetzung zur „Gestaltungstheorie“, einer Auffassung des Politischen im Sinne bewußter Gestaltung im Hinblick auf generelle politische Normen; *Macht, Gestaltung und Recht*, in: *Faktoren der Machtbildung*, a. a. O., S. 139 f.

⁵⁸ W. Hennis: *Zum Problem der deutschen Staatsanschauung*, a. a. O., S. 2; C. J. Friedrich: *Grundsätzliches zur Geschichte der Wissenschaft von der Politik*, a. a. O., S. 355; D. Sternberger: *Begriff des Politischen*; v. d. Gablentz: *Politik und Philosophie*, a. a. O., S. 11.

⁵⁹ Die Stellung der Politik, a. a. O., S. 20: „Der antike Begriff der Polis als des in der Ungeschiedenheit von Staat und Gesellschaft sein Dasein führenden Gemeinwesens bleibt eine Denkvorstellung, die bis heute geeignet ist, die Weise des vom politischen Denken in Betracht zu nehmenden Bereichs zu umgreifen.“

für den älteren Begriff des „Staates“ oder des „öffentlichen Handelns“ steht, ist nicht präzise genug, um zu verhindern, daß sich darunter eine Beliebigkeit verdeckter Wertvorstellungen versammelt.

Es ist offenbar für die geschichtliche Situation der Gegenwart bezeichnend, daß eine wertmateriale Bestimmung des Wesens der Politik nicht mehr auf allgemeine Zustimmung rechnen kann, wobei nicht nur die Erfahrung des Totalitären, sondern auch die analytische Methode der Wissenschaften selbst zu einer Formalisierung des Politik-Begriffes geführt hat⁶⁰. Voegelins „Neue Wissenschaft von der Politik“ versucht mit fragwürdigem Erfolg der Wissenschaftsgläubigkeit unserer Epoche zu entfliehen, die auf die rationalisierten Formen moderner Wissenschaft weder im technischen noch im politischen Bereich verzichten kann⁶¹. Das Werturteilsproblem scheint uns dadurch wie durch begriffliche Bestimmungsversuche, denen notwendig ein hoher Grad unverbindlicher Allgemeinheit und damit weithin beliebiger normativer Ausfüllbarkeit anhaftet, ebenso umgangen zu sein, wie dies bei der nationalstaatlichen Historie der Fall war, welche in einer Art Zirkelschluß die Nation als obersten und unerschütterlichen Wert annahm, obwohl dieser erst durch die historische Arbeit unter jeweils individualisierender Fragestellung als solcher verifiziert werden konnte.

Im Unterschied zu den geschilderten, mehr oder minder formalen Ansätzen zu einer normativen Systematik hat Wilhelm Hennis versucht, mittels einer historischen Ableitung des Begriffs der Politik zu einer akzeptablen wertmaterialen Interpretation zu gelangen⁶². Er wandte gegen einen an „Machtwerten“ ausgerichteten Begriff der Politik nicht bloß ein, daß eine Wissenschaft, „die das Politische unter dem alles bestimmenden Aspekt der Macht und der ‚Willensbildung‘ sieht“, die Frage nach den Zwecken des politischen Handelns „nur unter Relativierung ihres Ausgangspunktes“ beantworten könne, sondern daß auch die Voraussetzungen für eine solche Begriffsbildung erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts bestünden. Eine Übertragung der erst zu diesem Zeitpunkt entstandenen Vorstellung von der Politik als technischem Machterwerb und -gebrauch auf ältere Epochen führe zu ähnlichen Sinnentstellungen, wie dies Otto Brunner für die irrige Übertragung der für den

⁶⁰ Vgl. Hennis, a. a. O., S. 16. Hier gilt in Analogie, was Alfred Heuß für das Verhältnis zum Geschichtlichen beschrieben hat. Er führt die Unterscheidung zwischen Geschichte als „Erinnerung“, also als ungebrochen werterfüllt empfunden und nacherlebter Vergangenheit, und Geschichte als „Methode“, ein und konstatiert, daß die Geschichte als „Methode“ diese Erinnerung gerade zerstört, so daß sich der paradoxe Sachverhalt ergibt, „daß Geschichte als Wissenschaft, indem sie die Erinnerung vernichtet, sich zwar in der Negation an ihre Stelle setzt, aber positiv sie weder ist noch ihre Funktion ausübt. Sie erzeugt in Wirklichkeit nur ein Vakuum und beläßt dieses zwischen sich und dem Menschen“ (Verlust der Geschichte, Göttingen 1959, S. 56). Der Weg vom älteren Polis-Begriff oder vom Dahlmanns „Politik“ zu Max Webers Nominalismus und zur Aushöhlung des Politik-Begriffs durch die neopositivistische wie die realistische Schule ist diesem Phänomen durchaus an die Seite zu stellen.

⁶¹ Eric Voegelin: Die neue Wissenschaft der Politik, München 1959.

⁶² Zum Problem der deutschen Staatsanschauung, S. 2 ff.; vgl. Hennis' Abhandlung: Amtsgedanke und Demokratiebegriff, in: Staatsverfassung und Kirchenordnung, a. a. O., S. 51 f.

Kapitalismus spezifischen Begriffe der „Rentabilität“ und „Rationalität“ auf die vorkapitalistischen Wirtschaftsstile gezeigt habe⁶³.

Hennis beabsichtigt damit nicht, das Problem der historischen Relativierbarkeit fast aller Grundbegriffe der Politischen Wissenschaft aufzuwerfen; man könnte im gleichen Sinne die Verwendung des Begriffs des Staates als Grundeinheit jeder politischen Theorie ablehnen⁶⁴. Hennis geht es vielmehr gerade darum, eine moderne politische Theorie auf traditionellem Grunde zu errichten. Er stellt ähnlich wie Bergstraesser dem modernen formalisierten Begriff der Politik die ältere Lehre von der Polis entgegen, die in der von Otto Brunner beschriebenen alteuropäischen Ökonomik ihr Pendant besitzt⁶⁵. Dieser ursprüngliche Begriff der Politik war an ethische Normen gebunden, die aufs engste mit der Vorstellung vom guten und tugendhaften Herrscher zusammenhängen und mit dem Begriff des *bonum commune* umfaßt werden können. Hennis glaubt, daß im durchschnittlichen populären Verständnis eine solche politische Vorstellungswelt sich lebendig erhalten habe. Die politische Theorie müsse hierauf aufbauen.

Es ist jedoch zweifelhaft, ob in Deutschland ein derartig ungebrochenes Verhältnis zur Politik des Gemeinwesens anzutreffen ist und ob nicht vielmehr eine Verwechslung mit dem vorliegt, was Radbruch einmal „die Lebenslüge des Obrigkeitsstaates“ genannt hat⁶⁶. Wenn es ein solches werterfülltes Vorverständnis des Politischen gibt, so bliebe es doch einigermaßen vage und wäre es im Zeichen des Gruppenpluralismus beliebig manipulierbar. Auch Hennis' eigener Definitionsversuch: Politik sei „die Art und Weise der Realisierung der aufgegebenen Zwecke eines Gemeinwesens“ ist reichlich formalistisch ausgefallen. Gleichwohl ist der Ansatz von Hennis, durch den Rückgriff auf gemeinhin als historisch überholt betrachtete Traditionen des Wertneutralismus Herr zu werden, in unserem Zusammenhang von besonderem Interesse. Der Krankengeschichte des deutschen politischen Denkens, von der Hennis ansieht, wird man weitgehend zustimmen können. Der ältere, in einer kontinuierlichen philosophischen Tradition gegründete, wertbezogene Politik-Begriff ist in der Tat in zunehmendem Maße relativiert und formalisiert worden. Schon Hermann Heller beklagte diesen Aushöhlungsprozeß, der sich am eindringlichsten in der Entpolitisierung und Formalisierung der deutschen Staatslehre bemerkbar machte. Sie wurde unzweifelhaft unter dem Einfluß des Gerber-Laband'schen Rechtspositivismus in dem Maße zum obrigkeitsstaatlichen Instrument, in dem sie es vermied, die Frage nach dem Zweck des Staates aufzuwerfen, während der Staat gleichzeitig partikularen gesellschaftlichen Interessen und irra-

⁶³ O. Brunner: Das „ganze Haus“ und die alteuropäische Ökonomik, in: *Neue Wege zur Sozialgeschichte*, a. a. O., S. 33 ff.

⁶⁴ Vgl. H. Maier: *Zur Lage der Politischen Wissenschaft*, a. a. O., S. 234 f., sowie H. Ehmke: „Staat“ und „Gesellschaft“ als verfassungstheoretisches Problem, in: *Staatsverfassung und Kirchenordnung*, a. a. O., S. 23 f.; dazu vgl. auch D. Easton: *The Political System, An Inquiry into the State of Political Science*, New York 1960, S. 90 ff.

⁶⁵ Vgl. O. Brunner: *Das Zeitalter der Ideologien*, a. a. O., S. 206 f.

⁶⁶ Zitiert nach G. Leibholz: *Strukturprobleme der modernen Demokratie*, Göttingen 1958, S. 120 f.

tionalem Machtprestige imperialistischer Prägung dienstbar gemacht wurde. Daß die Haltung der Geschichtswissenschaft nicht minder problematisch war, ist am Beispiel von Rochaus „Realpolitik“ gezeigt worden. Den Gipfelpunkt dieser doppelseitigen Aushöhlung eines wertbezogenen politischen Denkens sieht Hennis mit der Herrschaftssoziologie Max Webers erreicht⁶⁷. Die von ihm geforderte „Wertfreiheit“ führte mit Notwendigkeit zu einer ausschließlich nominalistischen Bestimmung des Wesens der Politik.

Weber leitete aber damit im Urteil von Hennis einen gefährlichen Umschwung des deutschen politischen Denkens ein. Indem seine Staatssoziologie weite Bereiche des Politischen auf die bloße Technik des Machterwerbs reduzierte, konnte sie indirekt autoritär-faschistischen Experimenten den Weg bereiten. Webers gewollt inhaltlose Bestimmung des Politischen ermöglichte – im Gegensatz gegen den entpolitisierten Rechtspositivismus – die Auffüllung des bestehenden Vakuums durch irrationalistische und vitalistische Ideengänge, wie sie von Sorel, Pareto und Carl Schmitt vertreten wurden. Hennis wirft Weber nicht zu unrecht vor, daß dieser sich die Frage nach dem „Telos der Herrschaft“ nicht ernstlich vorgelegt habe⁶⁸. Die Durchsetzung einer solchermaßen formalisierten politischen Vorstellungswelt blieb nicht ohne konkrete Rückwirkungen: gerade die Einschränkung des Politischen auf seinen technischen und funktionalistischen Gehalt, nicht die Vernachlässigung des Machtelements hat in der Weimarer Republik die Schwäche ihrer Verteidiger und die Stärke ihrer Gegner hervorrufen helfen.

Von Webers nominalistisch-funktionalistischem Verständnis des Politischen führte ein gerader Weg zu Carl Schmitts Theorie des Freund-Feind-Verhältnisses. Dieser war aufs stärkste von Weber beeinflusst; dessen Rückgriff auf Charisma und plebiszitäres Prinzip konnte von ihm zum reinen Plebiszitarismus fortgebildet werden⁶⁹. Auch die Bestrebung Max Webers, der befürchteten bürokratischen Erstarrung einer zunehmend entzauberten Welt entgegenzuwirken, legte es nahe, das Politische ausschließlich als „Dynamik“ und „Bewegung“ erscheinen zu lassen. Die Lehre Carl Schmitts, daß es keine „Substanz“ des Politischen gebe, stellt daher nach der Meinung von Hennis die geschichtlich notwendige Konsequenz des einmal vollzogenen Abfalls von dem älteren wertbezogenen Begriff der Politik dar. Er belegt ihn mit dem folgenden Passus aus Schmitts „Positionen und Begriffe“: „Alle Erörterungen und Diskussionen über das Wesen des Staates und des Politischen müssen in Verwirrung geraten, solange die weitverbreitete Vorstellung herrscht, daß es eine inhaltlich eigene politische Sphäre neben anderen Sphären gebe.“⁷⁰ Hennis zieht

⁶⁷ Hennis, a. a. O., S. 19 ff.

⁶⁸ Ebenda, S. 22. – G. Sartori (Der Begriff der „Wertfreiheit“ in der Politischen Wissenschaft, in: Politische Vierteljahrschr. 1 [1960], S. 13) gelangt zu der merkwürdigen Schlussfolgerung, daß die Wertfreiheit für die Historie, aber nicht für die Politische Wissenschaft gelte: „Max Weber tritt an die Dinge als Historiker heran, während wir (die Politologen) keine Historiker sind.“

⁶⁹ Vgl. W. J. Mommsen, a. a. O., S. 410 ff.; K. Löwith: Max Weber und seine Nachfolger, in: *Maß und Wert* 3 (1959), S. 171.

⁷⁰ *Staatsethik und pluralistischer Staat*, in: *Positionen und Begriffe*, Hamburg 1940, S. 140 f.

daraus die Konsequenz, daß, „wenn es keinen spezifischen Inhalt des Politischen und keine spezifische Aufgabe des Staates gebe“, eben alles politisch und staatlich werden könne bis zur totalen Bemächtigung aller Lebensbereiche durch die moderne Diktatur. Das war in der Tat die Ansicht Carl Schmitts.

So weit wird man Hennis' klinischer Diagnose folgen, nicht aber den Schlüssen, die er daraus ableitet. Zunächst ist mit dem Hinweis auf die bitteren Resultate der politischen Theorie Carl Schmitts dessen Prämisse nicht widerlegt, daß die Politik zum allgemeinen Schicksal geworden ist und potentiell alle Bereiche des sozialen und privaten Lebens durchdringt. Die Politisierung des gesamtgesellschaftlichen Raumes ist jedenfalls der Tendenz nach nicht zu bestreiten und ist eine unvermeidliche Folge des sozialen Nivellierungsprozesses. Es bedarf nicht einmal der Erfahrung des totalitären Regimes, um zu erkennen, daß eine generelle Trennungslinie zwischen Politischem und Nichtpolitischem im Bereich der Gesellschaft und selbst dem der Kultur nicht mehr besteht; die totalitäre Bedrohung hebt sie jedenfalls auf. Diese historische Lage mag beklagt, kann aber nicht rückgängig gemacht werden. Wenn Hennis dagegen angeht, vollzieht er eine fragwürdig gewordene Einengung des Politik-Begriffes im Sinne der liberalen Tradition, die ja vom Postulat einer nicht-politischen und nichtstaatlichen Sphäre durchdrungen ist⁷¹.

Es ist jedoch zu fragen, ob die Konsequenz, die Carl Schmitt aus dem politischen Wertrelativismus gezogen hat, die einzig mögliche ist und ob sie zulässig war. Indem er die Einheit, nicht den Inhalt des politischen Wollens und die auf „Artgleichheit“, nicht auf gemeinsamer politischer Intention beruhende „Volksgemeinschaft“ an die Stelle oberster politischer Werte setzte, vollzog er eine willkürliche und logisch unhaltbare Überhöhung rein formaler Kategorien. Es war das eine Flucht nach vorn, ein Sprung in den Irrationalismus⁷². Das Dilemma, das sich dahinter verbirgt und das sich auch in Schmitts „Verfassungslehre“ wiederfindet, besteht bis heute fort. Hennis ist umgekehrt bestrebt, dem Problem des Wertrelativismus zu entgehen, indem er an die ältere philosophische Tradition der Politik anknüpft.

⁷¹ Vgl. dazu Th. Schieder: Die Krise des bürgerlichen Liberalismus, in: Staat und Gesellschaft, a. a. O., S. 64f. Es scheint wenig konsequent, wenn Hennis (a. a. O., S. 16) zugleich die liberale Kritik an der Ausdehnung der Staatstätigkeit bedauert. – In einem Zeitalter ideologischer, die staatlichen Gestaltungen übergreifender Gegensätze kann man wohl kaum zu Bluntschlis Formulierung zurück, politisch im vollen, wahren Sinne des Wortes sei nur, „was auf der Existenz des Stats beruht und daher mit dem State verträglich ist, nur was der allgemeinen Wohlfahrt dient“ (Die Politik, 1876, S. 505). Diesen Standpunkt vertritt noch Scheuner, a. a. O., S. 253ff. Auch die wiederholten Bestrebungen (vgl. Maier, a. a. O., S. 237f.), Politik an einem wie immer genannten Übergreif über Staat und Gesellschaft, bei Bergstraesser dem „Gemeinwesen“, zu orientieren, ergeben keine praktikable Abgrenzung und kehren faktisch zu der gegebenen staatlichen Ordnung zurück.

⁷² Vgl. J. Fijalkowski: Die Wendung zum Führerstaat. Ideologische Komponenten in der politischen Philosophie Carl Schmitts (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Bd. 12), Köln u. Opladen 1958, S. 169f.; K. Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, in dieser Zeitschrift Bd. 5 (1957), S. 42ff.; ferner L. Strauß: Der Begriff des Politischen, Anmerkungen zu Carl Schmitt, in: Archiv f. Sozialwiss. u. Sozialpol. 67 (1932).

Aber ist deren Aushöhlung infolge der Historisierung und Relativierung vorher gültiger Normensysteme im 19. Jahrhundert ein reversibler Prozeß? Kann der Begriff des *bonum commune*, der in einer relativ stationären ständischen Gesellschaft Verbindlichkeit beanspruchen konnte, auf die moderne pluralistische Gesellschaft, die durch den radikalen Individualismus des 19. Jahrhunderts hindurchgegangen ist, übertragen werden?

In der Tat läßt sich die Konstellation nicht wieder zurückrufen, die vor dem Durchbruch des Historismus zwischen Politik und Historie bestanden hat. Auch die historische Herleitung eines wertmaterialen Ansatzes zu einer Theorie der modernen Demokratie, wie sie Hennis unternimmt, ändert nichts an seiner prinzipiellen historischen Relativierbarkeit. Hennis nimmt insofern nur eine formale Gegenposition zu Carl Schmitt ein. Der Bereich des politischen Interesses und Engagements, der Bereich also des Politischen, erscheint willkürlich eingengt. Denn das Hineingestelltsein des einzelnen in den politischen Raum ist eine existentielle Tatsache und nicht nur partiell gegeben. Daher kommt es, daß diese und andere wertmateriale Bestimmungen des Wesens der Politik, sofern sie nicht bewußt partikuläre Geltung beanspruchen, entweder systematisch nicht genügen oder einen so hohen Grad an Abstraktion aufweisen, daß sie durch die konkrete politische Erfahrung nicht verifiziert werden können. Die wiederholten Bemühungen, Politik vom Gesichtspunkt der Menschenwürde, der persönlichen Freiheit, der Wohlfahrt der Gesellschaft oder des Staates zu definieren, um damit der Politischen Wissenschaft zu einem gültigen Wertmaßstab zu verhelfen, pflegen die geschichtliche Erfahrung unzulässig zu harmonisieren und sind eher Gegenpol als Überwindung der Carl Schmitt'schen Thesen.

V

Den Bemühungen, den Ort der Politischen Wissenschaft systematisch zu bestimmen, liegt eine ähnliche Aporie zugrunde wie den Bestrebungen, die Universalität der geschichtlichen Prozesse von einem integrierenden Gesichtspunkt her zu deuten. Die universalgeschichtlichen Entwürfe Lamprechts, Spenglers und Toynbees können den Mangel nicht verbergen, daß sie durch die Anwendung deduktiver Schemata das Element der geschichtlichen Entscheidung eliminieren und zu einer mehr oder minder deterministischen Geschichtskonstruktion führen, die den Blick für die individuellen historischen Phänomene verstellt. Die Gesamtgeschichte kann von keinem Punkte aus systematisch umgriffen werden, ohne daß sie an Geschichtlichkeit einbüßt. Das gilt analog für die Politische Wissenschaft. Ein System der Politik, das sich an vorgegebenen Kategorien orientiert – ob diese, wie etwa das Machtphänomen, wertneutral aufgefaßt oder von bestimmenden objektiven Normen abgeleitet sind –, vermag das politische Entscheidungshandeln nicht situationgerecht zu beurteilen. In beiden Fällen ist die Relevanz der möglichen Aussagen gering. Sie erweisen sich entweder als zu allgemein oder als willkürlich, da sie auf von außen herangetragenem politischen Ordnungsbildern beruhen.

In der Frage der *Werturteile* befinden sich Historie und Politische Wissenschaft prinzipiell in der gleichen Situation. Beide sind sie zu ständigen Werturteilen gezwungen und können dieser Notwendigkeit nicht dadurch ausweichen, daß sie sich auf die Zusammenstellung positivistischen Einzelwissens beschränken oder ihrer Arbeit ein generelle Gültigkeit forderndes System von Wertannahmen zugrunde legen. Sie sind jeweils an bestimmte, von wechselnden Werten geprägte Perspektiven gebunden, wobei diese Werte in der gegebenen Gesellschaftsordnung als relativ verbindlich gelten können, aber nicht gelten müssen. Für beide besitzt die Aspekthafte alle Erkennens fundamentale Bedeutung. Sie ist nicht nur im Sinne der Auswahl der untersuchungswürdigen Gegenstände im vorwissenschaftlichen Raum unumgänglich, sondern sie ist die Grundbedingung eines die Komplexität und Pluralität der historisch-politischen Vorgänge sinnvoll strukturierenden Erkennens, das nicht im empirisch-deskriptiven Bereich stehen bleiben kann, in dem es als aufgehäuftes und beziehungsloses Einzelwissen zu einer Aussage bezüglich seiner Relevanz unfähig bleibt⁷³. Denn eine wertgebundene Perspektivik ist die Voraussetzung *relevanter*, d. h. für unsere konkrete Daseinorientierung wesentlicher Aussagen.

Ein derartiger „*parteiübergreifender Relativismus*“ (Arnold Brecht)⁷⁴ gewinnt aus der Standortbezogenheit erst die Möglichkeit, die Konsequenzen alternativer Wertannahmen darzustellen und damit auf die relative Richtigkeit der eigenen Resultate zu reflektieren. Er muß aber bewußt verstanden werden als *Teil* des möglichen Fragens, kann sich also nicht identifizieren mit der Gesamtheit der im Rahmen politischer oder historischer Forschung gelegenen Betrachtungsweisen. Wenn etwa die Schule Arnold Bergstraessers Politik vorzugsweise als *praktische* Wissenschaft auffassen will, die der Politik durch Vordenken zu dienen habe⁷⁵, so kann dies zumindestens nicht für die Gesamtheit politischer Forschung gelten. Die Setzung bestimmter Werte, in diesem Falle des Polis-Begriffs, ist wissenschaftlich nur insoweit fruchtbar, als von ihr eine tatsächliche Erhellung der gegenwärtigen politischen Problematik ausgeht, und ist nur im Rahmen einer heuristischen Betrachtung zulässig. Wie die Geschichtswissenschaft vermag die Politische Wissenschaft den Anspruch relativer Objektivität ihrer Erkenntnisse nur dadurch zu erfüllen, daß sie

⁷³ Wenn R. Dahrendorf das Problem der wertbedingten Selektion als Scheinproblem hinstellt, da es gleichgültig sei, von welchem Wertstandpunkt aus Hypothesen aufgestellt werden, indem dieser über ihre Gültigkeit nichts aussage, übersieht er, daß es – jedenfalls im Bereich der historischen und politischen Wissenschaften – eine derartige Hypothese unabhängig von dem Werthorizont, innerhalb dessen sie allein sinnvoll sein kann, nicht gibt, wenn ihr nicht eine nichtssagende Allgemeinheit anhaftet. Der selektive Standpunkt drückt sich nicht bloß in der Themenwahl, sondern auch in der Zuordnung der Fakten und der Bewertung ihrer Relevanzgrade dauernd aus, weshalb es häufig zu an sich einleuchtenden und jeweils quellenmäßig fundierten, aber doch einander entgegenstehenden Resultaten kommt. Es scheint zweifelhaft, ob selbst innerhalb der Sozialwissenschaften eine Begrifflichkeit denkbar ist, die unabhängig von wechselnden Wertvorstellungen angewandt werden kann (vgl. *Gesellschaft und Freiheit*, Hamburg 1961, S. 54 ff.).

⁷⁴ *Politische Theorie*, a. a. O., S. 158 ff.

⁷⁵ Vgl. D. Oberndörfer: *Politik als praktische Wissenschaft*, in: *Wissenschaftliche Politik*, a. a. O., S. 49 ff.

bereit ist, ihre jeweiligen Urteilkategorien ständig am konkreten Forschungsgegenstand auf ihre Richtigkeit und Vertretbarkeit zu prüfen und zu modifizieren, d. h. sie einem fortwährenden Prozeß der Verifizierung zu unterwerfen. Andernfalls läuft sie Gefahr, den bestehenden politisch-sozialen Ordnungssystemen dienstbar zu werden. Insofern kann die Begriffsbildung der Politischen Wissenschaft die historische Methode als einer Form induktiven Aufstiegens, das von einer heuristisch verstandenen Identität von Subjekt und Objekt ausgeht, nicht entbehren.

Beide Wissenschaften sind keine systematischen Wissenschaften, sondern empfangen ihre Forschungsimpulse aus der gegenwartspolitischen Aktualität. Obwohl sie beide arbeitshypothetisch von der Annahme historischer oder politischer Gesetzmäßigkeiten ausgehen können, sind sie keine Gesetzeswissenschaften, d. h., es geht ihnen nicht primär darum, allgemeine Verlaufsformen politischer Konflikte und sozialer Gegensätze zu ermitteln, sondern die jeweils konkreten Konstellationen und die darin vollzogenen politischen Alternativen zu ergründen. Sie können nicht zu einem systematischen Gebäude von Theorien und Arbeitshypothesen vordringen, weil sich ihre Fragestellungen mit dem Wandel der politisch-sozialen Gesamtsituation verändern und weil diese an wechselnde Wertannahmen geknüpft sind. Es ist zwar einzuräumen, daß die Politische Wissenschaft als Lehre von den politischen Techniken sich einer reinen Gesetzeswissenschaft annähert, doch ist dies nicht das Zentrum ihrer Bemühungen.

Die Politische Wissenschaft befindet sich der „Politik“ gegenüber in einer prinzipiell gleichartigen Lage wie die Geschichtswissenschaft gegenüber der „Geschichte“. Beide haben es mit einem Stoff zu tun, dem eine innere Systematik nicht zugrunde liegt und der übergreifend die verschiedensten Wissensgebiete umfaßt. Beide sind, um einen Begriff von Ernst Fraenkel aufzunehmen⁷⁶, „Integrationswissenschaften“, die einerseits den in der Unübersehbarkeit überlieferter Details verschwindenden Prozeß der Herausbildung unserer Gegenwart, andererseits den nicht minder komplexen politischen Strukturwandel der Gegenwart durch wertende Analyse sichtbar machen. Beide Wissenschaften stehen vor der Schwierigkeit des Synopsisproblems, weil sie einem prinzipiell nicht begrenzten Spielraum von Sach- und Wirkungszusammenhängen zugewandt sind. In der Sicht einer solchen Verhältnissetzung stehen Politische Wissenschaft und Geschichtswissenschaft gleichsam Rücken an Rücken, jeweils der Totalität des historisch-politischen Geschehens geöffnet.

Arnold Bergstraesser hat den zwischen beiden Disziplinen liegenden Grenzsaum dahin beschrieben, daß die Rechtfertigung der Politischen Wissenschaft in ihrer Konzentration auf die *res gerendae* bestünde, während die Historie mit den *res gestae* zu tun habe⁷⁷. Man kann hinzufügen, daß beide Wissenschaften um die Aufhellung des Gegenwartsbewußtseins bemüht sind – die eine mit universalem Blickpunkt und bezogen auf den allgemeinen geistigen und materiellen Grund einer Kultur, die andere mit dem Ziel, die Kritik des politischen Handelns und der ihm zugrunde liegenden Motive mit dem Ausweis möglicher Reformen und deren tech-

⁷⁶ E. Fraenkel: *Das amerikanische Regierungssystem*, Köln und Opladen 1960, S. 14.

⁷⁷ *Die Stellung der Politik*, a. a. O., S. 26.

nischer Durchführbarkeit zu verbinden. Die grundsätzlichen Gemeinsamkeiten beider Wissenschaften, die sich hinsichtlich des Werturteilsproblems, der Aspekthaftigkeit allen Erkennens und der Orientierung auf das politische Entscheidend handeln ergeben haben, finden an dieser unterschiedlichen Blickrichtung der Forschung ihre Begrenzung.

VI

Während die Aussagen der Historie zur Darstellung relativ langfristiger und universaler Entwicklungen tendieren, ist die Politische Forschung auf kurzfristige Konstellationsanalyse gerichtet. Sie untersucht, was im konkreten Falle politisch zu tun richtig und möglich ist. Um zu begründeten Urteilen zu kommen, kann sie bestimmte Wirkungsfaktoren nicht isolieren, sondern muß eine möglichst große Zahl beeinflussender Faktoren bestimmen. Ihre horizontal angelegte Analyse setzt eine breite empirische Forschung voraus. Der Erkenntniswert der quantifizierenden Methoden der empirischen Sozialforschung wird verschieden beurteilt; doch sind die Verfahren des *sampling*, des Interviews und der Meinungsforschung bei richtiger Fragestellung geeignet, kurzfristige Aussagen über das politische Verhalten zu ermöglichen. Sie bedürfen allerdings einer gewissen Korrektur durch die Ergebnisse langfristig eingestellter historischer Analysen. Zugleich hat die Politische Wissenschaft in hohem Maße mit der Feststellung und Beschreibung der politischen Techniken, ihrer institutionellen, juristischen, ökonomischen Voraussetzungen zu tun, und sie nähert sich hierin den Sozialwissenschaften. Ihre Fragestellungen sind zugleich an der zeitgeschichtlichen Analyse orientiert. Die sich immer mehr durchsetzende Methode der Fallstudien (*case studies*), die mittels induktiver historischer Analyse exemplarische Zusammenhänge beschreiben, unterscheiden sich von der historischen Einzelforschung nur durch die Tendenz zu punktueller Generalisierung.

Gleichwohl liegt der Zielpunkt Politischer Forschung nur bedingt auf der querschnittshaften Strukturanalyse der politischen Tendenzen der Gegenwart. Sie tendiert notwendig zur Prognose. Um Burckhardts berühmtes Wort abzuwandeln, kommt es ihr nicht sowohl darauf an, weise für immer als vielmehr klug für ein andermal zu sein, d. h. Voraussagen über die Realisierungschancen konstatierbarer politischer Tendenzen zu machen und die Mittel und Methoden für ihre Durchsetzung anzugeben. Durch das Bemühen um kritische Prognose, die nur kurzfristig sein kann und vor allem auf technische Beratung hinausläuft, unterscheidet sich die Politische Wissenschaft auf das strengste von der Historie. Sie ist zwar gerade deshalb darauf gerichtet, „das Prozeßartige aller gesellschaftlichen Phänomene“, dessen Darstellung Heller als spezifisch historische Aufgabe ansah⁷⁸, zum Gegenstand ihrer Analyse zu erheben. Aber die historische Erfahrung tritt bei einer

⁷⁸ Staatslehre, S. 48 f.; die zum Zeitpunkt der Abfassung der Staatslehre berechnete Ansicht, die Historie sei nicht imstande, neben dem Prozeßhaften geschichtlicher Erkenntnis zu einer strukturierenden Betrachtung zu gelangen, findet sich etwa noch bei G. Schwarzenberger, a. a. O., S. 4. Dazu vgl. Th. Schieder: Der Typus in der Geschichtswissenschaft, in: Staat und Gesellschaft, a. a. O., S. 173 f.

solchen Betrachtungsweise, wie Bergstraesser glücklich formuliert hat, gleichsam in einen anderen „Aggregatzustand“⁷⁹. Während die idiographische Methode der Historie bestrebt ist, in der ex post als zwangsläufig und determiniert erscheinenden Geschehnisabfolge das Element individueller Entscheidung und Verantwortung aufzusuchen, geht es hier darum, die individuellen Besonderheiten zu eliminieren und die generell wirksamen Tendenzen herauszuarbeiten.

Auch unter diesem Gesichtspunkt kommt der vergleichenden Methode eine weit größere Bedeutung zu, als es in der Geschichtswissenschaft der Fall ist. Neben die generalisierende und typologisierende Verfahrensweise tritt zudem in steigendem Maße die Verwendung geschichtssoziologischer Modelle. Der Tendenz, die empirisch-sozialwissenschaftlich gewonnenen Ergebnisse theoretisch zu formulieren, entspricht das Bestreben, im Rückgriff auf die ältere politische Theorie zu ordnungspolitischen Modellen zu gelangen⁸⁰, wobei freilich nicht immer klar wird, daß ihnen nur heuristische Bedeutung zukommt. Die stärkere theoretische Ausrichtung der Politischen Wissenschaft, ihre komparative Methode und ihre daher von den konkreten historischen Besonderheiten abstrahierende Begrifflichkeit unterscheidet sie jedoch nicht durchweg von der Geschichtswissenschaft. Gerade auf zeitgeschichtlichem Gebiet ergeben sich zahlreiche Berührungspunkte. Denn die zeitgeschichtliche Forschung kann die Fülle der sie interessierenden Probleme nicht ohne die Zuhilfenahme typologisierender und generalisierender Methoden adäquat verarbeiten. Die komplexen Phänomene der industriellen Massengesellschaft und des totalitären Staates fordern eine strukturierende Geschichtsschreibung, wie sie die moderne Sozialgeschichte entwickelt hat. Eine Reihe von politikwissenschaftlichen Modellen ist für die spezifische Fragestellung der Zeitgeschichte äußerst fruchtbar geworden. Beispielsweise ist der Begriff des „Parteienstaates“ für die Analyse der inneren Entwicklung der Weimarer Republik unentbehrlich⁸¹, ist Ernst Fraenkel's speziell um die Aufhellung totalitärer Herrschaftsstruktur bemühte Modell des „Dual State“ für die Erforschung des nationalsozialistischen Regierungssystems grundlegend gewesen⁸².

Die thematische und methodische Überschneidung von Innerer und Internationaler Politik einerseits und zeitgeschichtlicher Forschung andererseits legte es nahe, Zeitgeschichte im Rahmen der Politischen Wissenschaft zu betreiben, zumal sich die Politische Forschung in Deutschland in hohem Maße zeitgeschichtlichen Problemen zugewandt hat⁸³. Dieser Standpunkt ist neuerdings von Hans Buchheim,

⁷⁹ Die Stellung der Politik, a. a. O., S. 27.

⁸⁰ Vgl. H. Maier: Zur Lage der Politischen Wissenschaft, a. a. O., S. 241 f.; Manfred Hättich: Das Ordnungsproblem als Zentralthema der Innenpolitik, in: Wissenschaftliche Politik, a. a. O., S. 224 ff.

⁸¹ Grundlegend W. Conze: Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929–30, Hist. Zschr. 178 (1954); gegen eine Überbewertung des Modells Hennis: Amtsgedanke und Demokratiebegriff, a. a. O., S. 66 f.

⁸² The Dual State. A Contribution to the Theory of Dictatorship, New York-London-Toronto 1942.

⁸³ Vgl. Hans Maier: Zur Lage der Politischen Wissenschaft, a. a. O., S. 243; Politische Forschung, a. a. O., S. 168 f.

einem der profiliertesten Vertreter des zeitgeschichtlichen Faches in Deutschland, mit dem Argument vertreten worden, daß die gegenwärtige Verbindung der Zeitgeschichte mit der allgemeinen Historie nur der Anomalie des besonders günstigen Quellenzugangs (wegen der Öffnung der deutschen Akten) zuzuschreiben sei. Streng genommen gehöre die Zeitgeschichte der Politischen Wissenschaft an⁸⁴. Der zeitgeschichtlichen Forschung würde jedoch damit wenig gedient sein. Ihre Herauslösung aus dem Gesamtzusammenhang geschichtlicher Forschung würde sie im wesentlichen auf propädeutische Funktionen beschränken. Die Folge wäre vermutlich ein Verlust an historischer Substanz und eine Tendenz zu wenig produktiver Aktualisierung, wie sie in den letzten Jahren gelegentlich zu beobachten war.

So instruktiv eine Forschungsrichtung auch sein mag, die bestrebt ist, am Beispiel des nationalsozialistischen Regimes ein Modell der modernen Diktatur zu entwickeln und die typischen Verhaltensweisen totalitärer Herrschaft zu bestimmen⁸⁵, so wenig kann dies Hauptaufgabe der zeitgeschichtlichen Forschung sein. Eine solche Betrachtungsweise führt überdies im Falle des Nationalsozialismus zur Vernachlässigung der Phänomene, die gegen eine totalitäre Zementierung des staatlichen Machtapparates sprechen und auf einen Zerfall der Staatlichkeit in eine orientalischen Satrapien vergleichbare Willkürherrschaft hindeuten⁸⁶.

Am Beispiel der Zeitgeschichte läßt sich der Unterschied zeigen, der zwischen historischer und politisch-theoretischer Analyse besteht. Die zeitgeschichtliche Forschung legt den Nachdruck eben nicht auf die Isolierung ihres Gegenstandes zum Zwecke prototypischer Deutung, sondern bemüht sich um seine Interpretation innerhalb des geistigen Gesamtzusammenhangs, als der sich die Vergangenheit dem Historiker darstellt, und sie ist daher ein legitimer und ein unentbehrlicher Zweig der allgemeinen Geschichtsforschung. Das zentrale Problem von Kontinuität und Diskontinuität lenkt ihre Schritte und bewahrt sie vor einem Strukturfatalismus, der sich bei einer von vornherein auf theoretisch ergiebige Resultate abgestellten Analyse einzuschmuggeln pflegt. Sie fragt daher nicht nach der Zwangsläufigkeit des historischen Prozesses, sondern konzentriert sich darauf, die vollzogenen und verpaßten Entscheidungen herauszuarbeiten. Das gibt ihr die Spannweite, um über

⁸⁴ H. Buchheim: Die nationalsozialistische Zeit im Geschichtsbewußtsein der Gegenwart, in: Gibt es ein deutsches Geschichtsbild (Studien und Berichte der Katholischen Akademie in Bayern H. 14), Würzburg 1961, S. 63: „Zeitgeschichte muß, wenn sie weiter sinnvoll betrieben werden soll, allmählich aus der historischen Disziplin in die Disziplin der politischen Wissenschaft rücken; sie muß die nationalsozialistische Zeit immer mehr verstehen als ein Paradigma der typischen Gefahren des 20. Jahrhunderts überhaupt, als ein Beispiel totalitärer Herrschaft.“ Vgl. dazu die Bemerkungen D. Oberndörfers in Wissenschaftliche Politik, a. a. O., S. 42 ff.

⁸⁵ Dies ist erklärtermaßen bei der Team-Arbeit von Bracher/Sauer/Schulz der Fall, wo auch wieder die Integration des umfassenden Stoffes nicht vollgelungen erscheint und seine Darlegung mit der deduktiven Systematik der Gliederung nicht ganz übereinstimmt; vgl. meine Besprechung in Deutsche Rundschau 87 (1961), S. 959 f. Gleichwohl kommt dem Buch unter methodogischer Hinsicht große Bedeutung zu, weil es einen in Deutschland neuartigen Versuch der Kombination von Strukturanalyse und Ablaufschilderung darstellt.

⁸⁶ Vgl. H. R. Trevor-Roper: The Last Days of Hitler, London 1958³, S. 2 f.

eine apologetische oder einseitig moralisierende Sicht hinaus zu einer historischen Bewältigung der ihr speziell aufgegebenen Problematik zu gelangen, die sich in tagespolitischen Analogien nicht erschöpft. Gerade indem die Zeitgeschichte ihre Bindung an die historische Methode ernst nimmt, vermag sie produktiv zu einer „Theorie unseres Zeitalters“⁸⁷ beizutragen.

Die Geschichtswissenschaft ist im Unterschied zu einer politisch-theoretischen Auswertung zeitgeschichtlicher Daten primär auf die individuellen Verläufe bezogen, die gerade dadurch, daß sie sich von der Gesamtheit bloßer Tendenzen anschaulich abheben, exemplarische Bedeutung besitzen. Die Überlieferung wird dabei gleichsam vom Gesichtspunkt der Freiheit her betrachtet, sie wird abgetastet auf diejenigen Konflikts- und Spannungssituationen, deren Auflösung das bewußte Handeln menschlicher Akteure erfordert. Die Geschichtswissenschaft bedient sich zwar in zunehmendem Maß der von den Sozialwissenschaften entwickelten quantitativen und soziologisierenden Verfahren, hält aber grundsätzlich am Begriff der *Entwicklung* fest, der ihre Besonderheit ausmacht und der der Synthese von Individuellem und Allgemeinem, von Freiheit und Notwendigkeit zugrunde liegt, die ständig neu zu vollziehen ihre eigentliche Aufgabe ist. Die Historie ist insofern Spiegelung der Gesamtheit der materiellen und geistigen Lebensäußerungen einer Kultur, auch wenn sie die Welt der politischen Gestaltungen in den Mittelpunkt rückt.

Die Politische Wissenschaft tendiert demgegenüber zu einer isolierenden Betrachtung der politischen Prozesse. Ihrer nahsichtigen Optik entgehen leicht die allgemeineren Antriebe politischen Handelns, die erst historische Perspektive erschließen kann. Daher erweist sich die historische Erfahrung für sie als unentbehrliches Korrektiv, wie umgekehrt die Historie sich von der Tendenz zu antiquarischer Erstarrung nur freihalten kann, wenn sie die Anregungen der Politischen Wissenschaft aufnimmt. Daraus erhellt die Bedeutung, die der historischen Sehweise im Rahmen der politisch-zeitgeschichtlichen Bildung zukommt⁸⁸. Ihr Einfluß wirkt der in den politischen Fachwissenschaften fast automatisch gegebenen Tendenz entgegen, den Bereich verantwortlicher menschlicher Entscheidung gegenüber der Schilderung und Analyse des politischen Betriebs aus den Augen zu verlieren. Ebenso wie die Historie Gefahr läuft, durch deskriptive Erklärung des Gewordenen das

⁸⁷ Vgl. H. Rothfels: Sinn und Aufgabe der Zeitgeschichte, in: *Zeitgeschichtliche Betrachtungen*, a. a. O., S. 12.

⁸⁸ Daraus erhellt die grundsätzliche Problematik der von der Kultusministerkonferenz in der Saarbrückener Rahmenvereinbarung vom September 1960 vorgesehenen Vereinigung der Fächer Geschichte, Erdkunde und Sozial- bzw. Gemeinschaftskunde, die nur auf Kosten der traditionellen Fächer erfolgen kann und die die Gefahr mit sich bringt, daß die ohnehin schon in der zeitgeschichtlichen Publizistik verbreiteten Bestrebungen, jüngste Geschichte unter dem Gesichtspunkt moralischer Abschreckung oder als Anschauungsmaterial für eine politische Institutionenlehre zu betreiben, die Reste eines geschichtlichen Kontinuitätsbewußtseins endgültig abbauen. Zu dieser Problematik vgl. insbesondere F. Messerschmitt: Gedanken zum Fach „Gemeinschaftskunde“ in den Primien der Höheren Schulen, in: *Gesch. in Wiss. u. Unterr.* 12 (1961), S. 479 ff.

Phänomen der Freiheit in der Geschichte zu verdunkeln und Geschichte als „Erlebnis“ durch Geschichte als „Wissenschaft“ zu ersetzen⁸⁹, ist die Politische Wissenschaft geeignet, die Politik gewissermaßen zu „entpolitisieren“, d. h. sie als Feld von Sach- und Funktionszusammenhängen und Interessenkonflikten zu beschreiben und die spontanen und individuellen Züge im Prozeß der politischen Willensbildung und im politischen Verhalten zu verdecken.

Das ist um so stärker der Fall, je mehr sich die Politische Wissenschaft als pragmatische Disziplin begreift. Sie wird sich bewußt sein müssen, daß sie, indem sie bestrebt ist, politische Fachleute, also Techniker des politischen Geschäfts, auszubilden, auch einer Sterilisierung des politischen Betriebs Vorschub leistet. Die Tendenz, politische Fachleute mit politischen Entscheidungen zu betrauen, ist ja häufig keine Garantie dafür, daß sie nicht zugunsten der Ressorts gefällt werden. Gerade indem die Politische Wissenschaft durch ihre Erkenntnisse die Möglichkeiten, die politische Willensbildung zu manipulieren, vermehrt und indem sie in der Form technischer Beratung die bestehenden Machtgruppierungen konserviert, schränkt sie den Spielraum, innerhalb dessen politische Entscheidungen möglich sind, ein und befördert sie unfreiwillig eine fragwürdige „Versachlichung“ der Politik. Die von der neoidealistischen Schule Arnold Bergstraessers vertretene Auffassung, daß die Politische Wissenschaft von einem normativen Verständnis des Wesens der Politik her dem Gemeinwesen *aktiv* zu dienen habe, muß daher starkem Zweifel begegnen⁹⁰. Die Politik als Wissenschaft wird den Nachdruck ihrer Forschung weniger auf die pragmatische Anwendbarkeit ihrer Ergebnisse – selbst innerhalb eines auf die Garantierung eines „guten tugendhaften Lebens“ gerichteten Staatswesens – als vielmehr auf die allgemeine Erörterung der Funktion und Struktur der politisch-sozialen Gebilde legen, die unser modernes Leben bestimmen. In diesem Sinne kann man sie wie die Geschichtswissenschaft als Wissenschaft von der Freiheit⁹¹ bezeichnen. Denn Freiheit besteht heute nicht zuletzt darin, daß einerseits dem Menschen seine eigene Vergangenheit nicht als blindes Fatum gegenüber-

⁸⁹ Vgl. oben Anm. 60.

⁹⁰ Die Konzeption Oberndörfers, wonach den Politikologen gewissermaßen die Rolle der Hüter des Gemeinwohls zuwächst, erscheint widersprüchlich und mit unhaltbaren Schlußfolgerungen gespickt. Einerseits wird gefordert, daß die Politische Wissenschaft die kritische Frage nach den Normen des politischen Handelns zu stellen habe, andererseits der Begriff des *bonum commune* und des Dienstes am Gemeinwesen schlechtweg mit der bestehenden Ordnung gleichgesetzt, und kommt es daher zu Urteilen wie dem folgenden: „Die Existenzberechtigung einer praktischen Politikwissenschaft, die nicht einfach wissen will, um zu wissen, sondern mit ihren Forschungen (in) bewußter Leistung dem Gemeinwohl dienen will, kann daran gemessen werden, inwiefern sie mit ihren Arbeiten tatsächlich zum Wohl des Ganzen beizutragen vermag.“ Ist denn das Wohl des Ganzen eine empirisch festlegbare Größe, die zum Maßstab des pragmatischen Erfolgs einer Wissenschaft genommen werden kann? Warum kann sie ohne das Ethos des Dienstes am Gemeinwesen (S. 57) keine (finanzielle) Förderung von diesem verlangen? (D. Oberndörfer: Politik als praktische Wissenschaft, a. a. O., S. 49 ff.).

⁹¹ Vgl. A. R. L. Gurland: Politische Wirklichkeit und Politische Wissenschaft, in: Faktoren der Machtbildung, a. a. O., S. 33 ff.

tritt, daß er sie vielmehr als Element menschlicher Entscheidung in sein Daseinsverständnis einbezieht, und daß der Mensch andererseits den Mechanismen sozialtechnischer und politischer Zwänge in seiner Gegenwart nicht passiv unterworfen ist, sondern ihre bewußte Beherrschung und Gestaltung anstrebt. Politische Wissenschaft und Geschichtswissenschaft haben daher grundsätzlich gesehen gemeinsame Aufgaben, die sie in arbeitsteiliger Differenzierung zu lösen bestrebt sind. Sie werden diesen Aufgaben nicht gerecht werden, wenn sie sich von einander abkapseln und sich gegen wechselseitige Befruchtung verschließen, die ihrerseits indessen voraussetzt, daß sie um die Bewahrung und Hervorhebung ihrer methodischen Eigenständigkeit bemüht bleiben.

ERNST NOLTE

ZUR PHÄNOMENOLOGIE DES FASCHISMUS

Den Begriff der Phänomenologie zunächst nicht eigens zu erörtern, dürfte erlaubt sein; in der Formulierung des Themas sind jedoch einige Voraussetzungen enthalten, die bereits zu Anfang ans Licht gestellt werden müssen¹.

Die erste liegt offenbar darin, daß es legitim und sinnvoll ist, in einem allgemeinen, nicht auf das italienische Beispiel eingeschränkten Sinne von „Faschismus“ zu sprechen. Das ist alles andere als unumstritten. Nimmt man alle politischen Sekten, Parteien, Bewegungen und Herrschaftssysteme, die jemals als faschistisch bezeichnet worden sind, zusammen, so ergibt sich ein Bild von verwirrender Vielfalt. Wenn auch der erste Weltkrieg eine unübersehbare Scheidemarke darstellt und als Zentrum unseres Gegenstandes leicht Europa auszumachen ist, so scheint doch innerhalb dieses Bereichs jede nähere Bestimmung zu versagen. Es hat Faschismus nicht nur bei den Besiegten gegeben, sondern ebenso bei Siegern. Er hat in Industriestaaten sich durchgesetzt und bei Bauernvölkern. Unter seinen Führern und Anhängern waren Aristokraten, Intellektuelle, Groß- und Kleinbürger, aber auch nicht wenige echtbürtige Proletarier. Entgegengesetzte Philosophien sind zu seiner Begründung herangezogen worden, mit den verschiedenartigsten Mächten hat er Bündnisse geschlossen. Corneliu Zelea Codreanu gab seiner Eisernen Garde Sprüche aus dem Alten Testament auf den Weg und rühmte sein Volk, weil es „die Sünde der Bedrückung und Versklavung anderer Völker“ nie kennengelernt habe²; für Hitler stellte das Alte Testament die älteste Erscheinungsform der jüdischen Weltvergiftung dar, und die Unterwerfung fremder Völker war ihm Herrenrecht und Herrenpflicht des Stärkeren. Das Bild der führenden Männer weist nicht nur individuelle Unterschiede, sondern tiefe Gegensätzlichkeiten des Typus auf: neben dem „amato capo e maestro“ und Massenbezauberer Mussolini steht ein so strenger und beherrscher, zutiefst unvolkstümlicher Mann wie Salazar; neben dem fanatischen Sektierer Szalasi ein nüchterner Rechner wie Francisco Franco.

Und nicht einmal die zeitliche Scheidemarke ist stichhaltig: Auch vor dem ersten Weltkrieg gab es Gruppen, denen die verschiedenen Faschismen sich nach Ideologie und personeller Kontinuität verbunden wissen durften. Eine geistige Tradition, auf die man sich nicht zu Unrecht berufen konnte, reicht bis tief ins 19. Jahrhundert hinab. Andererseits ist der Faschismus mit dem zweiten Weltkrieg keineswegs verschwunden. Schließlich ist sogar die lokale Beschränkung auf Europa nicht unumstritten. Auch an den Rändern Asiens und in Südamerika hat es Regimeformen gegeben, die mindestens von ihren Gegnern als faschistisch bezeichnet wurden.

¹ An Vorarbeiten sind vom Verf. bisher vorgelegt worden: 1. Marx und Nietzsche im Sozialismus des jungen Mussolini, HZ. 191,2 (1960), S. 249–335. 2. Die Action française 1899–1944, in dieser Zeitschrift 9 (1961), S. 124–165. 3. Eine frühe Quelle zu Hitlers Antisemitismus, HZ 192, 3, S. 584–606.

² Codreanu, Eiserne Garde, Berlin 1939, S. 271, 277.

In Anbetracht dieser Sachlage ist nicht selten der Vorschlag gemacht worden, einem so diffusen Phänomen gegenüber auf den Versuch einheitlicher Begriffsbildung überhaupt zu verzichten und den Terminus „faschistisch“ streng auf den Namensgeber, das Italien Mussolinis, zu beschränken³.

Es besteht jedoch ein offenes Bedürfnis nach einem einheitlichen Begriff für diejenigen Systeme (und die entsprechenden politischen Tendenzen), die ebenso sehr vom demokratisch-parlamentarischen wie vom kommunistischen Typus sich unterscheiden und doch nicht bloße Militärdiktaturen sind. Diese Unterscheidung ist ja der Lebensvollzug der Faschismen selbst: Lehnen nicht alle prinzipiell das parlamentarische Regime ab, so toleriert doch keiner dessen normales Funktionieren; sind nicht alle in der gleichen Weise antikommunistisch, so hat sich doch keiner mit dem freien Fortbestand einer kommunistischen Partei vertragen. Und wenn die Armee stets ihr Verbündeter, ja manchmal ihre Existenzvoraussetzung war, so haben die Faschismen doch durchweg ein von der bewaffneten Macht unterschiedenes Erscheinungsbild zu behaupten verstanden.

Freilich hat gerade die kollektiv-summarische Verwendung des Terminus seine Brauchbarkeit und unumstrittene Anerkennung am meisten beeinträchtigt, indem nämlich die kommunistische Partei gewohnt ist, alles als faschistisch zu bezeichnen, was ihr nicht diejenige Bewegungsfreiheit gibt oder geben will, die sie in einer liberalen Demokratie genießt, ja sogar diejenigen Richtungen einzubeziehen, die ihr auch nur in irgendeiner Weise den Weg verstellen. Der Ausdruck „Sozialfaschismus“ ist noch in allgemeiner Erinnerung. Kaum weniger simplifizierend ist ein Terminus wie „Horthy-Faschismus“, der nicht nur so verschiedenartige Zeitabschnitte wie die Ministerpräsidentenschaften von Gömbös, Kallay und Szalasi umfaßt, sondern sogar das Jahrzehnt der Ära Bethlen einbezieht, die nahezu liberal und parlamentarisch war, jedenfalls den Rechtsradikalismus ebenso nachdrücklich bekämpfte, wie sie die Verbindung mit dem jüdischen Kapital suchte. Der kommunistische Begriff des Faschismus zielt so eindeutig über den Faschismus hinaus und auf den „Kapitalismus“ als dessen angeblichen Mutterboden hin und ist in so hohem Maße mit Emotionen gefüllt, daß er am meisten dazu beigetragen hat, Bedenken gegen den Allgemeinbegriff „Faschismus“ zu erwecken.

Um so bemerkenswerter ist, daß dennoch zahlreiche Autoren der westlichen Welt den Terminus verwenden, wenn auch meist unausdrücklich und gleichsam unter der Hand. Dabei werden die Grenzen, etwa die zwischen autoritärer und faschistischer Herrschaftsform, ganz verschieden gezogen; die Notwendigkeit der Differenzierung treibt eine Fülle von Hilfsbegriffen wie prä-, semi-, quasi-, pseudo-faschistisch hervor; nicht selten wird der deutsche Nationalsozialismus aus dem Faschismus heraus- und mit dem Bolschewismus zusammengestellt. Bei aller Vielfalt der Auffassungen zeigt sich jedoch eine grundlegende Übereinstimmung, die als ein erster Nachweis der Zulässigkeit des Oberbegriffs betrachtet werden kann.

³ So z. B. Erwin v. Beckerath, Artikel „Fascism“ in ‚Encyclopaedia of the Social Sciences‘, Bd. V., S. 134.

Vor allem aber hatten die faschistischen Bewegungen selbst ein ausgeprägtes Empfinden für ihre Verwandtschaft und standen untereinander in vielfältigen Beziehungen der Wechselunterstützung, des Einflusses, der Abhängigkeit. So war Hitlers Bewunderung für Mussolini keineswegs nur persönlicher Art⁴; Julius Gömbös hatte in den ersten Nachkriegsjahren enge Verbindungen mit den ‚nationalen‘ Kreisen Münchens; Codreanu freute sich 1922 in Berlin über Mussolinis Triumph, „als wäre es ein Sieg meines Vaterlandes“⁵; Oswald Mosley erlebte in Rom sein längst vorbereitetes Damaskus; Hitler und Mussolini verhalfen Franco zur Herrschaft, und an den Fronten des weißen Spanien fielen nicht nur italienische Milizsoldaten und deutsche Freiwillige, sondern auch Codreanus Freunde und Mitarbeiter Ion Motza und Vasile Marin. Oft genug half das Gefühl der Sympathie über sachliche Gegensätze hinweg: sonst hätte Hitler nicht von Quisling bis Mussert, von Szalasi bis Doriot überall in Europa überzeugte und fanatische Kollaborateure gefunden. Und tatsächlich bestanden ja neben den negativen Gemeinsamkeiten eine ganze Reihe positiver Übereinstimmungen: das Führerprinzip und der Wille zu einer „neuen Welt“, die Liebe zur Gewalt und das Pathos der Jugendlichkeit, Elitebewußtsein und Massenwirksamkeit, revolutionäres Feuer und Ehrung der Tradition. Nicht zufällig begannen denn auch frühzeitig die paradoxen Bemühungen um eine faschistische Internationale, wie prekär sich ihre Entwicklung aus gutem Grunde auch gestalten sollte. Daß ein allgemeiner Begriff des Faschismus für die wissenschaftliche Fragestellung hypothetisch zulässig und pragmatisch unentbehrlich ist, sollte daher nicht bezweifelt werden.

Die zweite Voraussetzung ist die, daß es nicht nur den Gegenstand gibt, sondern daß ihm gegenüber auch wissenschaftliche Objektivität möglich ist. Sie ist ebenso wenig selbstverständlich wie die erste. Denn allzutief sind wir alle als Handelnde und Leidende in die Ereignisse einbezogen gewesen, als daß wir das Vergangene mit der distanzierteren Neugierde, die häufig als Kennzeichen der wissenschaftlichen Forschung schlechthin gilt, uns vor Augen und Sinn rufen könnten. Aber in der Art dieses Verhältnisses komprimiert sich ein allgemeinerer Grundzug der Einstellung des Menschen zu seiner Vergangenheit, die niemals dem angeblichen Ideal olympischer Teilnahmslosigkeit entsprach. Nicht daß uns die Dinge noch nahe sind, macht historische Objektivität unmöglich. Nur solange sie nahe und zugleich in ihrer lebendigen Entfaltung undurchschaubar fern sind, ist keine Möglichkeit wissenschaftlicher Gesamtdarstellung gegeben. Denn was ein Ding ist, enthüllt sich erst im Verlauf seiner Geschichte. So hat denn auch nur über das „Tote“ die Wissenschaft das Schlußwort, und vielleicht gibt es keinen der geschichtlichen Objektivität günstigeren Augenblick als den, da ein lebendig Empfundenes aufgehört hat, ein Lebendes zu sein. Eben dies ist aber nach der oben genannten Voraussetzung der Fall des Faschismus. „Tot“ darf dabei freilich nicht bedeuten: in

⁴ Vgl. z. B. Hitler's Table Talk 1941–1944, London 1953, § 195 (S. 437), wo Hitler die phantastische, aber offenbar von höchster Bewunderung erfüllte Behauptung aufstellt, die Faschisten hätten in ihrer Kampfzeit allein in Verona 6600 Tote verloren.

⁵ Codreanu, a. a. O. S. 57.

allen Erscheinungsformen vom Erdboden verschwunden. Es heißt auch in unserem Falle nur, daß der Faschismus als jenes weltgeschichtliche Phänomen an sein Ende gekommen ist, das für eine Weile sowohl den Kapitalismus wie den Kommunismus zum Kampf herausfordern und sich über beide erheben konnte. Es heißt aber auch, daß dieses Ende nicht als ein von außen herangetragenenes Ereignis anzusehen ist, sondern als der notwendige Schlußpunkt einer selbstgewählten Bahn. Und schließlich muß Faschismus in diesem Zusammenhang immer als „Nationalfaschismus“⁶ verstanden werden, eine Bewegung mithin, deren faktische und zum Teil auch prinzipielle Basis die Nation blieb, obgleich sie in bemerkenswerten Ansätzen ihren Ausgangspunkt verlassen hatte oder auch gar nicht bis zu ihm hin gelangt war.

Noch ein Letztes bleibt zum Problem der Objektivität zu sagen. Daß zu ihr eine höhere Sympathie gehöre, die dem Betrachter im Betrachteten die Fülle und die Identität des Menschlichen zu erkennen gibt, war die innerste Überzeugung der klassischen deutschen Geschichtsschreibung. Nun kann zwar nur blinder Parteihaß leugnen, daß zahllose Einzelpersonen, -vorgänge, -zusammenhänge im Rahmen des Faschismus einen Anspruch auf jene Sympathie erheben dürfen: in seiner letzten und äußersten Gestalt aber hat der Faschismus Taten begangen, denen in der Weltgeschichte nichts verglichen werden kann, weil sie gleichzeitig rational bis zur übermenschlichen Perfektion und irrational bis zum untermenschlichen Irrsinn waren, weil sie eine Gruppe von Menschen wie dämonische Lebewesen, eine andere wie rechtlose Objekte behandelten. Und diese spätesten Taten waren in frühesten Äußerungen deutlich genug angelegt. Woher soll da jene Sympathie kommen, die nach der klassischen Lehre eine unabdingbare Voraussetzung der Objektivität ist? Diese Frage entzieht sich einer voreiligen Beantwortung, sie ist zunächst nur festzuhalten.

Schließlich und endlich muß eine dritte Voraussetzung genannt werden, welche bereits in der Formulierung des Themas enthalten ist. Wenn ausdrücklich nach dem Faschismus gefragt wird, so heißt das auch, daß er nicht von vornherein unter den Oberbegriff des Totalitarismus subsumiert und damit seiner Eigenart mehr oder weniger entkleidet werden soll. Es muß die Frage offengehalten werden, ob der Faschismus als Gestalt „des“ Totalitarismus zu begreifen ist oder nicht vielmehr ein bestimmter Totalitätscharakter als Form des Faschismus. (Grammatisch gesprochen: was das Substantiv und was das Adjektiv ist.) Denn darf man übersehen, daß die beiden wichtigsten Totalitarismen entgegengesetzten Zwecken dienen wollen? Die Auslegung, für die der Begriff „Totalitarismus“ das Schlüsselwort bedeutet, neigt dazu, für den „Zweck“ des Totalitarismus den Totalitarismus selbst zu erklären. Es ist zuzugeben, daß dieser Gedanke bestechend ist, daß ihm einige der besten Deutungen geschuldet werden und daß in menschlichen Angelegenheiten zwischen Form und Inhalt nicht so säuberlich zu trennen ist wie zwischen dem Krug und dem Wein: bestehen bleibt aber, daß eine solche Auffassung Gefahr läuft, die indivi-

⁶ Der Terminus wurde zuerst verwendet von Luigi Salvatorelli, *Nazionalfascismo*, Torino 1923.

duelle politische Struktur zugunsten transpolitischer⁷ Züge (die unleugbar vorhanden sind) zu verwischen. Und da diese Auffassung in der westlichen Welt seit einigen Jahren praktisch die Alleinherrschaft ausübt, empfiehlt es sich, die abweichende Akzentuierung bereits unter den ersten Voraussetzungen aufzuführen.

II

Daß Phänomenologie die Forderung „Zu den Sachen selbst“ in sich schließt, ist allbekannt. Daher ist es geboten, sich vor allem die Fülle des Gegenstandes vor Augen zu stellen. Es ist dabei eine selbstverständliche methodologische Vorschrift, von der weitesten Bedeutung des Begriffes auszugehen, da die Umgebung die Sache mitkonstituiert und es leichter ist einzugrenzen als anzuflicken.

Das Jahr 1919 ist, wie für so viele Entwicklungen der nächsten Jahrzehnte, auch für die Natur des Faschismus entscheidend gewesen. Ist es ein Zufall, daß diejenige seiner Gestalten, die von allen die bedeutendste und folgenreichste werden sollte, als erste aus dem Chaos der unmittelbaren Nachkriegszeit auftaucht? Denn während in den Frühlingsmonaten Mussolini seinen eben gegründeten *Fasci di Combattimento* noch Kurt Eisner als Vorbild hinstellt, während Bela Kun seine Regierung eben angetreten hat, zerschlägt das Bündnis von Reichswehr und Freikorps aus Bauern und Studenten die kurzlebige Münchner Räterepublik. Sie war von allen revolutionären Zuckungen dieser Zeit die zufälligste (ausgelöst durch die sinnlose Ermordung des unmittelbar vor dem Rücktritt stehenden Ministerpräsidenten Eisner), die aussichtsloseste (Revolte von Teilen des Proletariats unter Führung weniger, meist jüdischer und anarchistischer Intellektueller in der grundbürgerlichen Kunststadt inmitten eines katholisch-bäuerlichen, im Kern ganz unerschütterten Landes), die idyllischste (darüber geben z. B. die nachgelassenen Aufzeichnungen Alfred Rosenbergs staunenswerte Aufschlüsse⁸). Aber vielleicht erregte sie gerade deshalb so viel Haß. Und in niemandes Kopf setzte sich die Gleichsetzung von Bolschewismus und Judentum, ihre Identifizierung als todbringende Krankheit, so fest wie in dem des kleinen Reichswehrpropagandisten Adolf Hitler.

In Ungarn stürzte die Gegenrevolution das Regime Bela Kun nicht aus eigener

⁷ „Politisch“ sind die Beziehungen zu Machtkomplexen, die nach innen Zwangsgewalt bis zum Todesurteil, nach außen das Recht der Kriegführung haben. Vorpolitisch sind die Bereiche der Familie und der Gesellschaft. Eine vorpolitische Urmacht wäre ein ontologischer Ursprung, der auch die Bewegung der politischen Gebilde durchherrschte: Gott, „Geist“ im Sinne Hegels, „Produktionskraft“ bei Marx, „Rationalisierung“ bei Max Weber. „Transpolitisch“ heißen die unmittelbaren Beziehungen des Menschen zu diesem Ursprung. „Transpolitisch“ darf daher auch ein politisches Phänomen genannt werden, das eine solche Beziehung darstellt oder verkörpert. Im marxistischen Verständnis ist die Arbeiterbewegung transpolitisch, weil sie eine unmittelbare und notwendige Beziehung zur universalen gesellschaftlichen Urmacht der Produktionskraft hat und daher alle Politik aufzuheben bestimmt ist.

⁸ Alfred Rosenberg, *Letzte Aufzeichnungen*, Göttingen 1955, S. 77–78. Der Geiselmord an einigen Angehörigen der Thule-Gesellschaft blieb die einzige ernste Ausschreitung, und sie war offenbar aus Aufregung und Unvermögen geboren; die einrückenden Freikorps wußten ihr schlimmere an die Seite zu stellen.

Kraft; der Vormarsch der Rumänen brachte eine Revolution an ihr Ende, die ebenso sehr ein Produkt nationaler Verzweiflung und eine Waffe nationaler Selbstbehauptung gewesen war wie ein Angriff gegen soziale Überlieferungen. Aber auch sie war von Juden geführt worden, und die Ideen der zunächst in Szeged versammelten jüngeren Offiziere unterschieden sich wenig von denen ihrer Münchener Kollegen. Bereits 1919 nannte sich Julius Gömbös einen „Nationalsozialisten“; die vielen bald darauf aus dem Boden schießenden patriotischen Organisationen sind unter manchen Gesichtspunkten den vaterländischen Verbänden Bayerns zu vergleichen; den wichtigsten unter ihnen stand Gömbös als „oberster Führer“ vor, und im ungünstigen Wind der Bethlen-Ära schrieb er Pamphlete über das internationale Judentum und gründete die neue „Partei der rassistischen Verteidigung“.

Erfolgreicher im äußeren Kampf, aber gerade noch kein innenpolitischer Faktor, waren 1919 die ersten österreichischen Heimatwehren. Nur allmählich verloren sie ihre überparteiliche Stellung, und erst ab 1927 schlugen sie jene Richtung ein, die man Heimwehrafaschismus genannt hat und die eins der Elemente des Austrofaschismus werden sollte.

Auch in Polen führte die Bedrohung von außen, obgleich sie vom bolschewistischen Rußland ausging und anders als in Bayern oder in Ungarn wirklich eine tödliche Gefahr darstellte, nicht unmittelbar zur Ausbildung faschistischer Tendenzen. Der Volksantisemitismus der Nationaldemokraten und der Autoritarismus der staatsgründenden Legionäre hatten sich noch nicht gefunden; so konnte sich für einige Jahre ein überaus freiheitliches parlamentarisches Regime durchsetzen, bis die Rebellion vom Mai 1926 Pilsudski ans Ruder brachte.

In Italien bedeutete das Fiume-Unternehmen Gabriele d'Annunzios (September) eine wichtige Etappe für den Weg des jungen Faschismus. In Fiume, nicht in Mailand, wurden die Grundzüge seines Stils und seiner Symbolik entwickelt, hier gab die Sozialromantik des Dichters dem späteren Korporativismus eine frühe Formulierung.

1919 begann im Norden Anatoliens Mustafa Kemal Pascha sein Ringen um die Kerngebiete der Türkei im Aufstand gegen die eigene Regierung und die fremden Mächte⁹. Wenn auch seine nationale Verteidigungsdiktatur allenfalls als Horizont in die Untersuchung des Faschismus hineingehört¹⁰, so war ihr eklatanter Erfolg doch ein vielverheißender Ansporn für alle Feinde des Versailler Friedens.

Bis 1919 reichen auch die ersten Anfänge der späteren „Eisernen Garde“ zurück, eine von Codreanu gegründete Schülervereinigung, die im Falle des befürchteten Einmarsches der Roten Armee partisanenartig Widerstand zu leisten beabsichtigte.

1919 wurden die ersten Faschismen nicht etwa bereits geboren, sondern erst gezeugt; gezeugt aus Krieg und Revolution: ihrem Zusammenstoß, ihrem Einklang, ihrer Verschlingung. Die Inkubationszeit ist von ganz verschiedener Länge, eine entscheidende Station aber sind die Jahre 1922 und 1923. Es sind die Jahre der ersten Geburten: voll ausgebildet, wenn auch natürlich noch nicht zur vollen

⁹ Gasi Mustafa Kemal Pascha, *Der Weg zur Freiheit 1919–1920*, Leipzig 1928.

¹⁰ Vgl. S. 401.

Mannesstärke entwickelt, treten die beiden ersten Faschisten ans Licht der Geschichte und eines weltweiten Interesses; es sind die beiden, die die Welt am meisten in Atem halten sollen, und der eine erringt einen folgenreichen Sieg, der andere erleidet eine noch folgenreichere Niederlage. Ende Oktober 1922 läßt Mussolini seine Schwarzhemden mit einem sehr sonderbaren „Marsch auf Rom“ die Hauptstadt erobern, und kaum mehr als ein Jahr später läuft Hitler ungeduldig in das wider Willen gezückte Schwert einer bis dahin stets freundlichen und verbündeten Regierung.

Noch ein drittes Ereignis aus diesem Zeitraum ist der Erwähnung wert, obgleich es sich in einem Winkel Europas abspielte. Am 9. Juni 1923 wurde in Sofia die Regierung des Bauernführers Alexander Stambuljiski, den seine Gegner einen „Agrarkommunisten“ nannten, gewaltsam gestürzt, und die neue Regierung Zankoff steuerte einen außerordentlich blutigen Unterdrückungskurs gegen den aufflackernden Widerstand der Bauern und insbesondere gegen die kommunistische Partei. Schon am 23. Juni richtete das Exekutivkomitee der Komintern einen Aufruf an die Arbeiter der Welt und forderte sie auf, gegen die Untaten der „siegreichen bulgarischen Faschistenklügel“ zu protestieren¹¹. So wurden an diesem Zeitkreuzweg 1922/1923 nicht nur die beiden wichtigsten Faschisten für die Welt und im Zeichen einer gegenüber 1919 höchst eigenartig veränderten Kampffront geboren, sondern es kam auch jene polemisch-allgemeine Auslegung erstmals hervor, die für die Fortentwicklung des Faschismus so wichtig war¹².

Von nun an schießen in Europa die faschistischen Bewegungen wie Pilze aus der Erde. Meist ist es kaum noch möglich zu unterscheiden, wie weit eigenständige Ursachen und wie weit Beeinflussung durch das glanzvolle Vorbild Mussolinis bei ihrer Entstehung Pate standen¹³. Eine Aufzählung, die keineswegs vollständig ist, muß genügen. Dabei sollen vier Gruppen unterschieden werden: Regimes, die selbständig oder relativ selbständig zum Siege gelangten; Bewegungen, die im Laufe des Krieges durch deutsche oder italienische Einwirkung an die Macht kamen; Parteien, die in die Opposition gebannt blieben, aber über ein eigenes Gesicht und eine gewisse Potenz verfügten; Splittergruppen ohne Bedeutung.

¹¹ Ernstgert Kalbe, Über die faschistische Diktatur der 20er Jahre in Bulgarien und die deutschen Hilfsaktionen für die bulgarischen Arbeiter und Bauern. „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, V, 1957; S. 749-769; S. 754.

¹² Als frühes Beispiel für die Verwendung des Allgemeinbegriffs durch Liberale sei der mit einem Schlußwort von M. J. Bonn versehene Sammelband „Internationaler Faschismus“ genannt (hrsg. von Landauer und Honegger, Karlsruhe 1928).

¹³ Das Beispiel der Falange zeigt diese Unentwirrbarkeit besonders deutlich. Mit einem starken Gefühl für den „unterentwickelten“ Zustand des Vaterlandes – das in Deutschland ganz unbekannt war – verband sich konsequent ein scharf ausgeprägter und subjektiv offenbar aufrichtiger sozialrevolutionärer Wille. Dennoch waren alle ihre führenden Geister von starker und unkritischer Bewunderung nicht nur für Mussolini, sondern sogar für Hitler erfüllt: José Antonio Primo de Rivera wollte Anfang 1933 eine Zeitschrift gründen namens El Fascio, Onesimo Redondo veröffentlichte die ersten Übersetzungen aus „Mein Kampf“, und zumal Ramiro Ledesma Ramos war ganz nach Deutschland orientiert. Vgl. Emmet John Hughes, Report from Spain, New York 1947, S. 20-48, bes. S. 24-30.

In der ersten Gruppe sind der „Estado Novo“ Salazars in Portugal und das „nationale Spanien“ Francos anzuführen, wenn auch nur mit einigem Zögern, da beide zwar nicht bloß Militärdiktaturen sind, aber keine ‚Bewegung‘ als Voraussetzung der Machtergreifung aufzuweisen haben. Zweifelhaft bleibt der Charakter Ungarns unter Gömbös und Polens unter den Nachfolgern Pilsudskis. Schwerlich hierher gehören Diktaturen wie diejenigen Primo de Riveras oder des jugoslawischen Königs und die „gelenkten Demokratien“ einiger Baltenstaaten. Von außer-europäischen Erscheinungen wären hier gegebenenfalls das peronistische Argentinien, Vargas' brasilianisches Experiment mit seinen integralistischen Prämissen und das Japan des Fürsten Konoye aufzuzählen.

Eindeutiger sind die Verhältnisse in der zweiten Gruppe. Quisling und sein Nasjonal Samling haben ein in der ganzen Welt bekanntes Exempel abgegeben. Mussert und der NSB hätten mit ebensoviel Grund an seine Stelle treten können. Mit deutscher Hilfe kamen ferner in Rumänien die Eiserne Garde (partiell und temporär¹⁴) zur Macht und in Ungarn Szalasis Pfeilkreuzler. Mussolini machte den Ustaschaführer Pavelitsch zum „Poglavnik“ der Kroaten. Ein weniger klares Bild bietet die Slowakei Tisos. Das Pétainregime erfuhr heftigste Kritik von rechts und wurde in seiner Entstehung von der Besatzungsmacht nicht beeinflusst. Doriots Sigmaringer Macht war nur noch Schattenspiel und Farce.

Dagegen müssen in der dritten Gruppe die französischen Richtungen an erster Stelle genannt werden, da sie durch Vielfältigkeit und Geist (Brasillach, Drieu la Rochelle) das Bild des Faschismus sehr beleben: Georges Valois' Faisceau, Pierre Taittingers Jeunesses Patriotes, des Obersten de la Rocque Croix de Feu, der PPF Jacques Doriots und schließlich die neo-sozialistische Richtung Marcel Déats. Von den Parteien dieser Gruppe sind sie überdies diejenigen, die nach allgemeinem Urteil am dichtesten vor der Machtergreifung standen (im Februar 1934).

Ein eigenes Gesicht zeigten auch die britischen Faschisten, von denen die ersten sich bereits 1923 konstituierten und 1926 angeblich nicht weniger als eine halbe Million Mitglieder hatten. Die bekannteste Gruppe wurde die 1933 gegründete British Union of Fascists unter Sir Oswald Mosley, der der jüngste Minister im Kabinett der Arbeiterpartei gewesen war und in dem nicht wenige den künftigen Premierminister gesehen hatten. Nicht einmal das Fremdwort im Namen verwehrte ihr einen ungestümen Aufstieg¹⁵ für freilich kurze Zeit.

Nicht übersehen werden sollte der estnische „Verband der Freiheitskämpfer“, dem es als einziger aller faschistischen Richtungen gelang, die absolute Mehrheit des Volkes zu gewinnen, und der dennoch von der Regierung auf dem Wege des Staatsstreichs in die Knie gezwungen wurde¹⁶.

¹⁴ Vgl. Martin Broszat, Die Eiserne Garde und das Dritte Reich, „Politische Studien“, 9. Jg. 1958, S. 628–636. Ion Gheorghe, Rumäniens Weg zum Satellitenstaat, Heidelberg 1952.

¹⁵ A. K. Chesterton, Mosley, Geschichte und Programm des britischen Faschismus, Leipzig 1937.

¹⁶ Werner Haas, Europa will leben. Die nationalen Erneuerungsbewegungen in Wort und Bild, Berlin 1936, S. 150.

Beinahe unüberschaubar sind die in der vierten Abteilung zu nennenden Splittergruppen¹⁷. Vielleicht geschieht Léon Degrelles Rexisten, der finnischen Lappo-Bewegung oder den flämischen Nationalsozialisten Unrecht, wenn sie hier erst angeführt werden; die Dänische Nationalsozialistische Partei Fritz Clausens, die Francisten Marcel Bucards, die verschiedenen Spielarten des Schweizer Faschismus und zahlreiche ähnliche Erscheinungen in den meisten Ländern Europas waren schwerlich mehr als ungeschickte Nachahmungen. Hierher gehören auch, wenn gleich im umgekehrten Sinne (nämlich als Relikte der chaotischen Anfangszeiten) diejenigen völkischen und nationalrevolutionären Gruppierungen Deutschlands, die nicht bloße weltanschauliche Sekten waren und die Vertretung ihrer politischen Intentionen nicht einfach dem Nationalsozialismus überlassen hatten.

Es ist eine naheliegende Versuchung, diese Fülle durch einen Machtspruch zu reduzieren und damit den Gegenstand überschaubarer und leichter faßbar zu machen.

Zu diesem Zwecke bietet sich vor allem der Unterschied von totalitär und autoritär an. Je höhere Anforderungen man an den Begriff „totalitär“ stellt und je mehr man das Erscheinungsbild des deutschen Nationalsozialismus im Kriege vor Augen hat, um so größer wird die Zahl der Erscheinungen, die unter den Begriff „autoritär“ fallen. Aber wie sehr diese Auffassung in der Gefahr ist, konkrete Entwicklungsstufen absolut zu setzen, statt das Gesetz der Entwicklung ins Auge zu fassen, zeigt sich daran, daß sie geneigt ist, nicht nur den Faschismus, sondern auch den Nationalsozialismus zu zerspalten und ihm das volle totalitäre Wesen z. B. erst ab 1938 zuzuschreiben. Es muß jedoch als sehr fraglich gelten, ob es zulässig ist, die beiden Begriffe wie festumgrenzte Größen einander entgegensetzen. Wenn das Regime Pilsudskis sicherlich besser als autoritär zu bezeichnen ist, weil es dem Parlament und den Parteien immerhin beträchtliche Freiheiten ließ, so muß man doch fragen, ob die Bemühungen seiner Nachfolger um eine ideologische Einheitsstaatspartei nicht eine unvermeidliche Konsequenz darstellten und vielleicht nur infolge der militärischen Niederlage nicht zu ihrem natürlichen Abschluß gelangten. Umgekehrt ist selbst das nationalsozialistische Regime zu keinem Zeitpunkt anders als der Tendenz nach totalitär gewesen. Ja, vielleicht konnte der Faschismus, der seinen Sieg immer nur im Bündnis mit älteren und konservativen Mächten erlangt hat, vor einem totalen militärischen Siege in keinem Falle eine uneingeschränkt totalitäre Herrschaft erreichen.

Eine andere Methode radikaler Reduzierung dürfte noch unzulässiger sein. Man könnte versucht sein, den Faschismus an eine bestimmte Bevölkerungsstruktur zu knüpfen und der Eisernen Garde z. B. die Bezeichnung „faschistisch“ schon aus dem Grunde zu verweigern, weil Rumänien ein rückständiges Bauernland ohne nennenswerte Industriebevölkerung gewesen sei. Solange indessen nicht nachgewiesen ist, daß der Kommunismus in einem Agrarland nicht Kommunismus heißen darf, muß auch für den Gebrauch des Begriffs Faschismus die gleiche Frei-

¹⁷ Einen Überblick gibt Haas a. a. O.

heit gelten. Daß die Verschiedenheit der soziologischen Voraussetzungen in bestimmten Unterschieden der politischen Gestaltungen zum Vorschein kommt, braucht deshalb keineswegs geleugnet zu werden.

Schließlich könnte es so aussehen, als ob die Macht das Scheidewasser sei, welches in das wuchernde Gewirr Ordnung und Übersichtlichkeit hineinbringen könnte. Was sollte den Staatsmann, der neben dem Kardinalstaatssekretär feierlichen Gesichts die Lateranverträge unterzeichnet, mit dem kleinen Demagogen Mussolini in den schmutzigen Sälen der politischen Halbwelt verbinden? Doch dieser Mann führte im vertrauten Kreise keine andere Sprache, als er sie einst vor ein paar Dutzend abenteuerlicher Anhänger geführt hatte¹⁸. Und als tausend Ingenieure mit aller subtilen Rationalität der Wissenschaft die Bauten und Straßen des neuen Reichskanzlers planten, da setzten sie nur in die Tat um, was die infantilen Phantasien eines tagträumenden Jünglings schon dreißig Jahre zuvor in den Blick gefaßt hatten¹⁹. Wenn es niemandem einfällt, Marxismus und Bolschewismus vollständig voneinander zu trennen, wie sollte dann eine solche Trennung für den Faschismus Gültigkeit haben, der zu Macht und Herrschaft ein so viel unkomplizierteres Verhältnis hatte als der Kommunismus? Wenn man das Wesen des italienischen Faschismus oder des deutschen Nationalsozialismus nicht willkürlich 1929, 1933 oder 1939 beginnen lassen will, muß man es bereits da suchen, wo Mussolini und Hitler es selbst gesehen haben: in den Anfängen. Und die waren so armselig und ohnmächtig wie nur möglich.

Es ist der Geschichtswissenschaft eigentümlich, die Sache der Individualität zu führen und damit die Notwendigkeit der Deskription zu betonen. Sie schärft den Blick dafür, daß Begriffe wie Liberalismus, Parlamentarismus, Monarchismus nicht beliebig austauschbare Münzen sind, sondern unter verschiedenen Bedingungen verschiedenes bedeuten können. Sie wird daher auf einer möglichst umfassenden empirischen Basis auch für die Untersuchung des Phänomens Faschismus bestehen. Sie kann es um so eher tun, als ihr diffuse Einheiten dieser Art durchaus geläufig sind. So umfaßt der Sozialismus des XIX. Jahrhunderts eine Fülle von Erscheinungen, und die Schüler Fouriers und St. Simons waren einander nicht ohne Grund bitter verfeindet. Dennoch ist eine fundamentalere Zusammengehörigkeit nicht in Zweifel zu ziehen. Und so gut wie die Geschichtswissenschaft dagegen protestieren muß, daß alle diejenigen aus dem Sozialismus ausgeschlossen werden, die den Begriff des „Phalanstère“ nicht anerkennen, so gut muß sie dagegen Einspruch erheben, daß auf Grund einzelner Merkmale der Begriff des Faschismus bereits a limine verengt wird.

III

Eines aber kann die Geschichtswissenschaft von sich aus nicht tun: sie kann den Begriff nicht selbst bestimmen. Sie findet ihn immer schon vor als von Anhängern

¹⁸ Vgl. Cianos Tagebücher, *passim*.

¹⁹ In dieser Hinsicht sind sehr aufschlußreich die Erinnerungen von Hans Kubizek, Adolf Hitler, mein Jugendfreund, Graz u. Göttingen 1953.

oder Gegnern geprägt. Wollte sie nur ihrer eigensten Tendenz folgen, so käme sie mit der Untersuchung der geringsten seiner Gestalten nicht zu Ende. Denn die Verknüpfungen sind unendlich, und die Unterschiedlichkeiten führen letzten Endes in das Ungreifbare des Individuum ineffabile zurück. Selbst „Fülle“ (und eben nicht Unermeßlichkeit) des Gegenstandes tritt nur vor den sondernden und schätzenden Blick. Die ursprünglichsten Sonderungen des Politischen sind aber stets vor der Wissenschaft ausgebildet in den politisch-ideologischen Auseinandersetzungen des gesellschaftlichen Lebens selber. Auf ein bestimmtes Phänomen angewandt, bedeuten sie nicht Deskription, sondern Konstruktion (Konzeption). Konstruktionen in diesem Sinne sind gleichsam die Scheinwerfer, die das unendliche Dunkel, in dem sich die reine Deskription blicklos bewegt, erhellen; so freilich, daß ihr Licht die Dunkelheit an ihren Rändern noch undurchdringlicher macht. Aber wenn die Wissenschaft die Konstruktionen nicht hervorbringen kann, sondern sie voraussetzen muß, so wird sie sie doch kritisch miteinander und mit der Deskription verknüpfen, so daß sie prinzipiell über ihre Prämissen hinauszugelangen vermag.

Die erste Voraussetzung dafür ist eine möglichst vollständige und unbefangene Sichtung der Konstruktionen. Wenn die wissenschaftliche Frage nach dem Faschismus dadurch ermöglicht wird, daß ihr Gegenstand als „tot“ betrachtet werden darf, so erfährt sie eine bedeutende Förderung, wenn die Vermutung zutrifft, daß die Anzahl der Konstruktionen nicht zufällig ist oder beliebig vermehrbar, sondern von einer gewissen und abgeschlossenen Notwendigkeit.

Die älteste dieser Konstruktionen ist die sozialistische. Sie ist in gewissem Sinne älter als der Faschismus selbst. Als Mussolini im Oktober 1914 nach hartem Gewissenskampf zum Interventionismus überging, wollte er ihm durchaus noch als sozialistischen Interventionismus verstanden wissen. Sein Versuch, die Partei auf die neue Linie zu bringen, scheiterte aber, und als er bereits drei Wochen nach seinem Rücktritt von der Direktion des „Avanti!“ eine eigene Zeitung sich geschaffen hatte, stellten seine ehemaligen Genossen in seinem ehemaligen Blatte unerbittlich und immer von neuem die Frage: „Chi paga?“ Sie konnte zwar weder damals noch kann sie heute eindeutig beantwortet werden, aber sie fixierte die Grundlinie der sozialistischen Auslegung bis in die Gegenwart. Dabei tat sie Mussolini ohne Zweifel Unrecht, wenn sie andeutete, daß er um des Geldes willen die folgenreichste und bestbegründete seiner politischen Schwenkungen vollzogen habe; sie deckte aber eine unantastbare Wahrheit auf, wenn sie die Mittellosigkeit Mussolinis und die Kostspieligkeit politisch-publizistischer Tätigkeit in der These zusammenbrachte, daß er zum mindesten objektiv Karte in irgend jemandes Spiel sein müsse und daß dieses Spiel primär ein antisozialistisches sei. Diese Auffassung bestätigte sich für die Sozialisten sehr handgreiflich, als ihre Machtpositionen und Verbände, die wenige Monate vorher das Bürgertum noch in Furcht und Angst versetzt hatten, während der Jahre 1921 und 1922 von den Faschisten mit ganz unverhüllter Unterstützung durch Agrarier, Großbourgeoisie und sogar den Staat zerschlagen wurden. Im Faschismus ein sekundäres Phänomen zu sehen, das unter bestimmten Bedingungen aus einer der beiden sozialen Grundwirklichkeiten (näm-

lich dem Bürgertum im Gegensatz zum Proletariat) hervorgehe, ist der Grundzug aller sozialistischen Auslegungen. Innerhalb dieses Rahmens bewegen sie sich zwischen einer grobschlächtigen Agententheorie²⁰ und sehr viel differenzierteren Erwägungen, welche Möglichkeiten und Grenzen einer Unterwerfung des Ursprünglichen durch das Abgeleitete zu durchdenken versuchen²¹.

Die Haltung des Liberalismus gibt dieser These allerdings selbst in Italien keine uneingeschränkte Bestätigung. Zwar unterstützte der *Corriere della Sera* Mussolini bis zum Marsch auf Rom, ging dann aber sehr bald zu scharfer Opposition über. Zwar zögerten die drei angesehensten liberalen Politiker, die früheren Ministerpräsidenten Giolitti, Orlando und Salandra, sogar bis zu dem entscheidenden und unmißverständlichen Datum des 3. Januar 1925; aber ein so wichtiges Organ wie die *Stampa* hatte den Faschismus von Anfang an entschieden bekämpft, und ihr Redakteur Luigi Salvatorelli fand mit dem Terminus „*Antirisorgimento*“ eine der wirkungsvollsten Formeln für die Auseinandersetzung mit der Staatspartei. In ihm ist der Begriff Totalitarismus virtuell bereits enthalten, und dieser gewann kanonische Gültigkeit, als Mussolini und Farinacci ihn 1925 mit großem Nachdruck für den Faschismus in Anspruch nahmen. Die bedeutendsten italienischen Schriftsteller haben, im Gegensatz zu vielen nicht-italienischen Autoren, diesen totalitären Charakter des italienischen Faschismus immer stark betont; G. A. Borgese ging in den Spuren der lateinisch-liberalen Tradition, Deutschland als Muster der Modernität und Freiheit anzusehen, sogar so weit, daß er noch 1935 in Deutschland größere Chancen der Freiheit und des Widerstandes zu erkennen glaubte²².

Seine eigentliche Ausbildung hat der Begriff jedoch durch deutsche und amerikanische Autoren auf dem Grunde der Doppelerfahrung von Nationalsozialismus und Bolschewismus erhalten. In seiner Bedeutung bewegt er sich zwischen einem politischen und einem transpolitisch-metaphysischen Verständnis. Das erste stellt den totalitären Staat dem liberalen Verfassungsstaate gegenüber und kennzeichnet ihn durch eine Reihe von Wesenszügen (z. B. die Existenz einer ideologisch ausgerichteten Einheitspartei), die die bürgerliche und geistige Freiheit aufheben²³. Der Grundcharakter des totalitären Staates wäre also die künstlich gemachte und erzwungene Einheit, die die Mannigfaltigkeit der liberalen Ära voraussetzt und daher u. U. durch terroristische Mittel bekämpfen muß. Totalitär wäre für dieses Verständnis offenbar auch die Herrschaft einer konservativen Gruppe, wenn sie alle anderen Parteien und Meinungen gewaltsam ausschaltet.

²⁰ Die offizielle kommunistische Definition des Faschismus lautet: „Der Faschismus ist die offen terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“ (XIII. Plenum des EKKI, Dez. 1933). Eine Auseinandersetzung mit ihr gibt zuletzt ein soeben veröffentlichter Vortrag Iring Fetschers „Faschismus und Nationalsozialismus. Zur Kritik des sowjetmarxistischen Faschismusbegriffs“, *Politische Vierteljahresschrift*, 3. Jahrg., März 1962, S. 42–63.

²¹ Z. B. Angelo Tasca, *Nascita e avvento del fascismo*, Florenz 1950, vor allem LXII–LXXVII und 515–567.

²² Giuseppe Antonio Borgese, *Golia, Marcia del fascismo*, 1946, S. 385 ff.

²³ Z. B. Carl J. Friedrich, *Totalitäre Diktatur*, Stuttgart 1957.

Eine klassische Formulierung des zweiten Verständnisses hat Peter Graf Yorck von Wartenburg vor dem Volksgerichtshof gegeben: „Das Wesentliche ist . . . der Totalitätsanspruch des Staates gegenüber dem Staatsbürger unter Ausschaltung seiner religiösen und sittlichen Verpflichtungen Gott gegenüber²⁴.“ Für diese Auffassung wäre also eine politisch totale Herrschaft dann nicht totalitär, wenn sie die vorpolitischen und transpolitischen Beziehungen des Menschen zu den anderen Einzelnen und zu Gott in ihrer Selbständigkeit beläßt. In ihrer weiteren Ausformung ist sie geneigt, in bestimmten Charakteren des totalen Anspruchs dessen innerstes Wesen zu sehen: dem Terrorismus, der mit äußerster Härte gegen das Gewohnte und Überlieferte vorgeht; dem Universalismus, der die Weltherrschaft will; der Perversion, die gerade das verlangt, was den Gesetzen Gottes oder der Humanität widerstreitet²⁵.

Wie leicht sich diese Konzeption christlichen und konservativen Überzeugungen verbindet, liegt auf der Hand²⁶. Dennoch bildet das spezifisch christlich-kirchliche Verhältnis zum Faschismus ein eigenes und eigenartiges Kapitel. Denn daß die Kirchen in allen Ländern Europas das Aufkommen der Faschismen in manchmal ganz beträchtlichem Ausmaße gefördert haben, ist von ihren Gegnern immer wieder hervorgehoben worden und läßt sich nicht wohl bestreiten. Dennoch wäre es wohl gerechter, von einer frühen Ambivalenz zu sprechen²⁷. Denn selbst Codreanu, der der Kirche innerlich enger verbunden war als alle anderen Gründer und dessen Auffassungen die rumänisch-orthodoxe Tradition weit entgegenkam, beklagt sich bitter, daß die Geistlichen mit wenigen Ausnahmen gegen die Eiserne Garde eingestellt gewesen seien. Auch aus Italien und Deutschland sind zahlreiche negative Äußerungen und Handlungen von Geistlichen schon in früher Zeit bekannt. Die Politik der Kurie begann aber bei allem Mißtrauen mit positiven Akten: Lateranverträge und Reichskonkordat sind die überall bekannten Beispiele. Beide haben den baldigen Ausbruch heftiger Auseinandersetzungen, vornehmlich um die Jugenderziehung, nicht verhindert. Im Juni 1931 richtete sich gegen Mussolini die Enzyklika „Non abbiamo bisogno“, 1937 gegen Hitler die unvergleichlich bekanntere Kundgebung „Mit brennender Sorge“. Beide erreichten nicht ihr Ziel, aber in Italien ließ sich die gute Nachbarschaft wahren. Die Unterschiede im Ton, im Umfang der Stellungnahme und der beabsichtigten Öffentlichkeitswirkung deuteten von vornherein die verschiedenartige Einschätzung der italienischen und der deutschen Situation durch die Kirche an. In der Tat gibt es eine christliche Auseinandersetzung von kompromißferner Ernsthaftigkeit nur dem Nationalsozialismus gegenüber, und sie hat sich weniger in theoretischen Werken als in Zeug-

²⁴ IMG XXXIII, S. 424.

²⁵ Z. B. Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt 1958.

²⁶ Ein besonders beweiskräftiges Beispiel wäre die Kennzeichnung des Faschismus als „Rechtsochismus“ durch Don Sturzo im Jahre 1926 („Italien und der Faschismus“, S. 215).

²⁷ Hierzu vgl. die Arbeiten von Hans Buchheim, besonders das Gutachten „War die katholische Kirche eine vom nationalsozialistischen Regime verfolgte Organisation?“ in: *Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte*, München 1958, S. 13–45.

nissen aus der Todeszelle und dem Konzentrationslager vollzogen²⁸. Wo sie auch in der Theorie einen Ausdruck fand, wird eine spezifische Kennzeichnung des Nationalsozialismus gar nicht erstrebt. Er erscheint vielfach als bloßes Exempel der durch die Säkularisierung drohenden Gefahren und wird gern mit älteren kirchenfeindlichen Richtungen in einen direkten Zusammenhang gebracht. Problematisch bleibt in jedem Fall die „positive“ Tendenz in der anfänglichen Haltung der Kirchen, auch und gerade dann, wenn sie auf die Sympathie für einen „weltgeschichtlichen Abwehrkampf gegen den Bolschewismus“ zurückgeführt wird²⁹. Denn die innere Nähe des Nationalsozialismus zum Bolschewismus stellt ja eine zentrale These auf kirchlicher Seite dar.

Sie ist auch die Mitte der konservativen Konzeption, welche freilich auf dem längsten und schwierigsten Wege zu ihr fand. Denn so gewiß Zeugnisse konservativen Mißtrauens schon in frühester Zeit vorliegen, so gewiß hat konservatives Mitwirken die Umwälzung sowohl in Italien wie in Deutschland überhaupt erst möglich gemacht. Vielleicht ist kein Umstand so kennzeichnend wie der, daß gerade in England noch in den späten zwanziger Jahren die Zahl der faschismusfreundlichen konservativen Schriften Legion war³⁰. Es bedurfte langer, sehr bitterer, sehr tief empfundener Erfahrungen³¹, um einen Wandel herbeizuführen. Bemerkenswert ist dabei, daß nicht so sehr diejenige Richtung des Konservativismus, die dem Nationalsozialismus von Anfang an sehr reserviert gegenüberstand³², zu konkreten und bedeutenden Einsichten in das Wesen des neuen Phänomens gelangte, sondern die zweite, mit dem Nationalsozialismus zunächst zusammengehende Spielart³³. Wo nicht mehr beschrieben, sondern geistesgeschichtlich abgeleitet wird, finden sie sich freilich wieder zusammen, um Hitler zur äußersten Konsequenz Rousseaus und die „Revolution des Nihilismus“ zur Fortsetzerin der Französischen Revolution zu machen³⁴.

Diese Zusammenstellung läßt sehr deutlich den wesentlichen Tatbestand sichtbar werden, daß die überlieferten Formen politischen Denkens gerade durch die Erfahrung des Faschismus und seiner feindlichen Nachbarschaft zum Bolschewismus zu neuen Fronten und Fragestellungen sich fortbilden. Als die bedeutendsten Differenzen sind einmal die von politischer und transpolitischer Auslegung hervorgetreten; zum zweiten die Gegensätze im Resultat, wo nämlich der Faschismus entweder spezifiziert oder mit dem Bolschewismus mehr oder weniger identifiziert wird. Die sozialistische und die politisch-liberale Konzeption gehören zu der ersten

²⁸ Du hast mich heimgesucht bei Nacht, Abschiedsbriefe und Aufzeichnungen des Widerstandes 1933–1945. Hrg. von H. Gollwitzer, K. Kuhn und R. Schneider, München 1954.

²⁹ Walter Künneht, *Der große Abfall*, Hamburg 1947, S. 180f.

³⁰ Charakteristisches Beispiel: James Strachey Barnes, *The universal aspects of Fascism*, London 1928.

³¹ Vgl. z. B. die Dokumentation „Ein NS-Funktionär zum Niemöllerprozeß“, in dieser Zeitschrift 4 (1956), S. 507–515, vor allem S. 515.

³² Erik v. Kuehnelt-Leddihn, *Freiheit oder Gleichheit*, Salzburg 1953.

³³ Hermann Rauschning, *Die Revolution des Nihilismus*, Zürich-New York 1938.

³⁴ H. Rauschning, *Masken und Metamorphosen des Nihilismus*, Wien 1954, S. 161–176.

Gruppe; die transpolitisch-liberale, die christliche und die konservative zur zweiten. Spezifizierend ist die demokratisch-sozialistische Auslegung, schroff entgegengesetzt allein die kommunistische. Schon die politisch-liberale tendiert zur Identifizierung von Faschismus und Bolschewismus – der eigentlichen Zentralthese aller übrigen Konzeptionen.

Das Bild erfährt jedoch eine wesentliche Ergänzung, wenn einige jüngere Auffassungen herangezogen werden, die unter einem engeren Gesichtswinkel dennoch das Ganze in den Blick nehmen.

An erster Stelle ist die jüdische zu nennen, die auf der außerordentlichsten aller Erfahrungen basiert. Nichts ist begreiflicher, als daß sie das ganze Gewicht dieser Erfahrung auf die Schale der Unterscheidung von Nationalsozialismus und Faschismus wirft. Auch der antisemitische Charakter fast aller anderen faschistischen Bewegungen vermag im allgemeinen den auf den Nationalsozialismus gebannt gerichteten Blick nicht abzulenken³⁵. Die Unterscheidung des Nationalsozialismus auch vom Bolschewismus sollte die natürliche Folge sein. Wenn jedoch das Wesen des Stalinismus im terroristischen Vernichtungswillen gegenüber einer Weltverschwörung gesehen wird und insbesondere der trotzkistischen, kann auch hier die Identifizierung vollzogen und der Anschluß an die liberal-konservative Konzeption gewonnen werden.

Eindeutig eine Unterstützung der spezifizierenden Auffassung stellt dagegen die psychoanalytische Betrachtungsweise dar. Sie nimmt vor allem den Stil und die Methode des Faschismus in den Blick: die Entfesselung von Urinstinkten, die Bekämpfung der Vernunft, die Gefangennahme der Sinne durch Schaugepränge und Paraden. Für sie bedeutet dies alles das Auftauchen archaischer Komplexe, die älter als die Nation sind. Damit erklärt sich die Internationalität des Faschismus ebenso leicht wie sein Gegensatz zu dem so viel rationaleren Marxismus³⁶.

Auch die Soziologie stellt mit ihrem Ausgang vom Klassenbegriff ein unentbehrliches Gegengewicht zu den in Europa vorherrschenden identifizierenden Auslegungen dar³⁷. Denn daß Faschismus und Kommunismus nicht dem gleichen Klassensubstrat entstammen, ist klar. Bis zu einem gewissen Grade vermag sie in der westlichen Diskussion die meist fehlende kommunistische Stimme zu ersetzen.

Es kann kaum eindringlich genug darauf hingewiesen werden, daß keine dieser Konzeptionen am Schreibtisch ersonnen worden ist. Die wichtigsten von ihnen sind nichts als Ausformungen härtester, oftmals todbringender Erfahrung Tausender und Hunderttausender von Menschen. Es kann sich für die Wissenschaft daher keinesfalls darum handeln, irgendeine von ihnen hochmütig auszuschließen oder sich in eine andere unkritisch hineinzustellen. Wenn dem Nachgeborenen die lebendigen Erfahrungen nur aus der Distanz zugänglich sind, so muß er diesen

³⁵ Das ist nicht der Fall in dem Buche Hannah Arendts, die übrigen aufgeführten Merkmale finden sich jedoch auch hier.

³⁶ Z. B. Ignazio Silone, Die Schule der Diktatoren, Zürich 1938.

³⁷ Talcott Parsons, Some Sociological Aspects of the Fascist Movement, in „Essays in Sociological Theory“, Glencoe 1954. Vgl. Anm. 64.

Mangel dadurch zu ersetzen suchen, daß er die Leuchtkraft jener Scheinwerfer zu koordinieren trachtet. Die Begrenzung jedes einzelnen wird dann von selbst hervortreten.

IV

Der gangbarste Weg, Empirie und Konstruktion in phänomenologischer Absicht zu verbinden, ist die Ausbildung einer Typologie. Die im folgenden angewandte Methode ist die der Reihenbildung. Zwischen zwei unter einem bestimmten Gesichtspunkt entgegengesetzten Polen werden einige ausgezeichnete, typische, Stellen durch bestimmte Faschismen besetzt. Den ersten Pol bildet eine Erscheinung, die den Erfordernissen des Begriffs noch nicht genügt und daher den Punkt des Ausganges und Abstoßes abgeben kann. Der zweite stellt dagegen einen Richtungspunkt dar, der nur von einer Extremform erreicht wird oder auch bloß ideale Existenz hat. Es gäbe also vier typologische Stellen: die noch-nicht-faschistische des unteren Pols, die unter Umständen präfaschistisch heißen darf; den ersten Punkt des Innenbereichs, der frühfaschistisch genannt werden sollte, wenn die chronologischen Umstände es zulassen, (bei abkürzender Betrachtung kann er als Pol, nämlich als Innenpol, fungieren), die „normal-faschistische“ Mittelposition und den „radikalfaschistischen“ oberen Pol. Die Vermutung, daß es nicht nur diesseits des Faschismus, sondern auch jenseits von ihm eine Realität gebe und daß er sie zu erreichen tendiere, dürfte sich höchstens in einem ganz bestimmten und eingeschränkten Sinne als haltbar erweisen³⁸. Innerhalb der Reihe werden jedenfalls alle Faschismen ihren angemessenen Platz finden können. Durch die Typologie wird also eine Topologie möglich gemacht.

Da der wesentlichen Gesichtspunkte mehrere sind, kann die Anordnung schwerlich immer die gleiche sein. Es ergibt sich wohl ein aus mannigfaltigen Reihen gebildeter Spiegelkreis, in dem jedes Glied jedes andere zu erleuchten vermag. Erst aus der Übersicht über das Ganze läßt sich entscheiden, ob auch Substanzbegriffe wie Frühfaschismus, Normalfaschismus, Radikalfaschismus gebildet werden dürfen und ob eine eindeutige Zuordnung vorgenommen werden kann. Denn die Erfindung eines Idealtyps, also z. B. eines aus den extremsten Zügen aller Faschismen zusammengesetzten bloß vorgestellten Radikalfaschismus, scheint nicht sehr fruchtbringend zu sein.

Die erste Reihe findet zwanglos ihre Ausrichtung zwischen den Begriffen Autoritarismus und Totalitarismus.

Autoritär kann jede Verfassungsform heißen, die einem anderen Bestandteil der obersten Gewalt eine stärkere Stellung gibt als dem Parlament. Im vorliegenden Zusammenhang ist der Begriff jedoch nur dann von Bedeutung, wenn er eine gegen

³⁸ Es ist also nicht etwa die Absicht der Untersuchung, nachzuweisen, daß der Bolschewismus den eigentlichen Faschismus darstelle. Vermutlich ergibt sich dieser Anschein nur unter partiellen Gesichtspunkten. Auch wo die Linie, wie bei der Reihe Autoritarismus–Totalitarismus direkt auf den Bolschewismus zuzulaufen scheint, sollte stets bedacht werden, daß für eine sachgerechte Fragestellung ein anderer Ansatz erforderlich wäre.

das Parlament gerichtete, aber in dieser Intention begrenzte Bewegung voraussetzt bzw. ständig impliziert und wenn der neue Autoritätsträger sich auf eine oder mehrere der etablierten konservativen Mächte mit ihrem in Jahrhunderten ausgebildeten ethisch-ideologischen Kodex stützt, besser: sich glaubwürdig mit ihnen identifiziert.

So richtete Pilsudski 1926 gegen das Parlament seine „moralische Diktatur“ auf, um Polen durch die Abschaffung von „Auswüchsen“ des Parlamentarismus zur „Gesundung“ (*Sanacja*) zu führen. Die Macht, auf die er sich in erster Linie stützte, war die Armee, d. h., es waren die Kader von Pilsudskis eigenen Legionären, die deren Gerippe bildeten. Diese Männer hatten den Staat gegründet und waren insofern eine revolutionäre Macht. Pilsudski selbst war in der Vorkriegszeit bekanntlich einer der Führer der polnischen sozialistischen Partei gewesen³⁹. Noch seine Rebellion vom 12. Mai 1926 wurde durch einen Generalstreik der PPS entschieden. Eine national-sozialistische, in ihrem Charakter revolutionär-plebiszitäre Diktatur wäre also vielleicht möglich gewesen. Pilsudski ging diesen Weg jedoch nicht. Er verbündete sich vielmehr mit dem sozialkonservativen Grundadel und der Kirche. Wenn aber auch schon bald eine dem Staatsgründer ergebene Regierungspartei geschaffen wurde, so hat Pilsudski doch nie grundsätzlich die Pluralität der Parteien und eine ziemlich weitgehende Freiheit der Meinungsäußerung angetastet. Noch die auf seine Person zugeschnittene Verfassung von 1935 setzt sich nach ältester und klassischer Tradition lediglich die Ausgewogenheit demokratischer, aristokratischer und monarchischer Machtfaktoren zum Ziel⁴⁰.

Indessen hatte Pilsudski bereits 1930 einen schweren Verfassungsbruch begangen, als er 70 oppositionelle Parlamentarier in Brest-Litowsk einkerkern ließ, und seine Nachfolger gingen weiter in der Richtung auf eine unkontrollierte, nur einer Einheitspartei verbundene Diktatur von Soldaten-Staatsmännern. Sie wurden aber zu jeder Zeit nicht nur von links, sondern auch von einer organisierten Kraft auf der äußersten Rechten bekämpft, nämlich dem „jungen“ Flügel der ebenso antisemitischen wie antideutschen, aber bereits vom Nationalsozialismus beeinflussten Nationaldemokraten. Die Existenz und die Freiheit dieser Kritik von rechts ist ein sicheres Indiz dafür, daß das polnische Regime trotz gewisser Tendenzen zum (konservativen) Totalitarismus bis zum Ende dem Typus der autoritären Systeme zugehörte⁴¹.

In Ungarn stellte sich die Frage des Verhältnisses der äußersten Rechten zum Staate (und damit das Problem ihrer Gestalt) in drei paradigmatischen Stufen. Man kann sehr wohl die Erfüllungs- und Verzichtspolitik der Ära Bethlen mit der Weimarer Republik, die Regierung Gömbös' mit der allerersten Zeit der Kanzlerschaft Hitlers, als die Konservativen ihren Trommler gezähmt und „eingerahmt“ zu haben schienen, das Regime Szalasi mit der späteren Zeit des Nationalsozialismus vergleichen. Freilich waren die Gegensätze insofern stets milderer Natur, als in

³⁹ Josef Pilsudski, *Gesetz und Ehre*, Jena 1935, S. 11–52.

⁴⁰ Vgl. Hans Roos, *Pilsudski und de Gaulle*, in dieser Zeitschrift 8 (1960), S. 257–267.

⁴¹ Vgl.: *Osteuropa-Handbuch, Polen*, Köln-Graz 1959.

einem Lande, dessen Fahnen 18 Jahre lang auf Halbmast wehten⁴², die Einheit im Revisionswillen ebenso selbstverständlich war wie die gegenrevolutionäre Orientierung. Es fehlte jener prinzipielle Gegensatz, an dem der Faschismus sich erst entzündet. Überdies wurde der Reichsverweser selbst zu den „Männern von Szeged“ gezählt. Und nicht einmal den Grafen Bethlen konnte man im Ernst einen (demokratischen) Liberalen nennen. Die Ungarn begriffen schließlich, was die Nationalsozialisten nie wahrhaben wollten, daß die Erfüllungspolitik eine unvermeidliche Etappe auf dem Wege der Revision war. Man könnte, mit einigen Körnchen Salz, die These aufstellen, daß Ungarn ständig viel zu „faschistisch“ war, um faschistisch werden zu müssen (ungefähr in dem Sinne, in welchem Hitler die Japaner als eine Art „naturfaschistischen“ Volkes bewunderte). Eine Linke existierte praktisch nicht, nachdem Bethlen die Sozialdemokraten (oder was von ihnen übrig war) bereits 1921 auf Staatstreue und nationalen Kurs vertraglich festgelegt hatte. Daher war auch der Übergang von Bethlen zu Gömbös in keiner Weise mit dem Umbruch des 30. Januar 1933 in Deutschland zu vergleichen. Immerhin war Gömbös, der Mann aus dem Volke und oberste Führer der MOVE (Ungarische Assoziation zur nationalen Verteidigung), ein ganz anderer Typ als der liberal-autoritative Aristokrat Bethlen, und zumal die Juden sahen seiner Regierung nicht ohne Bangen entgegen. Aber Horthy starb weder wie Hindenburg, noch ließ er sich entmachten wie Viktor Emanuel. Er band vielmehr seinem Ministerpräsidenten fest die Hände, und Gömbös mußte sogar seinem Antisemitismus mehr oder weniger deutlich abschwören. Ungarn fand jedoch in dieser Zeit den Weg ins Lager der sich abzeichnenden Achse, und nach seinem Wahlsieg von 1935 gerierte sich Gömbös in Balkonansprachen an die versammelte Menge wie seine Vorbilder in Rom und Berlin, ohne auf geistige Gleichursprünglichkeit (nämlich aus dem Jahre 1919) zu verzichten. Zwar war Horthys Stellung nach wie vor so stark, daß er daran denken konnte, Gömbös kurzerhand zu entlassen; dessen Tod verwehrt die Beantwortung der Frage, wie eine etwaige Kraftprobe ausgegangen wäre⁴³. Wollte man aber ohne weiteres die Vergleichbarkeit der ungarischen Situation mit der deutschen in den ersten Monaten von 1933 in Abrede stellen, so müßte man den faschistischen Charakter des Nationalsozialismus von Faktoren wie der persönlichen Energie Hitlers, der Senilität Hindenburgs und der unvorstellbaren Leichtfertigkeit und Schwäche Papens und Hugenburgs abhängig machen.

Daß Horthy den Faschismus in der ganz unverkennbaren Gestalt, wie Ferenc Szalasi Pfeilkreuzler ihn repräsentierten, freiwillig an die Macht gelassen hätte, ist undenkbar. Er dachte über die neue Art von sonderbarem Fanatismus in der Politik nicht anders, als Hindenburg es im deutschen Falle getan hatte; und ihm fehlten nicht wie Hindenburg der Mut und die Energie, an seinen Gedanken festzuhalten. An Szalasi mußte ihn alles befremden, obgleich es sich immerhin um

⁴² Nikolaus von Horthy, *Ein Leben für Ungarn*, Bonn 1955, S. 133.

⁴³ Für Ungarn grundlegend: C. A. Macartney, *October Fifteenth, A History of Modern Hungary 1929–1945*, I. II., Edinburgh 1956.

einen ehemaligen Offizier handelte: der Mystizismus, der an seine Sendung, Ungarn zu retten und durch Ungarn die Welt, unverbrüchlich glaubte; der Wille, die Unterstützung der ärmeren Klassen zu gewinnen; der manchmal hervorgehobene „proletarische“ Charakter der Bewegung; ihre Gewaltsamkeit und die rücksichtslosen Propagandamethoden; aber auch das „hungaristische“ Programm selbst, das über die *restitutio in integrum* des alten Ungarn noch hinausging. So gelang es Szalasi, der für seine Person ein Verehrer des Reichsverwesers und entschiedener Konstitutionalist war, nur unter höchst zweifelhaften Umständen, nämlich im Zeichen der heftigen deutschen Reaktion gegen Horthys Waffenstillstandsangebot im Oktober 1944, die Betrauung mit der Macht zu erlangen. Aber er begann zu einem Zeitpunkt, wo Mussolini endete: nach der Besetzung eines Landesteiles durch den Feind und unter den unübersehbaren Zeichen der endgültigen Niederlage. So formierte sich der Totalitarismus seines Regimes ausschließlich im eisernen Griff des Krieges und hatte spontane oder eigenartige Züge nicht in nennenswertem Maße aufzuweisen.

Anders war es mit der jugoslawischen „Königsdiktatur“ bestellt. Zwar war sie gewiß nicht faschistisch: als König Alexander im Januar 1929 die Skuptschina nach Hause schickte und die Fülle der Gewalt in die eigenen Hände nahm, bewegten ihn nicht Motive sozialer Verteidigung, sondern die verfassungspolitischen Probleme des aus verschiedenartigen Bestandteilen erst jüngst geschaffenen Staates. Und in seinem ersten Aufruf nach dem Staatsstreich versicherte er, daß der Parlamentarismus stets sein Ideal gewesen sei und daß er seine Diktatur nur als Übergangsstadium betrachte⁴⁴. Nie hat irgendein Faschismus sich in dieser Weise als bloßes Mittel verstanden, sei es auch nur mit bloßen Worten. Der liberale Glaube des Königs verhinderte freilich nicht den rasch sich herausbildenden Tatbestand, daß die bestehenden liberalen Einrichtungen, von den Parteien bis zur Pressefreiheit, sehr viel gründlicher unterdrückt bzw. reglementiert wurden, als das in Polen oder Ungarn der Fall war. Da sich der konservative Charakter einer Königsdiktatur (auch wenn sie moderne Reformen einführt) von selbst versteht, stellt dieses Regime ein Beispiel für den konservativen (politischen) Totalitarismus dar.

Vieles spricht dafür, daß auch das Portugal Salazars noch zu diesem Typus gezählt werden sollte⁴⁵. Denn in seinem Grundzug ist der „Estado Novo“ nichts anderes als eine Militärdiktatur, die Glück gehabt hat – das Glück, einen bedeutenden Zivilisten zu finden, der sie zugleich befestigte und verwandelte⁴⁶. Sowohl die Staatspartei der União Nacional wie der Korporativismus sind lediglich Mittel dieser Befestigung und Verwandlung, sie haben keinen selbständigen Ursprung und autonomen Willen. Wenn sie dem Staate auch, verglichen mit der Königsdiktatur, ein anderes Gesicht geben, so sind die Unterschiede kaum essentieller Natur, sowenig die keineswegs fehlenden Spannungen mit der Kirche eine tiefere und aufrichtige Gemeinsamkeit in Frage stellen können.

⁴⁴ Otto Forst de Battaglia, *Prozeß der Diktatur*, Zürich 1930, S. 370.

⁴⁵ Vgl. Max W. Clauss, *Salazars autoritäres Regime*, in dieser Zeitschrift 5 (1957), S. 379–385.

⁴⁶ Oliveira Salazar, *Le Portugal et la Crise Européene*, Paris 1940.

In Spanien dagegen gab es bereits vor der Militärrevolte Francos militante Formationen der extremen Rechten in ihrer charakteristischen Konkurrenzähnlichkeit mit der Linken. Der Name der ersten dieser Vereinigungen ist kennzeichnend genug: Juntas de Ofensiva Nacional-Sindicalista (JONS). Im Februar 1934 verband sie sich mit der von José Antonio Primo de Rivera gegründeten Falange Española, und der Radikalismus des Programms (z. B. Nationalisierung der Banken und Beseitigung der Latifundien) rief viel Mißtrauen auf der alten Rechten hervor. Aber der Ausbruch des Krieges schnitt ihr die eigenständigen Entwicklungsmöglichkeiten ab: alle Führer von Bedeutung fielen, und im April 1937 vereinigte sie Franco, nicht ohne einigen Widerstand zu finden, mit den radikaltraditionalistischen Verbänden der karlistischen „Requetes“ zu der neuen Staatspartei unter seiner Führung: der Falange Española Tradicionalista y de las JONS⁴⁷. Wenn diese Entwicklung sich von derjenigen in Italien und Deutschland unterscheidet, so setzt doch auch hier die Ähnlichkeit der Elemente in Erstaunen. Man könnte, abermals *cum grano salis*, die spanische Situation folgendermaßen durch die italienische erläutern: der junge Faschismus gerät infolge einer gigantischen *settimana rossa* unter die Botmäßigkeit der Armee, die zum Losschlagen veranlaßt wird durch einen Matteotti-Mord à rebours: es handelt sich also sozusagen um einen Faschismus unter Führung Badoglios.

Indessen hinkt der Vergleich schon deshalb, weil er voraussetzt, daß Badoglio an der Spitze des Faschismus der geblieben wäre, der er war. Tatsächlich scheint sich Franco mindestens zeitweise ebenso sehr als Parteiführer wie als Soldat empfinden zu haben, und die Falange wurde nie ein so schmiegsames Instrument wie die União Nacional. Es kann also hinsichtlich Spaniens vermutlich von einem faschistischen politischen Totalitarismus gesprochen werden, und das Regime Franco würde dann den Innenpol der ersten Reihe bilden⁴⁸. Es bedarf aber der Betonung, daß das Wort „politisch“ hier einen ernsthafteren Sinn hat als den einer bloß pragmatischen Unterscheidung. Den kann es nämlich nur dann haben, wenn eine prä- und eine transpolitische Sphäre wirklich angenommen und nicht mit unverbindlicher Handbewegung bloß als möglich hingestellt wird. Davon hängen offenbar auch die Aussichten des Bündnisses mit der Kirche ab. Es besteht Grund zu der Vermutung, daß Franco und die Falange diese Vorbedingung immer erfüllt haben.

Ganz anders war es mit Mussolini bestellt. Mag seine Annäherung an die katholische Kirche seit 1920 auch nicht bloß ein taktisches Manöver gewesen sein, so kann doch darüber kein Zweifel bestehen, daß er in seinen Grundempfindungen immer so achristlich und antichristlich blieb wie in seiner sozialistischen Jugend. Dennoch wäre es nicht ganz exakt, den spezifischen Totalitarismus des Faschismus⁴⁹

⁴⁷ Claude Martin, *Franco. Soldat et Chef d'Etat*, Paris 1959, S. 203f. Vgl. auch neben Hughes (Anm. 13) die sehr viel positivere, die faschistischen Züge abschwächende Darstellung bei R. Pattee, A. M. Rothbauer, *Spanien, Mythos und Wirklichkeit*, Graz o. J. S. 313f.

⁴⁸ Vgl. das Urteil Salvador de Madariagas: *Spanien, Wesen u. Wandlung*, Stuttgart 1955, S. 286.

⁴⁹ Im Blick auf die Jahre 1922–1924 müßte man sich wohl entschließen, von einer autoritären faschistischen Herrschaftsform zu sprechen. Es ist überaus schwierig, das Maß von

einen transpolitischen zu nennen. Er beruht ja gerade auf der Voraussetzung, daß die politische Wirklichkeit die eigentliche Realität des Menschen ausmache. Dieser Totalitätscharakter des Politischen ist aber nicht notwendig mit politischem Totalitarismus identisch, sondern bildet ein viel allgemeineres geistiges Moment der Moderne. Kennzeichnend für den faschistischen „transpolitischen“ Totalitarismus ist vielmehr, daß er einer sinnleeren und bloß formalen Selbsteinschränkung gegenüber den konservativen Überlieferungen nie entraten kann⁵⁰. So konnte es lange Zeit eine vielumstrittene Frage sein, ob eher der Papst Mussolinis Hofvikar oder Mussolini des Papstes Statthalter sei. Aber schon das frühe Mißlingen der konservativen Pläne, Mussolini „einzufangen“ (deren Egoismus wie nichts anderes den Marsch auf Rom möglich gemacht hatte), hätte ein wichtiger Hinweis sein können. Und ein Blick auf Mussolinis Verhältnis zum Königtum hätte genügt, jedenfalls den zweiten Teil der Alternative mit Entschiedenheit zu verneinen. Man kann das Verhältnis von Duce und König nicht einmal, wie Mussolini selbst es freilich nachträglich getan hat⁵¹, als „Dyarchie“ bezeichnen. Ein König, der es zuläßt, daß einem Parteiorgan ein Vetorecht in der Sukzessionsfrage übertragen wird; der es sich gefallen lassen muß, daß sein Ministerpräsident ebenso wie er selbst „Primo Maresciallo dell'Impero“ wird, ist vielleicht noch ein dekoratives Relikt, aber nicht einmal im vagsten konstitutionellen Sinne ein König mehr. Und über die bewaffnete Macht hatte Mussolini, als Inhaber sämtlicher militärischer Ministerien, früh bereits eine Verfügungsgewalt, an die Hitler bis 1938 nicht denken konnte⁵². Es bleibt freilich nicht weniger wahr, daß Mussolini eine Beseitigung der Monarchie nie ernsthaft ins Auge fassen durfte und bis zu seinem Sturz die Pose der Ergebenheit nicht ablegte.

Im deutschen Nationalsozialismus scheint diese Ambivalenz sich bis zur unverhüllten Negativität fortentwickelt zu haben, so daß hier der „eigentliche“ Totalitarismus erreicht zu sein scheint. Als Beleg bietet sich der frühe und heftige Kampf gegen die katholische Kirche an. Es ist indessen unzulässig, verschiedene Faschismen dadurch bestimmen zu wollen, daß man ihr Verhältnis zu derselben Erscheinung untersucht⁵³. Zur Frage sollte einzig das Verhältnis zur jeweiligen konservativen

Zwangsläufigkeit zu bestimmen, das dem Übergang innewohnte. Faktisch wurde er durch den Zufall des Matteotti-Mordes und die bewegungslose Intransigenz der aventinischen Opposition bewirkt. Aber essentiell steckte er mit hoher Wahrscheinlichkeit in der Natur der faschistischen Partei und insbesondere der Miliz.

⁵⁰ Vielleicht wurde das nie so kraß und kennzeichnend ausgedrückt wie von Freisler in seiner Antwort auf die oben angeführte Äußerung Yorcks von Wartenburg: „Und was die Religion anlangt, so ist im Grunde der Nationalsozialismus sehr bescheiden. Er sagt: bitte mache das doch ab, wie du willst, nur bleibe im Jenseits mit deinen Ansprüchen, Kirche; denn die Seelen sollen ja im Jenseits herumflattern; hier auf der Erde gilt unser jetziges Leben“ a. a. O. (vgl. Anm. 24).

⁵¹ In der „Storia di un anno“, zuerst 1944, jetzt auch Opera Omnia XXXIV.

⁵² Hierzu gibt es einen aufschlußreichen Hinweis bei Friedrich Hoßbach, Zwischen Wehrmacht und Hitler, Wolfenbüttel 1949, S. 187.

⁵³ Auf diese Weise wurde die wohl früheste Diskussion über das Verhältnis von Faschismus und Nationalsozialismus eröffnet. 1931 veröffentlichte ANTI-EUROPA einen Brief des „kleriko-

Hauptmacht stehen. Das war in Italien die katholische Kirche, in Deutschland die Armee. Man darf mit den Lateranverträgen nicht das Reichskonkordat, sondern allenfalls jenen „Pakt“ Hitlers mit der Reichswehr unter der Führung Blomberg-Reichenau vergleichen. Wenn sich trotzdem von Anfang an in Deutschland ein anderes und „maßloseres“ Erscheinungsbild ergibt als in Italien, so liegt das auch an der verschiedenrangigen geistig-ethischen Substanz jener beiden Mächte. Andererseits sollte nicht übersehen werden, daß Hitler lange Zeit der Armee viel mehr Verehrung und Ergebenheit bezeigte als Mussolini dem Vatikan. Und erst nach dem gescheiterten Attentat des 20. Juli, d. h. mit seinem „totalen“ Siege über die Armee, gelangte der Nationalsozialismus zur radikalsten Stufe totalitärer Herrschaft. Aber er konnte auf ihr praktisch nicht mehr recht Fuß fassen, weil zum Zeitpunkt des Putschversuches der Krieg bereits unwiderruflich verloren war.

Dieser Gesichtspunkt, der die Herrschaftsform des Faschismus in ihrem Verhältnis zum überlieferten Führungssystem und Normenkodex ins Auge faßt, ist zweifellos sehr wichtig, weil er zugleich die negative Seite jenes Verhältnisses zu den „älteren Freunden“, ohne das kein Faschismus zu denken ist, in ihren Progressionsstufen deutlich macht (die positive ist genügend bekannt und von der sozialistischen Kritik stets stark hervorgehoben worden)⁵⁴; keineswegs jedoch ist er der allein grundlegende. Bedeutender noch ist die Kategorie des Zwecks. Nach ihr kann jedoch erst in der Zusammenfassung aller anderen Perspektiven gefragt werden. Es muß vorerst genügen, noch einige andere Reihen in äußerster Kürze zu skizzieren.

In jedem Faschismus verbinden sich in jeweils eigentümlicher Gestaltung ein nationales und ein soziales Motiv. Man könnte den Faschismus mit einem inhaltvolleren Worte Nationalsozialismus nennen, wenn es nicht gerade ein spezifischer Charakter des Faschismus wäre, daß das sozialistische Element nach einer bestimmten Entwicklungsdauer immer hinter dem nationalistischen zurücktritt und wenn nicht gerade im deutschen „Nationalsozialismus“ diese Tendenz am auffallendsten hervorträte.

Der italienische Faschismus begann 1919 als eine Bewegung der interventionistischen radikalen Linken. Daß er von Anfang an scharf antimarxistische Töne anschlug, hinderte ihn nicht, die praktische Identität seines Programms mit dem der

faschistischen“ Schriftstellers Anton Hilckmann, worin er seine römischen Freunde vor der antilateinischen Natur des „Hitlerismus“ warnt, der in Wahrheit der Antipode des Faschismus sei (S. 1728–1730). Im weiteren Verlauf der Diskussion meldeten sich u. a. Rosenberg, Jelusich und Wundt zu Wort.

⁵⁴ Als Beispiel für die oftmals frappierende Ähnlichkeit der Förderung der faschistischen „Jugend“ durch das konservative „Alter“ in den verschiedensten Ländern Europas sei noch auf Codreanus Bericht über seinen Freispruch in Turnu-Severin (1925) hingewiesen. Wegen einer schweren Gewalttat angeklagt und fern von seiner Hochburg Jassy vor Gericht gestellt, kann er unter den Sympathiekundgebungen der Zuhörer erklären, er habe alles nur aus Liebe zum Vaterland und im Glauben an das Volk getan. Schließlich wird er in einem Sturm der Begeisterung freigesprochen: „Die Geschworenen sitzen auf ihren Sesseln. Jeder trägt auf der Brust ein blaugelbrottes Band mit dem Hakenkreuz“ (a. a. O. S. 206). Anschließend kehrt er in einer wahren Triumphfahrt nach Jassy zurück. Die Suche nach Parallelen ist nicht schwierig.

Sozialisten herauszustreichen und das Unterscheidungsmerkmal einzig in dem nationalen Vorzeichen zu sehen, das man der sozialistischen Klammer voransetzen wolle, wie man es ihr bereits im Kampf um die Intervention vorausgesetzt habe. Die unverkennbaren Ressentimentempfindungen des Nachkriegsnationalismus fehlen bei Mussolini zunächst und aus einleuchtenden Gründen – erst d'Annunzios Fiume-Abenteuer führt ihn auf diesen Weg und damit zu jener folgenreichen Verwürfelung beider Motive, die unter kapitalistischen Bedingungen das sozialistische Element praktisch ausschaltet: der Vorstellung vom Kampf der ausgebeuteten gegen die ausbeutenden Völker. Die ganze folgende Geschichte des italienischen Faschismus ist die Geschichte einer Entwicklung nach rechts, die freilich von A-tavismen durchsetzt bleibt und nie darauf verzichtet, die Waffe, die die Organisationen der Arbeiterschaft zerschlug, als Damoklesschwert im Blickfeld der Industriellen und Agrarier zu belassen.

Wenn der Antisemitismus die Hauptidee der Eisernen Garde war, so scheint sich darin ein Vorwalten des sozialen Motives auszudrücken, und die Vermutung liegt nahe bei einem Lande, dessen kaufmännische Mittelschicht nahezu ausschließlich von Juden gebildet wurde. Daher könnte man geneigt sein, die Eisernen Garde jenen unklar revolutionären antisemitischen Volksbewegungen der Zeit vor dem ersten Weltkrieg wie der hessischen Bauernpartei des Dr. Boeckel zu vergleichen, zumal wenn man bedenkt, daß in späterer Zeit die Legionäre eigene Handelsunternehmungen ins Leben riefen. Aber entscheidend ist gerade jenes Einschränken und Abbrechen der sozialen Tendenz, die nicht bis zu jenem frühen und naiven Kampfruf „Gegen Junker und Juden“ gelangte, weil sie das Bojarenproblem aussparte und ein Bündnis mit den Bauern lediglich gegen die „Juden und Politiker“ anstrebte. Vielleicht ist gerade auf diese eigentümliche Halbheit die überschießende Radikalität von Codreanus Antisemitismus zurückzuführen, der Leben und Tod des rumänischen Volkes auf dem Spiele sah, während es sich in Wahrheit nur um die Frage größerer oder geringerer Entwicklungsmöglichkeiten des entstehenden rumänischen Bürgertums handelte.

Der deutsche Nationalsozialismus hatte weder mit einer gewaltigen revolutionären Bewegung der Arbeiterschaft sich auseinanderzusetzen, wie der italienische Faschismus, noch sah er ein Judentum vor sich, das ein kompakter und zahlenmäßig starker sozialer Faktor war, wie es die Eisernen Garde tat. Aber er entstand in einem besiegten, potentiell jedoch immer noch überaus starken Lande. Deshalb überwiegt bei ihm von Anfang an ganz unverhältnismäßig stark die nationalistische Komponente. Was das Programm an pseudosozialistischen Phrasen enthält, ist der Rede nicht wert; gewisse Tendenzen im Unkreis der „Nationalsozialistischen Briefe“ sind zwar interessant, aber nicht bedeutend. Wie vollkommen der sachliche Gehalt des Begriffs „Sozialismus“ aufgelöst ist, zeigt mit frappierender Deutlichkeit ein Zitat aus einer Rede Hitlers, die 1929 in Hersbruck gehalten wurde: „Nationalismus und Sozialismus sind zwei sich ergänzende Begriffe. Indem ich Nationalist bin, kämpfe ich für mein Volk; indem ich Sozialist bin, verrete ich mein Volk der ganzen Welt gegenüber. Die zwei Begriffe, die unser Volk zerrissen

haben, werden damit zum zusammenschmiedenden Ideal⁵⁵.“ Aber das ausgetriebene soziale Motiv verschwindet nicht. An seiner Stelle und aus seinen Kräften war längst ein Antisemitismus emporgewachsen, der seinen universalen und mythologischen Charakter gerade nicht aus der Stärke, sondern aus der Schwäche seines realen Gegenstandes gewinnt.

Indessen erlaubt die Bedeutung, die der Antisemitismus für nahezu jeden Faschismus hat, ihm zum Bildungsprinzip einer eigenen Reihe zu machen. Es ist nämlich ein Irrtum zu glauben, daß der englische Faschismus wegen des bekannten englischen Verhältnisses zum Alten Testament oder der junge italienische Faschismus wegen der geringen Anzahl von Juden in Italien nicht antisemitische Züge aufgewiesen hätten. Beim frühen Mussolini handelt es sich zwar eher um momentane Regungen und Tendenzen, doch sind sie bezeichnend genug, nicht zuletzt für die antideutsche Wendung, die der Antisemitismus außerhalb Deutschlands fast stets erhält. So kommentiert Mussolini die Nachricht von der bolschewistischen Machtergreifung am 11. November 1917 folgendermaßen: „Hindenburg ist nicht nach Petersburg gegangen, einfach weil nach Petersburg Lenin zurückgekehrt ist, alias Uljanow oder – mit dem wahren Tauf- und Rassenamen – Ceorbaum⁵⁶. . . . Die anderen drei Herren, die die bolschewistische Tetrarchie bilden, haben diese Namen: Apfelbaum, Rosenfeld, Bronstein. Wir sind, wie jeder sieht, mitten im echten Deutschland (in piena autentica tedescheria)⁵⁷.“ Immerhin ist diese Tendenz so wenig vorherrschend, daß nicht der Antisemitismus schlechthin als Konstituens des Faschismus gelten darf, sondern nur die Tendenz zu ihm oder einer Ersatzform. Gerade die Beispiele des jungen Mussolini und auch Mosleys lassen die Vermutung gerechtfertigt erscheinen, daß der Faschismus um so weniger antisemitisch ist, je entschiedener er sich, ohne Möglichkeit der Mystifizierung, in große soziale Kämpfe gestellt sieht.

Die „Normalposition“ würden dann Länder einnehmen, wo es wirklich eine jüdische Frage als soziales Problem gab. Aber die Bildersprache Codreanus zeigt deutlich, daß auch bei ihm der Antisemitismus schon den überschießenden Charakter einer Metaphysik angenommen hat: die Juden sind ihm Raubinsekten, Krebsgeschwür, Eiterbeulen, Ursachen der Rassenzersetzung des rumänischen Volkes und Zerstörer seiner seelischen Geschlossenheit.

Doch erst Hitler war es vorbehalten, alle Klassenkämpfe und alle „naturwidrigen“ Auseinandersetzungen der Weltgeschichte auf sie zurückzuführen⁵⁸.

Auch für die merkwürdige Verschlingung partikularer und universaler Tendenzen, die in jeder faschistischen Bewegung sichtbar wird, ist der Antisemitismus zwar nicht schlechthin konstitutiv, aber doch mehr als ein bloßes Moment.

Codreanu, dessen Blick sonst ganz ausschließlich auf Rumänien gerichtet ist, tritt in die Spur einer in Bukarest besonders greifbaren Tradition, wenn er schon

⁵⁵ Adolf Hitler in Franken, Nürnberg 1939, S. 144.

⁵⁶ Offenbar eine Verwechslung mit Martow (Zedernbaum).

⁵⁷ Mussolini, Opera Omnia, X, S. 41.

⁵⁸ Vgl. „Libres Propos sur la Guerre et la Paix“, Paris 1952, § 128.

früh meint, zur Bekämpfung des internationalen Judentums sei ein internationaler Plan erforderlich. (In der rumänischen Hauptstadt hatte 1886 der erste Kongreß der eben gegründeten Alliance Anti-israélite Universelle stattgefunden.)

Bei Mussolini war dagegen wohl das geheime Fortwirken seiner internationalistischen Jugendüberzeugungen die Ursache, daß seinem Faschismus von Anfang an universelle Tendenzen innewohnen. Es ist fraglich, ob sein berühmtes Wort, der Faschismus sei keine Exportware, zu irgendeinem Zeitpunkt ernst gemeint war. Denn schon im Jahre 1920 hatte er Kontakte mit Rumänien gehabt zu dem Zweck, in Bukarest ein „Aktionsorgan parallel zu den Fasci di Combattimento“ entstehen zu lassen⁵⁹. Später begrüßte er mit großer Unbefangenheit „faschistische“ Tendenzen in anderen Ländern (sogar wenn es sich um Doumergue oder Roosevelt handelte) und sah in sich selbst mehr und mehr den Erfinder eines Rezepts gegen die sozialen Weltübel. Als er freilich seinen alten Freund Pavelitsch endlich in Agram an die Macht bringen konnte, da war von internationaler faschistischer Solidarität wenig zu spüren, und mit der Annexion nicht nur Dalmatiens, sondern sogar der Provinz Ljubljana gab die faschistische Großmacht Italien ihren kroatischen Freunden den Leichenschmaus schon auf der Hochzeitsfeier.

Noch sehr viel verwirrender ist diese Verschlungenheit in Deutschland. Denn was ist „Rasse“ anderes als das durch radikalste Partikularisierung zu einer ungeschichtlichen Pseudouniversalität gelangte Volk? Daher frappiert an der nationalsozialistischen Politik während des Krieges und noch in den spätesten Äußerungen Hitlers und Himmlers ein Zweifaches gleichermaßen: einmal die unvorstellbare Leichtfertigkeit, mit der die geschichtliche Volksrealität durch „Umvolkung“ und „Eindeutschung“ einer bloß vorgestellten Rasse geopfert wird; zum anderen aber die tief eingewurzelte Engherzigkeit, die den bedingungslosen Vorrang Deutschlands nur zu einer bis dahin unbekanntem Radikalität steigert. Damit stimmt es gut zusammen, wenn der Nationalsozialismus, dem doch angeblich die Lösung des Weltproblems aufgetragen ist, immer wieder als eine Art deutschen Privat-Zaubermittels betrachtet wird, das den anderen Völkern sorgfältig vorenthalten werden muß.

Im Verhältnis zu den anderen Faschismen wird die Probe auf den faschistischen Universalismus gemacht. Wäre der Faschismus nur ein verschärfter Nationalismus, so bestände das Problem gar nicht. Wäre er andererseits wirklich internationale Abwehr des internationalen Feindes, so wäre es von vornherein beantwortet. In Wirklichkeit birgt jeder Faschismus beide Richtungen in sich, und ihr Miteinander hat nie etwas anderes herbeigeführt als wechselseitige Schwächung.

Das klassische Beispiel ist das Italien Mussolinis. Schon in des Duce ersten Äußerungen zur Machtergreifung Hitlers kommt eine eigenartige Mischung von realpolitischer Besorgnis und ideologischem Stolz zum Vorschein, die nur temporär von der bekannten Politik entschiedenster Festigkeit ins Eindeutige gekehrt wird. Be-

⁵⁹ Opera Omnia XVI, S. 450.

reits vor Stresa lassen sich in einem ungezeichneten Artikel des *Popolo d'Italia* die ersten und schwerwiegenden Anzeichen einer Annäherung an Deutschland finden, und sie sind durch und durch ideologischer Natur (Bewunderung für die deutsche Bevölkerungspolitik, deren Erfolge ein unwidersprechlicher Beweis der deutschen und nationalsozialistischen Zukunft seien)⁶⁰. Der Stahlpakt ist ein Bündnis zwischen Regimen, d. h. Ideologien. Aber Cianos Tagebücher zeigen einen Mussolini, der ebenso häufig mit seinem Volk gegen die „Barbaren“ wie mit den nordischen Herrenmenschen gegen sein eigenes Volk empfindet und der daher ohne Linie zwischen Resignation und Eitelkeitsauflehnung schwankt wie ein Schilfrohr im Winde.

Doch auch Hitler hatte für das Bündnis mit Italien keineswegs nur realpolitische Gründe; und wenn er ihm auch nie wesentliche deutsche Interessen geopfert hat (von dem frühen Verzicht auf Südtirol abgesehen), so hat er bei seinen letzten Gesprächen⁶¹ in ihm doch bezeichnenderweise einen der Hauptgründe der deutschen Niederlage erblicken wollen. Aber der Grund dieses Grundes war ausschließlich er selbst, der Nationalsozialist Adolf Hitler, der keinen Mann in Europa so sehr bewundert hatte wie den Duce der Faschisten, weil Mussolini als erster in Europa ‚den Marxismus zerschlagen‘ hatte.

Die Einseitigkeit eines Poles verkörpern jedoch weder Hitler noch Mussolini. Auf der einen Seite stehen vielmehr alle jene Faschismen, die sich während des Krieges und virtuell teilweise bereits vorher dem stärksten unter den ideologisch Verbündeten verschrieben gegen all das, was man bis dahin „nationales Interesse“ genannt hatte und was die weit überwiegende Majorität des Volkes auch weiterhin so nannte. Es ist dies der Fall der Quisling-Regierungen, aber auch der Parteien Dorjots und Déats und aller Kollaborateure aus Überzeugung. Daß sie sich damit nicht nur von ihrem Vaterlande, sondern auch von einem Grundgesetz des Faschismus entfernten, macht die Tragödie dieser Menschen außerhalb von allen Lagern aus.

Dieser Erscheinung schroff gegenüber, und doch ebenso radikal wie sie nur das eine der beiden Momente ausbildend, steht der Austrofaschismus, dessen Lebensgrund seit 1935 der Widerstand gegen den Zugriff des Nationalsozialismus war. Es hat ihm an Härte nicht gefehlt. Die Methoden des Kampfes gegen den politischen Gegner waren in Österreich von 1933 bis 1938 nicht sehr viel milder als im gleichzeitigen Deutschland⁶² (freilich durch eine viel greifbarere und aktivere Drohung veranlaßt). Doch auch den Österreichern stellte sich das soziale Gesetz, nach dem sie angetreten waren, auf ganz eigentümliche Weise der nationalen Selbstbehauptung in den Weg: als verschworene Anti-Marxisten konnten und wollten sie zu keiner Verständigung mit der SPÖ kommen und gruben ihren potentiellen Ver-

⁶⁰ *Opera Omnia* XXVII, S. 36.

⁶¹ *Le Testament Politique de Hitler*, Paris 1959, S. 101 ff.

⁶² Vgl. Franz Winkler, *Die Diktatur in Österreich*, Zürich-Leipzig 1935 (Winkler war bis zum 21. September 1933 Vizkanzler im Kabinett Dollfuß).

bündeten in den Februarkämpfen von 1934 ein so breites Grab, daß es wenig später auch sie selbst aufzunehmen vermochte.

Aber nicht nur zum Freunde, sondern auch zum Gegner zeigen die Faschisten ein tief ambivalentes Verhältnis. Denn diese Gegnerschaft setzt eine eigenartige Nähe geradezu voraus. Bis auf José Antonio Primo de Rivera und Oswald Mosley ist kein Aristokrat unter den Gründern eines Faschismus gewesen. Alle waren Kinder des demokratischen Zeitalters – alle aber auch seine erbitterten Gegner. Und diese Paradoxie erschöpft den Sachverhalt noch nicht.

Am wenigsten trägt ein Mann wie Codreanu die Züge des Gegners im eigenen Gesicht. Die Vorstellung, daß nicht die Juden, wohl aber die Rumänen das ausgewählte Volk seien, blieb ihm fern.

Anders bei Hitler. Unter gewissen Gesichtspunkten ist seine „Weltanschauung“ nichts anderes als ein Spiegelbild der jüdischen Auffassung, wie er sie sich vorstellte. Seine Tischgespräche verraten mit schlagender Deutlichkeit, wie nah er all demjenigen innerlich stand, wogegen ihn einst die ratlose führende Schicht als Retter erkor oder mindestens akzeptierte. Seine Bewunderung für Stalin (deren rein formalen Charakter man allerdings nicht übersehen sollte) ist oft nicht ohne Grund als verräterische Selbstenthüllung gekennzeichnet worden.

Noch bezeichnender ist aber der Fall Mussolinis. Es ist in eingehender Textinterpretation nachgewiesen worden⁶⁸, daß nicht ein romantischer „revolutionärer Syndikalist“, sondern ein entschiedener Marxist sich bei Kriegsausbruch nicht ohne marxistische Begründung von seiner Partei trennte und daß einige sehr eigenartige Merkmale, die Mussolinis Marxismus ohne Zweifel aufweist, alles andere als bloße Velleitäten waren. Da auch die sehr bedeutende Rolle, die Mussolini im PSI spielte, im allgemeinen wenig bekannt ist, wird allzu häufig übersehen, daß mit ihm eine der wichtigsten Persönlichkeiten des Vorkriegssozialismus zum Faschismus überging. Doch die lebendige Nachwirkung von nahezu fünfzehn Jahren des Marxismus läßt sich bei ihm auf Schritt und Tritt aufweisen, eine eigentümliche und eifersüchtige Auseinandersetzung mit Lenin geht durch sein ganzes faschistisches Leben.

Ihren auffallendsten Ausdruck erreicht diese Nähe in einem Manne wie Jacques Doriot, der nicht nur Marxist, sondern auch Mitglied einer stalinistischen Parteiführung war. Aber vielleicht ist die Wendung „nicht nur . . ., sondern auch“ unpassend, und überdies wird die Bedeutung des Falles Doriot durch den späten Zeitpunkt der Konversion gemindert.

Gerade diese Feststellungen sind geeignet, Sinn und Grenzen der soziologischen Frage nach dem Substrat des jeweiligen Faschismus zu bestimmen. Daß der Faschismus eine Reaktion enttäuschter und gefährdeter Mittelschichten sei, ist eine ganz frühe und am italienischen Beispiel gewonnene These. Aber die Bürgermiliz, die der Faschismus in der ersten Periode seines Aufschwungs tatsächlich darstellte, wäre vermutlich irgendwann und irgendwie in den Rahmen des traditionellen politischen Lebens zurückgekehrt, wenn der Erregung der jungen Studenten und

⁶⁸ Vgl. Nolte, *Marx und Nietzsche* . . . (Anm. 1).

ehemaligen Offiziere nicht die Gegenwart der abgespaltenen Revolutionäre um Mussolini einerseits, die Unterstützung durch die radikalen Ideologen der Rechten um Corradini andererseits die notwendige Konsistenz und Härte gegeben hätte. Gewiß ist der Faschismus in Italien und Deutschland hauptsächlich von „den Mittelschichten“ unterstützt worden, aber bereits vor seinem Siege hatte er Teile der Arbeiterschaft abgesprengt und unter Großbürgern und Aristokraten beträchtliche Fortschritte gemacht. Der „faschistische Charakter“ wird nicht primär durch die Klassenzusammensetzung der (zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten u. U. variierenden) Anhängerschaft konstituiert, sondern gerade durch die relativ „klassenlose“ Erscheinung der Führungsschicht und ihr spezifisches, überall aus ähnlichen politischen und historischen Quellen sich nährendes Selbstverständnis. Es ist gewiß verdienstlich zu untersuchen, mit welchen Prozentzahlen Codreanu von Studenten und Bauern, Gömbös von Studenten und Angehörigen des öffentlichen Dienstes, Hitler von Studenten, entlassenen Offizieren, Händlern und Arbeitern unterstützt wurde: das Ergebnis wird mehr über den soziologischen Zustand des betreffenden Landes als über das Spezifische seines Faschismus aussagen⁶⁴. Es muß daher fraglich scheinen, ob dieser Gesichtspunkt geeignet ist, eine eigene „Reihe“ im Rahmen der Typologie des Faschismus zu begründen. Denn niemals ist der Faschismus eine selbständige Bewegung der Arbeiterklasse oder auch nur aus deren Situation und Denkweise entwickelt; niemals ist er primär eine Sache der Aristokratie und des Großbürgertums. Dazwischen weist er die größte Mannigfaltigkeit auf – unbeschadet seines einheitlichen Charakters. Es ist im Einzelfall nicht leicht zu entscheiden, ob bestimmte Gesichtspunkte wesentlich oder bloß erläuternd sind, d. h. ob sie reihenbildend sein können oder nicht. Daß die erste

⁶⁴ Zuletzt hat Seymour Martin Lipset eine soziologische Analyse verschiedener Faschismen gegeben („Der ‚Faschismus‘. Die Linke, die Rechte und die Mitte“, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 11. Jg. 1959, S. 401–444). Während er auf der einen Seite in der üblichen Weise einen „echten“, von den Mittelklassen getragenen Faschismus den autoritären Regimes der Rechten und dem Peronismus als einer Bewegung der Arbeiterklasse gegenüberstellt, neigt er zugleich dazu, alle drei als die „faschistischen“ Extremformen den gemäßigten und parlamentarischen Tendenzen der entsprechenden Schichten entgegenzusetzen. Dabei fällt auf den Peronismus eine Last, der er unmöglich gewachsen sein kann.

Das Problem des Peronismus ist exakt nur dann zu stellen, wenn die ideologische Herkunft Perons und seiner Mitkämpfer aus der Armee, vor allem die Verbindungen mit dem faschistischen Italien, seine Stellung zum Kommunismus und zu gewissen Selbständigkeitsbestrebungen der Gewerkschaften ebenso berücksichtigt werden wie die Sozialpolitik und die Unterstützung durch die Arbeiterschaft. Notwendig wäre auch der Vergleich mit Faschismen, die sich in einem ähnlichen, „linken“, Entwicklungsstadium befanden sowie mit einem echt sozialrevolutionären System wie demjenigen Fidel Castros. Der Untersuchung wert wäre ebenfalls das Experiment Getulio Vargas'. Vom Ergebnis derartiger Forschungen würde es abhängen, ob und inwiefern der Faschismus als „europäisches“ Phänomen bezeichnet werden sollte. Vgl. Gerhard Masur, Der vergessene Kontinent, Lateinamerika zwischen Diktatur und Demokratie, in dieser Zeitschrift 7 (1959), S. 24–45. Eine abermalige Ausweitung erfährt die Fragestellung, wenn Japan in sie einbezogen wird. Vgl. Paul Ostwald, Japan und die westliche Ideenwelt, ebenda 1 (1953), S. 243 ff.

Gruppe hier nicht erschöpft, die zweite nicht einmal angedeutet worden ist, liegt auf der Hand.

Die Skizze genügt jedoch, um zwei wichtige abschließende Schritte zu tun. Der erste betrifft jene Reihe, die die wichtigste ist, weil in ihr der Zweck zum bestimmenden Gesichtspunkt wird. Sie muß mehr als die übrigen mit allen anderen ständig zusammengedacht werden und läßt sich in äußerster Kürze folgendermaßen umreißen:

Auf dem Außenpol (noch nicht Faschismus) stände der Kemalismus, ursprünglich reine Verteidigungsdiktatur der tödlich bedrohten Nation, nach dem Siege sich forttreibend zur Entwicklungsdiktatur, die ein weit zurückgebliebenes Volk mit hartem Griff und in scharfer Entgegensetzung zu einer großen imperialen Vergangenheit auf den Standpunkt der allgemeinverbindlichen Zivilisation heben will⁶⁵.

Diktatur, Herrschaft eines Einzelnen oder einer kleinen Gruppe, ist notwendig der formale Charakter eines Regimes, das sich einer außerordentlichen Situation gegenübergestellt sieht oder von sich aus außerordentliche Aufgaben zu lösen unternimmt. In einem engeren Sinne sollte von Diktatur gesprochen werden, wenn die Aufgabe einer objektiven, meist allgemein empfundenen Notwendigkeit entspricht. Ein naheliegendes Beispiel wären die Kriegsdiktaturen Ludendorffs oder Clemenceaus. Dagegen sollte von Despotie die Rede sein, wo der Wille des führenden Mannes und seiner Gruppe sich Ziele setzt, die weder objektiv notwendig noch weithin subjektiv empfunden sind. Kennzeichen aller faschistischen Herrschaft ist, daß einer Diktatur, die ihren Seinsgrund und ihre Rechtfertigung bildet, eine Despotie gleichsam aufsitzt, deren Zwecke mehr und mehr bestimmende Macht gewinnen.

So ist der italienische Faschismus zunächst Festigungsdiktatur einer bedrohten sozialen Ordnung. Im weiteren Verlauf nimmt er Züge einer Entwicklungsdiktatur an, deren objektive Notwendigkeit in einem Lande wie Italien jedoch zweifelhaft ist. Insofern ist der Schritt nicht weit zur Prestigedespotie und weiter zur Raumeroberungsdiktatur⁶⁶, als die, dem Gesetz der italienischen Geschichte und Mentalität zuwider, unter deutschem Einfluß die Herrschaft des italienischen Faschismus endete.

Der Nationalsozialismus kam zur Macht als Diktatur der nationalen Restitution, die zugleich eine Wiederherstellung des erschütterten sozialen Gebäudes zu sein schien. Als solche errang er seine „unblutigen“, wenn auch gewiß nicht gewaltlosen Erfolge, als solche gewann er weite Zustimmung im Volke. Im Grunde trug wohl der kaum verborgene Wille zur Eroberung von „Lebensraum“ schon diktatorischen

⁶⁵ Bernard Lewis, *The Emergence of Modern Turkey*, Oxford 1961, vor allem S. 254–287, 473–480.

⁶⁶ Raumeroberungsdiktatur ist etwas anderes als Imperialismus. Sie verhält sich zu ihm wie das Prinzip zum Faktum. Kein europäischer Imperialismus ist aus dem Rahmen der Zivilisationsidee herausgetreten (wenn auch oft genug aus der zivilisatorischen Praxis); jeder hat sich dadurch prinzipiell selbst beschränkt. Mussolinis Äthiopien-Unternehmung nimmt eine eigenartige Zwischenstellung ein.

oder despotischen Charakter; in seiner letzten Intention war der Nationalsozialismus jedenfalls eine von den „einleuchtenden“ Zielsetzungen und dem Volkscharakter nur hilfswise getragene Despotie, nämlich Weltheilungsdespotie: aber nicht im gewöhnlichen universalistischen Sinne verstanden, sondern als Heilung der Welt von der sozialistisch-jüdischen Erlösungsidee und zur naturgewollten, nur temporär gefährdeten, Herrschaft der germanischen bzw. arischen Rasse.

Diese letzte Reihe macht es nicht nur wahrscheinlich, daß der italienische Faschismus und der deutsche Nationalsozialismus, obgleich sie keineswegs in allen Reihen die entsprechende Position einnehmen, als „Normalfaschismus“ und „Radikalfaschismus“ bezeichnet werden dürfen, sondern sie ermöglicht im Verein mit den anderen als beste Frucht der Typologie eine erste Wesensbestimmung des Faschismus als solchen, die freilich nur durch eine weit umfassendere Darstellung, als sie an dieser Stelle möglich ist, zur vollen Anschauung gebracht werden kann. Weder der Antiparlamentarismus noch der Antisemitismus ist geeignet, das Kriterium des Begriffs Faschismus zu bilden. Die eine Bestimmung ist zu weit, die andere zu eng. Ganz unpräzis wäre eine unterscheidungslose Kennzeichnung als Antikommunismus; offenkundig irreführend aber wäre eine Definition, die dieses fundamentale Merkmal nicht genügend betonte oder gar ganz fortließe. Sowohl der spezifizierenden wie der identifizierenden Konzeption muß ihr Recht widerfahren. Daher liegt es nahe, zu sagen:

Faschismus ist Antimarxismus, der den Gegner durch die Ausbildung einer radikal entgegengesetzten und doch benachbarten Ideologie und die Anwendung von nahezu identischen und doch charakteristisch umgeprägten Methoden zu vernichten trachtet, stets aber im undurchbrechbaren Rahmen nationaler Selbstbehauptung und Autonomie⁶⁷.

Diese Wesensbestimmung impliziert: daß es ohne Marxismus keinen Faschismus gibt, daß der Faschismus dem Kommunismus zugleich ferner und näher ist als der liberale Antikommunismus, daß er notwendig mindestens die Tendenz zu einer radikalen Ideologie aufweist, daß überall da von Faschismus nicht gesprochen werden sollte, wo nicht wenigstens Ansätze zu einer der „marxistischen“ vergleichbaren Organisation und Propaganda vorhanden sind.

Sie macht es möglich, konkrete Unterscheidungen zu treffen. So ist es, wenn sie richtig ist, nicht zulässig, auch nur die extremsten der Alideutschen Faschisten zu nennen, weil bei ihnen die entsprechende Praxis fehlt und im allgemeinen nicht der Marxismus als Hauptgegner im Blick steht. Beides ist in Ansätzen der Fall bei Stoeckers Christlich-Sozialen, aber hier fehlt selbst der Anfang jener radikal ent-

⁶⁷ Die Definition nimmt als isolierte keine Originalität in Anspruch. Die grundlegende Paradoxie ist bereits im Begriff „konservative Revolution“ enthalten. G. A. Rein („Bonapartismus und Faschismus in der deutschen Geschichte“, Göttingen, um 1960) kennzeichnet den Faschismus als Gegenrevolution auf dem Boden der Revolution. Wie die Bestimmung Leben und Farbe erst im Gesamtrahmen der Phänomenologie gewinnt, so erhalten nur in ihr Termini wie „benachbart“, „nahezu identisch“ oder ein Begriff wie „Ideologie“ eine klar umrissene Bedeutung.

gegengesetzten Ideologie. Umgekehrt gibt es keinen Anlaß, jeden Gegner Hitlers in seiner Partei oder auch den anderen Gruppen der extremen Rechten von vornherein für einen Nicht-Faschisten zu erklären.

Sie macht es schließlich begreiflich, inwiefern es Stufen des Faschismus geben kann: je nach der Entwicklung der Ideologie und dem stärkeren Hervortreten eines der beiden Hauptmomente, des pseudosozialistischen oder des elitären bzw. rassistischen, je nach der Entschiedenheit des Vernichtungswillens, je nach der Energie der Praxis. Aber dieser Begriff ist nicht nur in dem Sinne ein „teleologischer“, daß ein Vorhandenes auf unvollkommenere oder vollkommene Weise verneint werden kann: seine merkwürdigste Eigenart ist die, daß es gerade seit dem Ende des ersten Weltkrieges den Marxismus als eindeutig identifizierbares politisches Phänomen nicht mehr gab, daß mithin der Gegner, dem es eine möglichst perfekte Negation entgegenzustellen gilt, mehr oder weniger zugleich ein konstruierter ist. Daraus erklärt sich die außerordentliche Variationsbreite des Faschismus und jene eigentümliche, wenn auch gewiß begrenzte, Fähigkeit zur Lösung von den frühesten Formen seines Auftretens, die in der Geschichte des italienischen Faschismus oder auch im Hitler-Stalin-Pakt besonders auffällig in Erscheinung tritt. Aber selbst die markierteste Stufendifferenz hebt die Einheit des Wesens nicht auf, d. h. die Übereinstimmung in Ausgangspunkt und Richtung der Tätigkeit und des Selbstverständnisses. Die Tatsache allerdings, daß sogar diese politische Definition ein nicht rein politisches Element in sich aufnehmen muß, legt die Vermutung nahe, daß die erste Bestimmung durch eine allgemeinere zu ergänzen wäre. Dazu bedürfte es jedoch eines anderen Rüstzeuges, als es hier bereitgestellt werden kann.

V

Die Schwächen der typologischen Betrachtungsweise würden indessen auch dann hervortreten, wenn an die Stelle der thesenartigen Knappheit eine ruhigere und detailliertere Entwicklung träte. Auch sie vermöchte ein ungeheures Material nur zu „handhaben“. Auch sie entginge nicht dem Schicksal und Fluch des Wortes, unter isolierenden Gesichtspunkten sehr Entgegengesetztes zu einer täuschenden Einheit bringen zu können, jener Versatilität der Rede, die Vorbedingung der Wahrheit und doch in sich selbst bereits Stigma der Unwahrheit ist. Selbst das kritischste Bewußtsein neigt innerhalb der Typologie zu sehr zur Konstruktion. Die Typologie macht den Gegenstand nicht genügend lebendig und geht zu wenig ins unterscheidende Detail. Sie spricht z. B. vom ‚Marxismus‘, aber so, als ob er eine allgemein bekannte Wertmarke wäre. Sie charakterisiert Hitler, führt aber aus Zehntausenden von Aussprüchen allenfalls zwei oder drei an. Auf der anderen Seite bezieht sie sich unmittelbar auf einen unermesslichen Gegenstandsbereich, den kein Mensch zureichend zu beherrschen vermag. So müßte man zum Beispiel, um Ferenc Szalasi und den Pfeilkreuzlern ganz gerecht zu werden, sein umfangreiches Tagebuch kennen. Aber selbst aus der geringen Zahl derer, die Ungarisch verstehen,

wird nur ganz wenigen Forschern das Manuskript zugänglich sein. Typologie kann daher nicht primär auf Quellenstudium beruhen. Wenn sie auch eine Synthese von Empirie und Konstruktion darstellt, so liefert sie sich doch jeweils einem der beiden Elemente wieder viel zu sehr aus.

Ein anderes kommt hinzu. Da die Typologie vieles vor Augen hat, vergleicht sie in erster Linie das, was häufig hervortritt. Nun ist aber etwa das Verhältnis zum Kriege ohne Zweifel für den Faschismus fundamental. Und sicherlich konnte z. B. Szalasis hungaristisches Programm ohne Krieg niemals verwirklicht werden. Wie aber hätte eine Philosophie des Krieges in den Vordergrund treten dürfen in einem Lande wie Ungarn, das niemals aus eigener Kraft einen Krieg hätte gewinnen können? Wie hätte eine bestimmte Art von raffinierter Kulturkritik am Rande Europas in Rumänien zu einem mitentscheidenden politischen Faktor werden sollen? Nicht der Faschismus als solcher, wohl aber die klare Ausbildung einiger wesentlicher Grundzüge sind an eine gewisse Größe des Landes und Bedeutung seiner geistigen Tradition geknüpft.

Um all diese Schwierigkeiten zu überwinden, müßte eine andere Art der Verbindung von Empirie und Konstruktion entwickelt werden, die die typologische Synthese zwar nicht beseitigte, aber zum bloßen Horizont herabsetzte. Es ist „Phänomenologie“ in einem engeren und tieferen Sinne, die den Weg dazu freimacht.

„Phänomenon“ heißt: das sich Zeigende, Erscheinende. In einem allgemeinsten Sinne darf jedes Seiende so genannt werden, so daß Phänomenologie die Lehre vom Seienden als solchen wäre. Doch ist der Begriff fast stets in eingeschränkter Bedeutung gebraucht worden, so von Kant, bei dem Phänomen das Ding ist, sofern es an die menschlichen Sinne rühren kann. Auf den menschlichen Bereich beschränkt, würde Phänomen das sich von sich aus Zeigende, Meldende meinen, d. h. das Individuum. Für die Wissenschaften von der Gesellschaft wird der Begriff aber erst brauchbar, wenn er soziale Erscheinungen bezeichnet, die sich durch eine eigene Sprache und ein eigenartiges Selbstverständnis zu erkennen geben, ja vielleicht erst selbst hervorbringen. Es wären also nur diejenigen sozialen Gebilde Phänomene zu nennen, die eine „Ideologie“ haben und für die dieses ihr Selbstverständnis konstitutiv ist. Ein Stahlwerk ist in diesem Sinne kein Phänomen und im allgemeinen ebensowenig eine Stadt oder eine Provinz. In einer letzten Einschränkung kann der Terminus dann auf jene Erscheinungen begrenzt werden, deren sprachliche Verlautbarung ein unabdingbares Moment weltweiter Wirkung oder Bedeutung ist. In diesem Sinne sind Phänomene z. B. die katholische Kirche, das mittelalterliche Reich, der französische Nationalstaat, der Marxismus. Phänomenologie hieße dann: Verständnis dieser Phänomene, wie sie sich von sich aus darstellen. Sie wäre also entgegengesetzt sowohl einer bloß konstatierenden Beschreibung von Vorgängen wie einer von außen kommenden Kritik.

Es ist klar, daß nur zwei der bisher genannten Faschismen diesem Maßstab möglicherweise gewachsen sind: der italienische Faschismus und der deutsche Nationalsozialismus. Indem die Betrachtung auf sie beschränkt wird, werden die übrigen

Faschismen jedoch nicht etwa fortgewiesen, sondern vielmehr auf einen Grund gestellt, von dem her sie erst ganz verständlich werden können.

Die Aufgabe wäre also vor allem die, den Faschismus und den Nationalsozialismus zu Wort kommen zu lassen ohne voreilige Kritik und fern von jenen Konstruktionen, die eifervoll und engherzig lediglich Belegstellen zu sammeln erpicht sind.

Die Verwirklichung dieser Intention wird durch eine Reihe von günstigen Umständen gefördert. Einmal drängt sich das Prinzip der Auswahl aus der freilich unübersehbaren Fülle von Äußerungen geradezu auf. In der Führerbewegung kann nur der Führer verbindliche Aussagen machen. Zwar wäre es töricht, Gentile und Rocco, Farinacci und Grandi, Rosenberg und Himmler, Goebbels und Ley gar nicht heranzuziehen; aber das Grundmuster ist ausschließlich den Schriften und Reden Mussolinis und Hitlers zu entnehmen. Nahezu das gesamte Material liegt heute vor; eine solide Grundlage für alle Zukunft ist in Italien durch die jetzt vollständig erschienenen „Opera Omnia“ Mussolinis gelegt worden; seit dem Erscheinen der „Tischgespräche“, des „Politischen Testamentes“ und des „Zweiten Buches“ ist auch im Falle Hitlers ein tragfähiges Fundament vorhanden, zumal eine Reihe unveröffentlichter früher Reden relativ leicht zugänglich sind. Außerdem sind viele ganz unschätzbare sekundäre Dokumente ans Licht gekommen.

Es erheben sich freilich zwei naheliegende Einwände. Soll Hitler etwa im Jahre 1962 noch einmal „das Wort erteilt“ werden, nachdem die ganze Welt hat ausziehen müssen, um die heisere Stimme des tobenden Demagogen endlich zum Schweigen zu bringen? Es bedarf indessen wohl kaum der ausdrücklichen Versicherung, daß sich aus der Gesamtheit der Äußerungen ein ganz anderes Bild ergeben wird als aus einer Rede zum Erntedankfest oder zur Winterhilfe. „Das Wort“ ist hier nicht die zufällige, vielleicht zweckbedingte einzelne Verlautbarung, sondern der in ihr jeweils nur gebrochen und teilhaft anwesende Sinn des Ganzen. Und die Stimme Mussolinis muß immer gleichzeitig gehört werden. Gerade in der Kontrapunktik des verborgenen Dialogs der beiden faschistischen Führer enthüllt sich ein Hauptwesenszug des Faschismus.

Ernster zu nehmen ist der zweite Einwand. Ist es der Mühe wert, ist es nicht am Ende irreführend, ein Gedankengebäude zu errichten aus Gedanken, die keine sind? Ist nicht Hitlers „Denken“ ein Aggregat vulgärer Phrasen ohne Originalität und Zucht? War nicht Mussolini ein bloßer Opportunist, der seine journalistische Halbbildung allenfalls mit einigen philosophischen Fetzen aufzuputzen liebte?

Dieses Urteil ist indessen zu hart, sofern es nicht von einem philosophischen Begriff der Originalität ausgeht, der in der Politik keinen Platz haben kann. Es ist richtig, daß Mussolinis Denken sprunghaft, fragmentarisch und vielfachen Wandlungen unterworfen ist. Geht man aber, wie es heute geboten ist, von seiner marxistischen Jugendzeit aus, so ist eine durchgehende und überaus bezeichnende Linie nicht zu verkennen, und es drängt sich das Urteil geradezu auf, daß der Weg keines bedeutenden europäischen Politikers enger und vielfältiger mit der geistigen Entwicklung der Zeit verbunden war. Überdies ergibt sich dabei der unschätzbare Gewinn, den Hauptgegner Marxismus im Rahmen des Faschismus selbst zu Wort und leben-

diger Anschauung zu bringen. Es ist ebenfalls richtig, daß sich für jede These Hitlers zahlreiche Parallelen in der deutschen politischen Vulgärliteratur finden lassen. Gleichwohl bilden sie ein Ganzes, dessen fanatische Konsequenz verblüfft.

Freilich drängt sich gleich ein erster und sehr bedeutender Unterschied auf. Hitlers Denken kann und muß systematisch dargestellt werden; es blieb seit 1924 nahezu unverändert und ist von der politischen Geschichte des Nationalsozialismus weitgehend unabhängig. Mussolinis Gedanken dagegen sind Ursache zugleich und Folge der Geschichte des Faschismus. Die Geschichte des Faschismus läßt sich daher nur in engster Verknüpfung mit der intellektuellen Geschichte Mussolinis darstellen.

Ebenso bestehen zwischen Faschismus und Nationalsozialismus Unterschiede im Verhältnis zu den „Vorläufern“. Für den Nationalsozialismus sind sie wichtig. Freilich dürfen keinesfalls jene vielberufenen und rein hypothetischen „Vorläufer des Nationalsozialismus“ genannt werden wie Fichte, Arndt oder Treitschke, die Hitler selbst wahrscheinlich gar nicht gekannt hat. Wichtiger ist die unschwer noch faßbare geistige Atmosphäre jener ersten Münchener Nachkriegsjahre gewesen, deren Zentralfigur im Umkreis Hitlers Dietrich Eckart war. Ebenso wäre jene durchweg antisemitische Literatur zu analysieren, von der wahrscheinlich gemacht werden kann, daß Hitler sie gekannt hat.

Mussolini dagegen hatte keine Vorläufer, entfaltete sich als Faschist nicht aus einer vorgeprägten geistigen Atmosphäre. Entscheidend blieb für ihn die frühe Beeinflussung durch die Lebensphilosophie, die aber zunächst lediglich eine folgenreiche Färbung seines Marxismus herbeiführte. Später erkannte er nur Alfredo Oriani als Vorläufer an, einen Schriftsteller des SpätRisorgimento von kaum mehr als provinzieller Bedeutung. Stets blieb es für ihn schwierig, sich in ein überzeugendes Verhältnis zu der mächtigen nationalen Tradition des Risorgimento zu setzen.

Indessen erhebt sich gerade hier wiederum ein Einwand. Nimmt diese Betrachtungsweise den Faschismus nicht viel zu sehr unter ideologischen Aspekten in den Blick; übersieht sie nicht, daß es sich um reale Bewegungen handelte, die realen gesellschaftlichen Ursachen entsprangen? Ist nicht überdies die Ideologie gerade im Faschismus von sekundärer und bloß instrumentaler Art?

Aber es ist sehr die Frage, ob „Ideologie“ im faschistischen Bereich überhaupt dasjenige bedeutet, was die Ideologiekritik des 19. Jahrhunderts sich darunter vorgestellt hat. Es ist mehr als zweifelhaft, daß die Unterscheidung ‚real-ideologisch‘ absolute Gültigkeit besitzt. Es ist daher unumgänglich, die Ideologiekritik selbst einer Kritik zu unterziehen.

Im Faschismus ist die Praxis die Prämisse des Gedankens, wenn auch eine ihrerseits schon vom Gedanken und vom Interesse bestimmte Praxis. Im Nationalsozialismus ist die Praxis die Vollendung des Gedankens, und ohne sie wäre der Gedanke ohne Gewicht und Glaubwürdigkeit. In beiden Fällen legt sich die Praxis als Organisation, Stil und Führungsimpuls aus und ist in diesen Richtungen zu verfolgen. Dabei bewahrt der Einblick ins einzelne vor dem weitverbreiteten Irrtum, im Nationalsozialismus nur eine gleichmäßige und gleichartige Steigerung des

Faschismus zu sehen, der vielmehr auf einigen Gebieten der unübertroffene Lehrmeister geblieben ist.

Geschichte, System, Tradition und Praxis sind mithin die Aspekte, unter denen das Phänomen des Faschismus sich darlegt. Was in der Typologie bloß äußerlich markierender Begriff war, erscheint als lebendig sich vollziehende Wirklichkeit des Denkens und des Tuns, und es ist die Grundlage geschaffen für Versuche, in abhebender Betrachtung jedem einzelnen der geringeren Faschismen die angemessene Kennzeichnung und Bestimmung zu geben. Wenn sie das leistet, würde eine Phänomenologie des Faschismus derjenigen Bedeutung des Begriffs entsprechen, die „Grundlegung“ des Verstehens bezeichnet⁶⁸.

⁶⁸ Der Versuch, den der Verf. in absehbarer Zeit vorzulegen hofft, wird dadurch gekennzeichnet sein, daß zu Faschismus und Nationalsozialismus als gleichgewichtiges drittes Glied die *Action française* hinzugenommen wird. Da um der Übersichtlichkeit und Exaktheit willen der Begriff des Faschismus auf identifizierbare politische Erscheinungen beschränkt werden sollte, kann auf diesem Wege am ehesten eine Verknüpfung mit der großen geistigen Tradition Europas erreicht werden. Nur aus ihr heraus aber wird der Faschismus letztgültig bestimmbar. Nur innerhalb dieses Horizontes kann klarwerden, was jene „Sympathie“, von der zu Anfang die Rede war, bedeuten mag. Maurras ist, was Umfang, Schärfe und Tiefe des Denksystems angeht, jedem der faschistoiden Autoren Deutschlands und Italiens überlegen. Der Einwand, daß die *Action française* vom Faschismus durch ihren Monarchismus unaufhebbar getrennt sei, ist keinesfalls stichhaltig; der Nachweis einer blanken Identität ist gleichwohl nicht beabsichtigt.

JÜRGEN RUNZHEIMER

DER ÜBERFALL AUF DEN SENDER GLEIWITZ IM JAHRE 1939

Der Überfall auf den Sender Gleiwitz im Jahre 1939 ist eine Episode am Rande des größeren Geschehens. Der Überfall hat den Verlauf der Geschichte nicht beeinflusst. Er hat den Krieg nicht ausgelöst, und er hat die ausländischen Mächte nicht überzeugen können, daß Polen die Kampfmaßnahmen eingeleitet habe.

Und doch hat dieser Überfall bis heute nichts von seiner Aktualität eingebüßt. Kaum ein Werk der Zeitgeschichte sieht über ihn hinweg.

Einst als Beweis für die Lauterkeit der deutschen Führung propagiert, wurde dieser Handstreich schließlich fast ein Symbol für die skrupellose, auch hier nicht vor Verbrechen zurückschreckende Politik der nationalsozialistischen Führung. Der Überfall würde längst vergessen sein, wäre er nicht ein Kriterium für die Urteilsbildung über das Dritte Reich geworden. Darin liegt seine Bedeutung.

Dabei ist der Tatbestand noch nicht geklärt, und schon ein flüchtiges Studium der bisherigen Quellen zeigt, daß diese nicht annähernd ausreichen, um den Vorgang schlüssig zu rekonstruieren.

I

Die Veröffentlichungen der nationalsozialistischen Presse sind Propaganda. Sie sind absichtsvoll dosiert und richten sich nach der jeweiligen Situation. Sie fahren auch nicht gleich mit dem schwersten Geschütz auf. Zunächst bleibt es offen, ob die Täter polnische Staatsangehörige oder in Deutschland ansässige Polen seien. Die Hauptmeldung vom 1. 9. 1939¹ spricht nur von polnischen Aufständischen bzw. von Angehörigen des „Polnischen Freiwilligenkorps oberschlesischer Aufständischer“. Nennt der Völkische Beobachter auf seiner ersten Seite den Überfall „offensichtlich das Signal zu einem Angriff polnischer Freischärler auf deutsches Gebiet“, so gehen Leitartikel anderer Blätter einen Schritt über die amtliche Mitteilung hinaus und folgern: „... polnische Wahnsinnige sind in deutsches Gebiet eingedrungen...“². Von polnischen Soldaten aber, die sich 5 km hinter der Grenze in starkbesiedeltem Gebiet herumgetrieben hätten, ist noch immer nicht die Rede. Erst die am 17. 10. 1939 erschienene Monatsschrift „Das Archiv“ behauptet dies schließlich³: „Besonders schwerwiegend war der Überfall polnischer Aufständischer und Soldaten auf den Sender Gleiwitz“, und sie betont den Grenzübertritt noch einmal ausdrücklich: Es „fielen in der Nacht vom 31. August zum 1. September an verschiedenen Stellen Banden des *Aufständischen-Verbandes unter Beteiligung*

¹ Völkischer Beobachter vom 1. 9. 1939, Münchener Ausgabe, Nr. 244, Seite 2. „Berlin, 31. August“.

² Rhein-Front vom 1. 9. 1939.

³ Das Archiv, Nachschlagewerk für Politik, Wirtschaft, Kultur, hrsg. von Alfred Ingemar Berndt, Berlin, Nr. 65, 1939.

regulärer polnischer Soldaten in deutsches Reichsgebiet ein“. Unmittelbar nach Kriegsausbruch gestand man der deutschen Grenzpolizei natürlich noch keine Schlappe zu. Die Täter waren ihr angeblich nicht entkommen. Es gab auf seiten der Eindringlinge nach den veröffentlichten Meldungen Tote.

Die Hauptmeldung behauptet, alle Insurgenten seien gefangengenommen, wobei einer getötet worden sei. Beweise für diese Tatsache wurden nie veröffentlicht. Es erschienen weder Bilder in der Presse, noch wurde etwas von einem Verfahren gegen die Verbrecher bekannt. Offenbar hatte man keine Gefangenen. Erst nach dem Blitzsieg über Polen – jetzt konnte man sich das Eingeständnis einer Niederlage deutscher Grenzsicherungsstreitkräfte leisten – zog das Weißbuch die einzig mögliche Schlußfolgerung „... Die Aufständischen wurden durch deutsche Grenzschutzbeamte vertrieben. Bei der Abwehr wurde ein Aufständischer tödlich verletzt“.

Nur die Presse wertete das Gleiwitzer Ereignis intensiv aus. Führende Persönlichkeiten nahmen davon wenig Notiz. Hitler erklärte in seiner Reichstagsrede vom 1. 9. 1939, vierzehn Grenzzwischenfälle habe es in der Nacht zuvor gegeben, darunter drei ganz schwere. Der Name Gleiwitz fiel jedoch nicht.

Auch Ribbentrop legte sich nicht auf Gleiwitz fest. Er erklärte dem französischen Botschafter am späten Abend, die polnische Armee sei an drei Punkten in deutsches Reichsgebiet eingefallen⁴. Nur Göring machte dem Schweden Dahlerus gegenüber den schüchternen Versuch, den deutschen Einmarsch mit dem polnischen Überfall auf die Radiostation zu rechtfertigen⁶.

Es blieb 1939 bei allgemeinen Anschuldigungen. Beweise für eine Schuld der Polen wurden nicht veröffentlicht; die Widersprüche wurden nicht richtiggestellt, und man hörte nichts von einem abschließenden Untersuchungsbericht.

Besonders auffällig ist, daß nicht einmal von dem einen Toten, von dem die meisten Veröffentlichungen der deutschen Presse sprechen, Fotos verbreitet wurden. Die Behörde verzichtete offenbar darauf, ihn identifizieren zu lassen. Seine Personalien, die ein entscheidender Hinweis auf den Täterkreis gewesen wären, wurden nie bekannt.

II

Viel ergiebiger als diese Verlautbarungen und Stellungnahmen während des Krieges sind auch die nach 1945 bekanntgewordenen Quellen nicht. Sie sind sich, wie die ersteren, nur in der Nationalität der Täter einig. Statt der Polen wird nunmehr der Sicherheitsdienst der SS beschuldigt.

⁴ Weißbuch II: Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges. Auswärtiges Amt 1939, Nr. 2, Berlin 1939, Nr. 470, S. 443.

⁵ Robert Coulondre, von Moskau nach Berlin, 1936 bis 1939, Bonn 1950, S. 453.

⁶ In der Vernehmung durch Dr. Stahmer sagte Dahlerus: „... nach einigem Zögern sagte er (Göring) mir, daß der Krieg deswegen ausgebrochen sei, weil die Polen die Radiostation von Gleiwitz angegriffen und eine Brücke bei Dirschau gesprengt hätten...“ (IMT, Bd. IX, S. 523.)

„Ich werde propagandistischen Anlaß zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft. Der Sieger wird später nicht danach gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht“⁷, so hatte Hitler selbst den höheren Befehlshabern der Wehrmacht am 22. 8. 1939 verkündet. Diese Worte beweisen die Gewissenlosigkeit des „Führers“, sie beweisen jedoch noch nicht, daß dieser Anlaß in Gleiwitz geschaffen wurde, und daß sich nicht polnische Chauvinisten zu einer solchen Aktion hinreißen ließen.

Wichtiger sind die Quellen, die sich direkt auf Gleiwitz beziehen. In den Nürnberger Prozessen kam diese Aktion mehrere Male zur Sprache. Die wesentlichen Hinweise gingen von der „Abwehr“ aus. Generalmajor Erwin von Lahousen teilte im Verhör dem Ankläger Oberst Amen mit, die Abwehr habe auf Grund eines Befehls des Wehrmachtführungsamtes Mitte August polnische Uniformen und Ausrüstungsgegenstände für ein „Unternehmen Himmler“ bereitstellen müssen⁸. Später habe ein SS- oder SD-Mann die Sachen abgeholt. Eine Tagebucheintragung des Admirals Canaris vom 17. August bestätigt die Anforderung polnischer Uniformen durch Heydrich⁹, und im Tagebuch des Chefs des Generalstabes Halder steht unter dem gleichen Datum, er habe von Canaris gehört, daß dieser im Auftrage Hitlers 150 polnische Uniformen mit Zubehör beschaffen mußte¹⁰.

Im Kreise der militärischen Abwehr wurden nun diese polnischen Uniformen zunächst mit den gemeldeten Überfällen im Grenzgebiet überhaupt und schließlich mit Gleiwitz selbst in Verbindung gebracht. Das geht aus Lahousens Aussage klar hervor: „Als dann . . . der erste Wehrmachtsbericht¹¹ . . . zum Ausdruck brachte, daß polnische Truppen gewaltsam in deutsches Reichsgebiet eingefallen sind, da fiel es uns natürlich wie Schuppen von den Augen, und der damalige Oberst Biegen trop, der Chef der Abwehrabteilung I¹², war derjenige, der, den Wehrmachtsbericht in der Hand haltend und uns allen vorlesend, sofort die Bemerkung gemacht hat: ‚Jetzt wissen wir, wozu die Uniformen da waren, die wir . . . beistellen mußten‘“¹³. Wenige Tage später brachte man dann Gleiwitz mit diesen Uniformen in

⁷ Nürnberger Dok. 1014 – PS; IMT Bd. XXVI, S. 523. Die Rede ist wiedergegeben in „Geschichte des zweiten Weltkrieges in Dokumenten“. Band III, Verlag Herder, Freiburg 1956.

⁸ Siehe das Protokoll in IMT, Bd. II, S. 496f. Auf Grund der Eintragungen im offiziellen Kriegstagebuch seiner Abteilung ergänzte Lahousen im OKW-Prozeß, er habe von der Abteilung Landesverteidigung, von Oberst Warlimont selbst, den Auftrag für Canaris entgegengenommen. Nbg. Prozeß XII (OKW), dt. Prot., S. 452ff., Vernehmung Lahousen.

⁹ Nürnberg. Dok. 795 – PS, IMT, Bd. XXVI, S. 337; vgl. auch Karl-Heinz Abshagen, Canaris, Stuttgart 1949, S. 195ff.

¹⁰ Vgl. Generaloberst Halder, Kriegstagebuch, bearb. von H. A. Jacobsen, Bd. I, Stuttgart 1962, S. 19.

¹¹ Gemeint ist wahrscheinlich der Aufruf Hitlers an die Wehrmacht vom 1. 9. 1939, der erste Wehrmachtsbericht enthält nicht derartiges.

¹² Der Name ist im Protokoll verschrieben. Der Chef der Abteilung I – Auslandsspionage, Nachrichtenbeschaffung – hieß Oberst Piepenbrock; von Lahousen leitete die Abteilung II – Sabotagezentrale.

¹³ Vernehmung Lahousens im OKW-Prozeß (s. Anm. 8).

Verbindung: „Ich und ebenso die anderen Abteilungschefs haben bereits kurz nachher von Canaris, der zu diesem Zeitpunkt, also nachher, anscheinend schon etwas wußte, erste Andeutungen bekommen, und zwar dahingehend, daß für diese Sache Leute aus Konzentrationslagern in polnische Uniformen gesteckt worden sind, um diesen angeblichen Angriff der Polen auf den Sender Gleiwitz zur Darstellung zu bringen“¹⁴.

Die Verknüpfung „polnische Uniformen – Überfall auf den Sender Gleiwitz“ beruht demnach nicht auf der Kenntnis von Tatsachen, sondern auf Schlußfolgerungen, ebenso wie man vorher gefolgert hatte, „daß es sich um ein Konkurrenzunternehmen des SD gegenüber Abwehr handelt, mit dem Ziele irgendeiner Aktion gegen Polen“¹⁵.

Lahousen gesteht selbst, daß man vorher niemals auf die Idee gekommen wäre, „daß hier ein Taschenspielertrick . . . gespielt werden sollte, um dem eigenen Volk die Aggression der anderen, in dem Fall der Polen, vorzutäuschen . . .“¹⁶, und er bekennt ferner, daß er während des Krieges nie Genaues erfuhr: „Ich muß jedoch sagen, daß ich bis zur Kapitulation keine exakte Kenntnis gehabt habe, wie sich die Dinge beim Sender Gleiwitz zugetragen haben. Ich habe nach der Kapitulation in einem Lazarett einen SD-Führer gefragt . . .“¹⁷. Hieraus geht hervor, daß die Aussage Lahousens auf Hörensagen und Schlußfolgerungen, nicht aber auf Tatsachenkenntnis beruht – schon gar nicht auf Ortskenntnis. Lahousen hätte sonst die polnischen Uniformen sicherlich ebensowenig mit diesem Überfall in Verbindung gebracht wie die amtlichen, angeblich vom Polizeipräsidenten von Gleiwitz ausgehenden Meldungen, die nur von Aufständischen sprachen – oder doch nur unter größten Vorbehalten. Nach Lage des Senders würde nämlich der Überfall keine bloße Grenzverletzung bedeutet haben, sondern eine Operation, die sich tief im deutschen Hinterland abspielte.

Der Sender lag nordwestlich von Gleiwitz, im südwestlichen, durch Tarnowitzer Landstraße und Reichsautobahn gebildeten Winkel in der Nähe verschiedener Siedlungen. Die südlich Gleiwitz verlaufende Grenze lag an ihrer nächsten Stelle 5 km vom Sender entfernt. Sie führte durch ein leicht welliges, aber immer gut übersichtliches Gelände. Wald gab es erst in der Gegend von Hindenburg. Ein illegaler Grenzübergang war hier kaum möglich, denn die Grenze wurde durch Bunker und Scheinbunker sowie durch einen starken Grenzschutz gesichert¹⁸. Es lagen außerdem zwischen Sender und Grenze die Städte Gleiwitz, Hindenburg und Beuthen mit vielen dazwischenliegenden Orten und Verkehrsadern. In der waldreichen, nordwestlich gelegenen Grenzgegend jedoch, in Richtung Tarnowitz, war ein unauffälliger Grenzübergang bei Nacht durchaus möglich. Da hier aber die Entfernung

¹⁴ Vernehmung Lahousens, a. a. O.

¹⁵ Vernehmung Lahousens, a. a. O.

¹⁶ Vernehmung Lahousens, a. a. O.

¹⁷ Vernehmung Lahousens, a. a. O.

¹⁸ Mündliche Mitteilung von Oberst d. Sch. a. D. Luban, der diesen Grenzbereich (1939) öfters inspizierte.

zum Sender in der Luftlinie 13 km betrug, müßte sich der Grenzübertritt bereits am Tage vollzogen haben, denn der Überfall erfolgte schon um 20 Uhr. Die polnischen Täter hätten auf ihrem Wege viele Ortschaften und durch Bereitschaftspolizei gesicherte Brücken passieren müssen. Und das in einem Gebiet, in dem die Polizei in ständigem Alarmzustand lag¹⁹ und in dem sich die Wehrmacht seit mindestens acht Tagen konzentrierte.

Eine Operation polnischer Soldaten so tief im deutschen Hinterland erscheint unter den besonderen, damals an der Grenze herrschenden Umständen einfach unmöglich; daher ist auch die Verwendung polnischer Uniformen durch den Sicherheitsdienst der SS für einen vorgetäuschten Angriff auf den Sender unwahrscheinlich. Man darf die Anforderung polnischer Uniformen durch Heydrich jedenfalls nicht ohne weiteres mit einer solchen Aktion verknüpfen.

Es gibt eine weitere Quelle, die sich auf Gleiwitz bezieht: die eidesstattliche Erklärung des ehemaligen SS-Sturmbannführers im Amt VI des RSHA, Alfred Helmut Naujocks²⁰. Sie erhebt als einzigen Anspruch auf Tatsachenkenntnis.

Am 20. 11. 1945 behauptete Naujocks in Nürnberg, er sei der Führer jener SD-Leute gewesen, die 1939 den Sender überfallen hätten. Die wenigen Fakten, die diese Erklärung enthält, ergänzen aber nicht etwa die Aussagen Lahousens, sondern stehen geradezu im Gegensatz zu ihnen. Im Zusammenhang mit Gleiwitz ist dabei von polnischen Uniformen nicht die Rede²¹. Naujocks betont, daß das Opfer Zivilkleidung getragen habe. Der Überfall wurde ihm zufolge auch nicht etwa mit hundert oder hundertfünfzig Leuten durchgeführt (was etwa der Zahl der angeforderten Uniformen entspräche), sondern mit sechs oder sieben. Außerdem heißt die Aktion bei Lahousen „Unternehmen Himmler“, während Naujocks nur das Auslöschungswort „Konserven“, aber keinen Decknamen nennt²².

Leider sind damit aber auch die Fakten des Affidavits schon fast erschöpft. Was

¹⁹ Mitteilungen von Polizeibeamten verschiedener Gleiwitzer Reviere an den Verfasser.

²⁰ Nürnbg. Dok. 2751-PS.

²¹ Nach dem erwähnten Affidavit sprachen von polnischen Uniformen der Chef der Gestapo, Müller und SS-Oberführer Dr. Mehlhorn („ein Mann namens Mehlhorn“) nur im Zusammenhang mit einem Grenzzwischenfall bei Hohenlinde. Der ehemalige SS-Hauptscharführer Grzimek beschrieb 1947 die Einzelheiten dieses Unternehmens. Naujocks Wissen um diesen Zwischenfall ist – ganz abgesehen davon, daß er Grzimek im Gefangenenlager gesprochen hatte – noch kein Beweis für die Richtigkeit seiner Angaben über Gleiwitz.

Aus demselben Grunde ist auch die Bestätigung Walter Schellenbergs (Memoiren, Köln 1959, S. 69 f.), Mehlhorn sei in ein verbrecherisches Grenzunternehmen verwickelt gewesen, für unsere Frage bedeutungslos. Sch. ist außerdem offensichtlich von Lahousens Aussagen in Nürnberg beeinflusst und überträgt gleich diesem den Überfall von Hohenlinde auf Gleiwitz.

Die Aussage Grzimeks ist bei Reimund Schnabel, Macht ohne Moral, eine Dokumentation über die SS, Frankfurt 1957, S. 385–391, abgedruckt.

²² Der Begriff „Unternehmen Himmler“ war Naujocks zu jener Zeit unbekannt (Schreiben an den Verf.) und ist als „Deckname“ überhaupt nicht denkbar. Für die Aktion beim Gleiwitzer Sender existierte kein Deckname, weil darüber kein Schriftwechsel geführt zu werden brauchte, und weil die Beteiligten aus Naujocks' eigener Dienststelle stammten (Schreiben von Herrn Naujocks an den Verf.).

Naujocks sonst noch sagt, gilt entweder nicht für Gleiwitz, oder ist so allgemein gehalten, daß es sich jeder Überprüfung entzieht. Er verliert kein Wort über die Planung, gibt keinen Hinweis auf die Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt, erwähnt weder die Angestellten oder die Bewohner des Senders noch die Beamten des Objektschutzes. Auch auf die Beschreibung der Örtlichkeit kann man ihn nicht festlegen. Der eigentliche Überfall wird in zwei Sätzen abgehandelt, von denen der eine völlig farblos ist: „Wir nahmen die Radiostation wie befohlen, hielten eine drei oder vier Minuten lange Rede über einen Notsender, schossen einige Pistolenschüsse ab und verließen den Platz.“ Der andere ist fragwürdig: „Ich . . . wies Müller an, den Mann in der Nähe der Radiostation abzuliefern. Ich erhielt diesen Mann und ließ ihn am Eingang der Station hinlegen. Er war am Leben, aber nicht bei Bewußtsein.“

Der Überfall spielte sich gegen 20 Uhr ab. Es war dunkel, denn die Sonne geht in Oberschlesien zu dieser Jahreszeit schon eine Stunde vorher unter. Trotzdem wäre es äußerst „ungeschickt“ gewesen, das Opfer am Eingang des Senders hinzulegen, denn das ganze Gelände der Radiostation wurde seit Anbruch der Dämmerung ständig durch Flutleuchten erhellt. Man mußte im Sommer abends um 20 Uhr auf einer Hauptstraße im Stadtgebiet mit Verkehr und daher mit vorzeitiger Entdeckung rechnen, zumal die Eingangspforte sich direkt am Bürgersteig befand – noch dazu unmittelbar vor einem der beiden Wohnblocks²³, in denen die Familien des Betriebspersonals untergebracht waren.

Diese Situation erhöhte die Gefahr, „Unbefugte“ könnten den Toten zu früh entdecken oder beobachten, wie er an den Eingang gelegt wurde, so erheblich, daß man Naujocks' Darstellung hier keinen Glauben schenken kann.

Entsprechen seine übrigen Angaben, die sich auf Gleiwitz beziehen, der Wahrheit?

Auf Grund des Affidavits allein ist das nicht zu entscheiden. Man muß aber wohl voraussetzen, daß das Unternehmen nicht so wenig umsichtig, so ganz ohne zuverlässige Sicherungen durchgeführt worden ist, wie es nach Naujocks' Bericht den Anschein hat.

Da eine Schuld des Sicherheitsdienstes auch durch Naujocks' Aussage allein nicht einwandfrei bewiesen ist und da keine Dokumente, Vernehmungsprotokolle, Untersuchungsberichte, Einsatzmeldungen und Fotos, die zur Klärung der Lage dienen könnten, zur Verfügung stehen, wurde ein möglichst großer Kreis von Zeugen ermittelt, der in der Lage war, aus direkter oder indirekter Zeugenschaft Hinweise über den Vorfall zu geben.

Es wurden angeschrieben bzw. befragt:

²³ Auf dem Sendegelände standen zwei Wohnblocks und das Sendegebäude im offenen Viereck zur Tarnowitzer Landstraße. Im Hintergrund erstreckten sich die Gärten der Bewohner bis zum etwa 80 m entfernt liegenden Sendeturm. Das ganze Grundstück war von einem 2 m hohen Maschendrahtzaun umgeben, der am oberen Abschluß durch mehrere Stacheldrähte gesichert war. Der Sender konnte nur durch eine kleine Pforte betreten werden. Zwei Tore und eine weitere Pforte waren seit dem 20. August ständig verschlossen.

Polizeipräsidium Gleiwitz²⁴:

Die Gattin des amtierenden Polizeipräsidenten²⁵;

Polizeioffiziere und Beamte der Kriminalpolizei.

Schutzpolizei:

Kommandeur des Schutzpolizeiabschnitts I (Gleiwitz);

Beamte des zuständigen 4. Polizeireviers²⁶.

Sender²⁷:

Der erste Leiter des Gleiwitzers Senders²⁸;

Alfred Helmut Naujocks.

Außerdem standen noch Aussagen von Beamten verschiedener Reviere, von einem Angehörigen der Studioeinrichtungen im alten Gleiwitzer Sender, von Mitgliedern des ehemaligen SA-Nachrichtenturmes und von Bürgern, die in der Nähe des Senders ihre Wohnung bzw. ihre Dienststelle hatten, zur Verfügung.

Besonders wertvoll und ergiebig war ein bisher unveröffentlichter Bericht, den der bereits genannte Leiter des Senders im Jahre 1949 auf Grund der Angaben des Betriebspersonals aus der Erinnerung anfertigte. Er ist in einem Aufsatz über den oberschlesischen Rundfunk enthalten.

Der Bericht ist die wertvollste Quelle, die uns zur Verfügung steht²⁹, denn er schildert detailliert den Überfall aus der Sicht der Betriebsbeamten. Wir werden uns mit ihm im folgenden eingehend auseinandersetzen.

²⁴ Der Führer des eingesetzten Überfallkommandos ist verstorben. Mitglieder des Kommandos waren nicht ausfindig zu machen.

²⁵ Der Polizeipräsident Dr. Palten befand sich z. Zt. des Überfalles in Urlaub. Sein ständiger Vertreter, der verstorbene Regierungsdirektor Wilhelm Schade, hatte die Amtsgeschäfte übernommen.

²⁶ Der Leiter des Reviers, Oberleutnant Böhm, ist verstorben.

²⁷ Betriebsleiter Klose wurde 1945 in Italien von Partisanen ermordet, TLA Kotz verstarb 1945 an Anämie, der Antennenwart, Pfa Foitzik, erlag bereits 1940 einer Thrombose. Das Schicksal des Betriebsbeamten Nawroth ist unbekannt (nach Bericht N.).

²⁸ Herr N. war bis zum Juni 1939 Leiter des Senders und wurde dann zur Oberpostdirektion nach Oppeln versetzt. Seine Gattin wohnte z. Zt. des Überfalles noch im Sender und nahm, ebenso wie der neue Betriebsleiter, noch am gleichen Abend telefonisch mit ihm Verbindung auf. Bei seinem Besuch am folgenden Wochenende erfuhr er dann vom Betriebspersonal weitere Einzelheiten.

²⁹ Künftig zitiert als Bericht N.

Die Gattin von Herrn Oberamtmann N. bestätigt den Bericht ebenso wie der Bezirksführer des Postschutzes, der nach dem Überfall die postamtlichen Vernehmungen des Personals durchführte. Er teilt mit, daß er dem Bericht nichts weiter hinzufügen könne. – Schreiben von Herrn Amtsrat K. an den Verf.

Namen und Anschriften der nicht genannten Autoren der vertraulichen Berichte sind dem Institut für Zeitgeschichte bekannt.

Der Überfall³⁰

Am Abend des 31. August 1939 wurde im Bereich des Reichssenders Gleiwitz das Programm unterbrochen. In deutscher und teilweise auch in polnischer Sprache wurde ein Aufruf verlesen, in dem es u. a. hieß, der Sender befinde sich bereits in polnischer Hand. Es lärmte und polterte in den Lautsprechern, und dann wurde abgeschaltet.

Was hatte sich abgespielt?

Im Betriebsraum des Senders befand sich gegen 19 Uhr der diensthabende Betriebsbeamte, TWf (Telegrafenerwerbführer) Nawroth, als der Wachhabende des Objektschutzes zu ihm kam, um sich über die örtlichen Verhältnisse zu orientieren. Später trafen noch in Erwartung der Nachrichtensendung der diensthabende Maschinist, TLA (Telegrafenerwerbsaufseher) Kotz und der Hausmeister und Antennenwart, Pfa (Postfacharbeiter) Foitzik im Senderraum ein.

Kurz vor 20 Uhr betraten fünf Männer in Zivil den Maschinenraum und kamen die Treppe zum Senderraum herauf. Hier wurden sie von Foitzik bemerkt. Er öffnete die Tür und fragte die Unbekannten nach ihren Wünschen. Die Antwort lautete: „Hände hoch!“ Die Eindringlinge fesselten dem gesamten Personal sowie dem Wachhabenden des Objektschutzes die Hände mit einer dünnen Schnur auf dem Rücken; sie brachten dann ihre Gefangenen durch den Maschinenraum in den Keller³¹. Einer der Männer übernahm mit gezückter Pistole die Bewachung. Die anderen holten nun zunächst Nawroth nach oben, aber er weigerte (nach seinen eigenen Angaben) sich standhaft, obwohl sie ihn schlugen und mit Pistolen bedrohten, ihnen die technische Einrichtung zu erklären. Er behauptete, die Besprechung sei nur über die Leitung des Fernsprechamtes möglich³². Kotz und Foitzik wurden ebenfalls geschlagen. Beide gaben an, sie verstünden als Maschinist bzw. als Hausmeister nichts von der Bedienung der Anlage. Als Nawroth nun erneut in den Senderraum geholt wurde, hatten die Leute gerade das Mikrofon für die Gewitteransage gefunden³³, das im Geräteschränkchen aufbewahrt wurde. Nawroth bestritt auch jetzt noch energisch, über die Einschaltung unterrichtet zu sein, und man jagte ihn mit Schlägen und Fußtritten in den Keller zurück. Trotzdem gelang den Eindringlingen die richtige Schaltung, und sie sendeten ihren Aufruf.

Die Unterbrechung beim Abschalten der Modulationsleitung vom Senderendver-

³⁰ Die Darstellung erfolgt auf Grund von Bericht N. sowie verschiedener Schreiben und mündlicher Mitteilungen von Herrn N. an den Verf.

³¹ Das Sendebauwerk hat zwei Eingänge. Der südliche führt über ein paar Stufen direkt zum Senderraum; der nördliche, der der Eingangspforte am nächsten war, führte in den Maschinenraum. Dieser befand sich auf halber Höhe. Man konnte von ihm aus durch eine Glaswand in den Senderraum und durch Fenster in den unter dem Senderraum liegenden Keller sehen.

³² Der Reichssender Gleiwitz übertrug kein eigenes Programm. Alle Sendungen, auch die des Gleiwitzer Studios, wurden vom Rundfunkverstärkeramt Breslau übernommen.

³³ Bei Gewittern teilte man den Hörern mit, daß die laufende Sendung unterbrochen würde. Dann wurde die Antenne geerdet.

stärker fiel im Verstärkerarm auf, und auf einen diesbezüglichen Anruf antwortete einer der Agenten kurz ‚Störung‘ und legte den Telefonhörer wieder hin. Dieselben Knackgeräusche machten auch Frau Klose, die Gattin des Betriebsleiters, die die Nachrichten hörte, aufmerksam. Sie sagte ihrem Mann, daß im Senderraum ‚Unsinn gemacht würde‘. Klose begab sich sofort zum Sendebau hinüber. Er betrat es durch den südlichen Eingang, rannte jedoch – indem er die Tür hinter sich zuschlug – schnell in seine Wohnung zurück, als er die fremden Männer bemerkte, von denen ihn einer gleich mit einer Pistole bedrohte. Von hier aus alarmierte er das Überfallkommando und verständigte den Amtsvorsteher des Fernsprechamtes. Durch das Eingreifen des Betriebsleiters gezwungen, kürzten nun die Provokateure ihr Programm, beendeten die Ansprache, verließen den Sender eiligst durch die offenstehende Eingangspforte und fuhren mit einem bereitstehenden Wagen davon. In der Hast vergaßen sie den Posten, der im Keller das Betriebspersonal bewachte.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß der Überfall in dieser Form verlief, und daß die Einzelheiten des Berichtes, soweit sie von mehreren Betriebsangehörigen beobachtet werden konnten, den Tatsachen entsprechen. Das trifft aber nicht auf alle Angaben zu. Manche sind eindeutig Schlußfolgerungen, bei anderen – vor allem bei den Vorgängen im Senderraum – sind wir auf die Aussagen jeweils eines einzelnen angewiesen. Kein Unbeteiligter sah, was geschah, als Kotz, Foitzik oder Nawroth nach oben geholt worden waren. Niemand, außer den Männern, die den Überfall verübten, kann bestätigen, daß sie das Mikrofon selbst gefunden und die Sendung ohne Hilfe zustande gebracht hatten. Naujocks' Aussage steht allein. Es genügten wenige Handgriffe. Aber es gab so viele Schaltmöglichkeiten, daß es selbst einem Fachmann schwer geworden wäre, sich zurechtzufinden. Wer diese Schaltung durchführte, mußte speziell an den im neuen Sender installierten Apparaten ausgebildet gewesen sein, sagt der technische Leiter des Studios im alten Gleiwitzer Sender³⁴; Fachkenntnisse allein hätten nicht genügt³⁵. Stand aber ein solcher Mann zur Verfügung, der sich am Gleiwitzer Sendegerät genau auskannte, dann war es unnötig, die Angestellten einzeln heraufzuholen. Das Verfahren war so zeitraubend, daß das ganze Unternehmen dadurch in Gefahr geraten konnte. Es war nur sinnvoll, wenn es angewendet wurde, um einen Mittäter zu tarnen.

Es gibt keine rechte Erklärung für das Gelingen der Sendung, außer der, daß die vermeintlichen Insurgenten unter den Senderangestellten einen Helfer hatten oder fanden, auch wenn Alfred Naujocks das entschieden bestreitet und den Vorgang im Prinzip richtig beschreiben kann: Sie hätten einfach das Gewittermikrofon, das in allen solchen Sendern vorhanden sei, zwischengeschaltet und den Text mit entsprechender Geräuschkulisse gesendet³⁶. Den Einzelheiten des Geschehens

³⁴ Der neue Sender war 1955 in Betrieb genommen worden, im alten Sender in der Raudener Straße blieben nur die Studioeinrichtungen der Reichsrundfunkgesellschaft.

³⁵ Schreiben des ehemaligen technischen Leiters, Herrn Ouvrier, an den Verf.

³⁶ Das kann als ein Versuch gewertet werden, niemanden zu belasten, Herr Naujocks ist auch nicht bereit, noch lebende Mitglieder zu nennen. Sie wurden nicht, wie 1945 vermutet wurde, als besondere Geheimnisträger liquidiert (mündliche Mitteilung von Herrn Naujocks).

nach kommt nur Nawroth als Mittäter in Frage. Er war zweimal im Senderraum, und er war als letzter bei den Agenten, bevor die Rundfunkansprache erfolgte. Auch sein Kollege Foitzik hatte ihn in Verdacht. Dieser erklärte nämlich seinem Nachrichtensturmführer, ein Gleiwitzer Telegrafeningenieur habe die Zwischenschaltung des Mikrofons besorgt. Ein Laie habe das nicht fertigbringen können. Foitzik nannte zwar den Namen nicht, aber er sagte beziehungsreich, jener Mann habe der SS angehört³⁷, und damit konnte er nur Nawroth meinen, der das einzige SS-Mitglied unter den Betriebsangehörigen war³⁸.

Es ließ sich nicht feststellen, ob Nawroth wirklich in das Unternehmen eingeweiht war, wie Foitzik zu vermuten schien. Es ist ebenso möglich, daß er sich von der Überlegung leiten ließ, durch die Sendung werde die Umwelt am ersten auf die Vorgänge am Sender aufmerksam gemacht. Und es ist denkbar, daß er einfach nur den Gewaltandrohungen nachgab, denn er wird als labiler Mensch geschildert, der in späteren Jahren sehr unter nervösen Störungen zu leiden hatte³⁹. Trotz dieser Möglichkeiten bleibt die Rolle, die Nawroth spielte, auffällig.

Zwei Schlußfolgerungen zogen die Betriebsangehörigen aus dem bisherigen Geschehen. Sie nahmen an, die Eindringlinge seien durch das Eingreifen Klosers zur Eile angetrieben worden. Ob Kloser kam oder nicht, war völlig unerheblich. Die Provokateure mußten damit rechnen, daß ihre Sendung in der ganzen Stadt und auch im Präsidium gehört wurde und automatisch Alarm auslöste. Sie waren also auf eine eilige Flucht vorbereitet und verließen den Sender nicht früher als vorgesehen. Die weitere Schlußfolgerung, der Wächter im Keller sei in der Eile vergessen worden, ist deshalb geradezu absurd. Das Zurücklassen des einen Mannes deutet auf Absicht hin.

Doch sehen wir zunächst, was sich weiter abspielte:

Ein Angehöriger des SD, der auf der Tarnowitzer Straße vorüberging, fand das Verhalten der aus dem Sender stürmenden Leute auffällig. Er lief in das Sendergelände hinein, betrat das Sendegebäude und traf auf den zurückgelassenen Posten, dem das Verschwinden seiner Kameraden aufgefallen war. Er versuchte gerade, durch den Maschinenraum ins Freie zu gelangen. Der SD-Mann forderte ihn auf, die Hände hochzunehmen, und als jener nicht reagierte, erschoss er ihn⁴⁰. TLA Kotz

³⁷ Schreiben von Herrn Lindhorst an den Verf. In dem Schreiben wird von einem Antennenwart Jakupczik gesprochen. Es liegt jedoch einwandfrei eine Namensverwechslung mit Foitzik vor. Nicht nur, daß Foitzik Antennenwart und Hausmeister war, er war auch Mitglied des SA-Nachrichtensturmes, wie ein anderes Mitglied und Herr N. bestätigte. Die Identität Jakupcziks mit Foitzik ergibt sich auch aus folgenden Mitteilungen: Herr N.: „Es trifft auch zu, daß Foitzik von der SA aus zu einem Erholungsaufenthalt für 4 Wochen nach Zakopane geschickt worden ist.“ Herr Lindhorst: „J. erzählte mir weiter, daß er bei dem Herunterstoßen in den Keller am Kopf verletzt wurde. Er bekam dann einen Monat später 4 Wochen Erholungsurlaub.“

³⁸ Mündliche Mitteilung von Herrn N.

³⁹ Mündliche Mitteilung von Herrn N. Nawroth tauchte nach der Räumung des rechten Oderufers im Februar 1945 noch in Neiße auf, litt aber an geistigen Verwirrungen. Danach verliert sich seine Spur (nach Bericht N.).

⁴⁰ Herr Polizeimeister Schliwa bestätigt diese Darstellung des Berichtes N. in den wesentlichen

hatte sich inzwischen von den übrigen Gefangenen gelöst und war, während der Wächter durch den Maschinenraum zu entkommen suchte, durch den anderen Ausgang aus dem Hause und in die Wohnung des Betriebsleiters gelaufen. Er teilte diesem mit, daß die Fremden verschwunden seien. Klose rannte daraufhin sofort zum Senderraum und traf ebenfalls auf den SD-Mann, der auch ihn mit der Pistole bedrohte. Der Betriebsleiter gab sich zu erkennen, und man befreite nun die übrigen Gefangenen von ihren Fesseln. Das eintreffende Überfallkommando führte sofort die Vernehmungen durch.

Auch in diesem Teil des Berichtes handelt es sich nicht immer um Wahrnehmungen der Betriebsbeamten. Sie beobachteten die Erschießung des Wächters nicht, sie sahen ihn nur vor ihrem Fenster im Maschinenraum vorbeilaufen und hörten schließlich den Schuß. Sie konnten also nichts über die näheren Umstände seines Todes aussagen, insbesondere nicht, ob er den Versuch machte, sich zu wehren, oder ob er die Hände hob. Immerhin ist es auffällig, daß der Mann keinen Schuß abgab, obwohl es bei ihm (falls er Pole war) um Kopf und Kragen ging, während der SD-Mann normalerweise nicht hätte wissen können, was hier gespielt wurde. Rechnete der Wächter mit seiner Gefangennahme, oder war seine Pistole nicht geladen? An seiner Erschießung im Maschinenraum kann kein Zweifel bestehen. Kotz und Foitzik erkannten ihn in dem Toten wieder⁴¹.

Das Opfer war nicht schwerverletzt von dem Chef der Gestapo Müller geliefert worden, wie Naujocks in seinem Affidavit behauptet hatte, es wurde an Ort und Stelle nach der Flucht von Naujocks und seinen Leuten erschossen. Das bestätigt auch Wachtmeister Schliwa, der den Toten im Sendegebäude liegen sah⁴².

Die Betriebsbeamten beobachteten natürlich auch die Flucht der Agenten und die Ankunft des SD-Mannes nicht. Alle Angaben, die sie dazu machten, entsprechen aber sicher den Tatsachen⁴³, denn es wurde entgegen der Meldung des Völkischen Beobachters keiner der Eindringlinge gefangengenommen⁴⁴.

Lückenlos fügt sich in dem Ablauf des Geschehens alles zusammen. Die Sendung gelang in wenigen Minuten. Der einzige Verdächtige, der die Agenten unter-

Punkten. Er habe während der Untersuchung von Beamten des Ükos gehört, ein SS-Sturmführer sei am Sender vorbeigegangen, habe ‚die polnische Ansage‘ gehört, sei daraufhin in das Sendergelände eingedrungen und habe den Mann erschossen. Oberleutnant der Sch. Böhm erzählte später auf dem Revier dieselben Gerüchte. Zwei Schreiben von Herrn Schliwa an den Verf.

⁴¹ Schreiben von Herrn N. an den Verf.

⁴² „... der Tote lag im Senderraum (gemeint ist der zur ebenen Erde liegende Maschinenraum, den S. betrat). Er war in Zivil. Er lag ganz zusammengekauert, die Knie nach der Brust eingezogen. Hätte man ihn in den Raum hineingetragen, wären bestimmt Blutflecken zu sehen gewesen. Es war nur Blut auf der Erde vor der Brust zu sehen.“ (Aus einem Schreiben von Herrn Schliwa an den Verf.) Auch Oberleutnant Böhm sah den Toten. Mündliche Mitteilung von Frau Schmitt, der Tochter Oberleutnant Böhms, an den Verf.

⁴³ Übereinstimmend mit den Betriebsbeamten, deren Wissen vermutlich von dem SD-Mann stammt, beschreibt Naujocks den Weg der Flüchtenden. Schreiben an den Verf.

⁴⁴ Gerüchte über eine Gefangennahme von Insurgenten können sowohl auf diesen Abtransport des Objektschutzes als auch auf die Pressemeldung zurückgehen.

stützt haben könnte, war der einzige SS-Mann unter den Betriebsbeamten. Der Wächter wurde im Keller ‚vergessen‘, und genau zum richtigen Zeitpunkt ging ein SD-Mann am Sender vorüber und griff ein.

Es kommt noch hinzu, daß der Wachhabende des Objektschutzes, der seit spätestens 16 Uhr beim Sender war, erst bei Einbruch der Dämmerung in den Senderraum ging und sich dort eine ganze Stunde lang aufhielt. Suchte er ein Alibi für das Kommende? Seine Leute benahmen sich nicht weniger auffällig. Die Patrouilleposten bemerkten von dem ganzen Überfall nichts, sie wurden erst – wie sie bei ihrer Vernehmung nach dem Überfall behaupteten – durch den Schuß aufmerksam. Dabei war das Gelände beleuchtet und verhältnismäßig übersichtlich, denn in den Gärten durften keine Bäume angepflanzt werden, um die Verankerungen des Turmes nicht zu gefährden. Der Posten im Wachlokal, der die Pforte bediente, ahnte auch nichts von den Vorgängen, und es konnte nie geklärt werden, wie die Eingangstür geöffnet wurde⁴⁵.

Der Objektschutz hatte sich augenscheinlich unsichtbar gemacht. Genau das bestätigt auch Alfred Naujocks. Er bemerkte nichts von einer Wache, er wußte nicht einmal, daß sich eine solche beim Sender befand⁴⁶. Der Objektschutz handelte nicht nur fahrlässig, sein Verhalten ist im höchsten Maße verdächtig und gibt Anlaß zu einer näheren Untersuchung.

Die Vorbereitungen für den Überfall

Die besondere Lage an der Grenze veranlaßte die Post, seit etwa dem 20. August den Sender zu bewachen. Der Postschutz richtete sich im Wohnblock B einen Wach- und einen Schlafräum ein. Alle Tore wurden geschlossen, und nur eine Pforte blieb für den Verkehr freigegeben. Eine Wache öffnete Besuchern auf ihr Klingeln und führte sie dann zum Betriebsleiter oder zu den Familien. Das Wachlokal, von dem aus die Pforte nicht zu sehen war, war deshalb ständig besetzt. Zwei Leute patrouillierten außerdem im Sendergelände⁴⁷.

Damit war eine Situation geschaffen, die besondere Vorbereitungen erforderlich machte, falls der Sicherheitsdienst der SS den Anschlag verübte.

Alfred Naujocks, der sich auf Einzelheiten seines Affidavits heute nicht mehr festlegt, jedoch im großen und ganzen nach wie vor dazu steht, kam bereits am 10. August mit seinen Leuten auf Befehl Heydrichs⁴⁸ nach Gleiwitz und wohnte

⁴⁵ Foitzik erklärte dem Wachhabenden vor dem Überfall im Senderraum, er habe im Wachlokal zur Sprache gebracht, daß die Eingangspforte unverschlossen gewesen sei. Der Beamte habe die Tür daraufhin verschlossen (Bericht N.).

⁴⁶ Mündliche und schriftliche Mitteilung von Herrn Naujocks an den Verf.

⁴⁷ Bericht N.

⁴⁸ Naujocks bekam den Befehl von Heydrich direkt. Sein Amtschef „war vorher von Heydrich über einen Einsatz von mir unterrichtet worden – wie weitgehend, vermag ich nicht mit Sicherheit zu sagen“ (Schreiben von Herrn Naujocks an den Verf.). Der Vorgesetzte von Naujocks bestätigte den Vorgang: Heydrich habe das Unternehmen in eigener Regie behalten und die Leute aus den verschiedenen Abteilungen seiner Behörde ausgewählt. Mündliche Mitteilung an den Verf.

im ‚Haus Oberschlesien‘. Er betrat den Sender als fliegender Händler, um sich mit der Örtlichkeit vertraut zu machen und den Plan für den Überfall festzulegen⁴⁹. Da er sich in der Folgezeit nicht mehr beim Sender sehen ließ, ahnte er von der neuen Situation nichts und wußte nicht, daß jeder Überfall auf energischen Widerstand stoßen mußte, falls der Objektschutz nicht frühzeitig ausgeschaltet wurde. Das ganze Unternehmen war in Frage gestellt.

Noch einmal änderte sich jedoch die Lage: Der Objektschutz der Post, der in Stärke von einem Wachhabenden und 12 Leuten aufgezogen war, wurde am 28. August von einem Polizeikommando in Stärke von 1/6 abgelöst⁵⁰. Die Schutzpolizei übernahm wenige Tage vor Ausbruch des Krieges wegen der großen Spannungen im Grenzgebiet die Sicherung aller bedeutenden Objekte und zog an Brücken, Wasserwerken, Elektrizitätswerken und u. a. auch beim Sender auf. Nun konnten im Rahmen der Zuständigkeit Himmlers die nötigen Vorkehrungen getroffen werden, ohne zivile Dienststellen einschalten zu müssen⁵¹.

Am Nachmittag des 31. August wurde der Kommandeur des Abschnittes Gleiwitz telefonisch vom Adjutanten des Kommandeurs der Schutzpolizei Oberschlesien angewiesen, seine Leute vom Sender zurückzuziehen, die Wache werde ab sofort von der Sicherheitspolizei übernommen⁵². Der Befehl kam aus Berlin. Ein SS-Führer hatte ihn dem ständigen Vertreter des Polizeipräsidenten von Gleiwitz, Regierungsdirektor Wilhelm Schade, kurz zuvor überbracht. Schade weigerte sich jedoch, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, weil keine schriftliche Anordnung vorlag. Er gab den Befehl erst an den Kommandeur der Schutzpolizei weiter, als eine Bestätigung vom Chef der Deutschen Polizei eingetroffen war⁵³. Der Wachwechsel fand nun unverzüglich statt. Die Schutzpolizei hatte damit keinerlei Verantwortung mehr hinsichtlich der Verhinderung von Sabotageakten am Sender. Diese Verantwortung war auf die Sicherheitspolizei übergegangen⁵⁴.

Das ist insofern auffällig, als die Sicherheitspolizei normalerweise nicht mit genügend Kräften ausgestattet war, um solche schutzpolizeilichen Aufgaben wahr-

⁴⁹ Mündliche Mitteilung von Herrn Naujocks an den Verf.

⁵⁰ Nach Bericht N.

⁵¹ Im Interesse der Geheimhaltung war es unmöglich, auf dem Dienstweg der Reichspost den Objektschutz abzurufen. Vielleicht ist das auch mit der Grund dafür, daß Naujocks das Stichwort am 25. August nicht übermittelt wurde.

⁵² Mündliche und schriftliche Mitteilungen von Herrn Oberst d. Sch. a. D. Luban an den Verf.

⁵³ Mündliche Mitteilung von Frau Schade an den Verf. Frau Schade erinnert sich genau, daß die Bestätigung per Fernschreiben oder Blitzgespräch von Himmler direkt eingeholt wurde. Oberst Luban kann dazu keine Angaben machen, da er nicht weiß, ob Oberstleutnant Küllmer (inzwischen verstorben), der ihm den Befehl weitergab, diesen vom Polizeipräsidenten erhielt oder ob er mit der Sicherheitspolizei selbst verhandelt hatte.

Es ist denkbar, daß Schade dem Kommandeur d. Sch. nur den Befehl zum Abzug des Objektschutzes gab und ihn im übrigen an die Sicherheitspolizei verwies, die dem Polizeipräsidenten nicht unterstand. Frau Schade erinnert sich nämlich nur, daß ihr Mann sagte, die Polizei sei zurückgezogen worden.

⁵⁴ Schreiben von Herrn Oberst a. D. Luban an den Verf.

nehmen zu können. Das Personal der Geheimen Staatspolizei und der Kriminalpolizei reichte dazu nicht aus und war dafür nicht besonders geeignet, denn es war nicht uniformiert. Das neue Kommando aber trug Uniformen⁵⁵.

Die überlebenden Zeugen sind sich über diesen neuen Objektschutz keineswegs einig, sie stimmen nur überein in den Feststellungen: am 31. August fand ein Wachwechsel statt, und nach dem Überfall übernahm die Schutzpolizei wieder die Verantwortung für den Sender.

Bericht N. vertritt die Auffassung, die Hilfspolizei sei zunächst am Sender eingeteilt gewesen. Sie wurde am 31. August um 13 Uhr routinemäßig abgelöst. Um 16 Uhr kam dann ein Kommando der Schutzpolizei in Stärke von 1/3 „und löste die darüber erstaunte Hilfspolizeiwache ab“. Nach dem Überfall ersetzte dann eine neue stärkere Schutzpolizeiwache die alte.

Hier steckt offensichtlich ein Widerspruch, denn die Hilfspolizei gehörte auch zur Schutzpolizei. Die Kräfte der Schutzpolizei reichten oft nicht aus, wenn es – wie bei der Übernahme der verschiedenen Sicherungsaufträge am 28. August – größere Aufgaben zu bewältigen galt. Es wurden dann Polizeireservisten eingezogen, die den bestehenden Kadern zugeteilt wurden, in seltenen Fällen aber auch selbständige Kommandos im Rahmen der Schutzpolizei bildeten⁵⁶.

Es ist demnach wahrscheinlich, daß ein mit Hilfspolizei durchsetztes Kommando am Sender aufgezogen war. Aber warum sollte es am 31. August um 16 Uhr plötzlich durch eigene Leute abgelöst worden sein?

Die Betriebsbeamten betonten besonders das Erstaunen des abgelösten Objektschutzes und wollten dadurch sicher lediglich nur die außerplanmäßige Ablösung durch unbekannte Leute einer anderen, „nicht zuständigen“ Einheit festhalten. Es kam ihnen auf das Ungewöhnliche dieses Vorganges an und nicht auf ein richtiges Kognoszieren des neuen Kommandos, denn in den verschiedenen Formationen des Polizeiapparates kannten sie sich sicher wenig aus⁵⁷.

Auch Wachtmeister Schliwa vom zuständigen 4. Polizeirevier weiß von der entscheidenden Ablösung am 31. August. Im Gegensatz zu Bericht N. behauptet er jedoch, die Wehrmacht habe zur Zeit des Überfalles für die Sicherheit des Senders zu sorgen gehabt. Schliwa sah den Objektschutz zwar nicht selbst, er erinnert sich jedoch noch genau, daß sein Revierführer, Oberleutnant Böhm, als er vom Einsatz beim Sender zurückkam, wörtlich äußerte: „Die Bereitschaftspolizei wurde um 13 Uhr heute nachmittag von der Wehrmacht abgelöst, und (nun) haben wir gleich die Schweinerei⁵⁸.“

Wehrmacht stand genügend zur Verfügung. Es war jedoch nicht notwendig, ihr

⁵⁵ Mündliche Mitteilung von Herrn Naujocks an den Verf.

⁵⁶ Offiziell hieß die Hilfspolizei VPS, verstärkter Polizeischutz. Zum VPS gehörten auch der SHD, Sicherheits- und Hilfsdienst, der von der Wehrmacht u. k. gestellt wurde, um Luftschutz-, Sanitäts- und Feuerwehraufgaben zu erfüllen.

⁵⁷ Auch Herr N. hält einen Irrtum für möglich, da bei der Besprechung nach dem Überfall auf die genaue Bezeichnung der Polizeieinheit nicht geachtet wurde.

⁵⁸ Schreiben von Herrn Polizeimeister Schliwa.

schutzpolizeiliche Maßnahmen zu übertragen, weil die Polizeieinheiten durch Reservisten ausreichend verstärkt worden waren und die ihnen gestellten Aufgaben personell erfüllen konnten. Warum sollte man ausgerechnet am Sender die Wehrmacht eingesetzt haben? Bisher war sie zu solchen Aufgaben nicht herangezogen worden, und es gab auch am Nachmittag des 31. August keinen Grund dafür.

Dagegen liegt es nahe, in den Leuten des Objektschutzes Angehörige der SS-Verfügungstruppe zu vermuten. Die SS-Verfügungstruppe war im oberschlessischen Grenzgebiet eingesetzt⁵⁹ und trug überdies Uniformen, die sich von denen der Wehrmacht nur durch Rangabzeichen und Kragenspiegel unterschieden. Wir müssen annehmen, daß Oberleutnant Böhm entweder einer optischen Täuschung zum Opfer fiel, denn er konnte, weil er nichts mit den Vernehmungen zu tun hatte, den Objektschutz nur ganz kurz gesehen haben, oder aber – das liegt noch näher – er bekam die Leute überhaupt nicht zu Gesicht und wurde durch einen Untersuchungsbeamten falsch informiert. Der Verdacht, die SS-Verfügungstruppe habe im Auftrage der Sicherheitspolizei den alten Objektschutz am Sender abgelöst, wird durch die Aussage eines weiteren Beamten vom 4. Revier, der mit Böhm und der Bereitschaft zum Sender kam, erhärtet: „Wir haben uns alle darüber gewundert, daß die SS (die im Verwaltungsgebäude untergebracht war) von dem Überfall nichts gemerkt hat“⁶⁰.

Sollte die Station besser geschützt werden? Das wäre eine verständliche Begründung. Sie wurde auch dem Abschnittskommandeur der Schutzpolizei angegeben, als er bei seinem Vorgesetzten verwundert zurückfragte, ob nur der Sender von seinen Leuten geräumt werden müsse⁶¹.

Aber die Erklärung ist nicht stichhaltig, denn von einem besonderen Schutz konnte nun nicht mehr die Rede sein. Der Objektschutz war durch das neue Kommando, das nur noch aus einem Führer und drei Wachleuten bestand, entscheidend geschwächt worden. Die Leute mußten ständig auf Posten sein. Sie hatten, als der Überfall begann, schon mindestens vier Stunden Wachdienst hinter sich und sahen immer noch keine Möglichkeit einer Ablösung. Das beweist wohl am besten, daß die Sicherheit des Senders nicht erhöht wurde, und daß ein Kommando den Objektschutz versah, das nur für wenige Stunden dort belassen werden sollte.

Die Tarnung des Überfalles

Die Vorbereitungen garantierten geradezu das Gelingen des Unternehmens. Sind sie zu diesem Zwecke getroffen worden, dann ist damit zu rechnen, daß auch aus-

⁵⁹ Vgl. Weißbuch II, Nr. 470, Meldung des Oberfinanzpräsidenten Troppau. Leiter dieser als Grenzpolizei eingesetzten Truppe war der SS-Oberführer Dr. Trummler (Schreiben von Herrn Naujocks).

⁶⁰ Schreiben von Herrn Polizeimeister a. D. Wilhelm Neuberg. Neuberg teilt mit, daß er und einige seiner Kameraden wußten, daß die SS im Sender war und ihn bewachten. Er sah jedoch diese Leute nicht selbst und kann auch nicht angeben, woher sein Wissen stammt.

⁶¹ Mündl. Mitteilung von Herrn Oberst a. D. Luban.

reichende Sicherungen vorgesehen waren, um nach dem Überfall alle Möglichkeiten eines Verrats auszuschalten.

Unmittelbar nach der Radiodurchsage wurde das Überfallkommando der Polizeibereitschaft alarmiert. Im Präsidium selbst hatte man die Durchsage gehört, und aus der Stadt kamen ständig Telefonanrufe⁶². Nur der amtierende Polizeipräsident ließ sich nicht erschüttern. Obwohl er gewöhnlich im Präsidium schlief, war er an diesem Tage schon früh nach Hause gekommen und hatte seiner erstaunten Frau gesagt, es wäre etwas im Gange, sie solle das Radio einschalten. Er verfolgte den Überfall am Lautsprecher, gab telefonisch seine Weisungen, erklärte den Polizeiamtsleitern von Hindenburg und Beuthen⁶³, die sich mit ihm in Verbindung gesetzt hatten, sie sollten in Ruhe abwarten und forderte schließlich einen Wagen an, um sich an den Tatort zu begeben⁶⁴.

Auch auf dem 4. Revier in der Lindenstraße war man Ohrenzeuge gewesen, und der Revierführer, Oberleutnant Böhm, schickte alle verfügbaren Leute, soweit sie Fahrräder besaßen – ein Wagen war nicht vorhanden –, sofort zum Sender. Er selbst rief das Überfallkommando an und bat, ihn und einige seiner Leute abzuholen. Wachtmeister Filor traf als einer der ersten vom Revier etwa zehn Minuten nach dem Überfall beim 1,8 km entfernten Sender ein und fand die Gestapo bereits in Tätigkeit. Diese ließ ihn und die nach ihm kommenden Beamten das Gelände des Senders nicht betreten und erzählte lediglich, eine polnische Militärabteilung habe einen Überfall verübt und den Wächter erschossen. Da alles ruhig war, machten sich Filor und die anderen wieder auf den Heimweg⁶⁵. Unterwegs begegnete ihnen das Überfallkommando der Polizeibereitschaft. Erst etwa 20 Minuten nach der Flucht der Eindringlinge kam es vom 4 km entfernten Polizeipräsidium beim Sender an⁶⁶. Es hatte am 4. Revier den Oberleutnant Böhm und sechs bis acht Polizisten aufgenommen.

⁶² U. a. informierte Hauptmann d. Sch. Klaasen sofort den Kommandeur d. Sch. über die Vorgänge am Sender. Schreiben von Herrn Klaasen an den Verf.

⁶³ Beuthen u. Hindenburg gehörten zum Bereich des Polizeipräsidenten von Gleiwitz. Er war dort durch je einen Amtsleiter vertreten.

⁶⁴ Mündl. u. schriftl. Mitteilungen von Frau Schade.

⁶⁵ Schreiben von Herrn Polizeimeister Filor an den Verf. Wachtmeister Schliwa, der kurz nach dem Üko zum Sender kam, fand Oberleutnant Böhm im Gespräch mit zwei Zivilisten, von denen der eine die Untersuchung zu leiten schien (Schreiben von Herrn Polizeimeister Schliwa an den Verf.).

⁶⁶ Die Zeiten lassen sich mit Sicherheit nicht mehr festlegen. Polizeimeister Schliwa glaubt, das Üko sei früher am Tatort gewesen, Polizeimeister a. D. Neuberg rechnet mit 15 Minuten und ein Bürger, der dicht beim Sender wohnte, gibt 20 Minuten an.

Eine Verspätung ließe sich durch einen Umweg erklären, den das Üko möglicherweise machte. Aus einem Schreiben des ehemaligen Sendeleiters, der im Studio im alten Gleiwitzer Sender am anderen Ausgang der Stadt wohnte, geht hervor, daß das Üko zunächst dort vorsprach und dann umgeleitet wurde.

Das Üko der Polizeibereitschaft ist nicht mit dem im Bericht N. genannten identisch. Der Bericht N. gebraucht die Bezeichnung irrtümlich für die Gruppe der Gestapo.

Das Überfallkommando besaß eine Stärke von $\frac{1}{4}$ und wurde als Verstärkung der Revierpolizei eingesetzt. Es kam mit einem etwa 15 Personen fassenden Mannschaftswagen.

Die Beamten konnten das Sendergelände ohne Schwierigkeiten betreten⁶⁷. Die Eingangspforte, die bisher von der Gestapo gesperrt wurde, war inzwischen freigegeben worden, denn die Gefahr einer Aufdeckung unliebsamer Tatsachen bestand nicht mehr. Die Gestapo, die, wie Naujocks vermutet, „von oben“ informiert war, war wenige Minuten nach der Radiodurchsage kurz nach dem SD-Mann beim Sender eingetroffen. Sie hatte ihn, noch bevor Revierbeamte, Überfallkommando oder Anlieger zur Stelle sein konnten, abgeriegelt und die Betriebsangehörigen isoliert. Durch das nun folgende Verhör, bei dem das Personal nachdrücklich auf seine Schweigepflicht aufmerksam gemacht wurde⁶⁸, kam es mit der Schutzpolizei nicht mehr in Berührung.

Die Fahrzeuge der Gestapo waren sofort wieder weggefahren⁶⁹. Es gab deshalb keinen Grund mehr, die Schutzpolizeibeamten an der Ausübung ihrer Pflichten zu hindern. Böhm übernahm mit seinen Leuten die Absperrung der gesamten Senderanlage und gab ihnen den Auftrag, jede verdächtige Person festzunehmen. Wachtmeister Schliwa kam wenige Minuten nach dem Überfallkommando beim Sender an. Er gelangte ebenfalls ungehindert in das Gelände des Senders und suchte seinen Revierführer, betrat dabei das Sendegebäude und fand ihn schließlich am Sendeturm. Oberleutnant Böhm stand dort mit zwei Zivilisten, „von denen einer anscheinend die Führung hatte“. Zwei Polizisten der Bereitschaft sicherten den hölzernen Sendeturm, andere wurden gerade eingeteilt. Wachtmeister Schliwa bekam den Auftrag, mit zwei weiteren Beamten die angrenzende Siedlung nach Polen zu durchsuchen. Gegen 21.15 Uhr wurde er von Böhm wieder zum Revier entlassen. Der Revierführer selbst traf gegen 22 Uhr dort ein⁷⁰.

Böhm hatte man nicht in die Untersuchung eingeschaltet. Er durfte nur als Statist im Sender auftreten, und das hatte ihn mißtrauisch gemacht, denn er äußerte abends im Kreise seiner Familie zum Überfall: „Da stimmte etwas nicht“⁷¹.

Das Ergebnis der Untersuchung durch die Geheime Staatspolizei wurde nie bekannt. Ja, man kann geradezu von einer konsequenten Verdunkelungstaktik sprechen, die von den verantwortlichen Behörden betrieben wurde. Die Beamten des Reviers und der Bereitschaft bekamen keine Einsicht in die Vorgänge. Sie durften mitwirken, weil sie gerade da waren und weil der Verzicht auf ihre Unterstützung auffällig gewesen wäre. Eine Alarmierung aller darüber hinaus zur Verfügung stehenden Kräfte erfolgte jedoch nicht. Man rief nicht einmal die nur wenige hun-

⁶⁷ Schriftliche Mitteilungen von Herrn Polizeimeister Neuberg und Herrn Polizeimeister Schliwa an den Verf.

⁶⁸ Foitzik berichtete seinem Sturmführer, man habe sogar mit dem Konzentrationslager gedroht (Schreiben von Herrn Lindhorst an den Verf.).

⁶⁹ Schreiben von Herrn Gritzmann. Er wohnte dicht beim Sender und sah die Gestapo wenige Minuten nach der Radiomeldung mit mehreren Wagen zum Sender und kurz danach wieder zurückfahren. Er bestätigt auch, daß das Üko etwa 20 Minuten später kam. Polizeimeister Neuberg sah, als er mit dem Überfallkommando zum Sender kam, dort keine Fahrzeuge mehr.

⁷⁰ Zwei Schreiben von Herrn Polizeimeister Schliwa an den Verf.

⁷¹ Mündl. Mitteilung von Frau Schmitt, der Tochter Böhms.

dert Meter entfernt in der Waldschule stationierte Hundertschaft der Polizei zu Hilfe⁷², um die entflohenen Täter zu fangen. Der Vorfall wurde weder in der täglichen Frühbesprechung der Kriminalpolizei erwähnt⁷³, noch erfuhren die verschiedenen Polizeidienststellen dienstlich etwas darüber⁷⁴. Sie waren ebenso auf die Presse und auf die Gerüchte angewiesen wie die Bevölkerung⁷⁵, und die Bevölkerung von Gleiwitz wurde nicht besser informiert als die Bevölkerung des Reichsgebietes. Manche Gleiwitzer wußten bis heute nicht einmal, auf welchen Sender der Überfall stattfand⁷⁶.

Die allgemeine Unklarheit geht natürlich zum Teil auf die sich in den nächsten Tagen überstürzenden Kriegsereignisse zurück, die den Überfall auf den Sender völlig in den Schatten rückten und viel brennendere Probleme für Dienststellen und Bevölkerung aufwarfen. Entscheidend aber trug der planmäßige Versuch dazu bei, den wahren Ablauf des Geschehens zu verschleiern.

Der Sachverhalt ist geklärt. Die Konvergenz der festgestellten Fakten von den Vorbereitungen des Überfalles bis zu den Maßnahmen danach weist eindeutig auf den Sicherheitsdienst der SS hin. Er bzw. die Gestapo traf die nötigen Vorkehrungen, um das Gelingen zu garantieren, und Alfred Naujocks führte den Handstreich durch.

Naujocks erinnert sich, wie er sagt, nicht mehr an Einzelheiten des Unternehmens, weil dieses für ihn als Nachrichtenmann nur ein Auftrag unter anderen war, ein – was seine Durchführung anbetrifft – noch dazu völlig unproblematischer⁷⁷. Außerdem hat die Untersuchung der Vorgänge noch gezeigt, daß Naujocks vermutlich nur in einen Ausschnitt des Unternehmens, nämlich in den von ihm geplanten

⁷² Schreiben des ehemaligen Leiters der Waldschule, Herrn Rektor Fieber, an den Verf.

⁷³ Schreiben von Herrn Kriminalsekretär Hagen an den Verf.

⁷⁴ Mitteilung mehrerer Offiziere und Beamter des Präsidiums und der Reviere.

⁷⁵ Lediglich auf Grund solcher Gerüchte Vertriebener, die ehemals in Gleiwitz lebten, hat David L. Hoggan („Der erzwungene Krieg“, Tübingen 1961, S. 761) den Überfall auf den Sender mit dem Personal der polnischen Bank Ludowy in Gleiwitz in Verbindung gebracht. Diese unhaltbare Verdächtigung entspricht der ganzen Tendenz des Buches. Vgl. G. Jasper: Über die Ursachen des Zweiten Weltkrieges. – In dieser Zeitschrift 10 (1962), S. 311–340.

⁷⁶ So war z. B. ein Bergassessor, der in der Nähe des alten Senders wohnte, bis heute überzeugt, daß jener überfallen wurde.

⁷⁷ Naujocks war in kurzer Frist einsatzbereit, nach Durchgabe des Stichwortes benötigte er lediglich 15 Minuten, um zum Sender zu kommen und den Überfall durchzuführen.

Das erklärt auch die Vorgänge am 25. August. Hitler hatte an diesem Tage den Kriegsbeginn auf den frühen Morgen des 26. 8. angesetzt und den Befehl erst abends zwischen 18 und 19 Uhr so spät widerrufen, daß es nicht mehr gelang, alle Einheiten vor dem Grenzübergang rechtzeitig zu benachrichtigen. In seinem Affidavit erwähnt Naujocks nichts davon.

Heydrich war bekannt, daß die Aktion keine Anlaufzeit benötigte (Schreiben von Herrn Naujocks an den Verf. vom 14. 9. 1962) und er ordnete am 25. 8. nur, wie sich Naujocks zu erinnern glaubt, einen Bereitschaftsalarm an, auf Grund dessen Naujocks das Hotel nicht verlassen durfte und seine Leute beisammen halten mußte. Eine frühzeitige Durchgabe des Stichwortes ist augenscheinlich deswegen und wegen der starken Sicherung des Senders durch den Postschutz, der dem Reichspostministerium und nicht der Polizei unterstand, nicht erfolgt.

technischen Teil bis zum Eingreifen des SD-Führers, eingeweiht war. Er gab – abgesehen von der einen unwahren Darstellung über den Toten⁷⁸ – genügend Anhaltspunkte, die mit den übrigen Feststellungen soweit übereinstimmen, daß man mit Sicherheit sagen kann, seine Aussage beruht auf Wahrheit. Er lieferte den von Hitler den Generalen angekündigten „propagandistischen Anlaß“ zum Kriege⁷⁹.

⁷⁸ Es ist deshalb durchaus denkbar, daß Naujocks, der den Mann lebend im Sender zurückließ, von einer beabsichtigten Erschießung keine Ahnung hatte und erst später davon erfuhr.

⁷⁹ Eine Untersuchung der Vorgänge beim Überfall auf ein Zollhaus im Gebiet von Groß-Rauden (vgl. Anm. 21), welche auch die Frage der Verwendung polnischer Uniformen klären dürfte, wird in einem der nächsten Hefte dieser Zeitschrift erfolgen.

HERMANN MAU ZUM GEDÄCHTNIS

Vor zehn Jahren, am 25. Oktober 1952, starb Hermann Mau in seinem 40. Lebensjahr bei einem Autounfall. Am 5. Januar 1951 war er Generalsekretär des Instituts für Zeitgeschichte geworden als Nachfolger von Gerhard Kroll, der unter schwierigen Umständen die praktischen Voraussetzungen für die wissenschaftliche Arbeit geschaffen und die ersten Forschungsprojekte in Gang gesetzt hatte. So fand Mau die Basis vor, auf der er sich von Anfang an intensiv der wissenschaftlichen und auch der politischen Standortbestimmung des Instituts widmen konnte; er hat in der kurzen Zeit seines Wirkens der Institutsarbeit Impulse gegeben, die auf Jahre hinaus von entscheidender Bedeutung blieben.

Viele wichtige Tatsachen und Zusammenhänge der nationalsozialistischen Herrschaft waren damals noch in jenen Nebel gehüllt, den Propaganda und strenge Geheimhaltung um sie verbreitet hatten. Zwar waren die schrecklichen Verbrechen des Regimes und seiner Anhänger bekannt und in zahlreichen Prozessen vor alliierten Gerichten abgeurteilt worden. Aus welchem Boden politischer Verflechtung und geistiger Verwirrung sie aber hervorgegangen waren, das lag noch weitgehend im Dunkeln. So forderte Mau, die Betrachtung des Dritten Reiches von der juristischen Fragestellung der Gerichte und der vereinfachenden Schwarz-Weiß-Optik des politischen Kampfes zu lösen, um zu den Ansatzpunkten für eine historische Erkenntnis zu gelangen. „Es geht weder um die Rehabilitierung des Nationalsozialismus noch um die Rechtfertigung der Kollektivschuldthese. Es geht vielmehr zunächst um die saubere Klärung der Sachverhalte“, schrieb Mau im Oktober 1950 in einem Exposé über die Arbeitsplanung des Instituts, das er als Kandidat für den Posten des Generalsekretärs hatte vorlegen müssen. Diese Aufgabe, erste Voraussetzung für die geistige Bewältigung des furchtbarsten Abschnittes deutscher Geschichte, hat Mau mit all der ihm zur Verfügung stehenden Energie und nach den strengen methodologischen Grundsätzen des an der mittelalterlichen Geschichte ausgebildeten Historikers in Angriff genommen. Auch forderte er als weitere Bedingung für die geistige Bewältigung (damals noch nicht ein so verbrauchter Begriff wie heute), den Nationalsozialismus nicht mehr als eine vereinzelt erscheinende Erscheinung zu sehen, die ganz und gar aus dem Zusammenhang der deutschen Geschichte wie auch unserer Gegenwart herausfiele, sondern als eine Manifestation der untergründigen Tendenzen unseres Zeitalters. Hier seien die Krankheitskeime der modernen Welt zur Entfaltung gekommen; aus ihrem Studium könnten Anhaltspunkte für Therapie und Vorbeugung gewonnen werden. Diese Gedanken, die heute wie Selbstverständlichkeiten klingen, damals jedoch neue Wege wiesen, gaben den Anstoß, den Namen des „Deutschen Instituts zur Erforschung der nationalsozialistischen Zeit“ in „Institut für Zeitgeschichte“ umzuändern.

Mau forderte, das Hitlerbild müsse differenziert werden, denn die Gefahr des Bösen beruhe gerade darin, daß es sich keineswegs in jedem Augenblick als das

Böse offenbart. Er fragte immer wieder, was in den Menschen eigentlich vorgegangen sei, daß so etwas wie der Nationalsozialismus überhaupt möglich wurde, und suchte nach den Wurzeln im Geistigen und Seelischen, nach den Irrungen, aber auch nach dem Körnchen Wahrheit, das nach einem Wort des Hl. Augustinus in jedem Irrtum steckt. Denn er war überzeugt, daß man nur aus wirklichem Verstehen zu jener einzig echten und unerschütterlichen Kritik gelangen könne, der sich auch der Kritisierte, und das war schließlich ein erheblicher Teil unseres Volkes, beugen muß. Die Irrungen der nationalsozialistischen Zeit sollten nicht als inneres Gift weiterwirken, sondern zu einem Erfahrungsgut destilliert werden, das unserem Volk den richtigen Weg in die Zukunft zu gehen hilft. Typisch für Maus Auffassung der Aufgaben des Instituts war sein Gedanke, daß dessen „besondere Aufmerksamkeit jenen jüngeren Jahrgängen ehemaliger Nationalsozialisten gelten sollte, die über der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zur echten wissenschaftlichen Frage kommen“.

Blickt man auf jene Anfangszeit zurück, in der die ersten Schneisen in ein völlig neues Forschungsgebiet geschlagen und erste Erfahrungen mit neuen methodologischen Problemen gemacht wurden, so kann man mit gutem Recht sagen, daß innerhalb von 10 Jahren vom Institut wie von vielen deutschen und ausländischen Gelehrten ein großes Stück Arbeit geschafft worden ist und beachtliche Erfolge erzielt wurden. Noch vor fünf Jahren hatte ein Lehrer, der über die nationalsozialistische Zeit unterrichten sollte, einige Mühe, sich geeignete Literatur zu beschaffen. Heute dagegen kann man schon fast von einem Überfluß zum Teil ganz ausgezeichneten Schriften sprechen, die unmittelbar oder mittelbar Frucht der wissenschaftlichen Bemühung sind. Das erste Buch dieser Art stammt von Hermann Mau selbst: seine „Deutsche Geschichte 1933 bis 1945“, die Helmut Krausnick nach dem Tod des Autors abgeschlossen hat. Daß dieses von Mau im Sommer 1952 geschriebene Buch heute noch in keiner Weise überholt ist, zeugt für die außergewöhnliche Fähigkeit des Autors, historische Zusammenhänge zu erkennen und prägnant zu formulieren.

Ein hervorstechendes Merkmal seiner Institutsführung war Maus Einsicht in die politische Bedeutung der zeitgeschichtlichen Forschung und seine entsprechende Bereitschaft zum politischen Engagement. Schon in seiner Denkschrift vom Oktober 1950 hatte er gefordert, daß das Institut seine Kräfte vor allem an solche Aufgaben wende, „an deren Klärung ein aktuelles politisches Interesse besteht“, ja, daß es in der Lage sein müsse, „kurzfristig Auftragsarbeiten durchzuführen, wenn von politischen, wirtschaftlichen oder rechtlichen Tagesfragen her ein öffentliches Interesse an der Klärung einschlägiger Spezialfragen“ bestehe. Diese Forderung hat das Institut durch die Jahre seines bisherigen Bestehens hindurch vor allem durch seine umfangreiche Gutachtertätigkeit erfüllt. Hermann Mau selbst, der von 1942 bis 1948 unter Jakob Kaiser und Ernst Lemmer sehr aktiv in der CDU der russischen Besatzungszone mitgearbeitet hatte, verstand es, seine vielfältigen politischen Beziehungen mit der Institutsarbeit zu verknüpfen und einen fruchtbaren Gedankenaustausch zwischen historischer Forschung und Politik in Gang zu bringen.

Seine Bereitschaft, aus der Politik Anregungen zu empfangen und in die Politik hineinzuwirken, war denen, die mit Mau zusammenarbeiten durften, als ein Moment der Intensivierung der Forschung täglich spürbar und weckte in ihnen das Bewußtsein der öffentlichen Verantwortung, die sie mit ihrem besonderen Forschungsgegenstand zusätzlich zur wissenschaftlichen Verantwortung übernommen hatten. Dabei vermochte Mau mit der Exaktheit seiner Methodik und der Unbestechlichkeit seines Urteils jenes törichte Vorurteil zu widerlegen, saubere wissenschaftliche Arbeit sei mit politischem Engagement nicht vereinbar. Er sagte mit Recht, daß die Vertreter solcher Ansichten mehr aus Angst vor der Politik als aus Liebe zur Wahrheit urteilen.

Schließlich hat Hermann Mau in seinem Exposé vom Oktober 1950 auch bereits gefordert, daß das Institut eine eigene Zeitschrift haben müsse, in der es über seine Arbeit Rechenschaft gibt und darüber hinaus die Öffentlichkeit mit der gesamten einschlägigen Forschung bekanntmacht. Auf diesen Gedanken geht das Bestehen der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte zurück. Mau hat sie zusammen mit den beiden Herausgebern projektiert und bis in die graphischen Einzelheiten hinein entworfen. Er führte auch die Schriftleitung des ersten Heftes, doch hat er dessen Erscheinen nicht mehr erleben dürfen.

Hans Buchheim

Dokumentation

AUS DEN AKTEN DER PROZESSE GEGEN DIE ERZBERGER-MÖRDER

Vorbemerkung

In den Sommern 1921 und 1922 schuf eine Kette politischer Morde und Mordversuche an republikanischen Politikern eine höchst gespannte, bürgerkriegsähnliche Situation in Deutschland. Am 9. Juni 1921 war der Führer der Münchener USPD, Gareis, Mordern zum Opfer gefallen; wenig später erlag Matthias Erzberger den Pistolenschüssen nationalistischer Fanatiker. Anfang Juni 1922 verübte man – allerdings erfolglos – ein Attentat auf Philipp Scheidemann, und am 24. Juni 1922 wurde Walther Rathenau auf der Fahrt ins Auswärtige Amt ermordet. Während die Urheber des Gareis-Mordes bis heute unbekannt geblieben sind, gelang es der badischen Polizei recht bald, Heinrich Tillessen und Heinrich Schulz als Erzberger-Mörder zu identifizieren. Es handelte sich bei ihnen um ehemalige Freikorpskämpfer und Angehörige der Marine-Brigade Ehrhardt, der inzwischen aufgelösten Truppe, die den Kapp-Putsch getragen hatte. Ihrer Verhaftung entzogen sie sich damals durch Flucht ins Ausland. Erst nach 1945 faßte man sie und machte ihnen den Prozeß. Im Zuge der Fahndung nach den Rathenau-Mördern fielen 1922 auch die beiden Scheidemann-Attentäter Hustert und Oehlschläger der Polizei in die Hände. Auch sie hatten früher der Marine-Brigade Ehrhardt angehört. Der beiden Mörder Rathenaus konnte die Polizei nur tot habhaft werden. Auch sie kamen aus der Brigade Ehrhardt, was ebenfalls von zahlreichen Helfern und Mitwissern galt, unter denen sich bezeichnenderweise ein Bruder des Erzberger-Mörders Heinrich Tillessen befand.

Von Anfang an war in der Öffentlichkeit, besonders auf der Linken, der Verdacht geäußert worden, hier sei eine weitverzweigte rechtsradikale „Mörder-Organisation“ am Werke, die mit ihren Aktionen das Signal zur reaktionären Gegenrevolution geben wolle. Nachdem sich im Zuge der Ermittlungen der personelle Zusammenhang zwischen den einzelnen Mordteams herausgestellt hatte, steigerte sich dieser Verdacht bis fast zur Gewißheit, ohne daß es jedoch gelang, den letzten juristisch durchschlagenden Beweis dafür zu erbringen, daß die Mörder ihre Verbrechen auf Befehl und im Dienste einer Geheimorganisation verübt hatten.

Lediglich beim Erzberger-Mord erlaubt das Quellenmaterial, das sich bei der Offenburger Staatsanwaltschaft befindet und aus dem hier einige Dokumente abgedruckt werden, genauer zu bestimmen, inwieweit die Täter nur aus eigener Überzeugung und auf eigene Initiative hin handelten oder ausführende Organe anderer waren. Das ist möglich geworden, weil es der Offenburger Staatsanwaltschaft bei ihrer Fahndung nach Schulz und Tillessen gelang, die Existenz einer geheimen antirepublikanischen Organisation aufzudecken, aus der die Mörder hervorgegan-

gen waren. Trotz zahlreicher Indizien hatte seinerzeit den Mitgliedern dieser Organisation Anstiftung oder Beihilfe, Begünstigung oder Mitwisserschaft nicht nachgewiesen werden können. Erst die Aussagen, die Schulz und Tillessen nach 1945 machten (Dokument 9 und 10), bestätigten nachträglich den Verdacht der Offenburger Staatsanwaltschaft und gestatten, auf Grund dieser einzigartigen doppel-schichtigen Quellenlage ein etwas deutlicheres Bild der berüchtigten Organisation und vor allem der Stimmung und Haltung der Mörder zu entwerfen, zumal das Offenburger Material in höchst aufschlußreicher Weise durch die autobiographischen Romane Ernst von Salomons ergänzt wird, die ebenfalls aus dem Leben jener Organisation berichten; war doch Salomon selbst am Rathenau-Mord beteiligt. Das Besondere liegt dabei darin, daß wir auch auf dieser literarischen Ebene wiederum zwei verschiedene Zeitschichten in den Quellen haben, da Salomon die hier in Rede stehenden Zusammenhänge einmal in seinem 1930 erschienenen Roman „Die Geächteten“ geschildert hat, sie aber nach 1945 im „Fragebogen“ erneut aufnahm.

Den ersten Verdacht, daß Schulz und Tillessen nicht auf eigene Initiative, sondern gedeckt und gesteuert durch eine Organisation handelten, schöpften die Offenburger Untersuchungsbeamten, als sie auf den Spuren der Mörder nach München kamen. Hier stieß man auf eine geheimnisvolle „Bayerische Holzverwertungsgesellschaft“, bei der die beiden beschäftigt gewesen waren. Ihr unmittelbarer Vorgesetzter war dort Manfred von Killinger, ebenfalls ein ehemaliger Offizier der Marine-Brigade Ehrhardt. Die Polizei konnte feststellen, daß Killinger die beiden Mörder Anfang August beurlaubt hatte, daß ihnen ferner aus dem Killingerschen Büro ein Reisepaß nachgeschickt worden war und daß beide nach der Tat Anfang September mit Killinger zusammentrafen, zeitweilig bei ihm wohnten und vor ihrer weiteren Flucht ihre Koffer bei ihm abstellten. Schulz hatte darüber hinaus seiner Mutter die Wohnung Killingers als künftige Adresse angegeben. In dem Büro stellte man außerdem die gleiche Munition sicher, mit der Erzberger ermordet war. Die Recherchen der Polizei ergaben ferner, daß Schulz und Tillessen auf Grund ihrer finanziellen Verhältnisse von sich aus gar nicht in der Lage gewesen wären, ihre langen Reisen hinter Erzberger her zu finanzieren. Man verhaftete daraufhin Killinger und das gesamte Personal der Holzverwertungsgesellschaft, alles alte Freikorpskämpfer, unter dem Verdacht der Beihilfe, Begünstigung und Mitwisserschaft.

Trotz aller Indizien ließ sich dieser Verdacht aber nicht juristisch erhärten, da man dazu der Aussagen der beiden Haupttäter bedurft hätte. Auf Grund sehr merkwürdiger Umstände war es diesen aber gelungen, noch im letzten Moment über die Grenze zu entweichen. Zu jenen Umständen gehörten eine Warnung bzw. Benachrichtigung an Killinger durch die bayerische Polizei und ferner die guten Beziehungen der „Holzverwertungsgesellschaft“ zum Münchener Polizeipräsidium¹. Bezeichnenderweise finden sich denn auch in den internen Berichten der

¹ Offenburger Akten 1 Ks 2/50 II, S. 75 ff. und 55, Aussage von H. Schulz vor dem Untersuchungsrichter. Wilhelm Hoegner berichtet, daß die bayerische Polizei, statt Schulz und

Offenburger Untersuchungsbeamten an ihren vorgesetzten Generalstaatsanwalt und den badischen Justizminister wiederholt sehr kritische Äußerungen über die Art der Unterstützung, die sie bei ihrer Ermittlungstätigkeit fanden. Sie konnten die Bemerkung nicht unterdrücken, „daß die Unterzeichneten manchmal das Gefühl hatten, auch im Inland die Rechtshilfe nicht zu finden, wie man es sonst bei Kapitalverbrechen gewohnt war, und daß sie mehrfach vor unerklärlichen Indiskretionen standen“².

Eine erfolgreiche Fahndung wurde freilich auch durch die ablehnende Haltung weitester Bevölkerungskreise erschwert. Tillessen berichtet, sie seien auf der Flucht geradezu von Hand zu Hand weitergereicht worden. Es habe Leute gegeben, die Erzberger haßten und die sich gewissermaßen einen Sport daraus machten, den Mördern zu helfen³. Diese Stimmung machte es sogar möglich, daß sich Hochstapler und Betrüger als Erzberger-Mörder ausgaben und damit in deutschnationalen Kreisen nicht ohne Erfolg hausieren gingen⁴. Da es infolge dieser Umstände nicht gelang, der Erzberger-Mörder habhaft zu werden, stellte der Offenburger Staatsanwalt die Ermittlungen gegen die Mehrzahl der Angehörigen der „Bayerischen Holzverwertungsgesellschaft“ ein und erhob nur Anklage gegen von Killinger wegen Begünstigung. Doch auch dieser ausschließlich auf Indizien gegründete Prozeß endete mit Freispruch.

Unabhängig davon leitete der Offenburger Staatsanwalt gegen die Holzverwertungsgesellschaft sofort ein zweites Verfahren wegen Geheimbündelei ein, da diese sich im Zuge der Ermittlungen als Tarnung für die in der Folgezeit berühmt und berüchtigt gewordene „Organisation Consul“, OC, als illegale Fortsetzung der nach dem Kapp-Putsch aufgelösten Marine-Brigade Ehrhardt entpuppt hatte. Chef dieser OC war Korvetten-Kapitän Ehrhardt, der als steckbrieflich gesuchter Hochverräter unbehelligt in München lebte und mit seinem allgemein bekannten Decknamen „Consul“ der Organisation den Namen gab.

Die Statuten dieser Organisation (Dokument 1), die die Polizei damals sicherstellte, erweisen die OC eindeutig als völkisch-nationale, antisemitische und anti-republikanische Geheimorganisation mit straff militärischer Struktur. Der § 11 dieser Statuten schuf recht eigentlich das Schlagwort vom Feme-Mörder. An der Realität der Feme ist nicht zu zweifeln. Ungeachtet der vielen Feme-Morde, die in anderen Freikorpsverbänden vorkamen, besonders im Zusammenhang mit den Kämpfen in Oberschlesien, im Ruhrgebiet und im separatistischen Rheinland-

Tillessen sofort zu verhaften, beide schriftlich (!) zur Vernehmung vorlud. Ob dieser Vorgang mit der von Schulz erwähnten Benachrichtigung an Killinger identisch ist, läßt sich nicht belegen, ist aber sehr gut denkbar. Vgl. Hoegner, Wilhelm, Die verratene Republik. München 1958, S. 91.

² Ebd., Handakten zur Sondermappe Krull, Bericht vom 22. Juni 1922. In ähnlichem Sinn ebd. ein Bericht vom 30. Mai 1922.

³ Ebd., Aussage vom 13. August 1946. KIs 3/47 I.

⁴ Vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags Band 560, S. 11010; der hier besprochene Fall ist auch in den Offenburger Akten nachweisbar. Dazu auch Gumbel, Emil Julius, Verräter verfallen der Feme. Berlin 1929, S. 55.

Pfalz, bezeugt das für die OC die Aussage von Schulz vom 10. März 1950 (Dokument 8). Ernst von Salomon unternahm ebenfalls zusammen mit dem späteren Rathenau-Mörder Kern einen Mordversuch an einem früheren Mitglied der OC, das im Verdacht stand, eine illegale Aktion verraten zu haben⁵.

Fraglich bleibt allerdings, welche Realität und welche politischen Absichten hinter den gesamten Statuten standen. Tillessens Aussage vom 19. Juli 1946 (Dokument 7) gibt hier ein wenig Aufschluß, wenngleich man bei Tillessen auch nach 1945 eine verharmlosende Tendenz in Rechnung stellen muß, hat er doch bezeichnenderweise im Gegensatz zu Schulz vor dem Untersuchungsrichter zunächst noch jede Anstiftung zum Mord und Unterstützung von Seiten der OC abgeleugnet⁶. Erst in der zweiten öffentlichen Hauptverhandlung in Konstanz hat er die wahren Zusammenhänge zugegeben, wie sie dann später von Schulz bestätigt wurden.

Die Hauptaufgabe der OC bestand wohl darin, den Zusammenhalt der ehemaligen Angehörigen der Marine-Brigade Ehrhardt aufrechtzuerhalten, um sie im Notfall rasch wieder zusammenrufen zu können. Das neben den Statuten durch die badische Polizei 1921 beschlagnahmte Material enthält zu diesem Zweck verfaßte ausführliche Organisations- und Aufmarschpläne, wobei man offenbar besonders an einen vielleicht noch einmal notwendig werdenden Einsatz in Oberschlesien dachte⁷. Damit gehört die OC in den weiteren Zusammenhang der Freikorps und der sog. Schwarzen Reichswehr, jener illegalen Wehrformationen, die mit Billigung und Unterstützung der Reichswehr als Wehrgänzung und für den Einsatz in den der Reichswehr verbotenen Zonen aufgestellt wurden. So stieß der Offenburger Staatsanwalt schon damals auf mannigfache Kontakte zwischen Reichswehr und OC bis hin zur Überweisung von 300 000 Mark aus einer Reichswehrkasse an die Organisation. Diese Kontakte werden auch von Salomon bestätigt⁸.

Die Reichswehr hatte allerlei Aufgaben für Ehrhardt und seine Leute, die selber auszuführen ihr nicht möglich war, weil sie im Widerspruch zur offiziellen Politik der Reichsregierung und den Abrüstungs- und Entmilitarisierungsbestimmungen des Versailler Vertrages standen. Zu diesen Aufgaben gehörten Waffenschiebungen sowie das Anlegen und Überwachen von geheimen Waffenlagern, ferner gezielte Aktionen im besetzten Gebiet, Gefangenenbefreiungen, Attentate oder Spitzelbeseitigungen. „Die OC war nichts weiter als ein Teil der im Neuaufbau befind-

⁵ Vgl. ebd., S. 56 ff. und Salomon, Ernst von, *Der Fragebogen. Hamburg 1951*, S. 140 ff.

⁶ Freilich gilt eine verharmlosende Tendenz nur dort, wo es um die Hintermänner ging. In seinen übrigen Aussagen ist Tillessen unbedingt glaubhaft. Er hatte während des Dritten Reiches sehr zurückgezogen gelebt und war zum katholischen Glauben zurückgekehrt. Seine Tat machte ihm schwer zu schaffen, er litt zeitweilig unter Depressionen und hatte sich 1945 bei einer routinemäßigen Verhaftung – auf Drängen der NSDAP war er 1933 Sturmtruppführer h. c. geworden – von sich aus als Erzberger-Mörder zu erkennen gegeben, um endlich von dieser Belastung frei zu werden. Offenburger Akten, Aussage vom 15. August 1945 und öfter, Kls 3/47 I.

⁷ Ebd., Anlagen zu E 14.

⁸ Fragebogen, S. 394–415 und 152. Ferner: Salomon, Ernst von, *Die Geächteten*, Gütersloh 1950, S. 257 ff.

lichen „Abwehr“, versucht Salomon diesen Zusammenhang zu erklären⁹. Das alles geschah in einer Atmosphäre lizenzierter Illegalität, die es indes der Reichswehr unmöglich machte, die geheimen Organisationen dieser Art unter Kontrolle zu halten. Sie entwickelten denn auch in zunehmendem Maße eigene Initiative und Aktivität auf innerpolitischem Gebiet. Darauf deutet der in § 4 der Statuten bekundete Wille der OC, ein „Machtfaktor“ zu sein. Pläne zu einem Putsch hatte Ehrhardt nach dem Mißlingen des Kapp-Unternehmens wohl aufgegeben, wenn ihm auch Tillessen in einer seiner Aussagen nach wie vor die Bereitschaft zum Putschen zuschreibt¹⁰. Der Kapitän mag in der Folgezeit mehr darauf spekuliert haben, daß es im Bunde mit der Reichswehr bei etwaigen Linksunruhen oder wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf legalem oder pseudolegalem Wege zur Umbildung der Regierung in nationaler und autoritärer Richtung kommen würde. Dabei sollten dann die OC und ihr nahestehende Verbände die Machtgrundlage der Reichswehr und der neuen Regierung verbreitern und auch Ehrhardt persönlich Einfluß auf die Politik verschaffen. In diesem Sinne wird man die Absätze 1) und 2) des Abschnitts B, a der Statuten im Zusammenhang mit der Aussage Tillessens (Dokument 9) interpretieren müssen.

Wie weit in dieses Konzept, das im Herbst 1923 ja fast Wirklichkeit geworden wäre, der politische Mord an republikanischen Politikern gehörte, bleibt freilich eine offene Frage. Die Ermordung von Gareis läßt sich leicht aus der Tatsache erklären, daß Gareis im bayerischen Landtag vor Angriffen gegen die bayerischen Vaterländischen Verbände und die politische Polizei und Justiz nicht zurückgeschreckt war und offen mit Enthüllungen gedroht hatte. Er wußte zuviel. So war er ein echtes Opfer der Feme¹¹. Da die Täter unbekannt blieben, läßt sich mehr nicht ausmachen.

Anders steht es beim Erzberger-Mord. Hier liegt nach den Aussagen von Schulz und Tillessen ein klarer Befehl vor. Die Organisation ist also der Hauptverantwortliche. Man wird dabei wohl davon ausgehen dürfen, daß die OC und der Germanenorden, der in den Aussagen als der eigentliche Auftraggeber erscheint, im wesentlichen identisch waren. Möglicherweise schalteten Ehrhardt und Killinger den Germanenorden auch nur dazwischen, um sich zu decken und Schulz und Tillessen noch mehr zu binden. Dafür spricht die führende Rolle Killingers bei der Befehlsübergabe und die Tatsache, daß es an sich den Mitgliedern der OC untersagt war, noch anderen Geheimorganisationen anzugehören. Ferner deutet darauf der Umstand hin, daß Ehrhardt und nicht der Germanenorden es war, der Schulz und Tillessen jahrelang im Ausland unterstützte.

Welche Ziele verfolgte nun die OC-Leitung mit dem Mord an Erzberger? Die einfachste und sicherlich zum Teil auch zutreffende Erklärung liegt in der Verhaßtheit Erzbergers gerade in den nationalen Kreisen. Er galt allgemein als „Vaterlandsverräter“ und „Volksschädling“. Darüber hinaus aber spukte in den Köpfen

⁹ Fragebogen, S. 399.

¹⁰ Offenburger Akten, Aussage vom 26. Juli 1946, Kls 5/47 I.

¹¹ Vgl. Wippermann, Karl, Deutscher Geschichtskalender 1921 I, S. 515f.

der einfachen OC-Mitglieder eine eigenartige Provokationstheorie herum. So entwickelte z. B. im Frühjahr 1922 Carl Tillessen einem Polizeispitzel gegenüber den Plan, man müsse durch Provokationen die Arbeiterschaft zum Generalstreik bzw. zur allgemeinen Erhebung reizen, wodurch die Reaktion, vor allem die Reichswehr, zur Gegenaktion gebracht werden könne, in deren Verlauf eine nationale Regierung ans Ruder kommen und die verhaßte Erfüllungspolitik gestoppt werden solle. Auf die Frage, was eine Provokation sei, zeigte Tillessen auf das Bild seines Bruders Heinrich, der „das erste Schwein gekillt“ habe. Weitere republikanische Politiker, wie Scheidemann und Rathenau, sollten die nächsten Opfer sein. Er selbst wolle Rathenau ermorden¹².

Ähnliche Aussagen wurden vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik anlässlich der Verhandlungen gegen die Hintermänner der Rathenau-Mörder wiederholt gemacht¹³. In gleichem Sinne äußerten sich schon im Herbst 1921 sächsische OC-Mitglieder, wobei ebenfalls die Namen Rathenau, Scheidemann, Ebert und Lipinski, des sächsischen Innenministers, auftauchten¹⁴. Die Führer der OC stritten solche Pläne freilich rundweg ab; doch war es bezeichnend genug, daß sich die halbinformierten und absichtlich im Unklaren gelassenen einfachen Mitglieder die Ziele ihrer Organisation derartig vorstellten. Daß diese Provokationstheorie nicht ohne jegliche Aussicht auf Erfolg war, bewiesen die Ereignisse nach dem Erzberger- und Rathenau-Mord. Nur mit Mühe gelang es damals der Regierung Wirth, mit den Verordnungen und Gesetzen zum Schutz der Republik die anrollende revolutionäre Bewegung von links aufzufangen, indem sie sich mit dem Ruf „Der Feind steht rechts“ selbst an ihre Spitze stellte und sie dadurch in gesetzliche Bahnen lenkte. Ob freilich speziell beim Mordbefehl an Erzberger konkrete Pläne seitens der OC bestanden haben, oder ob das Ganze nicht doch höchst dilettantisch ohne jedes weiterführende politische Aktionsprogramm aufgezogen worden war, läßt sich heute nicht mehr klar entscheiden.

Bleibt man daher in bezug auf die politischen Motive und Hintergründe des Mord-Auftrages an Schulz und Tillessen nach wie vor auf Vermutungen angewiesen, so geben die Quellen doch eindeutige Auskunft über Stimmung und Haltung in den Kreisen der OC-Mitglieder. War doch diese eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß ein solcher Befehl überhaupt Aussicht auf Erfolg hatte. In diesen Zusammenhang gehört der als Dokument 2 abgedruckte Drohbrief an Frau Niekisch. Als seinen Verfasser ermittelte die Polizei im Zusammenhang mit der Fahndung nach den Erzberger-Mördern den ehemaligen Leutnant Herbert Müller, der ebenfalls im Büro Killingers beschäftigt wurde. Dieser Brief gibt erschütternden Aufschluß über Geist und Mentalität der in der OC zusammengeschlossenen Männer. Er erweist sich als ein Produkt maßloser Verrohung und politischer Verwirrung,

¹² Polizeiliches Vernehmungsprotokoll des Theodor Brüdigam, Kassel, 12. Juni 1922 (also 12 Tage vor dem Rathenau-Mord). Severing-Nachlaß, Bd. 1923.

¹³ Brammer, Karl, *Das politische Ergebnis des Rathenau-Prozesses*. Berlin 1922, S. 25 f.

¹⁴ Diese Aussagen befinden sich in Abschrift bei den Akten der Offenburger Staatsanwaltschaft. Hauptheft IV „Nach der Tat“.

wie sie die Bürgerkriegsjahre 1918–21 hervorgebracht hatten. Zugleich aber deutet er im Terminologischen mit der Formel vom „physischen Eliminieren“ auf jenen neuen Stil bürokratisierten Terrors voraus, der später von Hitlers SS praktiziert wurde.

Nicht minder beredte Zeugnisse für die Mentalität der OC sind die Briefe der an den Morden beteiligten Brüder Tillessen (Dokumente 3–6). Der Brief vom 27. Oktober 1920 zeigt noch einmal deutlich, daß man unter den Angehörigen der OC stets mit einem „Einsatz“ rechnete. Die weitschweifigen Briefe Heinrich Tillessens an seinen außerhalb der OC stehenden ältesten Bruder führen im übrigen mitten in die Welt eines platten völkischen Antisemitismus. Begierig sog Heinrich Tillessen in sich auf, was ihm in dieser Hinsicht durch völkische Flugblätter und Zeitschriften nahegebracht wurde. Die Ereignisse des November 1918 hatten sein bisheriges Weltbild zum Einstürzen gebracht, und nun fand er in jenem völkischen „Gedankengut“ eine Antwort auf sein leidenschaftliches Suchen nach einer Erklärung für die ihn bedrängenden Fragen. Nicht ohne Widerstreben – er entstammte einer gläubigen katholischen Familie – aber mit um so größerem Eifer machte er sich diese Theorien zu eigen. Die Intensität seiner Bemühungen geht allein schon aus der Überlänge seiner Briefe hervor, mit denen er seinen widerstrebenden Bruder zu überzeugen suchte: Dieser älteste Bruder war aktiver Marine-Offizier – der Vater der Tillessens war General gewesen –, lehnte jedoch im Gegensatz zu seinen Brüdern politischen Radikalismus ab und hielt auch an seinem katholischen Glauben fest.

Indes, bei aller geistigen Anstrengung, die Heinrich Tillessen und sein Bruder Carl aufbrachten, es reichte nur bis zu jenem populären Antisemitismus, jenem Erzeugnis gefährlicher Halbbildung, die die Welt verstanden zu haben meint. Die Tillessens glaubten, des „Rätsels Lösung“ gefunden zu haben. Ihre Theorien erklärten ihnen alles, und was nicht zu passen schien, wurde durch den Rückgriff auf die „eigentlichen“ Tatsachen, „wie sie sind“, plausibel gemacht. Man mußte die Sache nur erst einmal „durchschauen“, das „raffinierte System“ erkennen, „die Augen öffnen“, und „zwischen den Zeilen lesen“, dann lösten sich alle Widersprüche, und dann hatte man den „Schlüssel zu alledem, was wir erleben, und all den Erschütterungen, die seit 300 Jahren über die ganze Welt gehen“.

Damit erweisen sich diese Briefe als typische Produkte einer totalitären Ideologie, für die Entwurzelte so besonders empfänglich und anfällig waren. Sie stillte all ihr Fragen, erklärte ihnen alles. Ist es doch nach Hannah Arendt das Spezifikum einer solchen Ideologie, daß sie mit dem „Anspruch auf totale Welterklärung“ auftritt, und „unabhängig von aller Erfahrung“ wird. Ideologisches Denken „emanzipiert sich also von der Wirklichkeit, so wie sie uns in unseren fünf Sinnen gegeben ist, und besteht ihr gegenüber auf einer ‚eigentlicheren‘ Realität, die sich hinter diesem Geschehen verberge, es aus dem Verborgenen beherrsche und die wahrzunehmen wir einen sechsten Sinn benötigen“¹⁵.

¹⁵ Arendt, Hannah, *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft*. Frankfurt a. M. 1955, S. 687 f.

Neben diesen allgemeinsten Aspekten sind die Briefe ein Zeugnis jener maßlosen antisemitischen und antirepublikanischen Hetze, die die innerpolitische Atmosphäre der Weimarer Republik vergiftete und deren Zielscheibe insbesondere Erzberger war. Die späteren Aussagen von Schulz und Tillessen bestätigen ausdrücklich, wie stark sie ein Opfer dieser demagogischen Agitation geworden sind. Hier läßt sich deutlich ersehen, wie zumindest eine mittelbare Verantwortung für den Mord an Erzberger auf die völkische und deutschnationale Presse fällt. Denn ohne diese Verhetzung wären Schulz und Tillessen wohl kaum bereit gewesen, den Mordbefehl auszuführen.

Darüber hinaus erweisen sich die Briefe zugleich als eine sehr frühe Quelle für die Durchschlagskraft der Agitation Hitlers und des Völkischen Beobachters. Die mehrfachen Erwähnungen und der Gedankengang der Briefe belegen das eindeutig. Bei Hitler spürten die Tillessens jenen elementaren Kampfwillen, jene unbedingte Einsatzbereitschaft, die sie bei den Deutschnationalen und erst recht bei der DVP, der „Partei der Charakterlosen“, so vermißten. Die Tatsache, daß Hitler und der Völkische Beobachter so „herzerfrischend loslegt(en)“, erwarb ihnen die Zustimmung der Tillessens, und so verrät sich schon in dieser Quelle aus der nationalsozialistischen Frühzeit in symptomatischer Weise das eigentliche Erfolgsgeheimnis der NSDAP gegenüber den im Zwang zum Kompromiß sich verzehrenden Weimarer Parteien.

Allerdings wird man davor warnen müssen, die OC-Leute allzu undifferenziert zu Vorläufern oder Anhängern der Nationalsozialisten zu machen. Zwar hat man das später von nationalsozialistischer Seite aus immer wieder versucht – Heinrich Tillessen wurde nach 1933 gegen seinen Willen Sturmbannführer h. c., und das Grab der Rathenau-Mörder machte man zu einer nationalen Gedenkstätte –, dennoch blieb eine große Zahl der OC-Mitglieder in kritischer Distanz zur NSDAP. Daran vermag auch die Tatsache nichts zu ändern, daß die OC-Leute am Aufbau der SA stark beteiligt waren. Einer der Helfer beim Rathenau-Mord fand nach Salomons Bericht sogar zum aktiven Widerstand. Und von Ernst Werner Techow, dem Fahrer des Autos, von dem aus Rathenau ermordet wurde, erzählt Salomon die bezeichnende Anekdote, er habe während des Stennes-Putsches der Berliner SA Goebbels eine Ohrfeige heruntergehauen mit den Worten: „Wegen Euch Schweinehunden haben wir Rathenau nicht ermordet¹⁶.“

Zur Abrundung des Bildes von der OC und ihren Angehörigen, wie es sich aus dem Offenburger Material ergibt, sei abschließend auf den Rathenau-Mord und seine Schilderung bei Salomon eingegangen. In den „Geächteten“ vermeidet Salomon begrifflicherweise alles, wodurch Licht auf die Hintermänner fallen könnte, schreibt aber offen über die Gesinnung und Motive der unmittelbar Beteiligten. Wohl seien sie Antisemiten gewesen, doch hätten sie in Rathenau weniger den Juden treffen wollen als vielmehr den Repräsentanten der verhaßten Er-

¹⁶ Fragebogen, S. 149 ff., 439 ff., 477 ff. Eine Ausnahme bildete M. v. Killinger, der es bis zum sächsischen Ministerpräsidenten (1933/34) und später zum Gesandten des Dritten Reiches in Bukarest brachte.

füllungspolitik und führenden Kopf einer liberalen, bürgerlich aufgeklärten Welt, die es in ihren Augen zu vernichten galt. Sie handelten, so hat es 1934 Ernst Werner Techow formuliert, „getrieben von der Sehnsucht nach einem neuen Deutschland und im vollen Bewußtsein dessen, daß sie nur Vorläufer und Bahnbrecher seien, der verlorene Haufen des neuen Nationalismus, dem sie den Weg bereiten wollten“. Kern und Fischer hätten deshalb keine Aufträge gebraucht, denn „sie wurden getrieben von ihrem Gewissen und getragen vom deutschen Mythos“¹⁷. Damit erweisen sich die Mörder als Nationalrevolutionäre, als Angehörige der sog. Revolution von rechts, mit ihrem Suchen nach neuen Lebensformen und der Abkehr von alten Bindungen und Ordnungen. Man fühlte sich in einer Periode des Umbruchs und Aufbruchs und sah seine Aufgabe darin, den allgemeinen Gärungsprozeß zu beschleunigen, die Entwicklung weiterzupeitschen, wobei man hoffte, daß aus dem Chaos des Zusammenbruchs eine neue Ordnung entstünde, ohne sich dabei freilich über deren Gestaltung Gedanken zu machen. In diesem Sinne schreibt Salomon:

„Wir waren krank an Deutschland. Wir empfanden den Prozeß der Wandlung wie einen körperlichen Schmerz . . . Wir standen immer im Flackerschein der Entladung, wir standen immer da, wo der Akt des Verbrennens sich vollzog, wir hatten teil an diesem Akt. Und so gestellt zwischen zwei Ordnungen, zwischen die alte, die wir vernichten, und zwischen die neue, die wir schaffen halfen, ohne in einer von ihnen Platz zu finden für unsere Wesenheit, so wurden wir ruhelos, heimatlos, verdammte Träger fruchtbarer Kräfte, stark durch den Willen zur Schuld und verfehmt durch ihn“¹⁸!

Und an anderer Stelle heißt es: wir handelten in der „Gewißheit, Vollstrecker geschichtlichen Willens zu sein“, . . . aus dem „Willen zur Gestaltung, der uns nicht hinderte zu vernichten, der . . . die Vernichtung erst möglich und notwendig machte“¹⁹. So verschieden dieser zweifellos brillant formulierte mythisch-romantische Aktivismus auch von dem primitiven Antisemitismus der Schulz und Tillessen und der Roheit des Drohbriefes an Frau Niekisch war, er berührte sich mit ihnen in dem gleichen unverantwortlichen Verzicht auf jegliches kritische Denken und verlor dadurch wie sie alle ethischen Maßstäbe. Hier triumphierte die Ideologie der reinen Tat, die die Aktion um ihrer selbst willen wollte. Nicht zufällig zitiert Ernst Werner Techow in seiner oben angegebenen Schrift Ernst Jüngers Werk: *Der Kampf als inneres Erlebnis*.

Später hat sich Salomon wie Schulz und Tillessen von dem Geschehen der Jahre 1922 distanziert. Rückschauend wird es ihm zur „unglaublich leichtfertigen Angelegenheit“, er spricht von der „geistigen Wirrnis jener Tage, aus der die Tat entsprang“, von einem „unheimlichen Vorgang“. Aber auf seine Weise setzt er sich dann über die ihn bedrängende Vergangenheit hinweg:

„Ich bin da in die Sachen hineingegangen wie Karl Moor in die Böhmischen

¹⁷ Techow, Ernst Werner, *Gemeiner Mörder!? Nationale Zeitfragen* Nr. 2. Leipzig o. J. (1934), S. 3 und 24.

¹⁸ *Die Geächteten*, S. 402.

¹⁹ *Ebd.*, S. 338 f.

Wälder. ‚O Menschen, Menschen, heuchlerische Krokodilenbrut!‘ Vom Gefühl her war für mich der Vorgang selbst viel wichtiger als das Resultat, dieser unvergleichliche Rausch des Sichopferns, die Selbstvernichtung – das Grandiose des Versuches, ‚die Erde an den Mond zu sprengen‘. – Alles in allem eine ganz hübsche Pubertäterscheinung²⁰.“

Mit dieser Verharmlosung schiebt Salomon sowohl von sich selbst als auch von der OC die Verantwortung für den Mord ab. Und aus dieser Sicht wäre es auch denkbar, daß der Mord ohne unmittelbare Beteiligung der OC-Spitze geplant und ausgeführt worden ist. Ehrhardt war, Salomon zufolge, entsetzt über die Tat, die ihm seine politischen Pläne verdarb²¹. Dennoch bleibt auch in diesem Fall genügend Verantwortung auf der OC liegen, eine Verantwortung, die freilich mit strafrechtlichen Kategorien nicht mehr zu fassen ist, die aber über die OC hinaus indirekt auch die damalige Politik der Reichswehr trifft. Die Morde an führenden republikanischen Politikern konnten nur in jener Atmosphäre lizenzierter Illegalität reifen, in der im Auftrage oder mit Duldung der Reichswehr durch halboffizielle Geheimorganisationen gesetzwidrige Unternehmungen getätigt wurden, die im strikten Widerspruch zur erklärten Politik der republikanischen Regierung standen, die man aber im „vaterländischen Interesse“ für notwendig erachtete. Durfte man sich da wundern, wenn die mit der Ausführung betrauten Aktivistengruppen ihre eigene Dynamik entwickelten, sich aller Kontrolle entzogen und zu der Überzeugung kamen, daß es eben das gleiche vaterländische Interesse erfordere, diejenigen republikanischen Politiker zu beseitigen, zu „eliminieren“, die einer vermeintlich nationalen Politik im Wege standen?

Gotthard Jasper

Dokument Nr. 1 [E 2, Hauptheft II]
Die Satzungen der O. C.

Die Ziele unserer Partei ergeben sich aus der Lage

A.) Geistig:

- a.) Weiteste Pflege und Verbreitung des nationalen Gedankens.
- b.) Bekämpfung alles anti- und internationalen, des Judentums, der Sozialdemokratie und der linksradikalen Parteien.
- c.) Bekämpfung der antinationalen Weimarer Verfassung mit Wort und Schrift. Aufklärung weiter Kreise über die Verfassung.
- d.) Propagierung einer für Deutschland allein möglichen Verfassung auf föderalistischer Grundlage.

B.) Materiell:

- a.) Sammlung von entschlossenen nationalen Männern zu dem Zweck:
 - 1.) die vollständige Revolutionierung Deutschlands zu verhindern,
 - 2.) bei großen inneren Unruhen deren vollständige Niederwerfung zu erzwingen und durch Einsetzen einer nationalen Regierung die Wiederkehr der heutigen Verhältnisse unmöglich zu machen,

²⁰ Fragebogen, S. 129 ff.

²¹ Ebd., S. 132 und 397 f.

- 3.) die durch den Versailler Vertrag angestrebte Entmannung und Entwaffnung unmöglich zu machen und dem Volke seine Wehrmacht und die Bewaffnung – so weit wie möglich – zu erhalten.
- § 1 Die Organisation ist eine Geheimorganisation und trägt den Namen „Organisation C.“
- § 2 Alle Mitglieder verpflichten sich, die im Vorwort angegebenen Punkte und Ziele nach besten Kräften, an welcher Stelle sie auch seien, zu erfüllen und zu erreichen zu suchen.
- § 3 Sie verpflichten sich, untereinander ein Schutz- und Trutzbündnis zu schließen, wodurch jeder Angehörige der Organisation der weitgehendsten Hilfe aller anderen Mitglieder sicher sein kann.
- § 4 Die Mitglieder verpflichten sich, ein Machtfaktor zu sein, um geschlossen als starke Einheit dazustehen, wenn die Not, die Ehre unseres deutschen Volkes und die Erreichung unserer Ziele es erfordert.
- § 5 Jeder verpflichtet sich zu unbedingtem Gehorsam gegenüber der Leitung der Organisation und deren Organen.
- § 6 Mitglied kann jeder national-denkende Deutsche werden, der sich verpflichtet, sich den Satzungen der Organisation zu unterwerfen. Beim Eintritt sind mindestens drei Bürgen zu stellen. Die Aufnahme erfolgt durch den Gauleiter, Übertritt geschlossener Verbände regelt die Leitung.
- § 7 Juden, überhaupt jeder Fremdrassige, ist von der Aufnahme in die Organisation ausgeschlossen.
- § 8 Bei Neuwerbungen darf eine allgemeine Orientierung stattfinden. Über Aufbau, Leitung, Organisation usw. wird der Neueingestellte erst nach erfolgter Verpflichtung orientiert.
- § 9 Die Mitgliedschaft erlischt:
- durch den Tod
 - durch Ausweisung infolge unehrenhafter Handlungen
 - bei Ungehorsam gegen Vorgesetzte
 - durch freiwilligen Austritt.
- § 10 Jedes Mitglied verpflichtet sich, über alle Nachrichten, die ihm von der Leitung direkt oder durch andere Mitglieder zugehen, gegenüber jedem nicht der Organisation Angehörigen das strengste Stillschweigen zu bewahren und in irgendwelchem Schriftverkehr, der mit der Organisation im Zusammenhang steht, die größte Vorsicht walten zu lassen.
- § 11 Verräter verfallen der Feme. Dies gilt auch für die nach § 9, b–d ausgeschiedenen Mitglieder.
- § 12 Die Verpflichtungsformel lautet:
„Ich erkläre ehrenwörtlich, daß ich deutscher Abstammung bin. Ich verpflichte mich ehrenwörtlich durch Handschlag, mich den Satzungen der O.C. zu unterwerfen und nach ihnen zu handeln. Ich gelobe dem Obersten Leiter der Organisation und meinem Vorgesetzten unbedingten Gehorsam zu leisten und über alle Angelegenheiten der Organisation das strengste Stillschweigen zu bewahren, auch nach etwaigem Austritt.“
- § 13 Auf Befehl des Leiters finden Versammlungen der Gauleiter statt. Die Gauleiter sind verpflichtet, die ihrem Gau angehörenden Mitglieder auf dem Laufenden zu halten.
- § 14 Alle Mitglieder sind verpflichtet, ihren Gauleitern etwaige Anschriftsänderungen sofort mitzuteilen.

Wahlspruch: Kampf für Deutschlands Wiedergeburt.

Dokument Nr. 2 [E 17, Herbert Müller]
Brief an Frau Niekisch

Warnung! München, Sommersonnenwende 1921
Nicht der Gattin einer menschengewordenen Pestbeule am deutschen Volkskörper, sondern der Mutter den dringenden Rat, sich mit Beschleunigung samt kompletter Familie aus Bayern verflüchten zu wollen. – Sollte Ihr Gatte die zeitliche Differenz 1919–1921 ignorierend hoffen, wiederum eine den national empfindenden Teil des deutschen Volkes belästigende politisch prominente Rolle spielen zu können, so bekommt dieser wahnbefangene Schädling an deutscher Eiche nicht etwa bloß einen Denkmalszettel wie die Judenbuben Dr. Hirschfeld¹ – dieser Schweinigel – oder Sänger und der geschniegelte Jesuitenhengst Erzberger, sondern gleich Liebknecht, Haase, Eisner und Gareis wird dieser Niekisch beim Auftreten im politischen Weichbilde Münchens nicht ab irato sondern kaltblütig elegant abgeschossen wie ein Kölner Pfeifenkopf in einer Jahrmarktschießbude. Unerträglich widerwärtig sind vollends ganz und halbgebildete Schulmeister als politische Exaltatos. Hat Matt² als pflichtbewußter Minister solche Schädlinge beruflich unschädlich zu machen, so ist es unsere Pflicht – getragen von der Zustimmung des edeldenkenden Volksteils – dieselben physisch zu eliminieren. Das möge auch der hyperkluge Rattenfänger Auer³ beherzigen. Die Mutter ist gewarnt! Qui vivra verrea.

I. A. Das „Schwarze Hundert“
Gau Südbayern

Dokument Nr. 3 [E 56, Anlage]
Brief an den Erzbergermörder Heinrich Tillessen von seinem später am
Rathenau-Mord beteiligten Bruder

München 27. X. 1920

L. Heinz

Habe mich sehr gefreut, Dich neulich so wohl zu sehen. E. [Kapitän Ehrhardt] hat mir gesagt, daß er mit Euch bestimmt rechnet, sobald er auf Euch zurückgreift. Zunächst ist das noch nicht der Fall. Ich gehe – das bleibt unter uns – Ende der Woche nach Wien. Nur unverfängliche Briefe schreiben, da Zensur. Freue mich mächtig, ob der interessanten Aufgabe. Ich hoffe sehr, daß auch Ihr bald zum Tragen kommt. Bis dahin halte ich es für Euch für einzig richtig in R[egensburg] durchzuhalten. Sobald ich Mittel und Wege finde, sende ich Euch genauen Bericht. Schluß für heute, lb. Heini. Grüß Mahn und Schulz recht sehr von mir. Es tut mir zu leid nicht eine Nacht bei Euch geblieben zu sein. Hier hatte sich die Situation mittlerweile so verschoben, daß es nicht mehr so eilig [(?)] war. Gruß sehr in Eile
stets Dein tr[auer] . . .

Dokument Nr. 4 [Ebd.]
Derselbe an Heinrich Tillessen [leicht gekürzt]

Wien, am 2. III. 1921, 3 Uhr nachts

Mein lb. Bruder Heini!

Ich muß heute auf Deine lb. Briefe vom 17. und 22. II. antworten, wenn schon ich saumüde bin, aber tagsüber komme ich nie zum Schreiben. Lb. Heinz, die Überlegungen, die Du in Deinem Brief vom 17. II. niederschriebst, sind mir Wort für

¹ Dr. Hirschfeld war ein in München mißhandelter Arzt aus Berlin.

² Bayerischer Kultusminister, Niekisch war Volksschullehrer.

³ Führer der bayerischen Mehrheitssozialdemokraten.

Wort aus der Seele gesprochen. Ich bin seiner Zeit in Oberschlesien schon zu dieser Auffassung gekommen, habe bereits in Verbindung gestanden mit kath. Männern, die eine „Los von Rom“-Bewegung einleiten wollten. Ich habe es s. Zt. Werner eingesandt. Ich habe mich später darüber geärgert. Es hat keinen Zweck, andere Menschen darauf stoßen zu wollen. Sie sind vielleicht glücklicher, wenn sie die Tatsachen nicht sehen, wie sie sind . . . Ich bin Deiner Ansicht. Ein überzeugter Katholik muß ultramontan sein. Und damit in erster Linie Rom anhängen, dann erst Deutscher. Werner würde mir das glatt abstreiten. Vielleicht könnte ich ihm auch keine Beweise anführen. Erst wenn man in den Todfeinden wie Erzberger absolute Jesuitenzöglinge erkannt hat, die, um das Seelenheil von Rom aus versprochen zu bekommen, ihr Deutsches Vaterland verraten. Erst dann wird man sich innerlich abwenden. Ich weiß ganz gut, daß die kath. Religion mit ihrem faszinierenden Mythos viel inhaltsreicher scheint und uns schwachen Menschenkindern einen viel stärkeren Halt zu geben vermag. Aber freier und männlicher und darum vielleicht viel gottgefälliger ist Luthers Auffassung . . . Der Kampf [für den völkischen Gedanken] wird ein Lebenskampf, lb. guter Heini, und wir stehen vereinzelt da; hat doch selbst die deutschnationale Partei den Antisemitismus von ihren Fahnen gewaschen, von der Partei der Charakterlosen, den deutschen Volksparteilern gar nicht zu reden. Wenn ich heute zur Wahlurne schreite, gebe ich meinen Zettel noch für erstere ab; nach dem alten Grundsatz, soweit nach rechts wie möglich. Aber meinen Obolus zahle ich den Nationalsozialisten, den Männern um Hitler, die die „völkische Idee“ vertreten und sich als ganze Männer mit ihrer Person dafür einzusetzen gewillt sind. Und Hitler als Volkstribun ist mir zehntausendmal lieber, denn ein Hohenzoller, der nicht deutschvölkisch zu regieren im Stande ist. Ja, lb. guter Bruder, wenn uns ein zweiter Luther erstände, dann kämen wir vielleicht endgültig los von Rom und der internationalen Jesuiterei . . .

Der Völkische Beobachter ist blendend. Auch mein und unser aller Leib- und Magenblatt, seit Du ihn schickst . . .

Gute Nacht lb. Bruder Rudgar. Dich grüßt in Treue Dein
Bruder . . .

Dokument Nr. 5

[Staatsanwaltliche Handakten, Beweismittel]

Auszug (!) aus einem Brief von Heinrich Tillessen an seinen ältesten Bruder.

Regensburg, den 27. 12. 1920

Lieber großer Bruder, vielen Dank für Deinen lieben Weihnachtsbrief und die guten Wünsche zum neuen Jahr, sage Gertrud recht herzl. Dank für die leckeren Sachen und das Buch, das ich gestern angefangen habe zu lesen und das wirklich mal etwas ganz anderes ist; ganz eigenartig; es gefällt mir gut. Nun sind die Weihnachtstage vorbei, es war ganz nett, einer von uns hatte Alkohol geschickt bekommen in Form von Schnaps, Kuchen und Gebäck in Hülle und Fülle war da und so war die Marine-Weihnacht da, nicht allzu stimmungsvoll, aber ganz breit. Es ist ganz gut, daß die Feiertage vorbei sind, mich drängt es überhaupt nach dem neuen Jahre. Ich danke Dir sehr für die Beantwortung meiner Fragen und die Schilderung der Zustände; man muß immer beide Parteien hören. Inzwischen hast Du Dich vielleicht in den Advokaten Eckert hineingelesen, es ist nicht ganz leicht wegen des altmodischen Stils und der vielen Wiederholungen; nichtsdestoweniger rate ich Dir durchzuhalten und ihn zu Ende zu lesen; gerade der I. Band ist wichtig; ich kann Dir übrigens jetzt schon sagen, daß der Verfasser von allen modernen Freimaurerforschern als wichtige Quelle angeführt wird; er bildet insofern eine Ergänzung zu Wichtl, als er

klipp und klar beweist, daß schon damals die deutsche Freimaurerei mit der ausländischen bewußt zusammenarbeitete und daß sie überhaupt Politik trieb, beides Tatsachen, die von deutschen Freimaurern hartnäckig abgeleugnet werden. Ich habe übrigens wahrscheinlich etwas zuviel versprochen; ich kann vorläufig kein Exemplar mehr für Dich auftreiben, ich möchte Dich deshalb bitten, die Bücher nach gründlicher Einsichtnahme an mich zurückzusenden, Du kannst sie ruhig etwas länger behalten, ich schicke Dir dann den oder die nächsten Bände, nach Rückempfang der ersten beiden. Du schreibst dann: Sollte das tatsächlich des Rätsels Lösung sein? Meine Antwort hierauf lautet ganz unzweideutig: „Ja“ Und ich bin der felsenfesten Überzeugung, daß ich auf dem richtigen Wege [bin]. Das ist die Lösung. Hier fällt mir übrigens etwas ein, Du denkst ich hätte an Deiner politischen Gesinnung gezweifelt, wirklich nicht, lieber Werner, aber das eine steht für mich fest; sowohl ihr da oben als auch die im Süden, ihr wißt noch nicht die Hauptsache: die Freimaurerei. Es hört sich vielleicht töricht an, aber es muß immer und immer wieder gesagt werden. Ich weiß nicht, ob ich Dir schon schrieb, daß neulich ein führender Jude geschrieben hat: „Es besteht kein Zweifel, daß wir Juden und kein anderer die Tätigkeit der Freimaurerlogen leiten.“ Nun weiter im Gedankengang. Es ist mir unangenehm von unserem gewesenen obersten Kriegsherrn zu sprechen, aber Du weißt es ja selbst, es weiß es ja alle Welt, daß er sich mit Juden förmlich umgeben hat, daß alte Generale warten mußten, wenn Rathenau oder Ballin kamen. So traurig es ist, aber meiner Ansicht nach muß es gesagt werden, (ich sage so etwas selbstverständlich nur unter uns); daß sich das Blut, das alte Arier- und Hohenzollernblut nicht instinktiv gegen die Juden gewandt hat, sondern im Gegenteil sie heranzog, beweist, daß das Blut unseres Kaiserlichen Herrn degeneriert war. Und nun: es gilt ein altes Sprichwort: „Wer vom Juden frißt, stirbt daran.“ So war es auch hier. Der Monarch, der nebenbei den Freimaurern nicht zu willig sein wollte, denn er ist nie einer Loge beigetreten, ist von diesen und den Juden vernichtet worden. Verzeihe, wenn ich immer ein wenig durcheinander schreibe, aber ich habe viel mehr zu sagen, als ich schreiben kann: und ich möchte Dir so gerne soviel wie möglich davon mitteilen. Weißt Du z. B. schon, daß Erzberger Mitglied einer amerikanischen, der bayr. Graf Bothmer (Königspartei) Mitglied einer oldenburgischen Loge ist, merkst Du was? Bethmann Hollweg, Scheidemann, General Groener, Friedrich Wilhelm Förster, Eisner, Prinz Max von Baden sind Freimaurer; wollte ich alle aufzählen, die Zahl wäre Legion; dies sind nur einige besonders bezeichnende. Viel gefährlicher sind die in der deutschen Partei und anderen Rechtsverbänden, doch darüber ein andermal. Je mehr man sich in die freimaurerische Lektüre vertieft, desto entsetzlichere Sachen kommen zu Tage. Aber ich durchschaue immer mehr; nur die völkischen Führer sind zu gebrauchen, die gegen die Freimaurer angehen, vor allen Dingen auch gegen die deutschen. All die völkischen Führer, die sich nur antisemitisch gebärden und nicht von der jüdisch geleiteten Freimaurerei reden, sind entweder Judenstämmlinge, Dummköpfe, oder selbst Freimaurer, in diesem Falle entweder bewußt oder unbewußt Verräter. Ich habe Dir nun hauptsächlich die Eckert'schen Bücher geschickt, damit das, was Du durch Wichtl erfahren, ergänzt wird. Nach der Lektüre beider Bücher weißt Du, daß ausländische und deutsche Freimaurerei sich im großen und ganzen ähnlich ist wie ein Ei dem anderen. Die Logen werden alle von einer Zentrale geleitet und diese Zentrale ist die rein jüdische (nimmt ausschließlich Juden auf) Bnai-Briss Loge (UOBB – United Ordre Bnai Briss), Filiale für Deutschland ist in Frankfurt/Main. Dort mußt Du die eigentlichen Drahtzieher suchen; Erzberger, Severing, Scheidemann das sind alles nur ausführende Organe; jene anderen kennt unser einer überhaupt nicht. Vor allen Dingen wirst Du aus der Eckert'schen Lektüre ersehen, wie durch dieses furchtbar raffinierte System die besten Menschen vor Judas Wagen gespannt werden und zum großen Teil unbewußt

für die Juden arbeiten. Andere erkennen die Sache auch, wollen es aber nicht einsehen, teils aus Ehrgeiz, teils aus anderen Gründen; diese sind dann bewußte Veräter; und von diesen Kreaturen, die Christen sind, gibt es leider ungeheuer viel. Da fällt mir übrigens etwas ein, in nächster Zeit kommt ein Buch heraus: „Vaterland“ von Götz Otto Stoffregen, einem Offizier der Sipo. Wenn Du es siehst, rate ich Dir es zu lesen. Beschreibung des Kapp-Putsches, man muß zwischen den Zeilen lesen. Es geht daraus hervor, daß auch dieses Unternehmen durch die Juden viel zu früh inszeniert worden ist; wahrscheinlich haben die Juden und Freimaurer bewußt auf dieses Unternehmen hingearbeitet, um den nationalen Gedanken zu sabotieren; wenn Werner das liest, wird er sehr aufhorchen. Fast jeder bekannte Politiker ist heutzutage Freimaurer, andere stehen mit anderen geheimen Mächten in Verbindung; toll geradezu. Schwieriger schon ist Deine Frage zu beantworten: Was dann? Wenn man sich die geradezu wahnsinnige Geldmacht und die furchtbare Macht der Freimaurer überlegt, dann möchte man fast sagen, es hat doch keinen Zweck. Aber die Lektüre gegen diese edlen Bünde wird doch immer umfangreicher, und es gibt schon einige einwandfreie Männer, die diese Macht bekämpfen. Und soviel in meiner Macht steht, mach ich da mit. Gerade die Stärke des Feindes reizt dazu. Dies eine ist der Schlüssel zu all dem, was wir erlebt, und all den Erschütterungen, die seit 300 Jahren über die ganze Welt gehen. Haben erst einmal genügend Leute den Feind wirklich durchschaut, dann ist es um ihn geschehen, wenigstens z. T. ist seine Macht gebrochen. Für Deutschland hoffe ich, daß es so kommen wird; England und Frankreich sind vorläufig so fest in der Hand der Juden und Freimaurer, daß sie sich nicht so leicht befreien können. – Du brauchst nicht unbedingt auf diese langen Berichte zu antworten, mir genügt vollkommen, wenn Du es liest und Dich vielleicht langsam überzeugen läßt; es ist brieflich schwer, aber ich halte es für so wichtig, daß ich dauernd davon schreibe. Ich könnte noch unzählige Bogen voll schreiben, aber für heute soll es genügen. Bitte all diese Dinge vertraulich behandeln und vorsichtig im Gespräch mit Freimaurern; denn daß es überall welche gibt, darüber herrscht kein Zweifel; Du brauchst ja nicht zu erwähnen, woher Du Deine Weisheit hast. Du weißt es eben, hast es gelesen etc. Freimaurer würden das Buch von Eckert wahrscheinlich plötzlich verlieren und so. Außerdem kennen diese Leute keine Schonung; wer ihnen gefährlich wird, geht um die Ecke.

Nun leb wohl, lieber Bruder, nochmals vielen Dank an Trudchen für das Paket!

Euch allen wünscht ein frohes neues Jahr Euer Heini

PS. Nimm nun bitte nicht an, daß ich kein Monarchist mehr wäre; ich wollte Dir nur zeigen, welches der eigentliche Fehler unseres Kaisers gewesen ist; aus diesem ergibt sich *alles andere*⁴.

[Ebd.]

Dokument Nr. 6

Auszug (!) aus einem Brief von Heinrich Tillessen an seinen ältesten Bruder.

Regensburg, den 12. 3. 21

... Und nun, mein lieber Bruder, komme ich zu der außerordentlich wichtigen Frage der Freimaurer und Jesuiten, über die ich sehr, sehr viel gelesen, mit der ich mich die letzte Zeit ausnahmslos beschäftigt und über die ich Tag und Nacht nachgedacht habe. Es ist schade, daß wir uns nicht mal wieder aussprechen können, so will ich wenigstens Dir so weit möglich schriftlich meine Ansicht sagen. Zunächst einmal zu dem „Völkischen Beobachter“. Leider Gottes weiß ich nicht genau, an welchen Artikeln Du Anstoß genommen hast. Doch wohl nicht an dem „Aerarius mons“ Der erzene

⁴ Unterstreichung im Original.

Berg. Leider Gottes schwört ein großer Teil der Zentrumsleute auf diesen ekelhaften Vaterlandsverräter, der – ich bitte Dich dies Urteil nicht als gehässig aufzufassen – Rom gegenüber sicher seine Pflicht getan hat; schließlich ist der auch nur ausführendes Organ gewesen, die Drahtzieher sind immer unsichtbar. Du wirst mir zugeben, daß man, wenn man konsequent den Kampf gegen alles Jüdische aufnehmen will, auch gegen die Vertreter des Klerus angehen muß, die, vielleicht ohne schlechte Absicht, für den Juden eintreten. Ich glaube wohl, in der einen Zeitung war die Stellungnahme des protestantischen und katholischen Geistlichen zu der Judenfrage. Ja, ich meine abgesehen davon, daß der Kardinal Faulhaber vielleicht ein sehr würdiger Priester ist, so muß sein Eintreten für die Juden auf jeden Fall gegeißelt werden. Wahrscheinlich kann er garnicht anders, denn er steckt in einem starren System und muß in einer ganz bestimmten Richtung arbeiten. Vorweg möchte ich Dir noch sagen, was der Zentrumsangeordnete Dr. Alfons Steiger am 1. 2. 21 im Namen seiner Parteileitung zur Judenfrage gesagt hat: „Ich erkläre, daß meine Partei jeden Antisemitismus aufs Schärfste ablehnt; jeder Antisemitismus ist letzten Endes christentumsfeindlich. Für uns Katholiken gilt das alte Testament als göttliche Offenbarung, an der wir nicht rütteln lassen dürfen.“ – Du wirst mir ohne weiteres zugeben, daß das eine *klare*⁵ Stellungnahme ist; diese Worte werden hoffentlich manchem Zentrumsmann die Augen öffnen. –

Nun zunächst einmal einige Tatsachen über den Jesuitenorden. Ignatius von Loyola entsproß einer aus jüdischem Reis entstammenden Spaniolenfamilie. (Heyse: Die Ententefreimaurer und der Weltkrieg.) Sein intimster Vertrauter während seiner ganzen Ordenstätigkeit war sein Geheimschreiber Polanco, ein rassenreiner, spätgetaufter Jude. Franz Borgia, Jesuitengeneral und Heiliger hat jüdisches Blut in den Adern. Ignatius war ein Feind der Judengesetze und suchte sie zu bekehren. Das semitische Element in der Societas Jesu blieb so stark, daß Philipp II sich ausdrücklich ausbedang: „wenigstens solle kein getaufter Jude zum General gewählt werden.“ Diese wenigen Tatsachen genügen schon; wenn Du Dich auch nur ein wenig mit Rassenforschung beschäftigst, dann weißt Du, daß Jud' Jud' bleibt auch in der zehnten Generation, da kann er sich noch soviel taufen lassen. Deshalb folgere ich daraus nicht, daß jetzt sehr viel Juden im Jesuitenorden sind, aber zumindest ist er früher von Juden durchsetzt gewesen. Schon instinktiv wirst Du mir zugeben müssen, daß uns Deutschen alles das, was wir unter jesuitisch verstehen, ganz und gar zuwider ist. Ich möchte da nur das eine erwähnen, welche geradezu ekelhaft jesuitischen Ratschläge den Eheleuten oft gegeben werden, mit welchen Spitzfindigkeiten diese Menschen arbeiten. Daß das auf keinen Fall im Sinne Christi war, ist wohl selbstverständlich. Bei den niederen Jesuiten ist es genau wie bei den Freimaurern, sie wissen mehr oder weniger nichts und glauben für eine ideale Sache zu arbeiten. Daß der Orden politische Ziele verfolgt, darüber herrscht wohl kein Zweifel mehr; national kann ein Jesuit überhaupt nicht sein, er paßt sich höchstens seinem Lande an, er muß unbedingten Gehorsam seinem General gegenüber bewahren und ist ganz an Rom gefesselt, daher auch in den Jesuitenkollegs die internationale Erziehung. Vollends wenn er längere Zeit Jesuit gewesen ist und die Erziehungsmethoden durchgemacht hat, ist er für sein Vaterland mehr oder weniger verloren. Und nun kommt der springende Punkt für unser armes Vaterland. Deutschland war nun einmal die Vormacht des Protestantismus in Europa: Rom müßte, wenn es konsequent sein wollte, unsere Niederlage wollen und hat sie auch gewollt. Das steht für mich absolut fest. Ganz abgesehen davon, daß der Papst als Italiener überhaupt nicht unparteiisch sein konnte (das Blut ist schließlich doch stärker, abgesehen davon mußte er ein Interesse daran haben, daß der protestantische Staat zertrümmert würde) . . .

⁵ Unterstreichung im Original.

Im Jesuitenorden sollen auch Laien sein, also nicht nur Geistliche, beschwören kann ich es nicht, aber ich glaube es, es spricht alles dafür. Z. B. Erzberger als Jesuitenzögling. Wenn man sich viel mit Geheimgesellschaften befaßt hat, wie ich es jetzt tue, beginnt man langsam klarer zu blicken und es erscheinen einem Sachen selbstverständlich, die man früher für ausgeschlossen hielt. Man muß sich vor Augen halten, daß dem Juden alles zuzutrauen ist, er scheut vor keinem Mittel zurück; und der Jude, jeder einzelne, arbeitet Tag und Nacht, zu jeder Stunde, für sein Ziel, die Erringung der Weltherrschaft, sowie es ihm Jehovah befohlen hat: „Du sollst alle Völker der Erde fressen.“ Zur Erreichung dieses Zieles hat er sich seit urdenklichen Zeiten der Geheimorden bedient. Schon Moses und die Priesterkaste der damaligen Zeit waren geheim organisiert; diesen Gedanken konsequent verfolgt, kommt man zu dem Schluß, der Jude muß es auch fertig gebracht haben, den Jesuitenorden zu durchsetzen, ebenso wie er den Freimaurerorden durchsetzt hat. (Vor dem Krieg, noch 1914 hieß der oberste der deutschen Freimaurer Cohn.) Er weiß ganz genau, daß er in katholischen Ländern mit der Freimaurerei nicht weiterkommt, weil die Kirche die Maurerei verboten hat. Nun macht er sich an den Geheimorden der Jesuiten. Ich führe diese unsympathische Richtung im Zentrum auf diese jesuitischen Einflüsse zurück. Katholizismus und Jesuitismus sind an sich grundverschieden voneinander, d. h. heute kann man sie kaum noch voneinander trennen, weil es den Jesuiten leider gelungen ist, führend zu werden. Es kann heute kein Katholik mehr bestreiten, daß der Vatican ganz und gar in Jesuiten Händen ist. Der Katholizismus zur Zeit Dantes, als es noch eine Kirche gab, das war noch eine wirklich schöne Kirche; jetzt haben die Jesuiten den Katholizismus in seiner politischen Auswirkung (Zentrum usw.) zu einem Zerrbild gemacht. Darüber muß man sich klar werden. Ich führe dieses Eintreten des Zentrums für die Juden unbedingt auf die Jesuiten zurück . . .

Man muß heute Freimaurer und Jesuiten bekämpfen, leider lehnen sich die heutigen Politiker fast ausnahmslos an eine der beiden Parteien an. Du kannst mir gewiß glauben, daß ich nicht leichten Herzens zu dieser Erkenntnis gekommen bin, ich bin Belehrungen sehr zugänglich, aber ich glaube, Du wirst selbst bei eingehendem Studium mich nicht zu überzeugen vermögen. Ich habe genau wie Du mir lange überlegt, ob diese ganze sogenannte antikatholische Hetze nicht tatsächlich wahr wäre, habe mich aber jetzt zu der Überzeugung durchgerungen, daß die *societas Jesu* in ihrem Endziel gefährlich ist, daß sie gerade für Deutschland als überwiegend protestantisches Land unbedingt verhängnisvoll ist . . . Ich bin jetzt soweit, daß ich tatsächlich Tag und Nacht diese Frage durchdenke und ich lese dauernd darüber; Du wirst vielleicht sagen, ich peitsche mich künstlich auf. Es mag sein, aber wir deutschen Michels sind ja so stur, daß wir diese Peitsche wirklich nötig haben. Wenn Du wirklich Einblick in die Judenfrage genommen hast und siehst, wie weit verjudet wir tatsächlich sind, dann möchtest Du verzweifeln. Eins ist mir selbstverständlich klar. Unsere augenblickliche Zeit trägt unbedingt auch eine bestimmte Geistesrichtung in sich; wir vermögen das jetzt noch nicht so abzuschätzen. Ich möchte es mit der völkischen Idee bezeichnen, aber es ist viel großartiger. Mit dem Gummiknüppel allein macht man die Sache nicht, sondern die geistigen Waffen sind zweifellos die wichtigsten. Und die *Entjudung* an uns selber, die ist selbstverständlich die Voraussetzung für das Durchsetzen unserer Idee. Dieses an sich selber arbeiten ist deshalb vielleicht das Wichtigste. Es gibt unter den völkischen Führern wirklich ideale Männer . . .

Dies für heute über die Jesuiten. Überzeugt bist Du sicher noch nicht, aber immerhin wirst Du mir zum Teil recht geben müssen, der einzelne Jesuit kann selbstverständlich sympathisch und hochgebildet sein, aber das System ist ganz undeutsch, ganz antigermanisch. Ich möchte Dir raten, Dir doch einmal für $\frac{1}{4}$ Jahr den „Völkischen

Beobachter“ zu bestellen und ohne Vorurteile heranzugehen, er wird in nächster Zeit zu einer Tageszeitung ausgebaut werden. Es ist die einzige Zeitung in Deutschland zur Zeit, die wirklich kampffreudig gegen Alljuda, Freimaurerei und Jesuiten zu Felde zieht, das einzige Blatt, das die politischen Geschehnisse vom Standpunkte der Judenfrage aus beleuchtet und wirklich herzerfrischend loslegt. Carl ist genauso eingenommen davon wie ich. Heutzutage kann man eben nur für oder wider die Juden sein. Ich bedaure nur, daß ich Dir nicht meine inzwischen hier angesammelte antisemitische Lektüre zur Verfügung stellen kann, Du würdest sehr viel interessante Aufschlüsse kriegen. Der ganzen Londoner Geschichte traue ich nicht, ich meine, wenn als Sachwalter des Deutschen Reichs neben Simons drei Juden nach London gehen, dann genügt das vollkommen, sie haben abgelehnt, aber wer weiß, welcher Kompromiß nun wieder zustande kommt. Du mußt bedenken, Alljuda arbeitet Tag für Tag, Nacht für Nacht, immer an seinem Ziel und ändert nur hier und da die Taktik. Der von mir prophezeite Bolschewismus ist ja nun vorläufig nicht eingetroffen, nun arbeitet der Jude wieder etwas anders, mehr friedlich; nun auf einmal gebärdet man sich ein wenig national, schwarz-weiß-rot, und dergleichen mehr. Wie die Juden und das internationale Börsenkapital uns tot machen wollen jetzt nach veränderter Situation, weiß man nicht, vielleicht wirtschaftlich oder auf andere Weise. Wirklich die Judenfrage lösen in ihrer ganzen weiten Bedeutung können überhaupt nur noch die Deutschen; dann vielleicht auch die andern; aber Frankreich, Amerika, England und auch Italien sind ja so fest in jüdischen Händen, daß sie sich zur Zeit allein nicht befreien können. Es ist undenkbar. Von Leuten wie Stinnes z. B. kann uns auch keine Rettung kommen; all diese Großindustriellen sind mehr oder weniger mit dem jüdischen Großkapital verfilzt; deshalb auch diese charakterlose Haltung der Deutschen Volkspartei; selbst die Deutschnationalen bringen keine Einheitsfront auf in ihrer Partei gegen die Juden. Helfferich z. B. ist ganz und gar nicht Antisemit, Freimaurer sind natürlich auch dazwischen. Ich werde selbstverständlich diese Partei immer noch wählen als kleinstes Übel, aber im übrigen gehört das ganze Parlament an Rad und Galgen, das ist weiter nichts als ein „Diätenpolyp“, dieser Ausdruck hat mir so gefallen. –

Nun will ich zum Schluß kommen . . . Ein ausführliches Antworten auf dies Geschreibsel verlange ich selbstverständlich nicht, es soll Euch ja nur das sagen, was mir das Herz bewegt . . . Leb wohl, lieber Bruder, weiter alles Gute wünschend bin ich Euer

getreuer Schwager und Bruder Heini

[Ebd.]

Dokument Nr. 7

Auszug aus einem Brief einer Verwandten von Heinrich Schulz an dessen Mutter vom 8. 10. 1921

Meine liebe Martha, . . . An Erzberger hat das Vaterland nicht viel verloren, aber tief, tief beklagen wir es, daß Heinrich von seiner Partei die Tat ausführen mußte und in seinen besten Jahren Heimat und so viel, was ihm doch lieb gewesen ist, verloren hat. Nach der schrecklichen Nachricht hatten wir nur immer den einen Wunsch und Gedanken, möchte er nur glücklich über die Grenze kommen. Ich hoffe, das ist geschehen und seine Partei wird ihm wohl Mittel und Wege zu seinem weiteren Fortkommen verschaffen und wir hoffen, daß er bei einem Regierungswechsel bald begnadigt wird; das gebe Gott . . .

Weißt Du Heinrich in Sicherheit, dann wirst Du selbst auch ruhiger werden, hätte er sich geweigert, die Tat auszuführen, so wäre ihm Feigheit vorgeworfen worden; da mußte er die Tat ausführen . . .

Dokument Nr. 8

[Ebd.]

Brief von Heinrich Tillessen aus dem Ausland (ohne Anrede und Unterschrift)

20. 11. 1925. Vielen Dank für Deine beiden lieben Briefe vom Juni und August. Meine Kleidungsstücke habe ich inzwischen erhalten, besten Dank, Ich bin sehr froh, daß es der Familie trotz der schweren Zeiten im Allgemeinen leidlich geht. Nachträglich viel Gutes im neuen Lebensjahr und im voraus Euch allen ein einigermaßen schönes Weihnachtsfest. Ich gedenke Eurer aus weiter Ferne. – Ich bedauere sehr, daß wir uns nicht einmal aussprechen können, ich glaube, Du würdest einsehen, daß ich nicht der von Dir vermutete reine Tor bin. Meines Ermessens hat ja inzwischen die Entwicklung gezeigt, daß letzten Endes nur der ganz extreme Standpunkt, den der Dicke [Heinrich Schulz] und ich vertreten, der richtige ist. Vergiß bitte nicht, daß ich an meiner völkischen Einstellung festhalten werde, solange ich lebe; selbst meine gute Mutter mit noch so viel Bitten und Weinen könnte und dürfte mich nicht davon abbringen. Ich danke Dir sehr für Deine wohlgemeinten Ratschläge; aber ich kann und will mein Ziel nicht fallen lassen, deswegen handelt es sich auch garnicht darum, daß ich mein Lebensschiff neu zimmere. Sei nicht um mich besorgt, der Herrgott wird mich nicht im Stiche lassen. Nie werde ich bedauern, was ich getan, im Gegenteil ich bin ungeheuer stolz darauf; die völkische Geschichte wird erst den Wert der Einzeltat richtig einschätzen.

In alter Treue und Anhänglichkeit denke ich an Euch alle.

Dokument Nr. 9

[KIs 3/47 I]

Aussagen des Heinrich Tillessen vor dem Untersuchungsrichter
(19. 7. 1946)

. . . Mahn, der etliche Jahre älter war wie ich und ein sehr nüchterner und besonnener Mann war, erklärte sowohl meinem Bruder Karl als auch gelegentlich Schulz und mir gegenüber, daß wir beide, d. h. Schulz und ich uns politisch vollkommen verannt hätten. Schulz tat immer sehr geheimnisvoll. Er hatte es insbesondere auf die Freimaurerei abgesehen. Diese hielt er für besonders gefährlich.

In dem Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbund gab es auch Broschüren mit stark antisemitischer Tendenz und solche, die sich gegen den politischen Katholizismus und den sogenannten Jesuitismus richteten. Ich habe hierbei den politischen Katholizismus und den Jesuitismus gleichgesetzt, wobei ich keine richtig klare Vorstellung gewann, was eigentlich unter Jesuitismus zu verstehen sei. All dieses Gift – als solches sehe ich diese Dinge heute – habe ich damals, da ich mich mehr oder weniger enturzelt fühlte, begierig in mich aufgenommen . . .

Ich nehme an, daß ich alsbald nach meiner Ankunft in München auch von der Existenz der Organisation C erfahren habe, denn ich sollte für diese ja tätig sein. Die Organisation C bestand jedoch zum guten Teil nur auf dem Papier und war beileibe nicht das, als was es später in der Presse angesehen wurde. Der Zweck der Organisation C war meines Erachtens der, etwa von links kommende Unruhen wirksam zu bekämpfen, sowie im Falle eines möglichen Regierungswechsels Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt Einfluß auf die Bildung einer neuen Regierung zu verschaffen. Die Geschäftsräume der Organisation C befanden sich in dem Hause Fürstenfelderstraße 13 in München, sie war als eine Holzhandelsgesellschaft, genannt bayr. Holzverwertungsgesellschaft, getarnt. Was tatsächlich zahlenmäßig hinter der Organisation C stand, weiß ich nicht. Wenn ich mir die Sache heute rückblickend überlege, war das Ganze eine sehr dilettantische Angelegenheit.

v. u. g. u. u.

(gez.) Heinrich Tillessen

(gez.) Braxmeier

(gez.) Maier

Dokument Nr. 10

[1 Ks 2/50 II]

Aussagen von Heinrich Schulz vor dem Untersuchungsrichter

(23. 1. 1950)

Ich weiß, daß wir etliche Monate in Regensburg waren. Ein volles Jahr waren Tillessen und ich keinesfalls in Regensburg. Wenn mir gesagt wird, daß unsere Übersiedlung nach München im Mai 1921 erfolgt sein solle, so wird das wohl seine Richtigkeit haben. Richtig ist, daß Heinrich Tillessen und ich uns durch die Lektüre völkischer Schriften und den Besuch völkischer Versammlungen in Regensburg politisch völlig verrannt hatten. In den Broschüren, welche wir lasen, wurde hauptsächlich gegen Juden, Jesuiten und Freimaurer gehetzt, desgleichen gegen den politischen Katholizismus und den Jesuitismus. Das, was in den völkischen Schriften über diese Dinge stand, haben wir als bare Münze hingenommen . . .

v. u. g. u. u.

(gez.) Heinrich Schulz

(gez.) Braxmeier

(gez.) Bührer

Genau so wie die meisten andern Angehörigen der Freikorps war auch ich verbittert, als die Freikorps alsbald nach dem Mißlingen des Kapp-Putsches aufgelöst wurden. Man hatte uns auch von Regierungsseite, wie ich schon ausgeführt habe, allerhand Versprechungen gemacht, die nachher nicht gehalten wurden. Beinahe von heute auf morgen lagen wir auf der Straße, ohne auch nur einen Monatssold oder dergleichen zu bekommen. Wenn ich während der Zeit meiner Zugehörigkeit zur Marinebrigade Ehrhardt, also schon vor dem Kapp-Putsch, mit irgend einem Kameraden sprach, so wurde häufig auch über Erzberger geschimpft. Er war in unsern Kreisen der bestgehaßte Mann. Wir waren auch der Ansicht, daß er in der Nachkriegsregierung der führende Kopf und der eigentliche Macher gewesen sei. Auch in Regensburg kam ich dann wieder mit Leuten derselben Gesinnung in Berührung, so mit dem Architekten Mesch, dem örtlichen Leiter des Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes. Wir besuchten in Regensburg, wie ich dies schon oben angegeben habe, auch fleißig Versammlungen von völkischen Verbänden, insbesondere auch des Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes. Hier bekamen wir Flugblätter in die Hand, die sich gegen die Regierung und insbesondere auch gegen Erzberger richteten. Wir bezogen während unseres Regensburger Aufenthaltes bei Heim auch Flugschriften des Hammerverlags, in denen gegen das Judentum, das Freimaurertum, das Jesuitentum, den politischen Katholizismus und auch gegen Erzberger persönlich gehetzt wurde. Desgleichen wurde der Beleidigungsprozeß Erzberger gegen Helfferich in der rechtsstehenden Presse außerordentlich breitgetreten und ausgeschlachtet. Gut hat Erzberger dabei nach meinem Dafürhalten nicht abgeschnitten. Soviel ich mich noch erinnere, hat sich alles das, was Helfferich Erzberger vorgeworfen hat, als wahr erwiesen und ist Helfferich nur wegen formeller Beleidigung bestraft worden. Alles in allem hielt ich nach dem, was ich über Erzberger gehört hatte, diesen für eine sehr unsaubere Persönlichkeit, ja geradezu für einen Volksschädling erster Güte.

v. u. g. u. u.

(gez.) Heinrich Schulz

(gez.) Braxmeier (Untersuchungsrichter) (gez.) Bührer (Justizangest.)

(2. 3. 1950)

Meines Erinnerens nach habe ich in den Schriften des Hammerverlages erstmals Hinweise auf den Germanenorden gefunden. In etwa glaube ich mich auch noch zu erinnern, daß ich schon in Regensburg mit Angehörigen des Germanenordens in Be-

rührung gekommen bin. Ich glaube, daß der Architekt Mesch, der örtliche Leiter des Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes und daß auch Professor Ruge, Heidelberg Angehörige dieses Germanenordens waren. Professor Ruge hat verschiedentlich in Regensburg Vorträge gehalten und zwar namens der Deutschvölkischen Bewegung. Ich glaube, daß auch Killinger dem Germanenorden angehört hat. Mit absoluter Sicherheit kann ich dies jedoch nicht sagen. Ob Korvettenkapitän Ehrhardt dem Germanenorden angehörte, weiß ich nicht, zumindest kann ich mich nicht daran erinnern. Ich halte es jedoch für durchaus möglich, daß er dem Germanenorden angehörte. Der Germanenorden war ein Geheimverband, von dem man nicht wußte, wer eigentlich der Kopf war. Davon, daß Versammlungen des Germanenordens stattgefunden hätten, weiß ich nichts. Ich habe jedenfalls nie an einer solchen teilgenommen. Es haben mir auch nie irgendwelche Bekannten gesagt, daß sie an einer Versammlung des Germanenordens teilgenommen hätten. Soviel mir erinnerlich ist, bekamen Tillessen und ich in München ein Heftchen ohne jede Verfasserangabe oder Unterschrift, welches so eine Art Satzungen des Germanenordens enthielt. Genaue Einzelheiten sind mir nicht mehr erinnerlich. Ich glaube jedoch, daß darin gesagt war, Deutschland könne nur erneuert werden, wenn es deutsch-völkisch denken lerne. Nur von Leuten deutschen Blutes könne diese Erneuerung kommen. Alles Internationale, wie Marxismus, Freimaurertum und dgl. sei abzulehnen. Über Leitung und Aufbau des Germanenordens war in diesem Heftchen, das etwa 15 Seiten umfaßt haben dürfte, meines Erinnerns nichts gesagt, denn der Germanenorden sollte eine sehr geheime Angelegenheit bleiben und es sollten nur absolut zuverlässige Leute in deutsch-völkischem Sinne in denselben aufgenommen werden. Derjenige, der jemanden zur Aufnahme empfahl, mußte also für dessen Zuverlässigkeit bürgen. Ich habe eine Mitgliedskarte des Germanenordens gehabt. Diese habe ich erst kurz vor der Tat bekommen. Einen Beitrag für den Germanenorden oder dergleichen habe ich nie bezahlt. Jedenfalls erinnere ich mich nicht mehr an etwas dergartiges. Wer für mich die Bürgschaft anlässlich meiner Aufnahme in den Germanenorden übernahm, weiß ich nicht mehr. Es kann das Mesch gewesen sein, es kann das auch von Killinger gewesen sein. Für wahrscheinlicher halte ich das Letztere, weil ich mich zu erinnern glaube, daß diese Dinge auf dem Büro besprochen worden sind, und im Büro habe ich ja mit von Killinger, der mein Chef war, zusammengearbeitet. Meines Wissens hatte auch Tillessen eine Mitgliedskarte des Germanenordens. Vor der Aufnahme in den Germanenorden mußten Tillessen und ich eine Art von Eid leisten. Die Eidesformel ist mir nicht mehr erinnerlich. Ich weiß aber noch, daß wir uns verpflichtet mußten, jeden uns von unseren Vorgesetzten gegebenen Befehl bedingungslos auszuführen. In der Eidesformel war auch gesagt, daß wir uns darüber klar sein mußten, daß jeder, der Verrat übe, sein Leben verwirkt habe. Jeder Verrat werde unweigerlich aufgedeckt. Ein Entrinnen gebe es nicht und für den Orden gebe es auch kein Geheimnis, das heißt der Orden sei in der Lage, jeden Verrat festzustellen. Diesen Eid haben Tillessen und ich geleistet und zwar auf dem Büro des Kapitänleutnants a. D. von Killinger. Außer Tillessen und mir hat damals niemand diesen Eid geleistet. Bei der Eidesleistung zugegen waren von Killinger und ein Herr aus Mittel- oder Norddeutschland, dessen Name mir nicht mehr erinnerlich ist. Ein Name ist mir damals genannt worden. Ob dieser Name aber der richtige war, weiß ich natürlich nicht. Abgenommen hat den Eid der erwähnte Herr aus Nord- oder Mitteldeutschland. Von Killinger ist gewissermaßen als Zeuge zugegen gewesen. Die Eidesleistung von Tillessen und mir erfolgte wenige Tage, bevor wir den Auftrag zur Tat erhielten. Als meinen unmittelbaren Vorgesetzten in München habe ich von Killinger angesehen. Er war ja auch bei der Eidesleistung zugegen und war auch bei der Organisation C. mein Vorgesetzter. Außerdem war er Kapitänleutnant, hatte also Hauptmannsrank, während ich nur Leutnant der Reserve war. Wie ich schon früher an-

gegeben habe, betrachtete ich Erzberger als den gefährlichsten Schädling des deutschen Volkes. Das war ja auch damals immer wieder in der rechtsstehenden Tagespresse zu lesen, nicht bloß in deutsch-völkischen Flugschriften. Obwohl ich das alles geglaubt habe und eine immer größere Wut in mich hineingefressen habe, wäre ich von mir aus nie in der Lage gewesen, mich dazu zu entschließen, den von mir schwer gehaßten Erzberger zu töten. Ich wäre dazu auch nicht in der Lage gewesen, obwohl seinerzeit meines Erinnerens in der Presse zu lesen war, daß Erzberger bald wieder kommen solle. Als Reichsfinanzminister hatte er ja nicht allzulange vorher offenbar im Hinblick auf den Beleidigungsprozeß Erzberger/Helfferich doch auf dessen praktisches Ergebnis gehen müssen. Obwohl sich in mir allerhand Zündstoff hinsichtlich der ganzen politischen Verhältnisse, insbesondere aber gegen Erzberger angesammelt hatte, so bedurfte es doch noch des zündenden Funkens. Dieser zündende Funke erreichte uns in Gestalt eines Befehls.

Dieser Befehl wurde uns eines Tages im Büro des Kapitänleutnants a. D. von Killinger überreicht. Zu diesem Zwecke war auch Tillessen genau so wie ich, auf das Büro, d. h. das Zimmer von Herrn von Killinger gerufen worden. Hier wurde uns in einem Umschlag, den Tillessen oder ich geöffnet hat, ein mit Schreibmaschinenschrift geschriebener Zettel überreicht. Der Zettel hatte etwa folgenden Inhalt: Gemäß der in der Leitung stattgefundenen Auslosung wurden Sie – es folgten dann unsere beiden Namen – dazu bestimmt, den Reichsfinanzminister a. D. Erzberger zu beseitigen. Die Art der Ausführung bleibt Ihnen überlassen. Vollzugsmeldung ist nicht zu erstatten. Wenn ich mich richtig erinnere, stand auch noch eine Wendung etwa des Inhalts in dem Zettel: Brüder, Ihr könnt der Unterstützung des Ordens im Fall einer Entdeckung gewiß sein.

Ein Datum trug dieser Zettel meines Erinnerens nicht. Er trug jedoch das uns anlässlich unserer Aufnahme in den Germanenorden, an welche anschließend sofort die Beeidigung erfolgt war, bekanntgegebene Zeichen des Germanenordens, nämlich einen Kreis und in dem Kreis ein V. Wie ich mich bestimmt zu erinnern glaube, hat den Umschlag, der diesen Zettel enthielt, von Killinger uns überreicht. Wenn ich mir übrigens diese Sache nochmals richtig überlege, wäre es auch möglich, daß Manfred von Killinger Tillessen und mich in den Germanenorden aufgenommen und in der vorhin angegebenen Weise vereidigt hätte. Auf jeden Fall war bei der Beeidigung aber noch jemand zugegen. Bei der Befehlsübermittlung, von der ich eben gesprochen habe, war meines Erinnerens nur Manfred von Killinger zugegen. Dieser hat uns den Befehl also ausgehändigt. Anlässlich unserer Aufnahme in den Germanenorden, die wenige Tage zuvor stattgefunden hatte, war uns auch gesagt worden, daß wir jeden Befehl, den wir vom Germanenorden bekämen, jeweils sofort, nachdem wir ihn gelesen hätten, im Beisein des Aushändigers des Befehls zu vernichten hätten. Dementsprechend haben wir dann den von Manfred von Killinger erhaltenen Befehl sofort nach Durchlesen desselben in Anwesenheit von Manfred von Killinger verbrannt. Ich kann nicht sagen, daß der fragliche Befehl in dem Büro 2, das Manfred von Killinger leitete, geschrieben worden wäre. Ebensowenig kann ich sagen, daß dieser Befehl in dem Büro 1 der Organisation C., das Corvettenkapitän Ehrhardt leitete, geschrieben worden wäre. Tatsache ist, daß ich später, als ich von Ort zu Ort verfolgt wurde, erkennen mußte, daß ich von einer sehr einflußreichen Organisation geschützt wurde. Ich konnte von Zeit zu Zeit aber auch immer wieder die schützende Hand Ehrhardts erkennen. Gleichwohl kann ich nicht sagen, sondern höchstens vermuten, daß er nicht nur der Leiter der Organisation C. war – das steht fest – sondern daß er auch der Leiter des Germanenordens gewesen sein könnte. Ob tatsächlich in der Leitung des Germanenordens eine Auslosung stattgefunden hat, wie in dem Befehl angegeben war, weiß ich natürlich nicht. Damals habe ich an so etwas allerdings ebensowenig gedacht, wie ich daran gedacht habe, daß der Befehl

auf dem Büro 1 oder 2 der Organisation C. geschrieben worden sein könnte. Heute kann ich mir vorstellen, daß Tillessen und ich, ohne daß eine Auslosung stattgefunden hätte, als für die Tat geeignet angesehen wurden, weil wir vielleicht mehr verbittert und auch vertrommelt waren, wie manche andere und man uns andererseits dafür einschätzte, daß wir einen uns gegebenen Befehl allenfalls ausführen würden.

v. u. g. u. u.

(gez.) Heinrich Schulz

(gez.) Braxmeier

(gez.) Bührer

(10. 3. 1950)

Nachdem Tillessen und ich den Befehl zur Ermordung Erzbergers bekommen hatten, wurde uns gesagt, daß die Ausführung der Tat ganz uns überlassen bleibt. Wir sollten uns über die Sache besprechen. Am besten werde es sein, wenn wir heute keinen Dienst mehr machen würden. Wir könnten auch unbeschränkten Urlaub haben. Tillessen und ich waren natürlich zunächst etwas überrascht über den Befehl, den wir erhalten hatten. Wir gingen dann zusammen in den Englischen Garten. Dabei wurden wir uns darüber einig, daß wir um die Ausführung des Befehls wohl nicht herumkommen würden. Wir hatten ja auch unseren Eid geleistet und zwar sowohl gegenüber dem Germanenorden, als auch bei der O.C., daß wir jeden Befehl ausführen würden. Hätten wir ihn nicht ausgeführt, so wären wir bei beiden Organisationen unmöglich geworden, wenn nichts Schlimmeres passiert wäre. Tatsache ist außerdem, daß man unbequem ist, wenn man zuviel weiß . . . Wenn ich mich richtig erinnere, hatten wir nicht lange zuvor Geld bekommen. Weil die Reise nach Berlin Geld kostete und wir mit weiteren Reisen rechnen mußten und wir außerdem ja offiziell in Urlaub gingen, baten Tillessen und ich, wie wir beschlossen hatten, um Auszahlung eines weiteren Monatsgehalts, und zwar vorschüßlich. Dieses Monatsgehalt haben wir bekommen, möglicherweise auch etwas mehr. Ich weiß das nicht mehr genau.

Nachdem wir das erledigt hatten, gingen Tillessen und ich dann vom Büro 2 (von Killinger) weg in Richtung nach dem Büro 1, um uns bei Ehrhardt abzumelden. Als wir in der Nähe des Büros, dessen Chef Ehrhardt und das ziemlich groß war, angelangt waren, kam uns Ehrhardt schon auf der Straße entgegen. Wir hatten den Eindruck, daß von Killinger zwischenzeitlich an Ehrhardt telefoniert hatte, daß wir beide jetzt kämen, um uns abzumelden. Offenbar wollte Ehrhardt uns nicht auf dem Büro empfangen, um jedes Aufsehen und jegliche Weiterungen zu vermeiden. Wie ich bereits erwähnt habe, war das Büro Ehrhardts (Büro 1) ziemlich groß. Es waren dort auch weibliche Schreibkräfte tätig. Als Ehrhardt uns begegnete, sagte er uns, wie er gehört habe, wollten wir in Urlaub fahren. Er wünschte uns recht gute Erholung und baldige gesunde Heimkehr. Ausdrücklich gab er also nicht zu erkennen, daß er um den Befehl, den wir erhalten hatten und um unser Vorhaben nach Maßgabe dieses Befehls wisse. Aus seinem ganzen Verhalten gewannen wir aber den Eindruck, daß dies der Fall sei . . .

v. u. g. u. u.

(gez.) Heinrich Schulz

(gez.) Braxmeier

(gez.) Bührer

(28. 4. 1950)

Wenn mir vorgehalten wird, Tillessen habe in der Hauptverhandlung vor der Strafkammer II des Landgerichts Konstanz Ende Februar 1947 ausweislich der Urteilsbegründung angegeben, es habe drei Wochen vor der Tat eine Besprechung mit Rittmeister von Möhring stattgefunden, dieser habe Tillessen und mir eröffnet, daß in

der Zentrale des Germanenordens in Jena das Los darüber gezogen worden sei, wer Erzberger zu beseitigen habe, das Los sei auf uns beide gefallen und etwaige Zeugen der Tat sollten beseitigt werden, so muß dieser Rittmeister a. D. von Möhring der Herr gewesen sein, der bei der Beerdigung von Tillessen und mir zugegen war, wie ich schon angegeben habe. Der Name von Möhring ist mir jetzt auch wieder erinnerlich. Ich vermag jedoch auch jetzt noch nicht zu sagen, wer uns den Befehl gegeben hat, von Killinger oder Möhring. Jedenfalls erfolgte die Aushändigung des Befehls auf dem Büro des Kapitänleutnants a. D. von Killinger und wenn eventuell auch nicht durch ihn, so doch zum mindesten in dessen Beisein. Von Killinger war also über alles genau orientiert. Obwohl mir der Name von Möhring jetzt wieder eingefallen ist, vermag ich mich nicht daran zu erinnern, daß dieser uns den Befehl gegeben hätte oder auch nur empfohlen hätte, etwaige Zeugen der Tat zu beseitigen . . .

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

(gez.) Heinrich Schulz

Der Untersuchungsrichter (gez.) Braxmeier, Die Urkundsbeamtin (gez.) Vogt

Notizen:

INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE –
ÖFFENTLICHE STIFTUNG BÜRGERLICHEN RECHTS

Am 30. Juli 1962 trat in München der neue Beirat des Instituts für Zeitgeschichte zu seiner ersten Sitzung zusammen und bestellte wiederum Professor Dr. Hans Rothfels zu seinem Vorsitzenden. Nach langjährigen Verhandlungen über eine angemessene Rechtsform wurde damit der letzte Akt der Konstituierung des Instituts als einer von Bund und sämtlichen Ländern der Bundesrepublik getragenen rechtsfähigen öffentlichen Stiftung des bürgerlichen Rechts vollzogen. Als eigentliche Stifter fungieren dabei, der Entstehungsgeschichte des Instituts entsprechend, der Bund und die süddeutschen Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Dem Stiftungsrat gehören außerdem als Vertreter der Ländergemeinschaft je ein Vertreter Nordrhein-Westfalens und Niedersachsens an. Nachdem schon im Jahre 1955 die überregionale Bedeutung des Instituts durch Aufnahme in das sogenannte Königsteiner Abkommen fiskalisch anerkannt worden war, ist seine Stellung nun auch rechtlich in diesem Sinne fixiert worden.

Die bewußt gewählte lockere Form einer öffentlichen Stiftung bürgerlichen Rechts unterstreicht die Autonomie der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts, deren Richtlinien, wie es in der Satzung festgelegt ist, von dem vornehmlich aus Historikern, Politologen und Juristen zusammengesetzten Beirat bestimmt werden. Die Stiftungssatzung hat im übrigen die bisherige Aufgabenstellung des Instituts im wesentlichen unverändert übernommen. Danach besteht der Zweck der Stiftung in der „wissenschaftlichen Erforschung der Zeitgeschichte“. Er soll vor allem durch die Sammlung, den Nachweis und die Auswertung aller in Frage kommenden Quellen und schließlich durch die Vorlage von Dokumenten-Editionen und Darstellungen erfüllt wer-

den. War das Institut bei seiner Gründung im Jahre 1947 ausschließlich auf die Erforschung der nationalsozialistischen Zeit festgelegt, so läßt die neue Satzung eine Ausweitung des Begriffes Zeitgeschichte erkennen, die künftig außer stärkerer Berücksichtigung außerdeutscher Entwicklungen in der Zeit zwischen beiden Weltkriegen auch die Einbeziehung von Vorgängen nach 1945 in seine Forschungen ermöglicht.

Die Verwaltungsaufsicht über das Institut obliegt dem *Stiftungsrat*, der – ähnlich dem früheren Kuratorium – die Richtlinien der Organisation und den jeweiligen Haushalt aufstellt. In der konstituierenden Sitzung des Stiftungsrats am 5. März 1962 wurde Ministerialdirigent Dr. Dr. Keim vom Bayerischen Kultusministerium zum Vorsitzenden gewählt. Er vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich.

Dem Stiftungsrat gehören an als Vertreter des Bundes Staatssekretär Dr. W. Strauß vom Bundesjustizministerium und der Leiter der Kultuarbeitung des Bundesinnenministeriums Ministerialdirektor Hagelberg; für die Länder: Ministerialdirigent Dr. Autenrieth (Baden-Württemberg), Ministerialdirigent Professor Dr. Heckel (Hessen), Staatssekretär Dr. Müller (Niedersachsen), Ministerialrat Prof. Dr. E. Kordt (Nordrhein-Westfalen).

Dem *Beirat* des Instituts gehören nach Neuberufung von sieben Mitgliedern derzeit an: Rechtsanwalt Hellmut Becker, Professor Dr. M. Braubach, Professor Dr. K. Bracher, Bundesarchivdirektor Dr. K. Bruchmann, Professor Dr. W. Conze, Professor Dr. K. Erdmann, Staatsrat Prof. Dr. Th. Eschenburg, Professor Dr. E. Fraenkel, Professor Dr. O. v. d. Gablentz, Professor Dr. H. Herzfeld, Professor Dr. E. Kaufmann, Professor Dr. P. Kluge,

Professor Dr. G. Mann, Professor Dr. H. Rothfels, Professor Dr. Th. Schieder, General Dr. H. Speidel, Professor Dr. G. Stadtmüller.

Als *Direktor* des Instituts (bisher *Generalsekretär*) amtiert seit 1959 Dr. Helmut Krausnick. Er leitet die wissenschaft-

lichen Arbeiten, besorgt die Geschäfte und vollzieht den Haushalt. Das Institut verfügt in seinen Abteilungen Archiv, Bibliothek und Forschung gegenwärtig über 12 Planstellen für wissenschaftliche Mitarbeiter, 5 Kräfte des mittleren Dienstes und 6 Schreibkräfte.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Hans Buchheim, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München 27, Möhlstraße 26

Dr. Gotthard Jasper, Wissenschaftlicher Assistent am Institut für politische Wissenschaften der Universität Erlangen, Erlangen, Zeppelinstraße 20

Dr. Hans Mommsen, Mitarbeiter des Insti-

tuts für Zeitgeschichte, München 27, Möhlstraße 26

Dr. Ernst Nolte, Bad Godesberg, Robert-Koch-Straße 33 b

Jürgen Runzheimer, Assistent für Geschichte am Pädagogischen Institut in Weilburg/Lahn